48. Sitzung

Freitag, den 20.10.2006

Erfurt, Plenarsaal

Luftqualität in Thüringen

4762

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 4/2247 -

Staatssekretär Prof. Dr. Juckenack erstattet einen Sofortbericht.

Die Erfüllung des Berichtersuchens wird festgestellt und die Fortsetzung der Beratung des Sofortberichts im Ausschuss für Naturschutz und Umwelt beschlossen.

Frauen und Arbeit in Thüringen

4777

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
- Drucksache 4/2277 -

Minister Reinholz erstattet einen Sofortbericht zu Nummer 1 des Antrags.

Die Erfüllung des Berichtersuchens wird festgestellt.

Die beantragten Ausschussüberweisungen zu Nummer 2 des Antrags werden abgelehnt.

Die Nummer 2 des Antrags wird abgelehnt.

Zukunft der Horte in Thüringen

4798

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
- Drucksache 4/2280 -

Die Nummer 1 des Antrags wird in namentlicher Abstimmung bei 72 abgegebenen Stimmen mit 72 Jastimmen angenommen (Anlage 1).

Die Nummer 2 des Antrags wird in namentlicher Abstimmung bei 77 abgegebenen Stimmen mit 34 Jastimmen und 43 Neinstimmen abgelehnt (Anlage 2).

Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung in Thüringen **4804**

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 4/2354 -

Minister Reinholz erstattet einen Sofortbericht.

Die Erfüllung des Berichtersuchens wird festgestellt und die Fortsetzung der Beratung des Sofortberichts im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit beschlossen.

a) Einführung der Kulturraumfinanzierung im Freistaat Thüringen **4815**

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 4/2355 -

b) Erhalt des Theaters Nordhausen/Sondershausen **4815**

Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD
- Drucksache 4/2356 -

c) Erhalt des Theaters Rudolstadt/Saalfeld **4815**

Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD
- Drucksache 4/2357 -

d) Erhalt des Landestheaters Eisenach **4815**

Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD
- Drucksache 4/2358 -

e) Erhalt der Thüringen Philharmonie Gotha-Suhl **4815**

Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD
- Drucksache 4/2359 -

Die Anträge werden jeweils an den Ausschuss für Wissenschaft, Kunst und Medien - federführend - und an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 4/2355 - wird zusätzlich an den Innenausschuss überwiesen.

**Aufenthaltsrecht für lang-
jährig geduldete Flüchtlinge - Konferenz der Innen-
minister der Länder im No-
vember 2006**

4854

Antrag der Fraktionen der Links-
partei.PDS und der SPD
- Drucksache 4/2367 -

Die Nummer 1 des Antrags wird angenommen.

*Die Nummern 2 und 3 des Antrags werden in
namentlicher Abstimmung bei 76 abgegebenen
Stimmen mit 35 Ja-Stimmen und 41 Nein-Stimmen
abgelehnt (Anlage 3).*

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bergemann, Carius, Emde, Fiedler, Prof. Dr. Goebel, Grob, Groß, Grüner, Gumprecht, Günther, Heym, Holbe, Jaschke, Köckert, Kölbl, Dr. Krapp, Dr. Krause, Krauß, Kretschmer, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Panse, Primas, Reinholz, Rose, Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski, Schröter, Schugens, Schwäblein, Seela, Dr. Sklenar, Stauche, Tasch, Trautvetter, Wackernagel, Walsmann, Wehner, Wetzels, Worm, Dr. Zeh

Fraktion der Linkspartei.PDS:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Buse, Enders, Dr. Fuchs, Gerstenberger, Dr. Hahnemann, Hausold, Hennig, Huster, Jung, Kalich, Dr. Kaschuba, Dr. Klaubert, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Lemke, Leukefeld, Nothnagel, Reimann, Dr. Scheringer-Wright, Sedlacik, Skibbe, Thierbach, Wolf

Fraktion der SPD:

Baumann, Becker, Doht, Döring, Eckardt, Gentzel, Höhn, Matschie, Pelke, Dr. Pidde, Pilger, Dr. Schubert, Taubert

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

die Minister Dr. Gasser, Prof. Dr. Goebel, Reinholz, Schliemann, Dr. Sklenar, Trautvetter, Wucherpfennig, Dr. Zeh

Rednerliste:

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski	4762, 4767, 4769, 4770, 4773, 4774, 4775, 4776, 4777, 4778, 4782, 4826, 4829, 4830, 4832, 4834, 4835, 4838, 4840, 4842, 4843, 4845, 4846, 4847, 4848, 4849
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	4785, 4787, 4792, 4793, 4794, 4795, 4796, 4797, 4798, 4799, 4800, 4802, 4803, 4804, 4854, 4856, 4857, 4858
Vizepräsidentin Pelke	4806, 4808, 4811, 4813, 4814, 4815, 4820, 4823, 4851, 4852
Bärwolff (Die Linkspartei.PDS)	4803
Becker (SPD)	4769, 4775, 4842
Berninger (Die Linkspartei.PDS)	4854
Blehschmidt (Die Linkspartei.PDS)	4843
Döring (SPD)	4800, 4820
Gentzel (SPD)	4830
Gerstenberger (Die Linkspartei.PDS)	4797, 4808
Günther (CDU)	4785, 4787
Dr. Hahnemann (Die Linkspartei.PDS)	4840
Höhn (SPD)	4858
Dr. Klaubert (Die Linkspartei.PDS)	4823, 4829, 4851, 4852
Dr. Krause (CDU)	4799, 4826, 4829
Krauße (CDU)	4770, 4835
Kretschmer (CDU)	4793, 4811, 4834
Kubitzki (Die Linkspartei.PDS)	4832, 4834, 4835
Kummer (Die Linkspartei.PDS)	4767, 4846
Leukefeld (Die Linkspartei.PDS)	4787, 4838, 4848
Lieberknecht (CDU)	4816
Pelke (SPD)	4856
Dr. Pidde (SPD)	4845
Pilger (SPD)	4782, 4794, 4798
Reimann (Die Linkspartei.PDS)	4800
Rose (CDU)	4774, 4775
Dr. Scheringer-Wright (Die Linkspartei.PDS)	4773
Schröter (CDU)	4777, 4803, 4858
Dr. Schubert (SPD)	4796, 4797, 4806, 4815
Schugens (CDU)	4773
Schwäblein (CDU)	4835, 4852
Skibbe (Die Linkspartei.PDS)	4798
Stauche (CDU)	4854
Tasch (CDU)	4792
Wehner (CDU)	4847, 4848, 4849
Wolf (Die Linkspartei.PDS)	4777, 4787, 4796, 4797, 4845, 4849
Baldus, Staatssekretär	4857
Prof. Dr. Goebel, Kultusminister	4802, 4803, 4849
Prof. Dr. Juckenack, Staatssekretär	4762, 4776
Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit	4778, 4795, 4796, 4797, 4804, 4813

Die Sitzung wird um 9.03 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie herzlich willkommen zur Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Als Schriftführerin hat neben mir Platz genommen die Abgeordnete Wolf und die Rednerliste führt die Abgeordnete Holbe.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Herr Ministerpräsident Althaus, Frau Ministerin Diezel, Frau Abgeordnete Ehrlich-Strathausen, Herr Abgeordneter Hauboldt und die Frau Abgeordnete Künast.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, wir haben heute ein Geburtstagskind unter uns. Ich gratuliere dem Abgeordneten Thomas Kretschmer recht herzlich zum Geburtstag. Ich wünsche ihm Freude, Glück, Zufriedenheit im neuen Lebensjahr und weiterhin ein gutes Wirken hier im Landtag.

(Beifall im Hause)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9**

Luftqualität in Thüringen

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 4/2247 -

Wünscht die Fraktion der CDU das Wort zu Begründung? Das ist nicht der Fall. Die Landesregierung erstattet Sofortbericht und für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Staatssekretär Juckenack.

Prof. Dr. Juckenack, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat den Antrag gestellt, die umweltpolitische Strategie der Landesregierung am Beispiel der Luftreinhaltung vorzustellen und auch noch mal einen Rückblick dabei zu vollziehen. Als Vertreter des zuständigen Ministeriums komme ich diesem Wunsch ausgesprochen gerne nach.

Gerade vor der teilweise sehr emotional geführten Debatte der letzten zwei Jahre - konkret in diesem Falle um die Risiken des Feinstaubes - ist es sicherlich angebracht, diese auch als Aufhänger zu nehmen, nun fast vier Jahre Erfahrungen aus dem Vollzug dieser ersten europäischen Feinstaubregelung anzusprechen und auszuwerten. Es ist aber auch Anlass, um dieses in Relation zur Luftsituation heute und

noch vor wenigen Jahren zu setzen.

Werfen wir also zunächst einmal den Blick auf die europäischen Vorgaben: Seit dem Jahre 2002 haben sich diese Vorgaben im Bundesimmissionsschutz niedergeschlagen. Konkret beim Feinstaub gehört das Augenmerk dahin, dass der Gesamtschwebstaub auf den besonders feinen und lungengängigen Anteil konzentriert wird, den sogenannten Feinstaub. Dort existiert seit letztem Jahr ein Tagesgrenzwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter, der an maximal 35 Tagen im Jahr überschritten werden darf. Es gibt daneben einen Jahresmittelwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter. Nach nun fast vierjähriger Erfahrung mit der Anwendung dieser ersten europäischen Feinstaubrichtlinie stellten sich gerade beim Kurzzeitgrenzwert sowie bei der Messgröße selbst, nämlich diesen 10 Mikrogramm als Partikelgröße, erhebliche Mängel heraus, die offenbar auf unzureichender Datengrundlage beruhen. Das hat dazu geführt, dass bundesweit eine einhellige Kritik laut wurde und diese auch zum Teil in Brüssel berücksichtigt und umgesetzt wird. Ich will auf einige dieser Punkte eingehen.

Der erste Punkt ist die Vollzugstauglichkeit. Der Kurzzeitgrenzwert für PM 10 bereitet im Vollzug bereits heute erhebliche Probleme, nicht etwa, weil man der Sachlage nicht Herr werden möchte, sondern weil die Überschreitung dieses Grenzwerts sehr stark durch Witterungseinflüsse beeinflusst wird. Damit ist eine Auslösung von Aktionsplänen sehr zufallsbehaftet und der Erfolg - und das ist vor allem das Wichtige, wenn ich dann Geld in die Hand nehme, hier vor allem kommunales Geld - ist schwerlich nachzuweisen. Er hat in den Anfangsjahren, als die Richtlinie zur Umsetzung kam, Aktionismus gefördert. Er kam ganz unabhängig von den Zuständigkeiten verschiedener Landesregierungen aus verschiedenen Ländern. Ich will Baden-Württemberg benennen, die zunächst ein Plakettensystem von fünfzehn Stufen entworfen haben - ein Aktionismus und gleichzeitig auch ein nicht begleitetes Informationssystem in Richtung Bevölkerung, was logischerweise und zwangsläufig zu Ängsten führt, wenn dieses auch mit drastischen Bildern gleichgesetzt wird und dann Blüten treibt, die bis hin, Sie erinnern sich, zu Diskussionen im Freistaat Bayern um Kreidestaub gingen, Kreidestaubschädlichkeit in den Schulen. Meine Damen und Herren, ein ambitionierter Jahresmittelgrenzwert als Ersatz könnte dieses Problem ohne Schutzminderung abschwächen. Eine Aufzeichnung des Gesundheitsschutzes, wie der BUND meint, steht eher nicht zur Debatte.

Ein zweiter Punkt - die europäische Dimension des Feinstaubes versus örtlicher Einflussmöglichkeiten: Die aktuelle Datenauswertung auch in Thüringen zeigt, dass der Einfluss, wie eben gesagt, der Witterung und vor allem der überregionalen Einträge etwa einen

Anteil von 50 Prozent hat. Das heißt per se, von vornherein kann eine Stadt, die sich zu diesem Thema bekennt und gewillt ist, alles zu tun, maximal 50 Prozent dieser Thematik in Eigenaktivität regeln. Die Frachtwege und das Verhältnis von Immission und Emission sind dabei bei Weitem nicht ausreichend untersucht. Innerstädtische Verkehrslenkungsmaßnahmen können, wie mittlerweile auch in Piloträumen nachgewiesen wurde, die Feinstaubprobleme keineswegs immer lösen. Wir haben beispielsweise Erkenntnisse aus Düsseldorf und anderen Städten, wo man den Lkw-Verkehr eingeschränkt hat, aber eben die Minderung der Feinstaubproblematik nicht in Relation zu den Maßnahmen stand. Ein angemessen wirkendes europaweites Minderungskonzept an den relevanten Quellen fehlt dazu bis heute. Kurz gesagt, die Betrachtung der Immissionen ist ohne die Betrachtung der Emissionen auch oder vielleicht gerade im Bereich Feinstaub nicht möglich.

Ein dritter Punkt - die Wirkungsrelevanz der Staubstoff-, Staubinhaltsstoffe: Es ist dringend eine Verbesserung der Erkenntnisse über die Wirkungszusammenhänge und die Reduktionsmöglichkeiten geboten, denn - meine Damen und Herren, das wissen Sie alle, wenn Sie speziell im Sommer unterwegs sind über Land - nicht alle Feinstäube sind gefährlich. Es sind zu hohen Prozentzahlen beispielsweise ungefährliche Bodenpartikel und - das ist einer Studie der Universität Mainz zu entnehmen - es sind vor allem in Größenordnungen auch Salz-Aerosole, also Feinstaubpartikel von Salz in der Luft, die über weite Strecken von mehreren hundert Kilometern von der Ostsee oder von der Nordsee hereingeweht werden. Der Betrachtungsraum in dem Fall war Frankfurt am Main - ein Ballungszentrum. Das heißt, das Thema erweist sich schon jetzt als hinreichend komplex. Wichtig, keine Frage, aber bevor es zu einem kostenrelevanten Aktionismus kommt, muss genau hingeschaut werden, wie ist nun die Entwicklung im europäischen Raum? Am 21. September 2005 stellte die Europäische Kommission ihre bis in das Jahr 2020 reichende Strategie gegen die Luftverschmutzung CAFE vor - CAFE heißt: „Clean Air for Europe“. In diesem Zusammenhang schlug die EU auch vor, die Luftqualitätsrahmenrichtlinie und ihre vier Tochterrichtlinien in einer einzigen Richtlinie zusammenzufassen. So weit, so gut. Die Europäische Kommission will dabei den problematischen PM 10, also den Partikelwert kleiner 10 Mikrometer, als Kurzzeitgrenzwert aufrechterhalten, zusätzlich eine Teilstaubfraktion davon - PM 2,5 - flächendeckend reglementieren. Der Revisionsvorschlag würde faktisch zu einer Verdopplung der Messstationen führen mit entsprechenden Kostenfolgen für die Länder ohne erkennbaren Vorteil für den Umwelt- und Gesundheitsschutz.

Meine Damen und Herren, derzeit - noch mal zur Erinnerung - gilt: 50 Mikrogramm pro Kubikmeter

dürfen oder sollten maximal an 35 Tagen im Jahr überschritten werden. Derzeit ist in der Diskussion, die Durchschnittsgröße, um die es geht, heranzuziehen und von den einzelnen Tagesspitzen wegzukommen. Als Durchschnittsgröße gilt derzeit eine 40-Mikrogramm-pro-Kubikmeter-Fracht im Jahresmittel. Damit wären zumindest die Zufälligkeiten einzelner Überschreitungen raus, die schlicht auch von der Lage, von der Position geografisch - wie beispielsweise Stuttgart oder auch Kassel in einer Kessellage - abhängig sind und nicht, zumindest nicht kurzfristig zu regeln und zu steuern sind.

Nachdem die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten den Revisionsvorschlag der EU in etwas abgeschwächter Form gebilligt hat - die Kommission hatte den Vorschlag gemacht -, fand am 26. September die erste Lesung im Europäischen Parlament statt. Es will nun den Städten in eben nachweislich klimatisch ungünstigen Lagen zwar etwas mehr Zeit geben - es geht jetzt um Zeiträume bis 2015, in Einzelfällen sogar bis 2020 -, um wirksame Aktionspläne aufzustellen; gleichwohl will man zusätzlich den niedrigen Grenzwert PM 2,5 einführen. Wir sind nicht gegen so eine Diskussion, wir wollen nur, dass es machbar ist und vor allem auf wissenschaftlicher Grundlage basiert. Die wissenschaftlichen Grundlagen - das sagen die, die sich damit befassen, insbesondere die Hochschulen und Forschungseinrichtungen - sind noch nicht sauber, so dass man daraus ein belastbares Gesetz ableiten könnte. Es trifft vornehmlich die Kommunen. Da ist es die Pflicht des Landes und auch des Bundes, einzutreten und sich klar zu äußern, wenn hier Kosten in Größenordnungen - da geht es um zweistellige Millionenbeträge - sehr schnell in die Hand genommen werden und wenn vor allem falsche Informationen in die Bevölkerung kommen, die so nicht haltbar sind.

Meine Damen und Herren, für die Länder ist es schlicht nicht hinnehmbar, dass hier Überwachungspflichten etabliert werden und scharfe Grenzwerte in einer praktisch unveränderten Form - und so ist es derzeit mit gewissen Abschwächungen ja noch geplant - weiterhin Raum greifen. Damit wird die Problematik der Einhaltung auf die Länder und Kommunen verlagert, denen - wie ausgeführt - die Instrumente zur Einhaltung der Grenzwerte weitgehend fehlen. Noch einmal: Wir müssten uns auf die Emissionsquellen konzentrieren und, das wissen wir, mit Erweiterung in Richtung EU Ost geht es vor allem um Emissionsquellen, die im osteuropäischen Raum liegen. Wenn Sie an der Grenze von Sachsen sind und schauen über das Erzgebirge und sehen die Emissionen, die dort noch vorhanden sind, dann wird Ihnen klar, wie schwierig es für angrenzende Kommunen sein muss, sich um Feinstaubdiskussionen erfolgreich zu bemühen.

Meine Damen und Herren, es spielt noch ein weiterer Aspekt eine bedeutende Rolle und das ist die besondere Situation der neuen Bundesländer. Ich will es klar sagen: Hier verliert die Politik, und zwar insbesondere die EU-Politik, an Glaubwürdigkeit, wenn übersehen wird, was in den letzten Jahren - ich habe die EU-Ost-Erweiterung in den Fokus genommen - speziell mit der Wiedervereinigung Deutschlands an Umweltverbesserungen eingetreten ist. Dies schließt die Staubminderung in den neuen Bundesländern ein.

Meine Damen und Herren, alle - und hier gehe ich auch weiter in die Regionen, Industriegebiete wie Ruhrgebiet - können sich daran erinnern, wie man als Kind auch mal dunkle Wäsche von der Leine genommen und mit dem Handfeger Staub vom Fensterbrett gewischt hat. Meine Damen und Herren, das kann nicht in Vergessenheit geraten, das muss mit berücksichtigt werden, wenn wir eine sicherlich anspruchsvolle, ehrgeizige Umweltpolitik auf europäischem Niveau vorantreiben wollen. Wir müssen die Glaubwürdigkeit dahin gehend voranbringen können, dass die Menschen Sinn, Zweck, Ursache, Wirkung und die Folgen eines ambitionierten Handelns erkennen können. Das können sie auch an der Stelle nicht, wenn, wie - ich hatte es schon erwähnt - in Bayern, gleichzeitig - vielleicht ja zu Recht - eine Diskussion über Innenstaubbelastungen in Innenräumen kommt oder gar bis hin zu Kreidestaub, dann stellt sich logischerweise die Frage: Wo ist denn dann die Arbeitsplatzgefährdung einer Raumpflegerin oder eines Lehrers? Das kann nicht sein und das darf nicht sein.

Meine Damen und Herren, insofern sei ein Blick auf die Entwicklung der Luftqualität in den neuen Bundesländern seit 1990 gestattet. Erinnern wir uns an die Qualität vor 1990. Die Luftschadstoffe waren mit den Sinnen förmlich zu greifen. Staubbeläge, rußige Sedimentationen bedeckten die Oberflächen, Smoglocken bei Inversionslagen lagen über den Städten auch in Thüringen, verbunden mit Rauchgeruch, schwefelsaurem Beigeschmack. Es war eine Gewöhnung, die es manchem vielleicht gar nicht mehr bewusst machte. Der Mensch ist biologisch zum Glück so gestrickt, dass er Eindrücke negativer Art schnell vergisst. Das darf nicht dazu führen, dass eine Verbesserung dabei unter die Räder kommt.

Meine Damen und Herren, bekanntermaßen war die Energieversorgung vor allem durch schwefelhaltige Braunkohle geprägt. Die Problemschadstoffe waren Schwefeldioxid und Schwebstaub. Die gemessenen Konzentrationswerte erreichten und überschritten teilweise die damals geltenden Immissionsleitwerte und Smoggrenzwerte und wären im Vergleich zu heutigen Grenzwerten extrem hoch, schlicht skandalös. Die hohen Belastungen waren vornehmlich auf die Hausfeuerung zurückzuführen sowie kleine bis mittlere gewerbliche Feuerungsanlagen, die fast aus-

schließlich auf schwefelreiche Feststoffbrennstoffverfeuerung zurückzuführen war. Die Energieeffizienz, die Energieträger und die Abgasreinigung standen dabei ebenfalls als schlecht bis mäßig in der Kritik und entsprachen und entsprechen in keiner Weise dem Stand der heutigen Technik. So weit, so gut.

Es war damals eine Herkulesaufgabe, natürlich nicht nur in Thüringen, aber lassen Sie mich da auf die Aktionen in Thüringen zurückkommen, die anstanden. Die Maßnahmen der Landesregierung betrafen zunächst die Feuerung. Hier galt es anzusetzen. Zunächst wurde das Erdgasnetz sehr schnell ausgebaut. Bis Mitte 1993 wurde dann auch das Stadtgasnetz auf Erdgas umgestellt. Kraft- und Heizkraftwerke wurden umgerüstet. Das Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt hat beispielsweise zwischen 1990 und 1996 - damals noch getrennt in ein Umwelt- und ein Landwirtschaftsministerium, also das damalige Umweltministerium - ca. 47 Mio. DM Fördermittel zur Heizungsumstellung vorwiegend im kommunalen Bereich bereitgestellt. Analog - und das war die Aufgabenteilung - hat das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit im Zeitraum von 1991 bis 2003 für Maßnahmen zur sparsamen, rationellen und umweltfreundlichen Energienutzung Fördermittel in Höhe von 74 Mio. € umgerechnet gewährt. Bezieht man die Förderung von Investitionsvorhaben zur Sanierung der Fernwärme ein, erhöht sich die Gesamtförderung auf ca. 160 Mio. €. Die Förderprogramme liefen äußerst erfolgreich hinsichtlich der Geschwindigkeit der Umsetzung und der Annahme. Hinzu kommt natürlich aber auch - und das sei nicht verschwiegen -, dass ein Großteil der Luftqualitätsverbesserung schlicht mit der Minderung von Emissionen durch Schließen von Betrieben einhergeht. Das ist eine Seite der Medaille, die aber auch ein Aspekt der Deindustrialisierung ist, die Raum greift, und zwar überall in Europa. Produktionsprozesse wurden aber andererseits auch umgestellt und bei der Umstellung natürlich auf den neuesten Stand der Technik gebracht. Das ist die Chance und die hat ihrerseits bei dem Bereich Abgas und Immission einen erheblichen Fortschritt gebracht.

Meine Damen und Herren, mit der Thüringer Verordnung über die Festsetzung von Untersuchungsgebieten wurde im Jahre 1993 damit begonnen, Minderungsprogramme für Belastungsschwerpunkte zusätzlich zu erarbeiten. Bis zum Jahr 2001 hat das Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt speziell in den Räumen Erfurt, Jena, Weimar, Greiz, Altenburg, Schmölnn und entlang der Städtereihe Eisenach-Gotha-Arnstadt sowie Nordhausen solche Luftreinhaltepläne bzw. Immissionskataster nach altem Bundesimmissionsschutzgesetz zur Verfügung gestellt. Dies alles führte dazu, dass wir bis Mitte der 90er-Jahre die klassischen Luft-

schadstoffe weitestgehend, salopp gesagt, in den Griff bekommen hatten. Seit 1994 mussten keine Smogstufen mehr ausgerufen werden. Der durchschnittliche Jahresmittelwert, die SO₂-Immission betreffend, lag 1995 nur noch bei 11 Prozent des Grenzwerts. Ähnlich sah es beim Staub aus, der damals noch als Gesamtschwebstaub erfasst wurde. Der durchschnittliche Jahresmittelwert lag 1995 nur noch bei etwa 35 Prozent des Grenzwerts. Die Belastungen wurden gegenüber 1990 auf ein Zehntel reduziert. Stickstoffdioxid wurde gegenüber 1991 auf etwa 49 Prozent und Kohlenmonoxid auf etwa 40 Prozent reduziert. Hier spielt natürlich der gestiegene Anteil des Verkehrs eine Rolle. Ruß wurde seit 1997 auf ca. 40 Prozent, Benzol auf ca. 35 Prozent reduziert.

Meine Damen und Herren, das kann man doch wohl - ohne hier übertrieben Eigenlob damit zu verbinden - für den Freistaat Thüringen als eine sehr erfolgreiche Luftreinhaltepolitik bezeichnen.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Bereich brauchen wir uns nicht zu verstecken. Die Strategie zur Luftreinhaltung reiht sich ein in Strategien zu den Themen Boden und Wasser, auf die wir hier und heute nicht eingehen werden.

Wie sieht aber jetzt die Situation und der Umgang mit neuartigen Luftqualitätsproblemen aus? Der Immissionsschutz ist nicht überflüssig geworden, natürlich nicht. Neue Luftreinhalteprobleme sind - ich hatte es erwähnt - allein aufgrund des stark angestiegenen Verkehrsaufkommens erforderlich. Wir unterliegen inzwischen dabei einer völlig neuartigen europäischen Richtliniensetzung, die dieser Entwicklung mit teils sehr anspruchsvollen Grenzwertregelungen Rechnung tragen möchte. Der Grenzwert - jetzt komme ich noch einmal auf den Feinstaub - wurde an zwei Messstationen in Erfurt im Jahr 2005 übertroffen. Andere Städte außerhalb Thüringens haben dies gleichwohl noch schwieriger empfunden, Stuttgart beispielsweise mit 173 Überschreitungen. Auch in diesem Jahr werden wir in Thüringen an der einen oder anderen Messstelle Grenzwertüberschreitungen haben. Das allein wird bewirkt durch eine besonders ausgeprägte Inversionswetterlage Ende Januar/Anfang Februar mit trockener Luft, sehr niedrigen Windgeschwindigkeiten.

Welche gesetzlichen Verpflichtungen ergeben sich aber nun für Thüringen? Momentan ist im Bereich der Minderungspläne vor allem Erfurt vorangekommen. Nach § 47 Bundesimmissionsschutzgesetz besteht hier die Pflicht, solche aufzustellen. In Ergänzung zu dem Luftreinhalteplan Erfurt wurde nach umfassender Öffentlichkeitsbeteiligung auch ein Aktionsplan Erfurt veröffentlicht. Dieser wird regelmäßig in Facharbeitsgruppensitzungen besprochen und

fortgeschrieben. Darin sind vertreten nicht nur die Stadt Erfurt, sondern das Landesverwaltungsamt und die Landesanstalt für Umwelt und Geologie. Es geht hier um die Konkretisierung von Minderungsmaßnahmen. Was ist das beispielsweise? Das ist z.B. die Erweiterung des Straßenbahnnetzes. Bis 2007 wird, um hier am Beispiel Erfurt das zu nennen, beispielsweise der Ring vom Rieth zur Salinenstraße geschlossen; dann kommt die A 71 hinzu, die als Ziel Ende 2006 zur Fertigstellung hat und damit den Durchgangsverkehr reduzieren wird. Die Bergstraße ist in der Diskussion. Sie wird ab Ende Juli 2006 saniert, erhält eine Asphaltdecke. Dann gibt es die Diskussion zur zulässigen Höchstgeschwindigkeit. Die Heinrichstraße mit ihren erhöhten Feinstaubimmissionen bekommt eine Geschwindigkeitsminimierung. Aber, meine Damen und Herren, ich hatte darauf verwiesen, dieses mit Bedacht und Blick auf die Piloträume, mehrere Städte in Deutschland, in denen auch nachgewiesen werden konnte, wo die Grenzen von solchen Regelungsmaßnahmen sind.

Neben Erfurt wird es in Anbetracht der Messwerte in Jena, Weimar und Gera jedenfalls Grenzwertüberschreitungsmaßnahmen und -aktionspläne geben; federführend durch das Landesverwaltungsamt entwickelt, in enger Abstimmung mit den Städten. Ziel ist eine Veröffentlichung noch in diesem Jahr. Wir werden uns auch mit den Städten Gera, Greiz, Altenburg, Meiningen und Saalfeld zukünftig noch austauschen. Sie haben die Planaufstellung in Arbeit und dort ist eine enge Absprache ebenfalls mit dem Landesverwaltungsamt gefordert und wird durchgeführt.

Meine Damen und Herren, ich räume damit unumwunden ein, was den Feinstaub betrifft stehen wir vor einer großen Aufgabe. Wir sind bei Weitem noch nicht am Ziel unserer Wünsche. Aber noch einmal: Überall, wo hohe Besiedlungsdichten existieren, entstehen zwangsläufig Zielkonflikte, die man ausgewogen angehen muss. Dieser Fakt wird beim Feinstaub - wie ausgeführt - besonders deutlich. Aber, und hier muss der Blick noch einmal in Richtung Europa gehen, wir müssen im gemeinsamen Interesse darauf achten, dass wir in Europa ein einheitliches Umweltniveau bekommen. Das heißt, die Angleichung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse steht nicht allein im Vordergrund, sondern auch die Angleichung der Umweltsituation. Da hat es keinen Sinn, ausdrücklich gesagt, wenn ein Spitzenläufer - und Deutschland muss sich im Bereich Umweltschutz sicherlich nicht verstecken - als Erster ins Ziel kommt, sondern es muss die ganze Gruppe sein, die ins Ziel kommt. Alles andere führt nicht zu dem gewollten Effekt. Am Beispiel Feinstaub: Nach den uns vorliegenden Informationen liegt sage und schreibe die Hälfte der Messstationen für Feinstaub wo? - in Deutschland. Das heißt, zwangsläufig werden Meldungen betreffs Überschreitungen dort natürlich nur

entstehen können, wo überhaupt gemessen wird. Sofern Sie einen Herbsturlaub planen, darf ich Sie um Ihr Augenmerk bitten, dieses Mal zu beobachten in einem anderen europäischen Land, vielleicht auch einmal nachzufragen, ob das in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Frage 1. Frage 2: Wird das überhaupt gemessen? Frage 3: Nimmt man Geld in die Hand? Ist etwas von Aktionsplänen bekannt etc.? Wir wissen es von den großen Städten Athen, Rom, London, das ist bekannt. Da geht es aber nicht allein um den Feinstaub, sondern auch um andere Stoffe. Auch Frankreich hat große Städte mit hohem Verkehrsaufkommen, dennoch werden von dort vergleichsweise deutlich weniger Überschreitungstage registriert. Warum? Nicht etwa, weil man dort das Ei des Kolumbus erfunden hätte, wie man Feinstaub vermeidet oder vermindert. Sicherlich, die französischen Fahrzeuge waren bezüglich ihrer Rußemission

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: In Frankreich ist man viel weiter als in Deutschland.)

federführend, beispielhaft und schneller als die deutsche Autoindustrie. Aber Feinstaub aus Autoabgasen ist eben nur ein winzig kleiner Anteil. Es geht hier um einen Anteil unter einem Viertel. Das heißt, wir müssen so oder so die Ferntransporte diskutieren. Das ist in Frankreich auch nicht anders. Es ist also schlussendlich der Eindruck, dass wir nicht etwa als Deutschland einer Entwicklung anderer Länder hinterherhinken, sondern gründlicher messen und uns gründlicher darum kümmern.

Zum Schluss: Auch die Betrachtung der Wirkungen beim Feinstaub beruht auf epidemiologischen Methoden, wird extrapoliert anhand der Anzahl von Todesfällen und Gesundheitserkrankungen, die mit diesbezüglichen Ursachen zusammenhängen könnten, ohne aber einen Kausalzusammenhang direkt nachzuweisen. Das soll heißen, diese wissenschaftlichen Grundlagen werden nicht dauerhaft ausreichen, um einschneidende kostenrelevante emissionsenkende Maßnahmen, wie sie derzeit diskutiert werden, dauerhaft voranzubringen. Diese empirische Vorgehensweise halte ich für höchst fragwürdig. Hier ist die Wissenschaft dringend gefordert, um die Hysterie, die hier Raum greift, zu sortieren und zu normalisieren.

Meine Damen und Herren, in den nächsten Jahren werden wir die nächsten Schritte erleben. Ab 2010 wird ein sehr anspruchsvoller Grenzwert für Stickoxide gelten. Die Thüringer Pläne zur Feinstaubminderung wirken weitgehend auch stickoxidmindernd. Die Sachlage ist aber durchaus mit Feinstaub vergleichbar. Der wesentliche Emittent ist der Verkehr und für die fahrzeugbezogenen Emissionsstandards zeichnet die EU verantwortlich. Wir versuchen auch

hier nach Kräften Einfluss zu nehmen, aber bei der Festsetzung der Euro-Abgasstufen spielen sehr viele Interessen eine Rolle, die Ihnen sicherlich nicht unbekannt sind.

Zusammenfassung zu diesem Thema, meine Damen und Herren: Es sind eigentlich vier, fünf Punkte, die man als Fazit ziehen kann.

Der erste Punkt: Die Luftqualität seit der Wende ist unvergleichlich besser geworden. Es ist meine dringende Bitte, dies ganz unabhängig von der Diskussion, die wir hier und heute führen, der Bevölkerung bei passender Gelegenheit auch zu verdeutlichen. Es gehört einfach dazu, dieses darzustellen, wenn man sich den nächsten ambitionierten Zielen stellt. Lassen Sie mich das sagen: Es hat mich einfach auch schlicht enttäuscht, wenn wir über die Diskussion Werra-Versalzung im Ausschuss in eine Sachdiskussion eintreten, dass eben nicht von allen darauf hingewiesen wird, dass wir hier eine 90-prozentige Reduktion der Salzfracht haben gegenüber der Salzfracht, wie sie noch zu Zeiten der DDR war. Das ist nicht in Ordnung. Wir können uns gern über alles unterhalten, was in diesem Bereich der verbleibenden 10 Prozent an Auf und Ab zu diskutieren ist. Das ist alles vernünftig, insbesondere auch hinsichtlich der technischen Gegebenheiten, aber es geht nicht an, dass nach außen die Botschaft in Richtung Bevölkerung kommt, dass hier geradezu ein unerträglicher, umweltskandalöser Zustand sei, der vor 15, 16 Jahren noch bei 100 Prozent und jetzt bei 10 Prozent ist. Ich wage zu bezweifeln, dass man das damals in der Form wie heute auch hätte diskutieren können in der Öffentlichkeit.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Punkt: Thüringen betreibt nach wie vor eine zielgerichtete und wirksame Luftreinhaltepolitik zum Schutz der Bürger, Vollzug des geltenden Rechts, aber nicht nur das allein. Wir sind in Berlin und Brüssel in einigen Feldern auch federführend tätig, bemühen uns sehr, über unsere Kontakte auch einzuwirken. Dies erfolgt derzeit im Bereich Bodenschutzpolitik, wo das Land Thüringen federführend eine Runde organisiert, um einen Gegenentwurf zu den aktuellen Plänen der EU zu machen.

Dritter Punkt: Die praxisnahe Qualifizierung und Fortentwicklung der rechtlichen Fortschritte im Rahmen der Revisionsprozesse sind nicht nur für Thüringen vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit EU-Politik mehr denn je wichtig. In unserem letzten Gespräch mit Kommissar Dimas haben wir zu Recht, nachdem alle Länder vor ihm versammelt waren und aus der Praxis rückgemeldet haben, den Hinweis bekommen: Ihr hattet alle Zeit der Welt, es sind Jahre ins Land gegangen, ihr konntet euch melden, jetzt sind die

Regelungen da und jetzt beschwert ihr euch. Wir müssen uns stärker in die Erstarbeit, in die Basisarbeit, in die Initialphase hineinbegeben, uns dort melden und unseren Beitrag liefern, inwieweit EU-Regeln praxistauglich sind oder nicht und wo Optimierungsbedarf ist.

Der vierte Punkt: Thüringen muss weiterhin darauf achten, seine personellen und finanziellen Ressourcen ohne blinden Aktionismus zu bündeln, zielgerichtet einzusetzen, und auch jederzeit im Bereich Umweltschutz in der Lage sein, Rechenschaft abzulegen vor dem Landesrechnungshof, vor den Bürgern, um nachweisen zu können, wo die Erfolge sind.

Der letzte Punkt: Es kommen noch große Regelwerke auf uns zu. Ich habe den Bereich Bodenschutz genannt. Als kleines Land Thüringen können wir uns sicherlich nicht allein verkämpfen, das wäre vermessen, aber wir müssen uns abstimmen, und zwar nicht nur mit Regionen in Deutschland, sondern auch mit grenzüberschreitenden Regionen. Wir müssen gemeinsam fordern, dass wir - was ich auch schon erwähnt hatte - ein einheitliches Umweltniveau bekommen. Wir müssen auch darüber nachdenken, ob wir die EU-Umweltpolitik dahin gehend umstellen, dass wir analog der wirtschaftlichen Entwicklung eine 75-Prozent-Marke definieren, und dann gilt es erst einmal die Länder dahin zu bringen, die noch weit unter dieser 75-Prozent-Marke sind, bevor wir uns hier in Deutschland einmal wieder sehr gründlich und sehr angestrengt und teilweise auch übermäßig aufgeregt dieser Thematik zuwenden. Das dient dem wahren Ziel Umweltschutz nicht, das ist vielmehr ein Bärenienst. Ich freue mich, dass wir gemeinsam an diesem Ziel weiterarbeiten, ich vertraue da auf den Umweltausschuss. Die Qualifizierung der Mitglieder gibt dies her, hier an einem Strang zu ziehen. Ich bedanke mich recht herzlich.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, Sie haben den Sofortbericht gehört, ich frage: Wer wünscht die Aussprache zum Sofortbericht? Alle drei Fraktionen. Damit eröffne ich die Aussprache und erteile das Wort dem Abgeordneten Kummer, Die Linkspartei.PDS.

Abgeordneter Kummer, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir haben einen Antrag der Fraktion der CDU vorliegen, wo ich sage, er ist schon ein bisschen peinlich. Er ist ein bisschen peinlich, da meine ich nicht die antragstellende Fraktion, er ist ein bisschen peinlich für die Landesregierung, denn die Landesregierung

hat vor Kurzem erst den Umweltbericht herausgegeben, nicht mehr so öffentlich, wie man das früher gemacht hat. Da haben wir eine Einladung dazu bekommen, da ist uns dazu berichtet worden. Hier ist der Umweltbericht. Das ging dieses Mal alles ein bisschen, ich will nicht sagen heimlich, eine Pressekonferenz gab es schon dazu, aber zumindest ging es ein bisschen an den Abgeordneten vorbei. Aber scheinbar haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU, die Luftreinhaltestrategie der Landesregierung in diesem Bericht nicht gefunden und da gebe ich zu, nach dem, was Herr Staatssekretär Juckenack hier an Problemen benannt hat, habe ich die Strategie auch nicht gefunden. Deshalb schreiben Sie: „Die Landesregierung wird gebeten, ihre umweltpolitische Strategie im Bereich der Luftreinhaltung vorzustellen.“ Was war jetzt die Strategie, die Ihrem Vortrag zu entnehmen war, Herr Staatssekretär? Wir messen zu viel, wir messen zu genau, deshalb stehen wir im europäischen Raum schlechter da als die anderen. Die EU-Regeln sind nicht praxistauglich, sie sind nicht ausreichend wissenschaftlich untermauert und ansonsten kommen die größten Probleme aus Osteuropa. Die Belastung aus Osteuropa, muss ich ehrlich sagen, würde nach unserer TA Luft hier überhaupt nicht die Bedeutung haben, ich denke bloß an die Geschichte Müllverbrennungsanlage Heringen, wo man Belastungen nur im Umkreis von 3,5 Kilometern nach Schornsteinhöhe x 50 ermittelt und sagt, dahinter gibt es sowieso keine ordentliche Belastung mehr, weil sich das in diesem Bereich dann schon so sehr verteilt, dass das dann nicht mehr die Rolle spielt. Das waren die Probleme, die Sie genannt haben. Das, was als Erreichtes vorgestellt worden ist, ist die Überwindung der früheren Belastung. Sicherlich ist uns die frühere Belastung noch bekannt; ich bin als Kind der Luftqualität meiner Heimatstadt fast zum Opfer gefallen, so etwas vergisst man nicht. Aber trotzdem muss man sich einmal ansehen, dass diese positive Entwicklung, die die Luftqualität genommen hat in den letzten Jahren, nichts ist, worauf man sich ausruhen kann. Wir haben in den letzten Jahren wieder eine Verschlechterung der Luftqualität zu verzeichnen. Das ist ein Punkt, wo wir etwas unternehmen müssen und darum sollte es in diesem Antrag gehen. Wir müssen uns die Frage stellen: Was können wir tun? Nicht uns umsehen, um zu überlegen, was können denn andere tun, sondern wir müssen uns wirklich die Frage stellen: Wo können wir verantwortlich handeln? Das ist das, worum es uns gehen muss. Da brauche ich sicherlich keine neuen Grenzwerte, wo ich nicht weiß, ob es da überhaupt schädliche Stoffe gibt oder nicht, aber, ich muss Grenzwerte in den Bereichen haben, wo ich weiß, das sind Stoffe, die sind gefährlich und wo ich auch konkret etwas dagegen tun kann. Da können wir vielleicht den Parameter Ruß als Grenzwert wieder einführen, wo wir ganz konkrete Handlungsmöglichkeiten haben. Da können wir etwas tun und bei den Emissionen an-

setzen, wie es die Landesregierung im Umweltausschuss deutlich gemacht hat. Aber, ich habe eben nichts gehört, Herr Staatssekretär, wo wir die Emissionen deutlich vermindern wollen in der nächsten Zeit. Die Emissionen kommen zum einen Teil aus dem Verkehrsbereich. Da haben Sie gesagt, die Ortsumgehung Erfurt durch die A 71 wird den innerstädtischen Verkehr entlasten. Das ist richtig, damit habe ich vielleicht etwas niedrigere Werte im Bereich Erfurt, aber Sie sind ja auf die globale Dimension eingegangen, und solange wie es unser Hauptansatz im Verkehrsbereich ist, dass wir auf Autobahnen setzen, dass wir auf den motorisierten Individualverkehr setzen,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

dass wir immer noch den Güterverkehr von der Schiene auf die Straße bringen, solange müssen wir uns doch nicht wundern, wenn uns die Parameter der Emissionswerte im Bereich des Verkehrs aus dem Ruder laufen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

All das, was wir in anderen Bereichen gut machen, setzen wir im Verkehr wieder oben drauf. Wenn ich mir dann den Demographiebericht dieser Landesregierung ansehe, die eindeutig sagt, wir wollen eigentlich mehr im Schienenverkehr, wir wollen mehr im ÖPNV, dafür fehlen uns aber die Regionalisierungsmittel und der Bund kürzt sowieso überall und deshalb müssen wir feststellen, dass der einzige Bereich, in dem Verkehr zurückgehen wird in den nächsten Jahren, gerade dort sein wird, und dass wir es mit einer gewaltigen Zunahme des anderen, des Straßenverkehrs, zu tun haben werden. Da muss ich sagen, ich vermisse Ihr Einlenken, Herr Staatssekretär, da vermisse ich eine andere Politik dieser Landesregierung - weg von der Unterstützung des Straßenverkehrs hin zu einem alternativen Verkehrskonzept, das diese Probleme berücksichtigt. Dazu habe ich heute leider nichts gehört.

Und ich vermisse auch ein anderes Handeln, was Emissionen von Anlagen angeht. Und da bin ich wieder - ich meine, Sie haben vorhin von den Salzaerosolen gesprochen, die über hunderte Kilometer Entfernung in der Luft sind - im Bereich Kali + Salz, das kommt dann natürlich prompt, da bin ich wieder bei der Müllverbrennungsanlage Heringen - ich will es ja bloß als ein Beispiel nehmen, sicherlich ein Beispiel von vielen. Hier hatten wir uns die Antragsunterlagen angesehen und erstaunt festgestellt, dass die Vor-Ort-Belastung in dieser von der Kaliindustrie über 100 Jahre geprägten Region nicht ermittelt worden ist, als es um die Antragstellung ging. Wir hatten besorgt nachgefragt. Uns wurde von der Landesregierung - es gab die Anfrage vom Abgeordneten Kuschel

- gesagt: Es ist normal, dass der Analogieschluss gezogen wird, dass Vergleichswerte für eine solche Region herangezogen werden. Die Behörden der Landesregierung haben sich das auch angesehen und festgestellt, dass sich die Analogie des Vergleichs zwischen Wiesbaden und Heringen für sie ergibt, zwischen Ullrichstein und Heringen, und dem entsprechend wäre an den Daten nicht zu zweifeln. Im Erörterungstermin sind dann zufällig andere, wirklich vor Ort gemessene Werte bekannt geworden, was dann zu einem Schreiben des Ministers an den Thüringer Landtag führte, ich will das einmal kurz vorlesen: „Im Rahmen des zwischenzeitlich beendeten Erörterungstermins in Heringen, Hessen, an dem auch Vertreter des Thüringer Landesverwaltungsamts und des Staatlichen Umweltamts Suhl als im Verfahren beteiligte Behörden teilnahmen, wurde bekannt, dass Messungen zur Vorbelastung durch Schadstoffe im Umfeld der geplanten Anlage durch die Kali + Salz AG durchgeführt wurden.“ - Welch ein Wunder. Dieser Sachverhalt war den Antragsunterlagen, die den Thüringer Behörden übergeben worden sind, nicht zu entnehmen. In diesen Antragsunterlagen wurden lediglich Vergleichsdaten aus weiter entfernten Regionen in Hessen als Vorbelastung herangezogen. Im Ergebnis des Erörterungstermins bestehen nunmehr erhebliche Zweifel, dass diese Vergleichswerte für das Umfeld der geplanten Anlage angewendet werden können.

Meine Damen und Herren, ich frage mich, wenn erst zufällig gemessene Werte, die Kali + Salz nicht hätte bekannt geben brauchen, dazu führen, dass einem klar wird, dass die Vor-Ort-Belastung einer Region, die so von Industrie geprägt wurde wie gerade im Bereich Heringen, hätte ermittelt werden müssen, wie weit ist es mit der Vorsorge für Bevölkerung bei diesem behördlichen Handeln. Hier hätte man sich im Vorfeld schon etwas intensiver kümmern und einfach verlangen müssen, dass ein Antragsteller, der so eine Anlage in so einer Region bauen will, auch die entsprechenden Vor-Ort-Untersuchungen durchführt; das hätte sich gehört.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

So muss der Ansatz sein in Zukunft, dass ich die Vorsorge für die Bevölkerung im Auge habe. Das ist Handeln, was auch eine Landesregierung ganz konkret selbst umsetzen kann und das, meine Damen und Herren, erwarte ich von Ihnen. Wir brauchen eine konsequente Vorsorge für die Bevölkerung, das Thema Luftqualität ist wichtig wie auch die anderen Probleme im Umweltbereich, auch wenn man die Umweltschäden heute nicht mehr so deutlich wahrnimmt, dass sie einem jeden Tag vor Augen stehen. Wir sollten nicht vergessen, dass das Erreichte kein Kissen ist, worauf man sich ausruhen kann.

Wir fangen im Landtag in nächster Zeit selbst an, gegen Emissionen etwas zu tun, habe ich gehört. Wir wollen das Rauchen im Thüringer Landtag verbieten. Das ist sicherlich schon ein erster wichtiger Schritt

(Beifall bei der SPD)

auch für unsere eigene Gesundheit, aber es reicht nicht. Wir müssen auch im Land etwas tun gegen Emissionen. Herr Staatssekretär, Sie haben das Thema richtig angesprochen, dass wir uns hauptsächlich gegen die Emissionsquellen wenden müssen, aber dann lassen Sie uns das auch tun. Legen Sie hierfür ein Konzept vor, wie wir in Thüringen verantwortlich handeln. Dafür hätten Sie dann unsere Unterstützung. Danke schön.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat die Abgeordnete Becker, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Becker, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Anlass für den Antrag der CDU ist offenbar das Anliegen der EU, weitere Minderungen der Schadstoffe im Rahmen ihrer Strategie „Saubere Luft für Europa“ durch neue Luftqualitätsziele bis 2020 festzusetzen. Der Bericht von Herrn Staatssekretär Juckenack hat ja auch bestätigt, dass das die Zielrichtung ist.

Sehr geehrter Herr Kummer, ich glaube, da dürfen wir nicht dieses Kleinklein in Thüringen sehen. Ich glaube, da müssen wir schon auch ein bisschen weiter hinausschauen und nicht nur die Ansätze in Thüringen sehen - auch in Thüringen, aber wichtiger ist für mich und für die SPD-Fraktion, dass wir jetzt die Abstimmungen im Europäischen Parlament nicht unterlaufen und die gesteckten Ziele nicht infrage stellen. Ich glaube, dann würden wir hier der Menschheit einen Bärendienst erweisen, Herr Prof. Dr. Juckenack. Ich hatte das Gefühl, dass es in Ansätzen bei Ihnen und auch bei der CDU-Fraktion so überkommt und davor möchte ich doch warnen.

Die Europäische Kommission als auch das Parlament haben sich für Verschärfungen ausgesprochen - und das nicht, weil sie uns was Böses wollen, sondern weil nachgewiesen wurde, dass diese Stoffe schädlich für die Menschen sind und auch die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen um acht Monate - so wird geschätzt - in der ganzen Europäischen Union verkürzt. Das können wir doch nicht wegtun. Da können wir doch nicht so tun, als ob wir diese Grenzwerte in dem Sinne nicht einhalten können und dann reden wir mal darüber und dann pas-

sen wir diese Grenzwerte an das an, was wir erreichen können. Das sind doch keine Visionen, das sind doch keine Ziele, die man sich stecken kann. Man kann doch nicht so tun, wenn in den letzten Jahren die Grenzwerte zwar festgelegt waren, aber man hat sie durch Maßnahmen, die eingeleitet wurden, die sprechen wir gar nicht ab, und auch Reaktionen in Thüringen, die getroffen wurden, nicht eingehalten, also reden wir nach fünf Jahren mal über diese Grenzwerte und stellen die infrage. Das kann es doch nicht sein. Da machen wir doch in der Politik irgendetwas falsch und das hat vielleicht auch etwas mit Politikverdrossenheit zu tun. Nein, wir müssen natürlich über diese weiten Ziele reden, weil Sie das auch gesagt haben. Die Verbesserung der Luftqualität kann nicht nur von den Thüringer Straßen ausgehen, aber der Straßenverkehr, auch in Thüringen, hat natürlich viel damit zu tun. Das ist eine Ursache, darauf ist Herr Kummer schon eingegangen. Wir müssen alles in allem nur als Ganzes sehen. Klar, die Luftqualität in Thüringen wird auch durch die Sahara-Winde und durch die Meereseiszeit beeinflusst, das muss man alles mit einbeziehen, und es gibt Feinstäube oder auch Luftverunreinigungen, die wir nicht beeinflussen können. Darauf ist aber die Europäische Union auch eingegangen und hat sich das noch mal als Grundlage genommen, hat gesehen, was können wir vor Ort selber tun als Land und als Deutschland und was ist nicht beeinflussbar. Das ist gegenübergestellt worden und da haben sie gemerkt, dass nicht alles so geht. Sicherlich sind die Zielwerte oder die Grenzwerte bis 2015 so gesehen vielleicht nicht erreichbar, aber man muss sie sich doch stellen, denn sonst geben wir uns ja jetzt schon auf und zeigen nicht, was möglich ist und was gesundheitsgefährdend ist. Also, Sie wissen, was ich meine. Klar sind die Grenzwerte umstritten, aber wenn wir sie infrage stellen und gerade die Menschen, die im Umweltbereich tätig sind, das halte ich für den falschen Weg. Ich halte das für ganz gefährlich, wenn wir Grenzwerte infrage stellen, nur weil wir sehen, dass wir sie im Moment technisch nicht erreichen können. Sie hatten das, glaube ich, im letzten Teil Ihres Berichts so ein bisschen infrage gestellt, wie deutlich sich das dann in Bezug auf die Menschen und ihre Gesundheit zeigt. Natürlich gibt es da unterschiedliche Zahlen. Ich habe auch noch mal nachgelesen. Die einen sprechen von soundsoviel und die anderen sprechen von soundsoviel Toten durch den Feinstaub. Klar ist doch, dass es durch den Feinstaub Gesundheitsgefährdungen gibt. Das brauchen wir doch gar nicht ad acta zu legen, das ist Tatsache, das ist erwiesen und das hat auch die Europäische Union dazu veranlasst, diese Grenzwerte festzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, wir alle tun gut daran, darüber zu reden, wie wir vor Ort diese Grenzwerte auch in Erfurt, in

Jena, in unseren Großstädten herunterfahren. Große Ballungsräume wie Stuttgart, München, Berlin haben wir ja nicht. Aber trotzdem müssen auch wir hier in Thüringen unseren Anteil leisten und etwas dafür tun, dass diese Grenzwerte heruntergefahren werden können.

Sie hatten die französische Autoindustrie angesprochen. Ich habe schon meine Probleme mit dieser deutschen Industrie, die immer Vorreiter spielen will. Bei der Autoindustrie haben sie zehn Jahre verschlafen. Das reicht überhaupt nicht.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Sie tun so, als ob das etwas ganz Schlimmes ist, wenn sie Rußfilter bei den Lastkraftwagen einbauen sollen. Wir haben so viel Verkehr auf der Straße und ich glaube nicht, dass die deutsche Industrie nicht dazu in der Lage wäre, dagegen zu wirken. Aber sie tut es nicht. Da braucht man halt Druck auch von der Bundesregierung. Da hätte ich mir auch von der rotgrünen Bundesregierung mehr Druck gewünscht. Das ist nicht passiert, weil die Autolobby in Deutschland scheinbar über der Politik steht, was auch nicht gerade dazu beiträgt, dass die Menschen der Politik mehr zutrauen.

Ich glaube - Sie haben das auch gesagt -, jeder Einzelne kann etwas dazu beitragen, um diese Feinstaubbelastungen, die ja die wesentliche Ursache dafür sind, dass Menschen erkranken und auch früher sterben, zu vermindern. Ich glaube, diese Feinstaubregelungen der EU sind ja auch noch sehr jung. Fünf Jahre sind das jetzt, seitdem diese Regelungen in Kraft sind. Wir sollten sie wirklich nicht infrage stellen. Ich glaube, wir brauchen die Gesamtheit der europäischen Politik. Wir brauchen die europäische Luftreinhaltepolitik und wir müssen sie unterstützen. Natürlich müssen wir auch kritisch damit umgehen, wenn es in Bereichen Vorgaben gibt, die nicht realistisch sind. Das sehe ich auch so. Aber ich habe das Gefühl auch schon im Umweltausschuss gehabt, dass die CDU-Fraktion und Sie dabei sind, sie infrage zu stellen. Davor wollte ich nur als SPD-Fraktion warnen, weil uns das nicht weiterbringt. Wir müssen damit umgehen. Wir müssen das akzeptieren und ich glaube, die Kommission und das Parlament haben jetzt einen Weg gefunden, gemeinsam die Richtlinie zu gehen. Sie haben auch schon gesehen, dass die Ursachen nicht nur beim Verkehr zu suchen sind, aber die Hauptursachen liegen beim Verkehr in Thüringen. Da brauchen wir nicht drumherum zu reden. Aber auch der Feinstaub - das hatte ich auch schon gesagt - aus der Sahara oder von der Landwirtschaft, der geht ja nicht weg, der ist ja immer da. Mit dem müssen wir umgehen. Aber, wie gesagt, bitte nicht die Grenzwerte infrage stellen. Die Strategie, wie wir das machen könnten, ist natürlich von der Lan-

desregierung in den letzten Jahren nie vorgegeben worden. Sie hat reagiert und das Landesamt für Umwelt in Jena macht die Luftreinhaltepläne und die Städte arbeiten damit, aber eine Strategie und ein Vorgehen der Landesregierung fehlen da natürlich. Wir reagieren immer nur auf Vorgaben der EU und auf Grenzwerte und wie wir sie einhalten können. Da ist mir das egal, ob in Italien oder Frankreich weniger gemessen wird oder ob die Stationen in Frankreich 30 km vor Paris stehen. Wir leben in Deutschland, wir leben in Thüringen. Wir müssen das für unsere Menschen in Thüringen tun, was wichtig ist in Thüringen. Da schaue ich nicht woandershin, wo das nicht eingehalten werden kann.

(Zwischenruf Abg. Krauß, CDU: Ein Blödsinn.)

Nein, Herr Krauß, das ist mir egal, ob das in Italien im Moment eingehalten wird. Wir sind für die Thüringer zuständig. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass in Thüringen die Grenzwerte eingehalten werden können.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Die Gesamtstrategie der Europäischen Union sehe ich schon. Es nützt uns nichts, wenn die Feinstaubbelastungen in Italien und Frankreich weiter so hoch sind und sie nicht gemessen werden. Da müssen wir das aber im politischen Ganzen sehen und dann auch auf der europäischen Ebene darauf hinwirken und nicht deren Grenzwerte infrage stellen. Ich halte das für fatal und bitte Sie, das auch nochmals zu überdenken. Den Weg, den die Europäische Kommission gemeinsam mit dem Parlament jetzt eingeschlagen hat, können wir doch sicherlich alle mitgehen, auch wenn es meiner Meinung nach schon noch kritische Punkte gibt, die man diskutieren kann, aber nicht grundsätzlich das infrage stellen. Darum möchte ich Sie bitten.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat der Abgeordnete Krauß, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Krauß, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Becker, Sie hatten ja ganz gut angefangen, aber zuletzt wurde es doch etwas hanebüchen. Ihnen ist egal, was in Frankreich passiert ist, Ihnen ist es egal, was in Italien passiert. Sie interessiert nicht, was um uns herum passiert, Sie interessiert nur, was in Thüringen passiert. Sie möchten aus Thüringen einen Reinraum machen, da müssen

Sie aber eine Glocke darüber packen und dafür sorgen, dass es keinerlei Luftbewegung und keinen Austausch mit anderen Gegenden und Landschaften allein schon in Deutschland gibt. Was Sie erzählen, ist blanker Unsinn.

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Das hat sie so gar nicht gesagt.)

An dieser Stelle danke ich zunächst der Landesregierung für ihren Bericht.

(Unruhe bei der SPD)

Ich danke insbesondere Herrn Minister Dr. Sklenar, und zwar für seine engagierte Rede gestern zum Verbraucherschutz,

(Beifall bei der CDU)

(Unruhe bei der SPD)

denn das hat uns erst ermöglicht, an dieser herausragenden Stelle das Umweltthema „Luftreinhaltung“ zu behandeln.

(Beifall bei der CDU)

Die Geschichte der Luftreinhaltung in der DDR, das hat Herr Prof. Dr. Juckenack ja schon gesagt, und wenn ich an Städte wie Greiz und Berga denke in dieser Witterungslage, wenn man vom Berg oben heruntergeschaut hat, hat man nichts gesehen außer einem grauen Kessel. Wenn man durch Unterwellenborn gefahren ist, weiß jeder noch, wie die Häuser ausgesehen haben, und da nenne ich nur die Thüringer Beispiele. Ich rede hier nicht von den Großkraftwerken Boxberg, Lübbenau, Vetschau. Ich rede nicht von dem Chemiedreieck Wolfen, Bitterfeld und Schkopau. Der Geruch, die Sicht, das alles ist jedem, der hier gelebt hat, noch deutlich in Erinnerung. Und wie ist es heute? Wenn heute ein Zweitakter vor einem auf der Straße fährt, da sieht man ihn noch lange nicht, aber man riecht ihn schon. Das heißt, unsere Nasen, unsere Sinne sind doch wieder etwas sensibler geworden. Wer sich einen kleinen Eindruck von der Geschichte verschaffen möchte, der schaue sich im Foyer die Ausstellung an. Das sind nicht nur Wahlplakate, da sind auch Häuser drauf. Da sieht man, wie es nicht nur am mangelnden Putz gelegen hat, sondern auch, welche Ablagerungen an den Häusern stattgefunden haben. Ich kann mich noch sehr gut entsinnen, dass es in der DDR ein Programm gab, um auf das Waldsterben zu reagieren. Das war nicht etwa die Verbesserung der Luft, sondern die Anpflanzung rauchharter Hölzer. Da hat keiner gefragt, wie gehen die Menschen damit um. Da hat keiner gefragt, wie viele Kinder in Kindergärten und Kinderkrippen jedes Jahr wochenlang zu Hause

bleiben mussten, weil sie an Pseudokrapp erkrankten. Da hat kein Mensch danach gefragt, das war alles normal. Sich heute hier hinzustellen und zu behaupten, Thüringen tue zu wenig für die Luftreinhaltung, das halte ich schlicht und ergreifend für infam.

(Beifall bei der CDU)

Das kann so nicht hingenommen werden. Natürlich können wir nicht alles von uns aus regeln. Das ist vollkommen klar. Natürlich gibt es EU-Vorgaben, keine Frage, Frau Becker. Nur bitte ich Sie: Auch von der SPD gibt es im Umweltausschuss beim Europäischen Parlament Mitglieder, bei denen Sie sich einmal kundig machen könnten, bei denen Sie einmal nachfragen könnten, mit denen Sie sich einfach einmal unterhalten könnten, wie es denn gerade in der Frage der Feinstaubrichtlinie weitergeht. Wir tun das regelmäßig.

(Unruhe bei der SPD)

Wir erfahren - nicht bei den SPD-Abgeordneten,

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Na, Gott sei Dank.)

wir tun das regelmäßig - deshalb auch einiges an Hintergründen, die uns auch nicht immer schmecken, das sage ich hier ganz ehrlich und klar dazu. Man muss sehen, die Feinstaubregelung und die dazugehörigen Grenzwerte wurden erlassen, und zwar knallhart aus der Hüfte geschossen. Es gibt keine wissenschaftlichen Grundlagen und man hat einfach einmal etwas ausprobiert und hat versucht, wie denn die Länder, vor allen Dingen auch die Kommunen, damit umgehen und wie man das überhaupt handhaben kann. Da spielt es schon eine Rolle, wenn von rund 1.000 Messstationen in der Europäischen Union allein 438 in Deutschland sind. Da spielt es natürlich eine erhebliche Rolle, an welcher Stelle ich messe. Das ist doch vollkommen klar. Die Frage Feinstaub und Verkehr - natürlich gibt es einen Zusammenhang, natürlich hat das alles mit Rußpartikeln, Aufwirbelung, Bremsstaub, Kupplungsstaub, Reifenabrieb u.Ä. zu tun. Nur, wenn ich dazu die letzte Veröffentlichung des Bundesumweltamts lese und dort festgestellt wird, dass mittlerweile die Emissionen aus Holzfeuerungsanlagen die Emissionen aus dem Kraftverkehr übersteigen, dann frage ich, wenn Herr Kummer jetzt schon fordert, die Straßenverkehrsinfrastruktur nicht weiter auszubauen, was er dann bezüglich der Holzfeuerungsanlagen demnächst fordern wird. Im Übrigen bin ich mir vollkommen bewusst, Herr Kummer, wenn in Ihrer Gegend Straßen z.B. nicht instandgesetzt würden und infolgedessen man sagt, ja gut, dann wird langsamer gefahren und dann fahren auch weniger Leute mit dem Auto, weil die Straßen so kaputt sind, wären Sie sicher der Erste,

der das Land anprangert und fordert, hier endlich mal etwas zu tun, weil dies den Bürgern einfach nicht zuzumuten ist.

(Zwischenruf Abg. Kummer, Die Linkspartei.PDS: Herr Krauß, den ÖPNV müssen Sie ausbauen.)

Wir müssen natürlich den ÖPNV ausbauen, dazu komme ich auch gleich noch. Was mich ein bisschen verwundert, aber eigentlich verwundert es mich nach den vielen Jahren nicht mehr, Frau Becker, wir wussten ja nun, dass Sie Expertin für Umwelt sind, wir haben gestern erfahren dürfen, dass Sie auch Expertin für Verbraucherschutz sind, und heute erfahren wir, dass Sie auch noch Expertin für Automobiltechnik sind, aber Expertin mit vielen dicken Ausrufezeichen. Ansonsten wüssten Sie, dass in Deutschland kein neuer Lkw mehr auf die Straße kommt, und zwar seit einigen Jahren, ohne Rußpartikelfilter.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Da kenne ich aber genug alte.)

Aber was ich nicht weiß, kann ich ja immer noch besser wissen - das ist ja Ihre Methode, die Sie immer anwenden.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, Die Linkspartei.PDS: Dafür haben wir ja Sie.)

Nun komme ich zum öffentlichen Personennahverkehr. Da gibt es doch ein Mitglied des Umweltausschusses, das sich dann auch immer lautstark zu Wort meldet, der Herr Bärwolff. Der tuckert nun mit einem Zwickauer Stinker auf dem Abgasniveau der fünfziger Jahre durch Erfurt. Wenn der das Ding in der Tiefgarage unten anlässt,

(Heiterkeit im Hause)

da wünscht man sich, es mögen doch bitte sofort die Rauchabsauganlagen losgehen, damit man nicht erstickt.

(Unruhe im Hause)

(Zwischenruf Abg. Wehner, CDU: Da gehen die Rauchmelder an.)

(Heiterkeit im Hause)

Auch dieses mag vielleicht wahr sein. Mein Problem bei der Geschichte ist, besagter Herr Bärwolff fährt nun doch diesen Stinker sicher nicht aus finanziellen Gründen, nicht weil er sich kein etwas umweltfreund-

licheres Auto leisten könnte - das hat sicher ganz andere Gründe. Er könnte doch z.B. als Erfurter mit den öffentlichen Nahverkehrsmitteln fahren, die Straßenbahnen halten doch hier überall - kein Problem.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, Die Linkspartei.PDS: Er fährt Straßenbahn, dass Sie ihn nie treffen.)

Ach wissen Sie, Frau Scheringer, ich sage jetzt mal zu Ihnen im Moment nichts,

(Heiterkeit im Hause)

ich will heute Morgen mal freundlich sein. Der Herr Bärwolff könnte ja z.B. auch mit dem öffentlichen Personennahverkehr fahren oder mit dem Fahrrad. Das hätte sogar zwei Vorteile, mit dem Fahrrad zu fahren.

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Das würde Ihnen auch gut tun, eine Fahrradtour.)

Erstens dient es der Umwelt und zweitens vielleicht auch seiner Figur.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Und was ist mit Ihrem Motorrad?)

(Heiterkeit im Hause)

(Beifall bei der CDU)

Mit meinem Motorrad, das kann ich Ihnen sagen, mein Motorrad hat einen geregelten Dreibegekataylisor und ist zurzeit auf dem aktuellsten Abgasstand. Ich kann Ihnen das auch mal vorführen, wenn es Sie interessiert. Wenn nicht, lassen wir es sein.

(Unruhe im Hause)

Aber was ich dazu noch sagen möchte, Herr Kummer hat ja nun wieder ganz vehement abgehoben auf das Müllheizkraftwerk in Heringen. Das ist wahrscheinlich bei der PDS so eine Ersatzbefriedigung für ihren Nichterfolg in Zella-Mehlis, das kann man ja auch verstehen, ist ja auch in Ordnung so, jedenfalls für Sie. Nur, wenn man als Mitglied des Umweltausschusses mit solchen Eimern wie diesem Trabant P 601 draußen rumfährt und sich auf der anderen Seite hinstellt und ein modernes, ein hochmodernes Müllheizkraftwerk verhindern will, dann fehlen mir langsam aber sicher die Argumente,

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Die fehlen Ihnen schon lange.)

denn der Stinker bläst auf 100 Kilometer garantiert mehr Dreck in die Luft als dieses Heizwerk inner-

halb einer Woche.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Aber das ist doch so was von primitiv.)

(Unruhe im Hause)

Wir wissen doch, dass dieses Thema „Luftreinhaltung“ sehr, sehr vielschichtig ist. Man hat das heute hier auch gemerkt. Man kann hier die Themen auch nur andiskutieren, man kann sie nicht tiefgründig durchdiskutieren.

Deshalb beantrage ich namens meiner Fraktion die Weiterberatung dieses Berichts im Ausschuss für Naturschutz und Umwelt. Ich glaube, dort haben wir die Möglichkeit, uns auch im etwas intimeren Kreis noch trefflich weiter die Argumente um die Ohren zu schlagen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Abgeordnete Scheringer-Wright.

Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright, Die Linkspartei.PDS:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Krauß, ich will jetzt nicht so wie Sie auf irgendwelche Figuren eingehen, auf Bärte, Moden, Jacketts, will ich nicht. Ich will das Niveau etwas hochheben, und zwar darauf eingehen, was Herr Staatssekretär Juckenack uns erklärt hat.

(Heiterkeit bei der CDU)

Das fand ich bemerkenswert, weil das oft anders dargestellt wird. Herr Juckenack hat in seinem Fazit und vorher auch schon in den Erklärungen dargelegt, dass Thüringen eine zielgerichtete Reinhaltepolitik verfolgen will und sich deswegen federführend in Brüssel einbringt, um die Richtlinie zu überarbeiten. Diese Feststellung finde ich insoweit sehr wichtig, dass die auch zur Bevölkerung ins Land rausgeht, weil sonst auch in diesem Hause oft dargestellt wird, wenn etwas aus Brüssel kommt, dann können wir daran nichts machen, dann müssen wir konform gehen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt zeigt sich bei diesem Thema: Weil Thüringen die Problematik mit der Luftqualität nicht in den Griff bekommt und wir die Grenzwerte nicht einhalten können, ist es natürlich möglich, nach Brüssel zurückzu-

gehen, die Probleme darzustellen und zu sagen, wir müssen die Richtlinie so anpassen, dass wir auch in der Lage sind, mit unseren kleinen Maßnahmen, die wir anschieben - „klein“ dick, fett geschrieben -, die einzuhalten, weil wir nicht für strukturelle Veränderungen in diesem Land bereit sind.

(Zwischenruf Abg. Wackernagel, CDU: Das stimmt doch überhaupt nicht.)

Natürlich, Herr Juckenack hat das detailliert ausgeführt. Da, denke ich, liegt die Strategie der Landesregierung. Die Strategie der Landesregierung in der Luftqualität ist eben nicht zu sehen, wo wir hier wirklich strukturelle Defizite haben. Es wurde angesprochen im Verkehr, da muss ich gar nicht ins Detail gehen, weil das in den Vorgängerreden erklärt wurde. Die Strategie der Landesregierung haben sie auch festgeschrieben - europapolitische Strategie der Thüringer Landesregierung zu dem „Clean Air for Europe“: Statt ungeeignete Immissionsstandards beizubehalten bzw. zusätzlich einzuführen, wäre es wirksamer und effektiver, die Problematik an den Emissionsquellen durch adäquate Emissionsstandards ernsthaft anzugehen. Ich muss nur daran erinnern, dass es die letzten 20 Jahre immer die Forderung Verursacherprinzip und an die Emissionsstandards heranzugehen gab und dass da gerade die CDU nie Vorreiter war, auch da viel zu machen. Die Zulassung von Müllverbrennungsanlagen, von Kraftwerken zeigt doch, dass da die Beratung aus ganz anderer Richtung kam.

Ich bin Herrn Juckenack insofern dankbar, dass er mal erleuchtet hat, wie der Zusammenhang mit den europäischen Richtlinien und den Einflussmöglichkeiten ist. Diesen Zusammenhang sollten wir auch in anderen Feldern diskutieren. Danke.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat der Abgeordnete Schugens, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Schugens, CDU:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, es ist schon haarsträubend, wenn man hört, was so die Vertreter der Opposition hier an den Tag bringen. Der Bericht des Umweltstaatssekretärs hat sehr deutlich gezeigt, dass das Land Thüringen eine Strategie hat und hatte. Die Zahlen, die durch den Staatssekretär vortragen wurden bezüglich der Luftqualität, belegen eigentlich die zielstrebige Arbeit und Förderung durch das Land. Ich weiß nicht, ob Sie sich noch erinnern können - besonders Frau Scheringer-Wright,

Sie erzählen, 20 Jahre nichts getan -, wie es 1990 und 1991 in unseren Orten war. Können Sie sich noch erinnern, wie die Smogsituation in kleinen Orten war, die in der Regel auf CO₂-Basis oder auf Feinstaubbasis beruhte? Können Sie sich noch erinnern, wie morgens ganze Städte kaum noch zu erreichen waren? Wissen Sie noch, wie bis 1994 regelmäßig ganze Mittelzentren als Smoggebiete erklärt werden mussten, gesperrt werden mussten, sogar Einschränkungen von Fahrzeugverkehr durchgeführt wurde?

Was ist getan worden in den letzten Jahren? Durch strategische Maßnahmen, die Sie ja sozusagen vermissen wollen oder vermissen, ich nehme aber an, Sie wollen sie vermissen, wurde zielstrebig an den Quellen der Rückführung der Feinstaub- und der Umweltbelastung gearbeitet. Wissen Sie noch und haben Sie das eigentlich zur Kenntnis genommen, wie viele Förderprogramme in Thüringen gegriffen haben für kleine Heizungsanlagen? Ist Ihnen eigentlich bekannt, in wie vielen Städten wir zielgerichtet als Land Thüringen die Fernwärme letztens saniert haben? Ist Ihnen denn noch bekannt, in wie vielen Städten die Heizsysteme umgestellt wurden auf Gasbasis? Ich erinnere einmal, drei BHKW's allein in der Kleinstadt Pößneck, gefördert durch das Land. Können Sie eigentlich vergleichen? Haben Sie denn zur Kenntnis genommen, was mein Kollege Krauß sehr richtig dargestellt hat, dass allein das Umstellen im Kraftfahrzeugbereich enorme Einsparungen gebracht hat? Nicht nur letztlich der Rußfilter, der Gott sei Dank eingeführt wurde, sondern dass die gesamte Fahrzeugflotte derer, die Ruß, die Benzol in Größenordnungen ausgestoßen haben, fast völlig verschwunden ist, dass sie keine Belastung mehr bringen oder nur wesentlich geringere Belastung. Ist Ihnen denn aufgefallen, dass in den letzten 15 Jahren der Katalysator sich absolut durchgesetzt hat? Das scheinen Sie alles nicht wahrgenommen zu haben. Ich glaube, Sie leben in Verhältnissen wie tief in Russland. Waren Sie einmal in diesen Ländern, die da noch Nachholebedarf haben?

(Zwischenruf Abg. Buse, Die Linkspartei.PDS: Was hat die Landesregierung mit dem Katalysator zu tun?)

Entschuldigung, die Landesregierung hat zielgerichtet mitgewirkt an der Politik des Bundes. Die Landesregierung hat sich auch dafür eingesetzt, dass dementsprechend

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Sie haben doch letztens etwas anderes erzählt.)

flüssige Verkehrsgeschehen in unserem Territorium existieren. Ortsumgehungen, Entschärfungen von vielen Schwerpunkten im Bereich der Städte haben dazu geführt, dass auch dort die Belastung zurück-

geht, dass die Luft reiner wird. Haben Sie denn zur Kenntnis genommen, wie viele Messstellen eigentlich in Thüringen heute existieren und nachweislich dokumentiert werden kann, wie dort rückgebaut wurde? Haben Sie denn nicht zur Kenntnis genommen, dass gerade unsere Städte Jena, Erfurt, Gera in den letzten Jahren massiv unterstützt wurden, um den innerörtlichen ÖPNV sauberer zu bekommen, indem wir die Straßenbahn gefördert haben, ganze Netze? Wissen Sie, was das für eine Wirkung hat? Ist Ihnen denn nicht aufgefallen, dass das Land nahezu 100 gasbetriebene Busse gefördert hat, um genau in den Innenstädten dort die Luftqualität zu verbessern? Ich muss mich schon fragen, meine Damen und Herren, die vor mir gesprochen haben, wo Sie eigentlich leben. Es gibt eine klare Strategie und wir haben sehr viel erreicht in Thüringen für die Luftqualitätsverbesserung. Ich denke, auf diesem Weg sollten wir weiter Unterstützung geben und nicht diese polemischen Dinge bringen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Bitte, Herr Abgeordneter Rose, CDU-Fraktion.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Sie wollen es wohl schaffen, dass die Theater gar nicht mehr drankommen? Oder warum machen Sie diesen Zirkus jetzt? Das geht doch nicht. ... Umweltausschuss ...)

Abgeordneter Rose, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, saubere Luft bekommen wir nicht durch hektischen Aktionismus.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Kollege Kummer, ich muss Ihnen zum ersten Mal blinden Populismus vorwerfen.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Wir haben zu DDR-Zeiten nicht einen Wert der Luftverschmutzung offiziell bekannt gegeben bekommen. Seit 1991 haben wir 27 Messstellen in Thüringen aufgebaut. Es darf ja wohl ein Staatssekretär einmal sagen, wenn man in Europa die gleichen Maßstäbe wie in Thüringen ansetzen würde, dann bräuchten wir 7.500 Luftmessstellen in Europa. Wir haben 1.000, davon stehen 438 in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Das sind Tatsachen, die kann man eigentlich nicht zur Seite schieben und man muss es erwähnen. Wir haben also eine sehr hohe Dichte von Luftmessstationen. Und, Kollege Kummer, ich sage es Ihnen ganz deutlich - Sie sprachen den Ruß an: Ruß wird in Thüringen im Ein-Stunden-Rhythmus gemessen. Sie können jederzeit über den Server der TLUG die Rußwerte für alle Luftmessstationen in Thüringen abrufen. Ich habe es mir einmal ganz schnell im Internet angeschaut. Heute morgen 9.00 Uhr, Krämpferstraße in Erfurt - 4,4 Mikrogramm/Kubikmeter, Bergstraße - 2,6 Mikrogramm/Kubikmeter, Heinrichstraße - 5,4 Mikrogramm/Kubikmeter. Das können Sie seit 1991 mit Gangkurven nachvollziehen. Also, Sie wollen einen Grenzwert oder einen Richtwert einführen, der eigentlich seit 1991 an allen Messstellen in Thüringen gemessen wird.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordneter Rose, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Becker?

Abgeordneter Rose, CDU:

Aber bitte.

Abgeordnete Becker, SPD:

Herr Rose, ist Ihnen bekannt, dass die CDU-Fraktion und die Landesregierung die Feinstaubgrenzwerte in Europa infrage stellen möchten, weil sie sagen, dass sie nicht einzuhalten sind und dass die mit den Messungen, die Sie hier positiverweise bringen, die wir ja seit 1991 machen und die wir alle im Internet lesen können, nichts zu tun haben, dass Sie jetzt auf das gefährliche Glatteis gehen, die Feinstaubaktionen der EU infrage zu stellen?

Abgeordneter Rose, CDU:

Frau Becker, vielen Dank für diese Nachfrage.

Abgeordnete Becker, SPD:

Bitte, bitte.

Abgeordneter Rose, CDU:

Das tun wir auf keinen Fall.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das ist doch schön.)

Die Novellierung der Europäischen Feinstaubrichtlinie ist eingebracht worden von Frau Dr. Anja Weißgerber, der fränkischen CSU-Abgeordneten,

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Die bayrische, Herr Kollege.)

gemeinsam mit Matthias Groote, dem SPD-Abgeordneten aus dem Weser-Ems-Kreis.

(Heiterkeit bei der CDU)

Es geht nicht darum, dass man vom Prinzip irgendetwas verwischt, nein, es geht darum, dass man mehr auf die Spezifität gerade unserer deutschen und auch der Thüringer Landschaft Bezug nimmt. Bisher war es nach der Feinstaubrichtlinie möglich, 35 Grenzwertüberschreitungen bei einem Grenzwert von 50 Mikrogramm/Kubikmeter zu machen und in der Zukunft soll es möglich sein, 55 mal die Grenzwerte zu überschreiten, aber Kollegin Becker, bei 33 Mikrogramm/Kubikmeter Luft. Daran ist nichts falsch.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie die Kurven nehmen, die Sie für Deutschland jederzeit über das Umweltbundesamt abrufen können, werden Sie sehen, man kommt dem Problemkreis ganz genau nach, der in Deutschland steht. Wir werden natürlich in Thüringen Probleme bekommen, gar keine Frage. Aber auch die, die in der Europäischen Union diese Fragen eingebracht haben, stehen vor einem Problem. Die Europäische Kommission sagt, wir wollen ab 2010 auch einen Grenzwert für PM 2,5, aber dafür hat man noch gar keine Grundlagen in Europa erarbeitet. Deswegen sagen eigentlich die Parlamentarier, wir wollen ab 2010 einen Richtwert und dann ab 2015 erst die neuen Grenzwerte. Daran ist nichts falsch, denn man kann Grenzwerte eigentlich erst dann festlegen, wenn man auch eine vernünftige wissenschaftliche Grundlage für deren Betrachtung hat. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist einfach so. Wir zweifeln doch keinesfalls eine europäische Luftreinhaltepolitik an, aber wir wollen, dass die Schwerpunkte auf langfristige Maßnahmen gelegt werden und wir wollen auch die planmäßige Absenkung der Feinstaubwerte in Thüringen, in Deutschland und natürlich in Europa. Wir werden das niemals infrage stellen. Das ist eigentlich unsere Kernaussage zu dieser Problematik, denn sehen Sie sich an, was seit der Wende passiert ist. Wir haben eine drastische Verbesserung eigentlich von allen lufthygienischen Kriterien und ich glaube, das ist ein Erfolgsmodell und darüber muss man reden. Darüber braucht man sich eigentlich nicht zu streiten, vor allen Dingen nicht mit solchen populistischen Mitteln. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen von Abgeordneten vor, damit erteile ich das Wort Herrn Staatssekretär Juckenack.

Prof. Dr. Juckenack, Staatssekretär:

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin, lassen Sie mich mit wenigen Sätzen noch mal auf das eine oder andere eingehen. Ich denke, das Thema Luft ist es auch wert, da man bekanntermaßen schon nicht von Luft und Liebe leben kann und es mit der Liebe hier eine gewisse Begrenzung schon automatisch erfährt. Lassen Sie uns ein wenig dieses Thema Luft zum Abschluss bringen.

(Heiterkeit im Hause)

Meine Damen und Herren, es ist im Kern tatsächlich die Frage. Wir werden sicherlich dieses Thema in der einen oder anderen Form auch zu den anderen Medien - Boden und Wasser - noch zu führen haben. Wie gehen wir mit den mittlerweile 80 Prozent EU-Regelungen im Umweltbereich um? Das ist die Frage und da war die Strategie Thüringens abgefragt. Es ist daher enorm bedeutsam, mal im Detail hinzuschauen, worum es denn eigentlich geht, und mit Verlaub, wir hatten nun mal Rotgrün als Bundesregierung. Sie wissen genau, die Mitgliedstaaten sind gefordert in Brüssel, nicht die einzelnen Länder in einem föderalen System wie Deutschland. Sie können dazu beitragen, sie können sich abstimmen, aber es ist Berlin, was in Brüssel vorträgt. Da haben wir in der Vergangenheit sehr wohl viele Claqueure gehabt, die noch darauf gedrängt haben, dass die EU-Umweltvorgaben noch schärfer wurden.

Meine Damen und Herren, zu Frau Dr. Scheringer-Wright: Wenn es jetzt um die Frage Federführung ging, das hat sie missverstanden. Thüringen - hatte ich gesagt - ist im Bereich Boden in der Abstimmung der Länder derzeit federführend tätig, um einen Konzeptentwurf als Gegenkonzept zu der EU-geplanten EU-Bodenschutzrichtlinie zu machen. Ansonsten machen das die Länder im Rahmen von Umweltstammtischen in Brüssel mit einer gewissen Resonanz, aber - und das ist das Positive - es mehrt sich die Kritik, und zwar als Resonanz aus der Praxis und als Resonanz aus Erfahrungen mit dem Vollzug. Das ist zum Teil gar nicht zu vermeiden nach einigen Jahren, aber wir müssen nun mal feststellen, es ist umso mehr dringend geboten, dass wir hier auf die Bremse treten, wenn es nämlich nicht zu der Realität und zur gelebten Wirklichkeit passt.

Herr Kummer - Schiene/ÖPNV wird regelmäßig erwähnt. Meine Damen und Herren, es ist eine Frage umweltgerechter Verhaltensweisen im Verkehr. Es

ist damit nicht auf Schiene und ÖPNV reduziert, sondern auf umweltfreundliche Antriebe. Nehmen Sie doch bitte den Kfz-Antrieb Hybrid oder Wasserstoff dabei nicht aus; dieses gilt es in der Vollständigkeit doch logischerweise auch zu erwähnen.

Dann der Hinweis auf den Kontext Müllverbrennungsanlagen: Nun gut, das bietet sich an, wir haben aktuell die Diskussion. Auch hier der Hinweis, wer sich dort informieren möchte, vor wenigen Tagen wurde der Probetrieb der Müllverbrennungsanlage in Erfurt eingeweiht - ein in Deutschland einmaliges Konzept, eine Kombination aus mechanisch-biologischer Anlage plus Müllverbrennungsanlage. Ich denke, dort vor Ort kann man sich auch über die Emissionen, die dabei entstehen, informieren.

Zum Thema „auf die Emissionsquellen konzentrieren“: Ich freue mich, dass wir hier Konsens haben. Das ist der Dreh- und Angelpunkt der Kritik. Wir müssen uns auf die Emissionsquellen konzentrieren, wir haben überhaupt keine Chance, wenn wir wissen, dass die Hälfte Ferntransport ist, dass wir über Aktionspläne - teuer zumal - in den Städten versuchen zu regeln, was nicht zu regeln ist. Klassischer als eine End-of-the-pipe-Regelung ist hier gar nicht möglich.

Wenn wir dann bei diesem Punkt der Grenzwerte sind, Frau Becker: Grenzwertdiskussionen sind natürlich erforderlich. Hier wird immer gesagt, wir diskutieren das, weil wir es nicht einhalten können, nein, wir diskutieren das, weil die Wissenschaftler sagen, diese Grenzwerte sind nicht korrekt. Ich denke, niemand in dem Hohen Haus würde widersprechen, wenn jemand auf die Idee käme, dass jetzt der Fiebergrenzwert bei 36 Grad Celsius ist. Das ist schlicht Unsinn. Genauso ist es bei der Diskussion um Schadstoffe und Wirkungsinhaltsstoffe. Schauen Sie sich bitte die Verteilung an. Die größten Mengen, die darin enthalten sind, sind schlicht ungefährliche Bodenpartikel und Salzaerosole und andere Punkte. Der restliche Anteil, das sind die polyzyklischen Aromate, das sind die karzinogenen Stoffe; auf die müssen wir uns konzentrieren und da müssen wir schauen, wo sie herkommen. Es war ein wirklich trauriges Kapitel, dass man sehr schnell auf die Thematik Kfz sich stürzte, um zu glauben, mit entsprechender Filtertechnik habe ich es im Griff und dann über die Monate und Jahre sich herausstellte, es ist nicht der Fall und es ist damit auch nicht zu regeln. Das heißt, Lebenswirklichkeit ist Punkt 1, um den es bei uns geht, der zweite Punkt, richtige und falsche Werte zu unterscheiden und der dritte Punkt, keine Hysterie, insbesondere nicht, wenn es um den Umgang mit Steuergeldern geht. Da ist alles fehl am Platze, was der Bevölkerung suggeriert, hier könnte gehandelt werden und wenn ich nur ausreichend Geld in die Hand nehme, dann bekomme ich das Thema auch in den Griff.

Letzter Punkt: Es wird hier auch die Bilanz einer Umweltpolitik in Thüringen dargestellt, natürlich, das mag dem einen oder anderen nicht gefallen, es ist nun einmal ein durchweg CDU-regiertes Land und der Unterschied mag sein, dass bei einer CDU-Regierung die Umwelt nicht in diesem singulären Fokus steht und nicht mit der PR- und Marketingstrategie nach außen getragen wird. Vielleicht sollten wir das in der Zukunft mehr tun. Wir setzen uns sicherlich dafür ein und werden auch von der Berliner Seite in dieser Richtung mehr erfahren. Es ist nur gerade einmal vielleicht Herr Töpfer dem einen oder anderen in Erinnerung, der als UN-Umweltkommissar Furore gemacht hat und mit einer CDU-Umweltpolitik zusammengebracht wird.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Ich glaube, der zentrale Unterschied ist nicht reden, sondern machen, nicht die Pferde scheu, sondern in der Lebenswirklichkeit stehen. Wir vertreten nicht die Auffassung, dass 100 Prozent Umwelt zu erreichen sind, weil 100 Prozent Umwelt haben wir dann, wenn wir 100 Prozent ruhenden Verkehr haben und 100 Prozent Arbeitslosigkeit. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe damit die Aussprache. Kann ich davon ausgehen, dass das Berichtersuchen erfüllt ist oder erhebt sich Widerspruch? Bitte, Abgeordneter Schröter.

Abgeordneter Schröter, CDU:

Namens der CDU-Fraktion beantrage ich die Fortsetzung der Aussprache im Ausschuss für Naturschutz und Umwelt.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das ist mir bekannt, trotzdem kann das Berichtersuchen erfüllt sein, auch wenn man weiter darüber diskutiert. Deshalb frage ich noch einmal: Erhebt sich Widerspruch, dass das Berichtersuchen erfüllt ist? Es erhebt sich kein Widerspruch.

Es ist beantragt die Fortsetzung der Aussprache im Ausschuss für Umwelt und Naturschutz. Da alle drei Fraktionen die Aussprache beantragt haben, muss von allen dreien die Zustimmungen vorliegen, dass die Aussprache weiter erfolgt im Ausschuss für Naturschutz und Umwelt. Ich frage die Fraktion der SPD. Einverstanden. Die Fraktion der Linkspartei.PDS. Auch einverstanden.

Damit stimmen wir ab über die Ausschussüberweisung. Wer für die Überweisung an den Ausschuss ist und die weitere Diskussion, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? 1 Gegenstimme. Wer enthält sich? Keine Stimmenthaltung. Damit ist mit großer Mehrheit die Ausschussüberweisung angenommen.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10**

Frauen und Arbeit in Thüringen

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
- Drucksache 4/2277 -

Abgeordnete Wolf möchte für die Linkspartei.PDS begründen. Bitte, Frau Abgeordnete Wolf.

Abgeordnete Wolf, Die Linkspartei.PDS:

Danke, Frau Präsidentin. Der Übergang vom Thema „Luftreinheit“ zum Thema „Frauen und Arbeit“ ist insofern relativ einfach, weil natürlich auch Frauen Luft zum Atmen brauchen und

(Heiterkeit bei der CDU)

erlauben Sie mir den ganz kurzen Hinweis, dass Frauen an dieser Stelle im besonderen Maße zur Luftreinheit in Thüringen beitragen, weil sie nutzen nämlich überdurchschnittlich den ÖPNV und fahren deutlich spritsparender im Durchschnitt als Männer.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Aber zum Thema „Frauen und Arbeit“. Meine Damen und Herren, Frauen sind anders und Frauen sind kein Anhängsel von Männern, aber

(Unruhe bei der CDU)

sie sind vor allem nicht schlechter als Männer.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn man den Eindruck gewinnen könnte, wenn man auf die Regierungsbank schaut, Frauen wären irgendwie defizitäre Wesen und beim Arbeitsmarkt entsteht der Eindruck nach wie vor und in zunehmendem Maße, dass Frauen mit besonderen Problemlagen umgeben seien. Das kommt in meinen Augen derzeit doch eher einem Frauenbild von vor 100 Jahren nahe. Lassen Sie mich diese These begründen. Die Arbeitswelt ist mehr als die Mischung aus Selbstverwirklichung und Existenzsicherung. Das ist uns allen bewusst. Uns allen ist die Bedeutung von Arbeit bewusst, nicht umsonst kommt in allen

Umfragen in Deutschland der Frage des Arbeitsmarkts die wichtigste Aufgabe zu in der Politik und in der gesellschaftlichen Gestaltung.

Frauen auf dem Arbeitsmarkt sind aber von besonderen Problemen umgeben. Ich möchte das nur in ganz kurzen Schlaglichtern darstellen, Frau Leukefeld wird natürlich nachher noch mal näher darauf eingehen. Prekäre Arbeitsverhältnisse sind vor allem weiblich bestimmt. Sie sind überdurchschnittlich bei 400-Euro-Jobs vertreten, in befristeten Arbeitsverträgen, erzwungene Teilzeitarbeit ist vor allem weiblich. Ausbildungschancen sind ungleich schlechter von jungen Frauen als von jungen Männern und das, obwohl sie bessere Abschlüsse besitzen im Durchschnitt. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist überdurchschnittlich weiblich geprägt. Und ein Problem möchte ich noch mal in besonderem Maße ansprechen, das ist die Frage von Hartz IV und die in dem Zusammenhang stehende Frage der Bedarfsgemeinschaften und die daraus entstehende Frage der Nichtleistungsbezieher, die eben vor allem weiblich sind mit all den umgebenden Problemen.

Meine Damen und Herren, für mich entsteht das Bild, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt zunehmend die Rolle von Hinzuverdienerinnen spielen, von denen, die eigentlich für Heim und Herd zuständig sind, für Kindererziehung und nebenbei noch ehrenamtlich arbeiten und so ein bisschen für die Selbstverwirklichung noch arbeiten gehen können, ohne wirklich Karriereaussichten und -chancen zu haben. Die Landesregierung ist verpflichtet nach der Thüringer Verfassung, die Gleichberechtigung und Gleichstellung zu fördern, nicht nur zu fordern, sondern auch zu fördern. Ich persönlich vermisse den Aufschrei der Landesregierung bei all diesen zunehmenden Problemen auf dem Arbeitsmarkt, ich vermisse die wirklich sichtbare Förderung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, und deshalb fragen wir heute mit unserem Antrag nach: Was tut die Landesregierung, um die beschriebene Situation zu verbessern? Wie beurteilen Sie die Situation? Und deshalb bitten wir heute um den Bericht der Landesregierung.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Für die Landesregierung wird ein Sofortbericht gegeben. Bitte, Herr Minister Reinholz.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, der Antrag „Frauen und Arbeit in Thüringen“ entspricht der wenig zielorientierten Grundstruktur anderer bishe-

riger Anträge der Linkspartei.PDS. Der Berichts Antrag umfasst eine Reihe von Detailfragen. Der eigentliche Antrag fordert dann bereits Maßnahmen, nach denen im Berichts Antrag nun mal gerade erst gefragt worden ist. Meine Damen und Herren von der Linkspartei.PDS, Sie scheinen für sich selbst ja alle Punkte längst beantwortet zu haben. Sie werden sicher auch verstehen, dass ich die Ihrem Antrag zugrunde liegende Vorstellung, die Arbeitsmarktlage von Frauen könnte durch Förderprogramme und Einzelregelungen der Arbeitsmarktpolitik allein grundlegend verändert werden und die Landesregierung habe dies ganz allein in der Hand, nur als ein wenig naiv und realitätsfremd bezeichnen kann.

Man kann durch einzelne Maßnahmen Verbesserungen erreichen, wie das der Landesregierung ja auch in den vergangenen Jahren gelungen ist. Einen Weltverbesserungsautomaten, bei dem man nur an einem Hebel zu ziehen braucht und unten fällt die Anleitung zum Glücklichein heraus, den gibt es nun mal leider nicht. Deshalb muss auch die Frage nach der Arbeitsmarktsituation von Frauen nach wie vor im Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung der Wirtschaft und der Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung betrachtet werden. Eine ganz wichtige Antwort besteht dann z.B. auch darin, dass die Reformpolitik auf Bundesebene fortgesetzt werden muss, z.B. im Bereich des viel zu starren Arbeitsrechts, das neue Arbeitsplätze - und das wissen wir alle - geradezu verhindert. Die Antwort besteht aber ausdrücklich nicht darin, Arbeitsmarktreformen zurückzudrehen, wie dies die Fraktion der Linkspartei.PDS in Bezug auf Hartz IV wohl ganz gern hätte.

Lassen Sie mich jetzt zunächst auf die Arbeitsmarktentwicklung und die Arbeitsmarktsituation von Frauen in Thüringen einmal generell eingehen. Die Entwicklung der vergangenen Jahre lässt nämlich durchaus, trotz der nach wie vor schwierigen Gesamtlage des Arbeitsmarkts, positive Veränderungen erkennen. Ich erinnere an der Stelle noch einmal daran, dass Thüringen die niedrigste Arbeitslosenquote unter allen neuen Bundesländern hat, wenn sie auch - wohl bemerkt - immer noch zu hoch ist. So ist der Frauenanteil an den Erwerbstätigen in den letzten zehn Jahren von 44 Prozent auf knapp 46 Prozent gestiegen. Das ist ein Erfolg, auch wenn die Anzahl der Erwerbstätigen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren in den letzten Jahren in Thüringen insgesamt gesunken ist. Ähnlich ist es bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Trotz des Gesamttrückgangs in den letzten Jahren, der übrigens - und darüber haben wir gestern schon gesprochen - derzeit gestoppt ist und sich sogar zu einem leichten Zuwachs verändert hat, ist der Frauenanteil von rund 47 Prozent vor zehn Jahren auf derzeit rund 49 Prozent gestiegen. Zudem, meine Damen und Herren,

möchte ich darauf hinweisen, dass sich der jahresdurchschnittliche Anteil arbeitsloser Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen seit 1999 - damals betrug er 55,4 Prozent - deutlich verringert hat und 2005 nur noch bei 48,1 Prozent lag. Wenn Sie einen Blick in die aktuellen Arbeitslosenzahlen werfen, so werden Sie feststellen, dass die Frauenarbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr sogar um 5,5 Prozent abgenommen hat.

Ich will die Lage hier, meine Damen und Herren, nicht schönreden, aber nochmals darauf hinweisen, dass wir uns im Vergleich der neuen Länder durchaus sehen lassen können. Das gilt insbesondere, meine Damen und Herren, wenn man sich anschaut, wie die Entwicklung in den von der Linkspartei.PDS mitregierten Ländern ist. In Mecklenburg-Vorpommern liegt die Arbeitslosenquote bei 18 Prozent, und damit ist Mecklenburg-Vorpommern das Schlusslicht in der ostdeutschen Statistik, und in Berlin immerhin noch bei 17,1 Prozent; Thüringen - noch mal zum Vergleich - 14,5 Prozent. Auch die Rückgänge im Vorjahresvergleich sind dort deutlich geringer ausgefallen als in Thüringen. Also sollten Sie vielleicht Ihre Kollegen in den Ländern Berlin und Mecklenburg-Vorpommern doch mal auffordern, ähnliche Dinge zu tun wie in Thüringen, vielleicht erreichen sie dann auch Werte wie in Thüringen. Diese vergleichsweise positive Einschätzung betrifft nicht nur die Arbeitsmarkt- und die Ausbildungssituation der Frauen in Thüringen, sondern auch die darauf bezogene Förderpolitik des Landes.

Meine Damen und Herren, damit komme ich nun zum eigentlichen Antrag „Frauen und Arbeit in Thüringen“: Der Antrag der Linkspartei.PDS bezieht sich ausdrücklich auf die DGB-Studie „Frauen in Thüringen - eine Bestandsaufnahme 2005“. Die Studie ist vom März 2006, die der DGB auch dankenswerterweise bereits vor einigen Monaten der Landesregierung zugeleitet hat, und sie beschreibt die Situation von Frauen in Thüringen unter verschiedenen Aspekten - etwa im Hinblick auf das Geburtendefizit, auf Abwanderung, auf Fachkräftesicherung, Beschäftigungsentwicklung und natürlich auch in Bezug auf Entlohnung und Rente.

Selbstverständlich haben sich die zuständigen Ressorts der Landesregierung intensiv mit den Aussagen dieser Studie, den Schlussfolgerungen und natürlich auch dem Forderungskatalog befasst. Es bleibt aber doch festzustellen, dass viele der angesprochenen Problemfelder kein alleiniges Frauenspezifikum darstellen, sondern dass davon Männer in Thüringen ebenso betroffen sind. Es entspricht sicherlich dem Auftrag des DGB, dass in der vorgelegten Untersuchung ausschließlich die Lage von Frauen betrachtet wurde. Dennoch kann man die Arbeitsmarktsituation von Frauen nicht völlig isoliert von einer Gesamt-

betrachtung analysieren, sondern muss dies immer im Zusammenhang sehen und natürlich auch im Zusammenhang bewerten.

Eines der angesprochenen Probleme ist das Thema Abwanderung. Keine Frage, Abwanderung ist zweifellos ein ernst zu nehmendes Thema. Hinzu kommt noch, dass die steigende Lebenserwartung und die gleichzeitig niedrigen Geburtenraten zu strukturellen Veränderungen im Altersaufbau führen, in Thüringen ebenso wie in ganz Deutschland. Die im Antrag behauptete überdurchschnittliche Abwanderung von Frauen ist so pauschal nicht zutreffend und muss letztendlich auch ein wenig differenziert werden. Der Frauenanteil bei den abgewanderten Personen Thüringens bewegte sich in den Jahren 2003 bis 2005 zwischen 48,4 und 49,6 Prozent. Insgesamt, meine Damen und Herren, sind also weniger Frauen abgewandert als Männer. Richtig ist allerdings, dass bei den 15- bis 25-Jährigen der Frauenanteil seit einigen Jahren zwischen 54 und 60 Prozent liegt. Das ist überaus unerfreulich, weil sich gerade diese Wanderungsverluste natürlich negativ auf die demografische Entwicklung auswirken werden, wie allerdings auch in allen anderen neuen Ländern und zum Teil auch in strukturschwachen Regionen der alten Bundesländer.

Bereits seit einigen Jahren beschäftigt sich deshalb die bei der Thüringer Staatskanzlei angesiedelte Managementgruppe zur Sicherung des Fachkräftebedarfs, der neben den zuständigen Fachressorts die Thüringer Kammern, der Verband der Thüringer Wirtschaft, die Gewerkschaften sowie die Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen der Bundesagentur für Arbeit angehören, natürlich auch mit diesem Themenkreis. Die bisherigen Ergebnisse können den bislang veröffentlichten drei Berichten der Managementgruppe natürlich auch jederzeit entnommen werden. Im Wesentlichen wurden Vorschläge im Bereich von Ausbildung und Beschäftigung einschließlich natürlich der Berufsvorbereitung erarbeitet, die für den Verbleib der Jugend in Thüringen vorrangig sind. Darüber hinaus gibt es aus meiner Sicht drei wesentliche Aufgaben, die größtenteils natürlich der Wirtschaft obliegen:

1. dazu beizutragen, dass das Einkommensniveau in Thüringen steigt und damit auch konkurrenzfähig bleibt,
2. die beruflichen Einstiegs- und Aufstiegsmöglichkeiten zu verbessern und
3. Maßnahmen zu ergreifen, um zusätzliche lukrative Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Fördermöglichkeiten und Rahmenbedingungen für diese Aufgaben sind auf Landesebene - wie auch

die neue Thüringer Fachkräftestudie eindeutig belegt - recht gut. Insbesondere die Programme und Maßnahmen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen in Thüringen wirken der Abwanderung auch entgegen. Insofern wird die Landesregierung auch in den kommenden Jahren großes Augenmerk darauf richten, dass die Thüringer Jugend hier im Lande, hier in Thüringen Ausbildungsmöglichkeiten erhält. Das wird dadurch ergänzt, dass die Arbeitsmarktförderung besonders junge Menschen, gerade auch an der zweiten Schwelle - also vom Übergang zum Arbeitsleben - unterstützt.

Wie mehrfach bereits im Landtag berichtet, werden Frauen sowohl bei der Ausbildungsförderung als auch bei der Arbeitsmarktförderung als Zielgruppe ganz besonders berücksichtigt. Darauf werde ich auch nachher noch im Zusammenhang mit den Maßnahmen und der ESF-Förderstruktur eingehen.

Von Langzeitarbeitslosigkeit sind Frauen in Thüringen stärker betroffen als Männer. Ihr Anteil an den Langzeitarbeitslosen insgesamt lag im September 2006 immerhin bei 59,9 Prozent. Auch hier muss jedoch festgehalten werden, dass sich die eingesetzten arbeitsmarktpolitischen Instrumente ohnehin ganz besonders auf die Förderung Langzeitarbeitsloser richten und auch schon eine deutliche Besserung herbeigeführt haben. Der Frauenanteil bei Langzeitarbeitslosen lag nämlich beispielsweise noch im September 2000 bei 67 Prozent, also können wir dort immerhin einen erfreulichen Rückgang von 7,1 Prozentpunkten verzeichnen.

Meine Damen und Herren, eines der wichtigsten Ziele der Bildungs- und Berufspolitik ist es, jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen. Unserem Ziel, jedem Jugendlichen, der es denn wünscht, eine Ausbildungsmöglichkeit zu bieten, sind wir insbesondere durch den Abschluss des Ausbildungspakts gerecht geworden. Unsere Strategie ist dabei ausgerichtet auf die Sicherung der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe durch Förderung der überbetrieblichen Ausbildung im Handwerk und von Ergänzungs- und Zusatzqualifikationen in Industrie, Handel und Handwerk; eine zusätzliche Ergänzung der betrieblichen Ausbildung durch überbetriebliche Ausbildungsstätten und deren investive Förderung durch das Land; eine qualifizierte Berufsvorbereitung, um dadurch das leidige Problem der Ausbildungsabbrüche zu verringern; die Förderung von Beratern zur Lehrstellenwerbung, um das vorhandene Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen auch besser ausschöpfen zu können sowie die Sicherung von Ausbildungsabschlüssen im Fall der Insolvenz eines ausbildenden Unternehmens. Um einen annähernden Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zu erreichen, war und ist es zudem erforderlich, gemeinsam

mit dem Bund zusätzliche überbetriebliche Ausbildungsplätze zu fördern. Das entsprechende Ausbildungsprogramm Ost wurde deshalb in den vergangenen Jahren durch den Freistaat Thüringen regelmäßig mit mehreren hundert Ausbildungsplätzen aufgestockt. Die Berufswahlvorbereitung in Thüringen wird, meine Damen und Herren, von drei Säulen getragen. Das ist zum einen der Thüringer Berufswahlpass, zum anderen das Qualitätssiegel „Berufswahlfreundliche Schule“ und die Förderung des Praxiserlebens von Schülerinnen und Schülern in der Arbeitswelt. An dem Projekt „Berufsstart in Thüringen - vertiefte wirtschaftsnahe Berufsvorbereitung während der Schulzeit“, nehmen derzeit immerhin 9.000 Schüler teil. Dieses Projekt soll weiterhin forciert und gefördert werden, weil ich es für sehr wichtig erachte. Nicht unerwähnt bleiben soll an dieser Stelle das seit Jahren sehr erfolgreich laufende Projekt FRITZI, das vom Bildungswerk Thüringer Wirtschaft e.V. und der Koordinierungsstelle Naturwissenschaft und Technik für Schülerinnen und Studentinnen und Absolventinnen an der TU Ilmenau getragen wird.

(Beifall bei der CDU)

FRITZI, das wissen Sie, zielt darauf ab, das traditionell sehr eingengegte Berufswahlspektrum speziell junger Frauen zu erweitern und ihren Blick auch auf naturwissenschaftlich-technische Berufe mit Zukunft zu lenken. Dieselbe Zielrichtung verfolgt auch der von der Landesregierung initiierte und seit dem Jahr 2000 herausgegebene berufsorientierte Jobkalender, den uns Schülerinnen und Schüler jeweils zu Beginn des Schuljahrs förmlich aus der Hand reißen. Ich denke, auch mit diesen Projekten müssen wir uns deutschlandweit nicht verstecken.

Einige weitere Anmerkungen, meine Damen und Herren, möchte ich zum Stichwort Altersarmut machen. Das Sozialhilferecht definiert ein soziokulturelles Existenzminimum. Das heißt, dass die Hilfe zum Lebensunterhalt nicht nur ein psychisches Existenzminimum garantiert, sondern einen soziokulturellen Mindeststandard, der eine angemessene Teilnahme am gesellschaftlichen Leben einschließt. Insofern schützt die Hilfe zum Lebensunterhalt vor Armut und Ausgrenzung. Ausweislich der Statistik von bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter bezogen in Thüringen zum 31.12.2004 insgesamt 687 Frauen über 65 Jahre Grundsicherungsleistungen. Von diesen 687 Frauen bezogen 615 eine Altersrente, 46 Frauen eine Hinterbliebenenrente, 12 Frauen verfügten über kein Einkommen und 2 Frauen über 65 verfügten über ein Erwerbseinkommen. Diese Zahlen, meine Damen und Herren, verdeutlichen, dass die Verknüpfung Langzeitarbeitslosigkeit, Realeinkommensverluste, Altersarmut zumindest kein Massenphänomen und auch kein Automatismus sind.

Auf das ebenfalls im Antrag angesprochene Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen möchte ich hier nur kurz eingehen. Hier geht es vorrangig um die Zuständigkeit der Tarifparteien und letztlich nicht um staatliche Regelungen. Der Staat hat den Rahmen für Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen zwar gesetzlich vorgegeben, ausgefüllt, das wissen Sie, wird er aber durch die Tarifparteien oder vertraglich auf betrieblicher Ebene. Es gilt aber aus meiner Sicht, dass die Bedingungen legal und auch zumutbar sein müssen.

Meine Damen und Herren, damit komme ich nun zu Ihren Maßnahmevorschlägen im Einzelnen.

Zum Ersten, zum Vorschlag der Auftragsvergabe beziehungsweise zum Gleichstellungsgesetz ist Folgendes anzumerken: Zum einen steht der Grundsatz der Berücksichtigung von Chancengleichheit und Diskriminierungsverbot in dem bereits zitierten § 22 des Gleichstellungsgesetzes eindeutig drin, so dass dieser Grundsatz natürlich auch gilt. Zum anderen hat sich der Thüringer Landtag mehrheitlich gegen ein Landesvergabegesetz ausgesprochen, das gegebenenfalls weitere Regelungen hätte treffen können. Zudem ist nach der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung ein solches Gesetz auch auf Bundesebene nicht vorgesehen.

Zum Zweiten: Die Landesregierung betreibt eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die bereits mehrfach im Landtag erläutert und erörtert wurde, den deutlichen Ausbau des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors lehnt die Landesregierung ab und darüber haben wir auch gestern hier in diesem Hohen Hause miteinander diskutiert. Ein Mindestlohn von 8 € - anscheinend mit einem Extraaufschlag für Frauen, denn die bisherige Generalforderung lautete ja 7,50 € - würde zur Arbeitsplatzvernichtung führen, da viele Jobs im geringqualifizierten Bereich eben nicht die notwendige Produktivität für eine solche Entlohnung haben und, meine Damen und Herren von der Linkspartei.PDS, das wissen Sie ganz genau so gut wie ich. Die Landesregierung lehnt deshalb einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn ab. Darüber hinaus kann ich aber auf die Tarifparteien verweisen. Es besteht nach wie vor die Möglichkeit, Flächentarifverträge zu vereinbaren und diese für verbindlich zu erklären, wenn dies alle Partner wollen und für wirtschaftlich sinnvoll erachten.

Zum Nächsten: Um des Weiteren einige offensichtlich vorhandene Missverständnisse klarzustellen und auch die bereits bestehende Förderstrategie im Bereich Frauen und Arbeit zu verdeutlichen, möchte ich nun auf die Förderung im Rahmen des Europäischen Sozialfonds - des ESF - eingehen. Ich zitiere aus Ihrem Antrag, meine Damen und Herren: „Die weitgehende Verwendung der Mittel des Euro-

päischen Sozialfonds für Arbeitsmaßnahmen für Frauen“ ist nun mal nach den Vorgaben der Europäischen Union so einfach nicht statthaft. So fordert der Artikel 6 Sozialfondsverordnung vom 5. Juli 2006, ich zitiere noch einmal: „Die Mitgliedstaaten setzen sich für eine ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern bei der Verwaltung und bei der Durchführung der Operationellen Programme ein.“ Eine weitgehende geschlechtsspezifische Konzentration des Mitteleinsatzes im Rahmen des Operationellen Programms würde dem der Verordnung immanenten Prinzip des Gender-Mainstreamings dann auch widersprechen. Immerhin wurde in der Strukturfondsförderperiode 2000 bis 2006 im Rahmen des Operationellen Programms des ESF noch im Jahr 2004 eine Mittelverlagerung in die so genannte Maßnahme 9 vorgenommen, die der Förderung spezifischer Projekte zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern vorbehalten ist. Durch eine formelle Änderung der entsprechenden Plandokumente wurde die für frauenspezifische Maßnahmen vorgesehene Förderlinie um immerhin 4,8 Mio. € auf insgesamt 60,2 Mio. € aufgestockt. Insgesamt konnten in den Jahren 2004 und 2005 damit 31.234 Frauen durch Förderangebote des Europäischen Sozialfonds erreicht werden, davon 10.221 Teilnehmerinnen durch explizit der Verbesserung der Chancengleichheit dienende Projekte. Dies entspricht einem Frauenanteil von immerhin 47,7 Prozent. Für den gesamten Schwerpunkt 4 „Förderung des Arbeitskräftepotenzials sowie der Chancengleichheit“ wurde eine durchschnittliche Frauenquote von 47,6 Prozent erreicht. In der Förderperiode 1994 bis 1999 lag diese Quote - hören Sie gut zu - immerhin nur bei 38,7 Prozent, also auch hier ein ganz deutlicher Aufwuchs. Der Einsatz des Europäischen Sozialfonds wird sich auch in der kommenden Förderperiode über alle Schwerpunkte hinweg am Prinzip des Gender-Mainstreamings orientieren müssen. Dies bedeutet einerseits, dass die Fördermaßnahmen im Hinblick auf ihre geschlechtsspezifischen Auswirkungen betrachtet werden, was auch die Gewährleistung eines ausgeglichenen Verhältnisses von Frauen und Männern an der Gesamtförderung beinhaltet. Andererseits wird das Operationelle Programm des ESF für die Jahre 2007 bis 2013 auch spezifische Angebote zur arbeitsmarktpolitischen Förderung von Frauen unterschiedlicher Lebenslagen beinhalten. Neben dem Abbau von Weiterbildungs- und Aufstiegsbarrieren für berufstätige Frauen sind hierbei erhebliche Mittel für einen eigenen Förderbereich zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern vorgesehen.

Insgesamt, meine Damen und Herren, kann davon ausgegangen werden, dass das neue ESF-Programm für Thüringen das Ziel der Chancengleichheit der Geschlechter in angemessener Weise auch wieder berücksichtigt. Damit ist die zielgerichtete Förderung von Berufsvorbereitung und -ausbildung,

Weiterbildung und Beschäftigung, insbesondere auch für Frauen in den kommenden Jahren möglich und somit natürlich auch so vorgesehen.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Die Thüringer Landesregierung hat ein sehr umfassendes und zielgerichtetes Förderinstrumentarium zur Verbesserung der arbeitsmarktpolitischen Situation von Frauen in Thüringen aufgelegt. Darüber hinaus gehende realistische und vor allem neue Ansätze, die tatsächlich zu einer Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Thüringen beitragen würden, sind in dem Antrag der PDS-Fraktion einfach nicht enthalten. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Meine Damen und Herren, Sie haben den Sofortbericht gehört. Ich frage: Wer wünscht Aussprache zum Sofortbericht zu Nummer I des Antrags? Alle drei Fraktionen. Ich gehe davon aus, dass wir in dieser Aussprache gemeinsam Nummer I und II des Antrags behandeln und eröffne die Aussprache. Ich erteile dem Abgeordneten Pilger, SPD-Fraktion, das Wort.

Abgeordneter Pilger, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, immer wieder erlebe ich in Gesprächen hier im Hause und auch außerhalb dieses Hauses bei Veranstaltungen, dass das Thema „Frauen und Arbeit“ nicht so wirklich ernst genommen wird. Wenn es angesprochen wird, verwehren sich viele und auch ein erheblicher Teil der Frauen selbst gegen diese Einschätzung. Ein politisches Selbstverständnis wäre es, dieses als ein brennendes Thema zu behandeln, dem sich die Politik mit aller Kraft widmet. Die Realität ist eine andere. Ich staune über manche Ignoranz und mit Blick auf nicht wenige Frauen auch über die Kraft zur Selbstverleugnung.

(Unruhe bei der CDU)

Denn, meine Damen und Herren, viele Frauen und Mädchen sind die Verliererinnen des Wirtschaftswandels nach der Wende. Sie sind vor allen Dingen Verliererinnen auch einer neoliberalen Landespolitik, die auf Niedrigstlöhne, auf den Abbau von Arbeitnehmerrechten und immer neue Kürzungen in den Sozialleistungen und auf eine Strategie der Verdrängung von Frauen aus dem Erwerbsleben setzt.

Ich erwarte nicht, dass die Mehrheitsfraktion und die Landesregierung dies hier öffentlich zugeben. Doch die DGB-Studie und selbst der Bericht der Landesregierung - darauf komme ich gleich noch mal zurück - spiegeln diese Realität wider. Deshalb ist es gut,

wenn mit dem Berichtersuchen im ersten Teil des Antrags eine eigentlich dramatische Entwicklung in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt werden soll. Wir werden genau das immer und immer wieder tun müssen. Ich bin dem DGB ausdrücklich dankbar für seine schonungslose Darstellung der Wirklichkeit der Erwerbssituation vieler Frauen, denn Probleme konnten noch nie wegnormiert werden.

Der Bericht der Landesregierung weist, wenn man den Nebel der Selbstbeweihräucherung weglässt, sichtlich Handlungsbedarf auf, auch wenn er gegenüber den Fakten des DGB in gewohnter Weise beschönigt.

Herr Minister, ich will jetzt an der Stelle nicht die Ausbildungspaktdenkte noch einmal aufmachen, aber Ihre Aussagen - ich will es am Beispiel Arbeitsmarkt machen. Sie gehen hierhin und sagen, der prozentuale Rückgang oder auch der absolute Rückgang der Anzahl von arbeitslosen und langzeitarbeitslosen Frauen wäre ein Erfolg. Sie gehen nicht hin und sagen, dass ein großer Teil dieses Rückgangs auch dem geschuldet ist, dass die neue Gesetzgebung gerade Frauen wieder zurück in Haushalts- und Bedarfsgemeinschaften drängt, wo sie einfach aus der Statistik rausgefallen sind, nicht mehr erscheinen,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

und das wird als Erfolg von Gleichstellungspolitik am Arbeitsmarkt dargestellt.

Es ist offensichtlich nicht damit getan, Gender-Mainstreaming tagtäglich zu propagieren, skandinavische Modelle für die Landesregierung zu kopieren, um dann weitestgehend in Verhaltensstarre zu verfallen.

Und auch hier noch einmal eine Bemerkung zu Ihrem Bericht: Das skandinavische Modell wird von Ihnen hochgehalten und dann gehen Sie hierhin und sagen, das wollen wir auch. Wir wollen das, was in den skandinavischen Ländern sich als Modell positiv entwickelt hat, auch hier soweit, wie es geht, übertragen. Hier in dem Bericht sagen Sie, es gibt noch schlechtere Bundesländer und mit denen vergleichen wir uns, weil wir unter den Blinden die Einäugigen sind. Wenn das Ihre Politik, Ihr politischer Ansatz ist, da muss ich Ihnen sagen, ich bedauere es sehr. All die schönen Projekte - und ich ahnte, dass wir heute wieder etwas über den „Girls' Day“ und über das Projekt „FrITZI“ hören werden - können nicht über Benachteiligung vieler Frauen hinwegtäuschen. Sie können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Mädchen am Ende der Schullaufbahn und damit am Einstieg in das Erwerbsleben zwar mit besseren Leistungen dastehen, im Durchschnitt aber dann konsequent verdrängt werden. Vor allen Dingen dort konsequent verdrängt werden oder den Einstieg erst gar nicht

ermöglicht bekommen, wo es um zukunftsorientierte Berufsfelder und um Jobs geht, die mit Entscheidungskompetenzen verbunden sind. Genau diese Entwicklung verstärkt sich in Thüringen. Ich hätte mir gewünscht, dass seitens des Antragstellers auch auf die Vorbildwirkung der Landesregierung im eigenen Zuständigkeitsbereich eingegangen worden wäre. Die Personalentwicklung der Landesregierung, eigener Zuständigkeitsbereich, kann zwar das Grundproblem der Verdrängung von Frauen in schlechter bezahlten Tätigkeiten, in unsichere Arbeitsverhältnisse oder gar in die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen, sie kann aber sehr wohl mit gutem Beispiel vorangehen und Zeichen setzen. Aber auch in dieser Hinsicht geschieht nichts, außer, dass bei den Nachfragen der Opposition immer und immer wieder eine Strategie deutlich wurde. Diese orientiert sich an folgendem Prinzip: Je besser bezahlt und je verantwortungsvoller die jeweilige Funktion in den Ministerien und Landesbehörden ist, umso mehr sind Frauen dort in der Minderheit. Die Landesregierung wies zum Beispiel auf eine Mündliche Anfrage meiner Kollegin Ehrlich-Strahthausen in der Drucksache 4/1007 nach der Besetzung von Stellen mit B-Besoldung auf die Landtagsverwaltung, das Kultusministerium und das Sozialministerium hin. Dort wurde ein prozentualer Anteil von nur 7,2 Prozent festgestellt. In den anderen Ministerien gab es demnach zum Zeitpunkt der Anfrage keine einzige Frau mit entsprechender Besoldung. Diese Art der Personalpolitik spiegelt sich in vielen anderen Landesbehörden in ähnlicher Weise wider. Sie weist darauf hin, wie wenig ernsthaft diese Landesregierung die gesamte Thematik Frauen und Beruf tatsächlich nimmt. Wer im eigenen Verantwortungsbereich ohne jede Not und ohne jedes Schuld-bewusstsein so handelt, der ignoriert und bagatellisiert auch in allen anderen Politikbereichen das Benachteiligungsverbot aufgrund eines Geschlechts. Benachteiligungen müssen jedoch überwunden und nicht noch konserviert werden.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung sollte mit diesem Thema jetzt endlich ernsthafter, verantwortlicher und glaubhafter umgehen, nicht nur, aber auch aufgrund der gesetzlichen Vorgaben beginnend mit unserer Verfassung über das Gleichbehandlungsgesetz, welches von vielen Herren aus der CDU kritisiert wurde, bis hin zum Thüringer Gleichstellungsgesetz. Wir haben heute wesentliche Beweise und Fakten für die Missachtung dieser gesetzlichen Norm gehört. Wir können das der DGB-Studie ebenso wie anderen Studien entnehmen. Verwunderlicherweise sorgte das bisher für keinen großen gesellschaftlichen Aufschrei. Vielleicht aber folgt über kurz oder lang an einer ganz anderen Stelle eine gesellschaftliche Erkenntnis, eine Erkenntnis bis hin zu allen meinen Geschlechtsgenossen in der CDU-Fraktion,

die in diesem Land überfällig ist.

Meine Damen und Herren, ich wage die These, von der ich zutiefst überzeugt bin: Die Geburtenquote wird sich nur nennenswert steigern lassen, wenn es gelingt, Frauen entsprechend ihren beruflichen Qualifikationen Perspektiven anzubieten, berufliche Perspektiven, die keine Befristung haben.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Statt Wissen sollten sie ein Mindestmaß an Planungssicherheit, an wirtschaftlicher Existenzsicherung für den eigenen Lebensunterhalt und den der Kinder beinhalten, berufliche Perspektiven, die anspruchsvoll sind und Zeit lassen für die Familie, berufliche Perspektiven schließlich, die den Karrierewünschen von Frauen entsprechen und dennoch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zulassen. Ich habe das bewusst so punktgenau formuliert, weil junge Frauen unverändert und zum Glück einen starken Kinderwunsch haben. Sie werden ihn aber nur in überwiegender Unabhängigkeit realisieren wollen. Wenn das nicht endlich Beachtung findet, ist der Zug in Thüringen ein für alle Mal abgefahren. Das sollten die Erfinder von „Herdrämien“ in der Union endlich einmal zur Kenntnis nehmen, sonst wird es nichts

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

mit sehnlichst gewünschten Enkeln und mit Kindern. Die Frauen werden ihren Kinderwunsch nur realisieren, wenn das berufliche Umfeld vorhanden ist, nicht aber dann, wenn dieses völlig unsicher und mit hohen Risiken behaftet ist.

Die von mir vorhin beschriebene Form moderner Unterdrückung lässt eben die verantwortungsvolle Erziehung von Kindern nicht zu. Das sollten diejenigen wissen, die immer mehr Flexibilität von Arbeitnehmerinnen marktschreierisch verlangen und die zum Beispiel Verkäuferinnen möglichst rund um die Uhr in Minijobs an den Kassen sehen wollen. Was sich dort abspielt in den Niedrigstlohnbereichen der Frauen, das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist zutiefst frauen- und kinderfeindlich. Damit ist es natürlich familienfeindlich. Ich empfehle den Gegnern eines Mindestlohns aus den Reihen der CDU, auch unter diesem Gesichtspunkt einmal die Arbeits- und Lebensverhältnisse vieler Frauen zu betrachten. Dazu muss man aber erst einmal hinschauen und sehen wollen. Denn überwiegend Frauen sind es, die in Niedrigstlohnbereiche und unsichere Arbeitsverhältnisse abgedrängt werden.

Das, meine Damen und Herren von der Landesregierung, ist die Realität des Jahres 2006. Genau diese Realität werden Sie schnellstens zur Kenntnis nehmen müssen. Gleichberechtigung bedeutet als

Selbstverständnis die Berechtigung, das Recht auf die gleiche Behandlung. Unter diesem Blickwinkel ist die Beantwortung der Frage nach der beruflichen Integration der Frauen auch ein entscheidender Faktor für die Sicherung des künftigen Wirtschaftsstandorts Thüringen. Von der Beantwortung dieser Frage und von den angebotenen Lösungen hängen die künftige Sozialstruktur und die Struktur der Fachkräfte dieses Landes ab. Wer auf Niedriglohn setzt, wer Frauen aus zukunftsorientierten Berufen verdrängt, der wird die Abwanderung gut qualifizierter junger Frauen - und das haben Sie, Herr Minister, ja selbst zugegeben - und eine geringe Geburtenquote bewirken. So einfach und so wahr ist das und die DGB-Studie bestätigt genau diese Tendenz. Nie mehr wird der Satz von Adenauer gelten, der sinngemäß lautete: Um die Geburtenrate brauchen wir uns nicht zu kümmern, Kinder kommen ohnehin.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist wohl die gängige Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik dieser Landesregierung als auch die Familienpolitik ein Weg in die völlig falsche Richtung. Es wird diesen Schritt zurück in die Welt Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mehr geben. Frauen entscheiden sehr verantwortungsvoll über ihren Kinderwunsch und sie werden diese Entscheidungskompetenzen für alle Zeiten behalten. Und, Frauen wollen beides - Kinder und einen erfüllenden und existenzsichernden Beruf.

Damit einiges nicht in Vergessenheit gerät, will ich es zur Vervollständigung an dieser Stelle erwähnen. Die Vereinbarkeit von Kinderwunsch und Beruf, von Familie und Beruf setzt natürlich ein gutes, in öffentlicher Verantwortung liegendes Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder voraus. Ich betone dies deshalb, weil die CDU-Landesregierung in dieser Legislaturperiode die Kindergärten, Schulen und Hochschulen offensichtlich zum Stopfen von Haushaltslöchern entdeckt hat.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Unverschämt!)

Dass Sie das nicht verstehen, ist mir schon klar, Frau Tasch.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Ach, ja ja.)

(Unruhe bei der CDU)

Zumindest in Gedanken sollten wir deshalb beim Thema „Frauen und Arbeit“ immer auch Kindertageseinrichtungen, Schulen und auch Hochschulen im Hinterkopf behalten.

Meine Damen und Herren, die in Ziffer 1 dieses Antrags aufgeworfenen Fragestellungen der Linkspar-

tei.PDS sind eine wichtige Anregung, um sich endlich ernsthaft mit dem Thema auseinanderzusetzen. Die in Ziffer 2 vorgeschlagenen Maßnahmen allerdings sind mir und meiner Fraktion an entscheidenden Stellen zu oberflächlich und mitunter zu populistisch. Lassen Sie mich dafür einige Beispiele nennen. Ja, wir brauchen sicherlich einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Aber auf welchem Niveau, das sollten wir sehr differenziert klären und nicht von vornherein ein völlig diffuses hohes Niveau unterstellen. Es wäre nämlich z.B. fatal, Frauen aus dem ersten Arbeitsmarkt in einen solchen Sektor zu verdrängen. Deswegen muss es differenziert werden. Bei dem Mindestlohn wiederum sind wir uns im Grundsatz einig, nicht aber in der Höhe. Die SPD-Landtagsfraktion war innerhalb der Bundes-SPD einer der wesentlichen Initiatoren für diese Forderung und wir sind froh und auch stolz, dass es mittlerweile mit den Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Strategie gekommen ist. Aber egal wie unsere konzeptionelle Vorstellung in dieser Frage aussieht, die Linkspartei.PDS wird uns um einige Cents übertreffen wollen. Das liegt in der Natur des Wettbewerbs politischer Konkurrenten. Aber erwarten Sie dafür bitte nicht unsere Zustimmung.

Nun zu den prekären Beschäftigungsverhältnissen. Selbst die kann man bei aller Kritikwürdigkeit nicht in Bausch und Bogen verdammen. Wir werden z.B. für Schüler, Studenten und Rentner Beschäftigungsverhältnisse unterhalb der Existenzsicherung und der Sozialversicherungspflicht als Angebot benötigen. Entscheidend ist das Ausmaß dieser Jobs, der Verdrängungseffekt zum Regelarbeitsmarkt und entscheidend ist die Art und Weise der Inanspruchnahme. Für uns geht es um die Frage, will eine Arbeit Suchende das aufgrund ihrer Lebenssituation oder bleibt ihr keine andere Wahl? Das jetzige Ausmaß und der offensichtliche Verdrängungseffekt von Regelarbeitsplätzen, den halten auch wir für falsch. Die geforderte weitgehende Verwendung der Mittel des Europäischen Sozialfonds für Arbeitsmarktmaßnahmen für Frauen ist schon deshalb nicht richtig, weil es auch hier um eine bedarfsgerechte Verwendung gehen muss. Wir wissen aus der laufenden Förderperiode, dass allein aufgrund fehlender Anträge die Umsetzung dieser Förderung nicht möglich gewesen wäre.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es mir darum, sich sehr differenziert sowohl mit den Ergebnissen der DGB-Studie als auch dem heute gegebenen Bericht der Landesregierung auseinanderzusetzen. Dies kann nur in den Ausschüssen geschehen. Wir sollten in den Ausschüssen sowohl kurz- als auch mittelfristige Handlungsempfehlungen erarbeiten. Dies ist eine Aufgabe, die sowohl im Gleichstellungsausschuss als auch im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit geleistet werden

muss. Ich plädiere daher für eine Überweisung des Antrags an die beiden genannten Ausschüsse unter Federführung des Gleichstellungsausschusses. Im Gleichstellungsausschuss wurde in der Vergangenheit schon einige Male bewiesen, dass im Interesse der Frauen eine parteiübergreifende, an der Sache orientierte Arbeit möglich ist, nicht immer, aber für dieses Haus und die sonstigen Gepflogenheiten erstaunlich oft. Genau das würde ich mir bei diesem für die Frauen und die Zukunft unseres Landes so wichtigen Thema wünschen. Sollte der Antragsüberweisung wider Erwarten nicht entsprochen werden, wird sich die SPD-Fraktion aufgrund der von mir beispielhaft genannten zu Ziffer 2 formulierten Forderung bei diesem Antrag enthalten. Sie sind uns, wie bereits gesagt, in dieser Form zu wenig differenziert. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Günther zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Günther, CDU:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, vorab eine Bemerkung zu Ihnen, Kollege Pilger: Erst treten Sie als Verfechter der Frauen auf und verkennen eigentlich das Prinzip von Gender-Mainstreaming und dann rufen Sie meiner Kollegin Tasch noch einen frauenfeindlichen Zwischenruf zu.

(Beifall bei der CDU)

Das, denke ich, sollten wir lassen - und ohne die Debatte unnötig zu verschärfen, Kollege Pilger: Wenn Sie hier mit Zielrichtung auf das Familienfördergesetz von einer Herdprämie sprechen, denke ich, dann spreche ich Ihnen das Verständnis für Familie ab.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister Reinholz, im Namen meiner Fraktion danke ich Ihnen für den Sofortbericht. Für unsere Fraktion ist das Berichtersuchen somit erfüllt und damit dürften auch die Anstrengungen der Landesregierung in puncto Frauen und Arbeit deutlich geworden sein, obwohl Sie, liebe Kollegen der Linkspartei.PDS - der Herr Minister hat es schon gesagt -, auf Ihre Frage im Teil 1 erst gar nicht abwarten wollten und diese im Teil 2 einfach in „plakative Förderung“ umformulieren nach dem stetigen Motto: Die Landesregierung tut ja eh nichts.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Danke für Ihren Beifall, Herr Kollege.

Natürlich verstehe ich die Intention der Kollegen der Linkspartei.PDS, die die Lage der Frauen hier aufgreifen, aber Arbeitsmarktpolitik ist nun mal ein gesamtgesellschaftliches Problem, ohne allerdings hier die besondere schwierige Situation von Frauen ausblenden zu wollen, Kollegin Thierbach, ich komme noch darauf.

Es ist ein unbestreitbarer Fakt, dass gerade Frauen von Langzeitarbeitslosigkeit mehr bedroht oder betroffen sind, wenngleich die Entwicklung im Vergleich zum Jahr 2000 rückläufig ist. Die Abwanderung im Besonderen junger Frauen ist genauso besorgniserregend, ist sie doch gleichzusetzen mit einem Rückgang der Gesamtbevölkerungszahl in unserem Land mit Blick auf die Geburten, die dann, sofern sie erfolgen, anderswo erfolgen. In einem Punkt sind wir uns allerdings einig: Eine Fortsetzung der Reformpolitik im Bereich des Arbeitsmarkts ist und bleibt notwendig. Dies ist im Bericht des Ministers auch deutlich geworden. Die Landesregierung kann auch ich nur ermuntern, in den entsprechenden Gremien weiterführende Maßnahmen anzuregen. Die generellen und grundsätzlichen Probleme, zum Beispiel des Hartz-IV-Reparaturbetriebs, müssen wir ständig ansprechen und einer Lösung zuführen. Dann erübrigt sich so manche von Ihnen sicherlich auch zu Recht gestellte Frage. Aber darüber haben wir ja bereits gestern ausführlich debattiert.

Nun zu den einzelnen Punkten Ihres Antrags: Der von Ihnen angesprochene Passus in § 22 Thüringer Gleichstellungsgesetz, der die Chancengleichheit von Frauen und Männern bei der Auftragsvergabe regelt - Ihre Forderung ist also bereits enthalten, auch das haben wir gehört im Bericht -, ist nach meiner Auffassung nicht unbedingt vereinbar mit dem Vergaberecht. Unter Umständen sollte man darüber nachdenken, ihn ganz zu streichen, da das Heranziehen vergabefremder Kriterien im Vergaberecht nichts zu suchen hat. Es widerspricht vielmehr dem allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz, denn nur weil ein Betrieb vermehrt auf Frauen setzt, soll er automatisch bei Aufträgen bevorzugt werden. Männer müssen bei einer solchen Herangehensweise zukünftig wohl um ihre Gleichberechtigung fürchten.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

(Zwischenruf Abg. Wolf, Die Linkspartei.PDS: Mir kommen die Tränen.)

Ja, dann tupfen Sie sich ab.

Weiterhin fordern Sie den Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Auch wenn Sie es an dieser Stelle nun gar nicht erwarten, hier liegen

wir nicht grundsätzlich auseinander. Man wird tatsächlich auf lange Sicht nicht ohne einen öffentlich finanzierten Sektor auskommen. Insbesondere Menschen im Rechtskreis des SGB II weisen oftmals multiple Vermittlungshemmnisse auf - darüber haben wir oft gesprochen -, die eine Integration am Arbeitsmarkt schlicht unmöglich machen. Hier hat die Politik zu entscheiden, ob diese Menschen dauerhaft alimentiert werden oder über einen öffentlich finanzierten Sektor einer Beschäftigung zugeführt werden und ihnen damit zumindest ein gewisses Selbstwertgefühl, Selbstbewusstsein und das Gefühl, gebraucht zu werden, gegeben wird. Solche Beschäftigungsverhältnisse müssen auch nicht immer zwingend befristet werden, wie dies bisher der Fall war. Aber man muss konsequent darauf achten, dass keine Wettbewerbsverzerrung eintritt; eine enge Abstimmung mit Kammern und Verbänden ist hier sehr wichtig. Gerade im Sozialbereich ist darauf zu achten, dass das Fachkräftegebot hier nicht unterfahren wird. Aber das heißt auch nicht, dass wir diese Menschen einfach abschreiben dürfen, nein, es muss das stetige Bemühen zur Integration erhalten bleiben. Deshalb auch hier, die Platzierung am ersten Arbeitsmarkt ist und bleibt das Hauptziel.

Ihres Aufrufs, sozialversicherungspflichtige, existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse zu sichern und auszuweiten hätte es, denke ich, nicht bedurft. Das ist logischerweise das Ziel einer jeden Wirtschaftspolitik, allerdings nicht, wie Sie es wohl anstreben, mit Hilfe von Mindestlöhnen von 8 €. Mit Ihrer Forderung nach einem Mindestlohn suggerieren Sie den Menschen, dass lediglich ein paar Knöpfe gedrückt werden müssen und es herrscht eitel Sonnenschein. Was Sie uns hier präsentieren, ist nichts als eine Scheinlösung, aber das genau scheint Ihr Ziel zu sein. Auch wir sind dafür, dass sich Erwerbsarbeit lohnt. Ich habe das hier schon mehrfach gesagt und auch begründet. Wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse. Nur, man kann den volkswirtschaftlichen Zusammenhang zwischen Produktivität und Entlohnung nicht einfach ignorieren und per sozialistischer Verordnung außer Kraft setzen.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Noch eines: Die Verlierer Ihrer Forderungen werden die Langzeitarbeitslosen sein und im Ergebnis wird die Arbeitslosigkeit noch mehr zunehmen. Die Schattenwirtschaft wird wachsen und weitere Arbeitsplätze werden vernichtet oder aber Firmen werden ihre Niedriglohnarbeitsplätze ins Ausland verlagern. Kleine und mittelständische Unternehmen, denen diese Option nicht bleibt, werden vermehrt insolvent gehen.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

(Zwischenruf Abg. Kalich, Die Linkspartei.PDS: Warten Sie es ab.)

Das ist - ja, beruhigen Sie sich doch wieder - keine Schwarzmalerei, Sie können ja nachlesen; im Fall der Baubranche hat man die Auswirkungen bereits deutlich zu spüren bekommen. Seit der Einführung des Mindestlohns sind hier schon mehr als 500.000 Arbeitsplätze verloren gegangen,

(Beifall bei der CDU)

während die Schwarzarbeit hier stetig ansteigt. Das können auch Sie nicht wegre-den. Sie erwecken also nur den Anschein einer gerechten Lösung für alle, tatsächlich aber wird sich mit einem Mindestlohn die Lage für alle verschärfen. Mal ganz abgesehen davon, dass die sozialen Sicherungssysteme dann nicht mehr zu halten sein werden. Allerdings gibt es Alternativen zu Ihrem Vorschlag. Herr Hausold hat ja gestern schon signalisiert, dass das vom Ministerpräsidenten vorgestellte Konzept des solidarischen Bürgergeldes auch von Ihnen positiv, zumindest in Ansätzen, gewertet wird. Das bietet soziale Sicherung für ein Grundeinkommen und für alle sowie Anreize zur Arbeitsaufnahme. Weiter ist die Abkopplung der Versicherungskosten von den Arbeitskosten Bestandteil des Konzepts, ein zwingend notwendiger und ziel-führender Schritt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Linkspartei, ich schlage Ihnen deshalb vor, dass wir Ihren Antragspunkt zum Mindestlohn einfach umformulieren und eine Etablierung der solidarischen Grundsicherung, wie von Dieter Althaus vorgeschlagen, unterstützen. Wie gesagt, dann würde sich Erwerbsarbeit lohnen und Sie hätten die Chance, einem Beschlussantrag zu folgen, welcher eine echte Perspektive eröffnet.

(Beifall bei der CDU)

Auf die nächsten Punkte möchte ich nicht weiter eingehen. Auf die zahlreichen Maßnahmen, die Sie natürlich alle leugnen und in Abrede stellen, ist der Minister bereits eingegangen. Nur so viel, das von Ihnen zitierte IAB-Betriebspanel Länderbericht Thüringen weist eine annähernde Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen in der beruflichen Erstausbildung aus. Das Qualifikationsniveau ist zwar differenziert zu betrachten, aber insgesamt gesehen entspricht es denen der Männer.

Was Ihren letzten Punkt, die weitgehende Verwendung der Mittel des Europäischen Sozialfonds für Arbeitsmarktmaßnahmen für Frauen, anbetrifft, lassen Sie mich in Anlehnung an die Ausführungen des Ministers noch Folgendes sagen: Diese Mittel richten sich an die Wiedereingliederung Arbeitsloser bzw. an die Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit.

Grundlage ist eine ausgeglichene Verteilung der Mittel zur Verbesserung des Zugangs zur Beschäftigung sowie soziale Eingliederung Benachteiligter und Herstellung von Chancengleichheit. Das Gender-Mainstreaming-Prinzip findet hier doch schließlich statt.

Lassen Sie mich noch Folgendes sagen, wenngleich wir uns ja intensiv und ausführlich mehrmals im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit damit beschäftigt haben: Die Handlungsfelder umfassen - ich zitiere aus den Schwerpunkten des Programms 2007 bis 2013 - „Projekte zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, Erhöhung der Erwerbsquote Älterer, Jugendarbeitslosigkeit durch Integration in Qualifizierung und Beschäftigung verringern, Förderung wachstumsorientierter Existenzgründungen aus Arbeitslosigkeit, Eingliederung von Benachteiligten, insbesondere Menschen mit Behinderungen, Migranten und benachteiligten Jugendlichen, frauenspezifische Beratungs- und Qualifizierungsprogramme, Förderung von Initiativen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Ja, Frauen sind häufiger von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht und betroffen als Männer. Auch nehmen sie in der Gruppe „50 PLUS“ den höchsten Anteil ein. Ihnen kommen die Förderungen für diese Gruppen am meisten zugute. Insgesamt aber sind Frauen und Männer in der Arbeitslosenstatistik etwa gleichauf und müssen ebenso gefördert werden. Alle Maßnahmen des ESF - und nicht nur diese - müssen einer Chancengleichheitsprüfung standhalten. Auch wenn sie im Operationellen Programm das Wort „Gender-Mainstreaming“ nicht finden, so liegt das Prinzip doch der gesamten Planung zugrunde. Ich denke, das ist deutlich geworden. Oft wird es mit Frauenförderung gleichgesetzt, aber hier geht es um Geschlechtergerechtigkeit und damit um Frauen und Männer. Eine einseitige Gewichtung der Förderung auf ein Geschlecht ist unsererseits daher abzulehnen. Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern ist unsere Vorstellung von geschlechtergerechter Politik.

(Zwischenruf Abg. Leukefeld, Die Linkspartei.PDS: Unsere auch.)

Das ist ja schön.

Ich denke, meine Ausführungen haben klargemacht, dass wir Ihren Antrag ablehnen werden. Doch bevor ich schließe, möchte ich noch auf eines hinweisen: Die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf war zu Recht abseits der Berichterstattung nicht noch einmal Punkt Ihres Antrags. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Günther, die Frau Abgeordnete Wolf würde Ihnen gern eine Frage stellen, gestatten Sie das? Offensichtlich ja. Frau Abgeordnete Wolf.

Abgeordnete Wolf, Die Linkspartei.PDS:

Danke schön. Ich habe Ihren Ausführungen ja wirklich aufmerksam zugehört. Herr Günther, ich möchte Sie in Anbetracht dessen, dass ich davon ausgehe, dass auch Ihnen bekannt ist, dass in Thüringen Frauen mehr als 30 Prozent weniger verdienen als Männer und dass auch in Thüringen Frauen gerade in Spitzenpositionen und gerade in der Landesregierung zu weniger als 20 Prozent vertreten sind, fragen: Machen Sie sich wirklich und ernsthaft Sorgen darum, dass es zu einer breiten Benachteiligung von Männern in Thüringen kommt?

Abgeordneter Günther, CDU:

Ich habe nicht gesagt, dass es zu einer Benachteiligung von Männern kommt;

(Zwischenruf Abg. Hausold, Die Linkspartei.PDS: Doch!)

ich habe lediglich davon gesprochen, dass es um Gleichberechtigung von Männern und Frauen geht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion der Linkspartei.PDS hat sich Frau Abgeordnete Leukefeld zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Leukefeld, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, eine Vorbemerkung: Sie hätten sich Ihre Belehrungen am Eingang Ihrer Ausführungen, Ihrer Berichterstattung sparen können, dass das überflüssig, realitätsfremd und ein bisschen am Leben vorbei ist, dass wir den Antrag gestellt haben, hier zu diskutieren über „Frauen und Arbeit in Thüringen“. Denn dankenswerterweise hat die Diskussion meiner Kollegen, Herr Pilger und Herr Günther, glaube ich, besser als ich das vielleicht hier machen könnte, weil Sie mir das als Frau möglicherweise auch nicht abnehmen, deutlich gemacht, dass es ein Thema ist, dem wir uns stellen müssen, auch die Landesregierung. Ich hoffe sehr, dass diese Einsicht vielleicht hier bei Ihnen auch noch wächst.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Herr Günther, ehe ich es vergesse, zu Mindestlohn und solidarischem Bürgergeld würde ich schon gern noch mal etwas sagen: Es ist vielleicht ein bisschen falsch rübergekommen oder eine falsche Interpretation, wir sind bei der Frage des solidarischen Bürgergelds an einer langfristigen sozialen Grundsicherung, die den Namen auch verdient, interessiert. Aber wir haben natürlich schon Fragen und Probleme, was die Frage der sozialen Sicherungssysteme unter diesem Aspekt betrifft. Und wir haben - das hat unser Fraktionsvorsitzender Dieter Hausold gestern deutlich gemacht - schon ein Problem, wenn es darum geht, dass die Perspektive dann nur darin besteht, entweder auf dem ersten Arbeitsmarkt sozusagen unterzukommen oder letztendlich mit Almosen oder mit einem wie immer gearteten Bürgergeld - über die Höhe ließe sich dann auch noch streiten - abgespeist zu werden.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU:
Eine Rente von 280 Mark zu DDR-Zeiten
war ein Almosen.)

Ich habe gestern in meiner Rede noch mal deutlich gemacht, dass es schon interessant ist, darüber zu diskutieren, wir aber die Gefahr sehen, dass sich damit Staat und Gesellschaft aus einer aktiven Arbeitsmarktpolitik sozusagen freikaufen und das Risiko, Arbeit zu finden, total privatisieren und individualisieren, das ist ein großes Problem für uns und darüber müssen wir diskutieren.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren! „Frauen leisten zwei Drittel der Arbeitsstunden, haben ein Zehntel des Einkommens und ein Hundertstel des Eigentums auf dieser Welt.“, das hat Monika Griefahn gesagt, frühere Umweltministerin in Niedersachsen, ist zumindest bei der SPD, denke ich, bekannt. Und wenn es hier um Chancengleichheit geht, tatsächlich Chancengleichheit von Frau und Mann, für die wir sind, dann müssen wir aber auch über Nachteilsausgleiche für Frauen reden, denn sie sind benachteiligt. Ich sehe darin überhaupt keinen Widerspruch.

Die Arbeitsmarktpolitik, das wissen Sie, ist für unsere Fraktion ein Schwerpunkt, und ich sehe die Diskussion heute schon als Fortsetzung der gestrigen Debatte. Wenn Sie mich fragen, klare Handlungsstrategien und Konzepte sind notwendig, um gerade für Frauen die Situation zu verbessern. Das ist aber angesichts der Bewertung und der Einschätzung, die der Wirtschaftsminister hier vorgenommen hat, offensichtlich weder vorgesehen, noch gibt es neue Überlegungen, sich vielleicht den Problemen doch mit aller Ernsthaftigkeit zu stellen.

Wir haben das Thema deshalb auch auf die Tagesordnung gesetzt, Herr Minister, weil es nach der DGB-Studie, die Sie ja hier auch angesprochen haben, „Frauen in Thüringen - eine Bestandsaufnahme 2005“ - sie war am 8. März veröffentlicht im Zuge des Internationalen Frauentages -, keine Reaktionen gegeben hat. Ich muss Ihnen sagen, wenn wir über Frauen in Thüringen nur dann und wann reden, wenn es um Kürzungen von Mitteln für Frauenhäuser und Frauenzentren geht und bei Gewalt gegen Frauen, ansonsten ist Thüringen ein gleichstellungspolitisches Niemandsland, weil es überhaupt kein Thema mehr ist, dann, denke ich, ist es dringend an der Zeit, das auch auf die Tagesordnung zu setzen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich möchte deshalb auch einige Fakten anführen, die im DGB-Papier, aber eben auch in anderen Fachanalysen, u.a. auch in dem IAB-Betriebspanel, nachzulesen sind.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Die Frauenerwerbsbeteiligung hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Sie ist in Thüringen mittlerweile niedriger als in den alten Bundesländern. Sie liegt mit nur 59 Prozent noch unter der in traditionell konservativen Bundesländern wie Bayern. „Na prima“ kann ich da nur sagen. Da haben Sie es sozusagen doch geschafft, die ungebrochene Erwerbsneigung der ostdeutschen Frauen nun endlich in den Griff zu bekommen. Das kann doch nun wirklich nicht der Anspruch sein.

(Beifall der Linkspartei.PDS)

Nur ein Drittel der thüringischen Selbständigen, meine Damen und Herren, sind Frauen. Ebenso auch bei Existenzgründerseminaren. Die Gründerinnen sind also deutlich in der Minderheit. Seit Beginn der Alleinregierung der CDU gingen in Thüringen 150.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze auf dem so genannten ersten Arbeitsmarkt verloren. Das ist eine immense Hypothek, auch wenn gestern am Beispiel der letzten zwei Monate zumindest hier suggeriert wurde, dass die Wende erreicht worden wäre, weil dieser Rückgang im Moment nicht so vonstatten geht. Bei diesen versicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, die weggefallen sind, sind in großem Umfang Frauenarbeitsplätze betroffen. Das sind seit 1999 - sagt die Studie - 57.000. Das sind 14 Prozent des Gesamtbestands. Die Zahl der prekären Beschäftigung von Frauen ist erheblich angestiegen. Ihr Anteil liegt in diesem Bereich bei zwei Dritteln. Inzwischen befinden sich über 40 Prozent der Frauen in geringfügiger Beschäftigung. Sie sind überdurchschnittlich im Niedriglohnssektor tätig und auch hier will ich noch mal die Zahl sagen: Jeder zweite der in Thüringen

vorhandenen 700.000 versicherungspflichtigen Arbeitsplätze ist im Niedriglohnsektor angesiedelt. Dabei sind überdurchschnittlich viele Frauen vertreten. Deswegen ist es doch auch legitim, denke ich, wenn wir die Forderungen nach einem Mindestlohn - nicht nur meine Partei, sondern andere auch - aufmachen. Über die 50 Cent rauf und runter können wir uns ja trefflich streiten. Aber die Landesregierung lehnt es ja ab, überhaupt aktiv zu werden in Sachen Mindestlohn, wenngleich das selbst im Bund eine Diskussion ist. Gott sei Dank mittlerweile öffentlich in der Gesellschaft, weil es eben um existenzsichernde Arbeit geht. Wer schon Arbeit hat, für den soll es sich wenigstens lohnen. Dann soll nicht noch die Hälfte von denen sozusagen Deckelung über das Arbeitslosengeld II bekommen. Das muss man ja auch einmal sagen. Das ist ja auch der Fall. Viele sind trotz Arbeit arm.

Ich finde, es ist ein Skandal, dass das im Reinigungsgewerbe und anderswo zutrifft. Aus dem Reinigungsgewerbe will ich jetzt mal ein Beispiel sagen: Eine Frau, die von früh um 4.00 Uhr bis abends 18.00 Uhr in verschiedenen Objekten unterwegs ist, putzen geht, und dafür mit 600 € am Monatsende nach Hause kommt, das ist unerträglich!

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich denke, es würde insgesamt der Kaufkraft und der Binnennachfrage auch im Land Thüringen gut tun, wenn durch mehr Lohn, mehr Geld in der Tasche eben auch eine andere Konsumtion möglich ist. Für den Einzelnen ist das natürlich besonders gut.

Ein weiterer Fakt: Seit 1999 hat sich der Abstand in der Entlohnung zwischen Männern und Frauen in Thüringen vergrößert. Im produzierenden Gewerbe liegen die Löhne der Frauen bei weniger als 80 Prozent von dem, was ihre männlichen Kollegen erhalten. Ich muss dazu mal sagen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit gilt doch noch? Das hat was mit dem Verfassungsgrundsatz der Gleichheit zu tun!

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Mal abgesehen davon - und das wollen wir an der Stelle auch nicht vergessen -, dass die Ostlöhne immer noch nur bei 71 Prozent der Westlöhne liegen.

Langzeitarbeitslose Frauen haben es besonders schwer, das ist hier mehrfach gesagt worden. Ihre Chance, in den Arbeitsmarkt integriert zu werden, ist außerordentlich gering. Das schafft innerhalb von drei Monaten nur eine von 12 langzeitarbeitslosen Frauen. Fast die Hälfte sucht länger als 18 Monate eine neue Stelle. Das Ergebnis davon ist bekannt. Sie landen überdurchschnittlich in Hartz IV mit all den bekannten Folgen.

Besonders schwer haben es schwerbehinderte Frauen, die arbeitslos sind oder die arbeiten möchten. Von den 7.500 schwerbehinderten Arbeitslosen, die es im Land Thüringen insgesamt gibt, kann man leider die Frauenzahl nicht nennen, weil das doch die Statistik und die Landesregierung nicht interessiert. Mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II erhalten viele arbeitslose Frauen gar keine Ersatzleistung mehr. Ich bin meinem Kollegen Pilger sehr dankbar, der hat ja in eindringlichen Worten noch einmal dargelegt, wie viele Frauen vom Arbeitsmarkt und vom regulären Bezug aus Leistungen verdrängt wurden. Die sind ja nicht im Nirvana untergegangen, die sind noch da und viele wollen arbeiten. Ich gebe Ihnen auch Recht, dass viele Frauen sagen: „Hauptsache mein Mann hat Arbeit. Ich komme schon irgendwie klar und wir müssen halt sehen, wie es wird.“ Aber viele Frauen machen deutlich, dass ein eigenes Einkommen ganz wesentlich für Selbstbestimmung und einen Wert von Freiheit ist. Das sollte man hier an dieser Stelle nicht vergessen. Gerade die Nichtleistungsbezieherinnen haben zugenommen und es sind bei Weitem nicht nur Ältere betroffen. Ich hatte neulich Kontakt mit einer jungen Frau. Ich will Ihnen das sagen, 21 Jahre, fünf Jahre nach abgeschlossener Schulausbildung gelernt - sie ist Altenpflegerin und Heilpflegerin. Ehrlicherweise ist sie zu ihrem Liebsten gezogen, weil sie eine Familie gründen wollen. Er hat eine Arbeit, sie ist Nichtleistungsbezieherin, kein Arbeitslosengeld II, sie darf sich jedes Vierteljahr mal bei der BA melden. Da sagen sie im Kundenkreis: Nach dem SGB III haben Sie natürlich rechtlichen Anspruch auf alle Vermittlungsleistungen. Nur in Realität funktioniert es nicht, weil die ja erst einmal mit denen fertig werden müssen, die im Leistungsbezug der BA stehen. Ja, was soll ich denn der jungen Frau sagen? Soll ich sagen: „Bekommen Sie am besten ein paar Kinder oder Sie gehen gleich in den Westen?“ Meine Damen und Herren, so geht das nicht und das muss man hier einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Abwanderung: Täglich wandern aus Thüringen 32 Menschen ab. Das ist weniger geworden. Herr Minister, das muss man auch sagen, aber es sind eben überdurchschnittlich viele junge und gut ausgebildete Frauen dabei, wenn sie nicht schon vor der Ausbildung weggehen. Sie haben gesagt, das ist alles nicht so, mit der Altersgruppe der 25- bis 35-Jährigen haben wir ein Problem. Ich will Ihnen einmal sagen, auf 1.000 Männer in dieser Altersgruppe in Thüringen kommen noch 838 Frauen. Das ist unnormal. Diese jungen Frauen werden nicht nur mit ihrer Kreativität und Leistungsfähigkeit und mit ihrer guten Ausbildung hier im Land Thüringen fehlen, die fehlen ja nach Ihrer Rechnung, und das teile ich auch, natürlich auch in dem Alter, wo sie Familien

gründen und Kinder bekommen. Ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld II, ich will darauf noch einmal zurückkommen, fallen natürlich auch die Förderleistungen des SGB II weg und das ist besonders für die älteren Langzeitarbeitslosen über 55 sehr bitter, weil die keine Chance mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Es ist ja hier auch von Herrn Günther gesagt worden, ich glaube, das so verstanden zu haben, dass man wirklich einmal schauen muss, wie eventuell durch sinnvolle Maßnahmen öffentlich finanzierter Beschäftigung Möglichkeiten geschaffen werden, dass sie auch noch Arbeit bekommen. Welche Bemühungen es dort gibt, gerade auch Chancengleichheit in diesem Bereich zu sichern, das zeigt ja auch, dass es die Beauftragten für Chancengleichheit in der Bundesagentur für Arbeit noch gibt. Ich sage bewusst „noch“, weil daran auch gedreht werden soll. Das ist aber nicht unser Ding hier. Aber bei den ARGEn, meine Damen und Herren, das muss man auch einmal sagen, sind diese Beauftragten für Chancengleichheit schon gar nicht mehr da. Dort ist es also eher weniger ein Thema. Ich glaube, das sollte man noch stärker hineintragen. Der Übergang in Rente, auch darüber wurde gesprochen, erfolgt bei Frauen inzwischen fast regelmäßig über Arbeitslosigkeit. Die Erwerbsquote der über 60-jährigen Frauen beträgt in Thüringen lediglich 13,5 Prozent. Wegen geringer beziehungsweise ausgefallener Rentensteigerung und zunehmender finanzieller Belastungen muss die ältere Frauengeneration in Thüringen seit Jahren beträchtliche Realeinkommensverluste hinnehmen. Altersarmut ist vorprogrammiert und da die Frauen dann immer noch länger leben als die Männer, weil sie ein bisschen zäher sind und das in ihren Genen auch haben, wird das also besonders tragisch. Mindestens 40.000 alleinerziehende Familien, der überwiegend größere Teil sind alleinerziehende Frauen, müssen mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 1.300 € auskommen. 17.000 dieser alleinerziehenden Familien stehen sogar weniger als 900 € im Monat zur Verfügung und das ist Armut.

Unser Fazit: Die Politik der Landesregierung lässt derzeit nicht erkennen, dass sie dieses Problem richtig erkannt hat - wird ja auch ein bisschen abgewiegelt - und dass es keine dementsprechenden Konzepte gibt, um entgegenzuwirken. Auf dem Arbeitsmarkt gibt es trotz positiver konjunktureller Tendenzen gegenwärtig für die Mehrzahl der betroffenen Frauen kaum eine Chance, zur Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit zu kommen. Wer das abstreitet, dem empfehle ich noch mal das statistische Monatsheft von vor zwei Monaten. Dort wurde nämlich noch mal ganz deutlich gesagt, während die Summe der Erwerbslosen sinkt, weil ja auch weniger Personen insgesamt da sind, ist die Frauenarbeitslosenquote gestiegen - und das ist eine Schiefelage, die müssen wir zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich muss Ihnen ganz klar sagen, die Frage, was die Landesregierung unternimmt, um dem negativen Trend zum Abbau von Frauenarbeitsplätzen entgegenzuwirken, Herr Minister, wurde aus meiner Sicht hier nicht ausreichend beantwortet. Sie haben berichtet, aber eigentlich mehr zum Ausdruck gebracht, dass alles nicht so schlimm ist und dass man da nichts Besonderes tun muss. Das betrifft insbesondere auch das Problem der sich ständig verschlechternden Qualität von Frauenarbeitsplätzen und ich sage mal Arbeitszeitgesetz, Arbeitsschutzgesetz. Das sind alles Gesetze, die sind beschlossen und die sind umzusetzen und das kann man auch nicht nur auf die Wirtschaft schieben und sich aus der Verantwortung hier herausstellen. Dass das Arbeitszeitgesetz z.B. hochbrisant und hochaktuell ist, das zeigt ja unsere gegenwärtige Diskussion zum Ladenöffnungsgesetz, was die CDU-Fraktion hier vorgelegt hat. Wir sagen ganz klar, eine Aushebelung des Arbeitszeitgesetzes darf es hier nicht geben.

Welche Dinge müssen in Angriff genommen werden und worauf beziehen sich unsere Forderungen? Die gehen hauptsächlich in zwei Richtungen. Das ist erstens: Wir erwarten konkrete Maßnahmen der Landesregierung zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Frauen und für eine bessere Entlohnung. Dazu gehört, Sie haben es angesprochen und eigentlich abgewiegelt, die konsequente Umsetzung des § 22 des Thüringer Gleichstellungsgesetzes. Ein Vergabegesetz, was hier von beiden Oppositionsfraktionen eingebracht wurde, haben Sie mit Ihrer Mehrheit abgelehnt und aus ideologischen Gründen verhindert. Aber aktuell bleibt die Forderung, dass öffentliche Auftraggeber mit dem Abschluss von Verträgen die Chancengleichheit von Frauen und das Diskriminierungsverbot beachten und wirksam beeinflussen müssen. Notwendig ist außerdem die Verbesserung und konsequente Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes für den öffentlichen Dienst. Es wurde hier schon vom gehobenen Dienst gesprochen, ganz aktuell habe ich heute früh eine Zahl gelesen: Eine von zehn Stellen ist von Frauen besetzt, wenn es um die obere Leitungsebene geht. Da will ich mich jetzt beschränken, das ist hier ausführlich diskutiert worden, auch gestern, wir erwarten nach wie vor eine aktive Landesarbeitsmarktpolitik. Die Ausweitung von Ein-Euro-Jobs, die Abdrängung in prekäre Jobs, die Abdrängung in ungewollte Teilzeitarbeit, ich möchte das ausdrücklich betonen, das lehnen wir ab.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Da auch von der Bundesregierung ein selbsttragender Aufschwung in Ostdeutschland auf absehbare Zeit als unrealistisch angesehen wird, kommt dem

Ausbau öffentlich geförderter gemeinwohlorientierter Beschäftigung eine große Bedeutung zu und es ist ja auch niemandem zu vermitteln, dass die ABM erst aus ideologischen Gründen zerschlagen und abgebaut wurden und jetzt im Grunde genommen mühsam wieder aufgebaut werden. Die Beschäftigungsfelder, meine Damen und Herren, die liegen auf der Hand. Ich sage es immer wieder gern, weil wir alle auch von der kommunalen Ebene kommen: In der Kinder- und Jugendarbeit, in soziokulturellen Projekten, im Naturschutz, in der sozialen Beratung und Begleitung, in der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit und in vielen anderen Fällen gibt es Arbeit genug. Schließlich steht auch die Förderung der Chancengleichheit der Mädchen in der Berufsausbildung sowie bessere Berufsorientierung, Berufsvorbereitung in entsprechenden Bildungs- und Freizeitangeboten ganz vorn. Auch da wissen wir, dass einiges zu tun ist. Mit „FrITZI“ und einem „Girls 'Day“ im Jahr wird das Problem, glaube ich, kaum zu bewältigen sein.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Aber es ist doch ein Anfang.)

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Es ist ein Anfang, da gebe ich Ihnen Recht, Frau Tasch, das ist kein Schlechtreden, das ist ein Anfang. Richtig. Aber da muss man noch ein bisschen mehr tun. Sie machen mal ein Ding, daran halten Sie sich das ganze Jahr fest und sagen, ach, wie gut wir doch sind.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

(Zwischenruf Abg. Wolf, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

Noch einen Satz zum Operationellen Programm des ESF. Im EFRE, muss ich sagen, ist ja Chancengleichheit gleich gar nicht drin. Das haben wir auch im Ausschuss schon kritisiert und da gibt es ja mittlerweile ein sehr umfangreiches Papier des neu gewählten Landesfrauenrats, auf das ich hier verweisen möchte. Da kann man noch mal einige Akzente entnehmen. Wissen Sie, als vorhin gesagt wurde - ich glaube, Herr Günther war es -, dass auch Anträge fehlen, um die Mittel entsprechend auch für Frauen in ESF-geförderten Projekten zu nutzen, da muss ich natürlich sagen, dass diese Ignoranz, die sich zum Teil heute auch hier widerspiegelt hat, natürlich auf anderen Ebenen ist. Da werden unter Chancengleichheit ganz viele Dinge gepackt und wenn sich halt keine Projekte für Frauen finden, na, dann machen wir keine. Da sortieren wir das Geld um, Hauptsache es wird ausgegeben. Ich denke, deswegen ist es richtig, den Finger draufzulegen und zu sagen: Auch eine spezifische Förderung, auch im neuen Zeitraum des Operationellen Programms, so

wie es anvisiert ist, im Schwerpunkt Chancengleichheit muss weiter untersetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens und abschließend möchte ich noch die Maßnahmen zur Verbesserung von Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie nennen. Auch darüber ist hier gesprochen worden. Unsere klare Forderung will ich an dieser Stelle noch einmal bekräftigen. Richten Sie Ihre Politik auf Maßnahmen zum Erhalt und den bedarfsgerechten Ausbau eines wohnortnahen Netzes von Kindertagesstätten, statt wie in Ihrem Familienförderungsgesetz - und jetzt kommt ja auch noch die Klage dazu - gegen den Willen von vielen, vielen Eltern im Land Thüringen dort mit der Axt dranzugehen und durch entsprechende Kürzungen und ihre Gesetzgebung dafür zu sorgen, dass ein funktionierendes Netz auch deutliche Einschnitte erleben wird.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Das Land muss mit geeigneten Mitteln auch Einfluss auf Arbeitszeitregelungen nehmen, um die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familienarbeit besser zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, hier will ich auch mal ausdrücklich sagen, auch das gilt für Frauen und Männer.

Zum Abschluss möchte ich gern, weil Sie manche Dinge berechtigterweise sicherlich auch anders sehen, Ihnen noch eine Lektüre empfehlen: „Perspektiven finden - wie Langzeitarbeitslose ihr Leben sehen“, gefördert durch das Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds, dankenswerterweise vom Aktivkreis der Generationen e.V. in Menteroda - hochinteressant. Ich glaube, das wäre wirklich auch für Sie, da Sie es nun auch schon mal gefördert haben, wichtig, vielleicht doch mal einen Blick reinzuwerfen. Ich habe vieles entnommen, was ich aus meinem Wissen und aus meiner Arbeit auch mit Betroffenen kenne.

Gestatten Sie mir ganz kurz zum Abschluss aus diesem Heft etwas zu zitieren, und zwar einen Bericht von Rosi, 44 Jahre alt, Verkäuferin - gewesen -, Arbeitslosengeld-II-Bezieherin, und sie sagt - Zitat, mit Ihrer Erlaubnis: „Dieses sparsame Leben ist furchtbar. Ich brauche keine Reichtümer. Aber mit einer Bekannten einmal ins Café oder ein Kinobesuch, das ist einfach nicht drin. Eigentlich ist nur zu Hause rumhocken drin. Eine anspruchsvolle Zeitschrift oder gar ein gutes Buch - zu teuer. So ganz ohne geistige Nahrung verblödet man doch mit der Zeit. Aber vielleicht ist das Absicht.“ Ich bin immer noch beim Zitat, bei Rosi. „Wenn wir erst alle dumpf vor uns hinbrüten,

dann begehren wir nicht mehr auf. Dann haben die Politiker endlich das Volk, welches sie wollen. Wie soll das nur noch werden! Ich will nicht in einer solchen Gesellschaft leben. Nur habe ich gar keine Wahl. So wie mir geht es vielen Menschen; die haben einfach Angst vor der Zukunft. Eine Gesellschaft, in der viele Menschen Angst vor der Zukunft haben, das verstößt nach meinem Verständnis gegen den Artikel 1 des Grundgesetzes und darüber sollten Politiker einmal nachdenken.“

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Tasch zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Tasch, CDU:

Frau Präsidentin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Pilger, ich verwahre mich in aller Schärfe dagegen, dass Sie bei der Zahlung des Erziehungsgelds hier von „Herdprämien“ sprechen. Das ist eine Diskriminierung

(Beifall bei der CDU)

(Unruhe bei der SPD)

aller Mütter und Frauen in diesem Land. Das ist widerlich. Ich weiß nicht, wie Sie zu Hause mit Ihrer Frau und Ihren Kindern umgehen, ob Sie sagen, dass sind Herdprämien, die da gezahlt werden. So eine Wortwahl! Man kann unterschiedlicher Meinung sein, aber ich bitte darum, hier in Bezug auf Frauen und Männer, die ihre Kinder zu Hause erziehen wollen, nicht davon zu sprechen, dass sie Herdprämien bekommen. Ich habe vorhin dazwischen gerufen: „Ich bin keine Kuh.“ Ich komme nämlich aus der Landwirtschaft, da kann ich mich an „Herdprämien“ und „Herdbücher“ erinnern im Zusammenhang mit Kuhställen, also davor verwahre ich mich in aller Deutlichkeit, Herr Pilger.

Zum anderen: Man kann unterschiedlicher Auffassung zu unserem Thüringer Kindertagesstättengesetz, zur Familienoffensive sein, das ist alles legitim, aber nennen Sie hier doch auch die guten Seiten, gerade was die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeht. Durch das neue Thüringer Kindertagesstättengesetz ist der Rechtsanspruch von zweieinhalb Jahren auf zwei Jahre abgesenkt worden. Jede Gemeinde ist verpflichtet, ihren Einwohnern Kindergartenplätze bereitzustellen, und das tun die Gemeinden in hoher Verantwortung mit hohem finanziellem Aufwand und nicht ein Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin in Thüringen will hier sparen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin selbst Bürgermeisterin und ich weiß, wovon ich rede. Nennen Sie doch die guten Seiten, sagen Sie doch, Mütter oder Väter - überwiegend Mütter - können mit dem neuen Kindertagesstättengesetz ihr Kind an den Arbeitsort mitnehmen. Das war vorher nicht möglich

(Beifall bei der CDU)

oder kaum möglich, nur wenn eine Gemeinde großzügig war und gesagt hat, sie sind okay, ich finanziere das. Es war nicht möglich, Betriebskindergärten zu gründen in Vorbereitung an großen Krankenhäusern in Altenburg, in Jena, in Erfurt; oder auch IKEA hier in Erfurt plant dieses. Das sind doch Bausteine zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das muss gesagt werden.

(Beifall bei der CDU)

Herr Pilger, Sie haben auch keine Ahnung von Gender-Mainstreaming, davon haben Sie vielleicht einmal irgendwo gelesen. Das glaube ich Ihnen, das gibt es, dass man sich mit dem Begriff schwer tut, dass man das noch nie gehört hat und dass man das einfach nicht versteht. Die ESF-Mittel des Wirtschaftsministeriums werden genderkonform ausgereicht. Wenn 50 Prozent der Arbeitslosen Frauen sind und 50 Prozent dann Männer oder 49 : 51, dann werden die Mittel genderkonform ausgereicht und für die Langzeitarbeitslosen, was bedauerlich ist, dass die Mehrzahl über 60 Prozent Frauen sind, werden die Programme genderkonform erarbeitet. Dass es manchmal weniger Angebote vonseiten Bildungswerken usw. gibt für dieses, das ist ein Problem, daran wird gearbeitet und da wird auch ganz viel Kraft und Energie darauf verwendet; wir haben es im Gleichstellungsausschuss vor ein paar Wochen gehört, wie schwierig das auch ist, da geeignete Maßnahmen zu organisieren. Ich will hier nichts schönreden, zum Beispiel die Programme, die wir entwickeln. Ein ganz wichtiges Anliegen ist das Berufswahlverhalten von Mädchen. Hier gibt es noch Defizite. Viel zu viele Mädchen wollen immer noch in die zehn klassischen Berufe: Verkäuferin, Kosmetikerin, Floristin, wo nicht viel verdient wird, wo Arbeitszeiten auch schwierig sind, wenn man Kinder hat, es zu vereinbaren. Hier gibt es gute Ansätze. Dass diese noch nicht ausreichen, dass wir da noch mehr machen müssen, dass gerade in der Schule, in der Berufsvorbereitung mehr getan werden muss, dass die Lehrer hier sensibilisiert werden müssen, dass sie die Schüler gut informieren, welche Möglichkeiten es gibt, dass wir hier noch Reserven haben, ist doch unstrittig und daran arbeiten wir ja und wollen uns auch weiterhin engagieren. Aber zu sagen: Ihr macht einmal im Jahr „Girls' Day“ und das war's.

Schauen Sie einmal, wie sich der „Girls' Day“ entwickelt hat. Ich glaube, vier oder fünf Jahre ist es jetzt her, seitdem er sich in Deutschland etabliert hat. Die CDU-Fraktion, die Frauen, waren die ersten, die Patenkinder hierher mitgenommen haben. Seitdem machen wir das jedes Jahr.

(Zwischenruf Abg. Leukefeld, Die Linkspartei.PDS: Wir machen das auch.)

Wir waren die Ersten, ihr macht das jetzt auch. Dass der „Girls' Day“ so auch an Dynamik gewonnen hat, das ist doch unstrittig. Heute wissen schon viele Schulen darüber Bescheid. Vor fünf Jahren waren es kaum Schulen, die ihre Mädchen animiert haben: Macht mit, schaut euch um, informiert euch. Dass sich keine kurzfristigen Erfolge einstellen, dass sich mit einem „Girls' Day“ heute nicht alles ändert, das wissen wir auch, aber es ist doch ein guter Anfang. Auch der Jobkalender der Landesregierung gehört dazu, ein toller Kalender, der wirklich reißend Absatz findet, wo auf Berufe aufmerksam gemacht wird, die wenige kennen, die noch nicht so bekannt sind. Auch „Fritzi“ ist eine tolle Sache. Dieses ist noch ausbaufähig, muss noch viel mehr in die breite Masse, an die Schülerinnen herangetragen werden, an die Lehrer und Lehrerinnen, dass die die Kinder besser informieren können. Das sind Bausteine, auf die wir setzen. Die Koordinierungsstelle an der TU Ilmenau kennen Sie auch, dieses läuft auch gut. Natürlich ist es noch verbesserungswürdig. Es muss noch mehr unter die Leute gebracht werden. Aber immer zu sagen, die CDU will die Frauen an den Herd, das hat auch schon so einen langen Bart. Die Landesregierung hat nun einmal mehr Männer als Frauen, das wissen wir auch.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, Die Linkspartei.PDS: Na, dann tun Sie was!)

Wir würden auch mehr Frauen in der Landesregierung begrüßen. Das ist doch unstrittig. Die Landesregierung engagiert sich trotzdem für die Chancengerechtigkeit von Frauen und Männern.

(Beifall bei der CDU)

Doch, Frau Wolf; es wäre doch schlimm, wenn nur wir Frauen für verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für mehr Chancengerechtigkeit stehen würden. Wenn wir doch die Männer als Partner nicht haben,

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Ja-wohl.)

dann erreichen wir doch nichts. Tut doch nicht so, als wenn wir von vor 500 Jahren wären und die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben. Man soll doch

bei allen Schwierigkeiten, bei allen Kritikpunkten, bei allen Defiziten, die es noch gibt, die wir auch hier gar nicht gut- und schönreden wollen, doch auch einmal die richtigen Schritte mit aufzeigen und das nicht einfach kleinreden. Und jetzt ist mein Faden weg und jetzt höre ich auch auf.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Der Abgeordnete Kretschmer hat für die CDU-Fraktion noch eine Redemeldung angezeigt.

Abgeordneter Kretschmer, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Frau Kollegin Tasch hat ja förmlich dazu eingeladen, noch einmal einen Mann hier vorn an dem Rednerpult stehen zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe mich aber vorher gemeldet, weil ich den Eindruck habe und das tiefe Gefühl auch, Frau Kollegin Leukefeld, nach Ihrer Rede muss man das Frauenbild, das Sie vermittelt haben, mal wieder ein bisschen geraderücken, und zwar in den Bereich von Realismus.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

(Zwischenruf Abg. Thierbach, Die Linkspartei.PDS: Frauen machen das und nicht Männer.)

Frau Thierbach, bei Ihnen fällt es mir wirklich schwer, einfach den Mund zu halten und nicht zu reagieren,

(Zwischenruf Abg. Thierbach, Die Linkspartei.PDS: Warum tun Sie es dann nicht?)

weil das der nächste Ordnungsruf wäre. Sie kreischen da nur hinten aus Ihrer Reihe herum. Lassen Sie mich doch erst einmal die Dinge vorstellen und werten es dann. Das Zitat, was Sie dort bringen, „Angst vor Zukunft“, das nehme ich ernst, ja natürlich. Aber wenn Sie einmal Ihre Rede daneben legen, dann malen Sie schwarz in schwarz und verstärken sozusagen auch noch die Angst vor der Zukunft. Ich will einmal einen Versuch wagen, Ihnen vorzuschlagen, den Frauen, den Mädchen den Blick in die Zukunft positiv zu besetzen, und zwar mache ich das zu Recht auf dieser Grundlage der DGB-Studie und mit einem Versuch, so wie Frauen auch, komplex und in Zusammenhängen zu denken. Die DGB-Studie - so schwach sie zum Teil in der Statistik ist, weil sie Äpfel und Birnen miteinander vergleicht - hat

aber Aussagen getroffen, dass Frauen insbesondere flexibel, lernbegierig sind, auch gute Lernerfolge und eine hohe soziale Kompetenz haben. Die hohe soziale Kompetenz sehen sie zum Beispiel daran, dass in den misslichen Situationen des Lebens Frauen wesentlich besser in der Meisterung sind als Männer.

(Zwischenruf Abg. Wolf, Die Linkspartei.PDS: Was sagt dazu die Landesregierung?)

Manchmal wird man richtig mutlos, wenn man für Frauen versucht Gutes zu reden, und die Frauen beschimpfen einen nur. Natürlich.

(Beifall bei der CDU)

Also, wie gesagt, ich habe noch nie eine Frau mit einer Bierbüchse am Busbahnhof stehen sehen; das ist offensichtlich das Problem der Männer, dass sie mit diesen Schwierigkeiten des Lebens nicht zurechtkommen.

Aber nachdem die DGB-Studie gerade diese guten Eigenschaften von Frauen geschildert hat: Nehmen Sie doch einfach mal eine andere Studie, eine andere Literatur des Hauses in die Hand, und zwar den Fachkräftebedarf. Das ist doch die große und spannende Situation, dass ich sage, einerseits erwarten wir unmittelbar schon vor uns stehend den Mangel an Fachkräften und andererseits weiß ich belegt durch Studien und Kenntnis der Frauen auch, dass man sagt, lernbegierig, hohe Lernerfolge, nun lenken wir sie auch darauf hin.

(Beifall bei der CDU)

Das ist doch mal ein positiverer Ansatz als das, was Sie uns dauernd erzählen, wie schlimm das alles ist, und uns noch förmlich einladen mit der Mindestlohn-debatte, den Frauen auch noch vorzuschreiben, dass sie ausschließlich Mindestlohn bekommen und man sie damit von vornherein nach unten in den Bereich der Benachteiligten einstuft.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Doch, so ist das, Frau Leukefeld. Deshalb habe ich mich jetzt noch mal zu Wort gemeldet. Bringen Sie doch mit in positiven Ansatz die Kompetenz der Frauen auf der einen Seite, den Fachkräftemangel auf der anderen Seite, dann haben wir die Aktivitäten, die Frau Kollegin Tasch gesagt hat, Schule/Wirtschaft, Stiftung/Bildung, um all die Dinge mit hineinzunehmen, um dann noch diese Chancen, die Frauen insbesondere dann wahrnehmen können, auch zu realisieren. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen jetzt seitens der Abgeordneten keine weiteren ... Doch, Herr Abgeordneter Pilger für die SPD-Fraktion, bitte.

Abgeordneter Pilger, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kretschmer, ich finde es ja auch nicht verkehrt, mit positiven Ansätzen in bestimmte Diskussionen reinzugehen, zum Beispiel Ihr Vorschlag, auch über den Fachkräftemangel und die Perspektiven von Frauen in der Zukunft zu reden. Ich verstehe nicht, dass die CDU-Fraktion es ablehnt, dann über diesen Antrag im Ausschuss weiterzuberaten. Das kann ich an der Stelle nicht verstehen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Tasch, das mit der Herdprämie müssen Sie sich wohl noch länger anhören, denn Sie haben sie geschaffen. Es tut zwar weh, wenn es einen Begriff gibt, den Sie aus der Landwirtschaft kennen, aber es gibt ihn auch in anderen Zusammenhängen. Im Zusammenhang mit dem Kindertagesstättengesetz, mit der Familienoffensive Ihrer Landesregierung haben Sie genau das geschaffen

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Das ist doch ungeheuerlich.)

und dann müssen Sie sich das auch sagen lassen. Da können Sie sich hier hinstellen und mich noch so laut beschimpfen. Sie müssen einfach auch mal zuhören. Sie haben zum Beispiel auch gesagt: „Herr Pilger, Sie haben Gender-Mainstreaming irgendwann mal gelesen.“ Stimmt! Bevor es den Begriff gab, habe ich mich schon politisch - ich komme aus Westdeutschland - um Frauenbewegungen, um Frauenrechte gekümmert

(Unruhe bei der CDU)

und habe das auch zum Teil verinnerlicht. Ich weiß auch, was es heißt, auch ohne es nur gelesen zu haben. Aber dass Sie es in einen völlig falschen Zusammenhang gestellt haben, nämlich in Bezug auf meine Aussage zu dem Antrag der Linkspartei.PDS, wie Mittel aus dem ESF zu verwenden wären - da lesen Sie mal bitte den Punkt in dem Antrag der Linkspartei.PDS und meine Bemerkung dazu, dann werden Sie wissen, dass es nichts mit den allgemeinen Programmgrundsätzen bei der Umsetzung zu tun hatte, und da hätten Sie den Zwischenruf nicht gemacht.

Dann muss ich meinem Kollegen Günther sagen: Herr Günther, wenn dieser Zusammenhang so ist -

und den können Sie im Protokoll nachlesen -, dann ist Ihre Aussage, ich hätte eine frauenfeindliche Bemerkung gemacht, nicht richtig. Ich habe auf eine persönlich falsche - ich könnte auch „dumm“ sagen -, eine dumme Bemerkung in dem Zusammenhang reagiert, und die war personenbezogen und nicht geschlechtsspezifisch. Danke schön.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung jetzt Minister Reinholz.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will das nicht in die Länge ziehen,

(Beifall bei der SPD)

aber auf ein, zwei Dinge möchte ich noch mal eingehen. Frau Leukefeld, außer viel Polemik haben Sie nicht viel Substantielles gesagt. Ich will das mal an so ein, zwei Beispielen auch darstellen. Sie haben hier von der Frau gesprochen, die von 4.00 Uhr bis 18.00 Uhr jeden Tag für 600 € im Monat arbeitet - das sind 14 Arbeitsstunden -; den Fall belegen Sie mir bitte, dann schauen wir mal danach. Ansonsten war es wirklich nur Polemik.

Dann will ich mal zum nächsten Thema übergehen - EFRE und ESF. EFRE wird nicht gendert, haben Sie hier gesagt.

(Zwischenruf Abg. Leukefeld, Die Linkspartei.PDS: Kein Schwerpunkt im EFRE.)

EFRE ist ein europäischer Fonds für die regionale Entwicklung. Ich könnte mich nicht besinnen, wo wir in Thüringen Regionen haben, wo nur Frauen und nur Männer leben. Deshalb ist dort auch ein Gendern wohl sehr, sehr schwer möglich,

(Heiterkeit bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, Die Linkspartei.PDS: Wenn Sie dies sagen, konterkarieren Sie das Mainstreaming der EU.)

auch wieder nur Polemik. Das Nächste, dass nur ein Drittel aller Gründer in Thüringen Gründerinnen sind, auch wieder Polemik. Das ist sicher so, aber Sie können par ordre du mufti keine junge Frau dazu zwingen, Unternehmerin zu werden. Das ist nun immer noch die private Entscheidung jeder einzelnen

Frau und das ist auch über Politik nicht steuerbar.

(Beifall bei der CDU)

Noch einmal das Thema Mindestlohn. Ich denke, dass in Ihren Reihen auch so viele Leute sitzen und, da gucke ich in die letzte Reihe, betriebswirtschaftlich so viel Erfahrung haben, dass sie durchaus nachvollziehen können, dass es im Niedriglohnbereich eben nun einmal Jobs gibt, die eine Produktivität von 8 € nicht hergeben. Das ist eben nun einmal so. Das ist nicht nur in Deutschland und in Thüringen so, das ist auf der ganzen Welt so. Wenn ich mit der Hände Arbeit in dem Unternehmen nicht 8 € erwirtschaftete, dann kann ich auch nicht 8 € verdienen. Es sei denn, ich führe einen staatlich subventionierten Lohn ein und dann sind wir ganz schön weit weg von der Marktwirtschaft.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Dr. Schubert?

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Am Ende gern, Herr Doktor.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Am Ende, bitte.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Dann würde ich ganz gern noch auf einen Punkt eingehen, Frau Leukefeld: Abdrängen in ungewollte Teilzeitbeschäftigung. Das stellen Sie so dar, als wenn die große Masse aller teilzeitbeschäftigten Frauen abgedrängt worden ist, dort aber überhaupt nicht hin wollte.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

(Zwischenruf Abg. Thierbach, Die Linkspartei.PDS: In Massen.)

Frau Leukefeld, das Gegenteil ist oftmals der Fall, sogar in meinem eigenen Ministerium, dass Frauen Teilzeitbeschäftigung beantragen, weil sie nämlich neben ihrer beruflichen Tätigkeit sich auch noch um ihre Familie oder um kranke Angehörige oder andere Dinge kümmern müssen. Also, die Reduzierung auf Abdrängen in Teilzeitbeschäftigung und das hier so im großen Stil darzustellen, als wenn alle Frauen, die in Teilzeitbeschäftigung tätig sind, dort ungewollt tätig sind, das halte ich doch für sehr weit hergeholt.

(Zwischenruf Abg. Leukefeld, Die Linkspartei.PDS: Es gibt beides!)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage durch Frau Abgeordnete Wolf?

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Das machen wir auch zum Schluss.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Wieder zum Schluss.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Ich würde gern noch zwei Worte zu Herrn Pilger sagen, wo Sie mir noch einmal einen Nachweis erbringen müssten: Ihre Aussage, dass vorrangig oder hauptsächlich arbeitende Frauen einen Kinderwunsch haben, wenn Sie mir das irgendwie belegen könnten, wäre ich Ihnen sehr, sehr dankbar.

(Zwischenruf Abg. Pilger, SPD: Das habe ich nicht gesagt.)

Zum Thema Herdprämie, das müssen Sie einfach einmal mit den Frauen ausdiskutieren, die tatsächlich freiwillig zu Hause sind und das Erziehungsgeld in Anspruch nehmen. Das müssen Sie einfach mit den Frauen diskutieren, ansonsten schließe ich mich an der Stelle nur den Ausführungen von Frau Tasch an. So viel von mir.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Jetzt kann erst einmal der Abgeordnete Dr. Schubert die Frage stellen und dann Frau Abgeordnete Wolf.

Abgeordneter Dr. Schubert, SPD:

Ja, Herr Minister Reinholz, Sie sprachen im Zusammenhang mit dem Mindestlohn von betriebswirtschaftlich nicht durchrechenbaren Dingen. Da frage ich Sie, Ihr Kollege Günther hat ja sogar von sozialistischer Planwirtschaft gesprochen, wie denn dann in Großbritannien ein Mindestlohn von 7,50 € etwa, wenn man es auf Pfund umrechnet, er ist sogar noch höher gestiegen mittlerweile, oder in den USA, wie das denn in diesen Ländern und in ganz vielen Ländern in Europa funktionieren kann, ist dort sozialistische Planwirtschaft oder was haben wir da für ein System?

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Sie dürfen zwei Dinge nicht durcheinander bringen. In großen Unternehmen, in denen sie eine hohe Produktivität haben, können sie sich durchaus auch niedrig bezahlte Jobs mit Mindestlohn erlauben. Wir werden in Thüringen nie die Produktivität allein von den alten Bundesländern erreichen, wir werden die nie erreichen, wir können sie gar nicht erreichen, weil wir die großen Unternehmen in den neuen Bundesländern nicht haben. Wenn wir auf eine Produktivität von 90 Prozent bezogen auf die alten Bundesländer kommen, werden wir sehr stolz sein,

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

weil einfach die großen Unternehmen wie Daimler/Chrysler, wie BASF etc. nicht in Thüringen sitzen. Sie wissen doch als Betriebswirtschaftler sehr gut und sehr genau, dass ich die Overheadkosten auf die Masse verteilen muss. Hier haben Sie nun einmal eine Betriebsgröße von 44, das ist die durchschnittliche Betriebsgröße in Thüringen. Das hat auch gewisse Vorteile, das will ich gar nicht von der Hand weisen, was die Flexibilität betrifft, aber damit haben Sie auf eine wesentlich kleinere Zahl von Angestellten die Verteilung des notwendigerweise vorhandenen Overheads verteilt, und das begrenzt die Produktivität. Das ist einfach so.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Wolf, bitte.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Doch, ich habe doch gesagt, sie können sich das in Unternehmen, die relativ groß sind, relativ einfach erlauben.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich habe jetzt Frau Abgeordnete Wolf gebeten, ihre Frage zu stellen. Falls es noch andere Fragesteller gibt, könnten die sich ja inzwischen anstellen.

Abgeordnete Wolf, Die Linkspartei.PDS:

Ich gebe zu, ich habe zwei Fragen, Herr Minister. Meine erste Frage: Gehe ich recht in der Annahme aus Ihren Äußerungen, dass Ihnen die statistischen Erhebungen u.a. auch des Landesamts für Statistik nicht bekannt sind, die ja beim besten Willen nicht als PDS-nah bezeichnet werden können, dass mehr als 50 Prozent der Frauen, die sich in Teilzeitarbeit

befinden, dies nicht freiwillig tun?

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Mir sind die Daten des Statistischen Landesamts schon bekannt, Frau Wolf. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass Frau Leukefeld es hier so dargestellt hat, als wenn alle Frauen, die in Teilzeitarbeit sind, dorthin abgedrängt worden sind, das Wort ist ja hier eindeutig gefallen.

Abgeordnete Wolf, Die Linkspartei.PDS:

Dann haben wir da unterschiedliche Wahrnehmungen, weil ich glaube, dass Frau Leukefeld sehr ausdrücklich drauf hingewiesen hat, dass es einen großen Bereich gibt.

Aber meine zweite Frage: Sie sprachen davon, dass es aus Ihrer Sicht keinen Zusammenhang gibt zwischen „der Gebärfreudigkeit“ von Frauen und der Erwerbstätigkeit von Frauen. Sind Ihnen in der Weise nicht auch die Erhebungen bekannt, die genau diesen Zusammenhang ganz klar und deutlich machen? Um da nur als Beispiel anzubringen, das sieht man explizit natürlich ganz klar auch an den nordischen Ländern, wo eine sehr hohe Frauenerwerbstätigkeit auch zu einer deutlich höheren Quotenrate führt.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Frau Wolf, genau die Frage habe ich ja an Herrn Pilger gestellt und ihn gebeten, mir einfach mal den Nachweis aus irgendeiner Statistik zu bringen, dass vorrangig berufstätige Frauen einen Kinderwunsch haben.

(Zwischenruf aus dem Hause)

Gerne, danke.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Gut, das betrachten wir jetzt als Auftrag der Landesregierung an das Parlament.

(Beifall bei der CDU)

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Abgeordneter Schubert für die SPD-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Schubert, SPD:

Ja, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, da der Herr Reinholz ja meine Fragen nicht beantwortet hat, er ist ja gar nicht auf das Thema eingegangen, will ich das dann noch mal hier richtig darstellen. Der

gesetzliche Mindestlohn gilt für alle Betriebe in diesen Ländern, die ich genannt habe, und nicht nur für Großbetriebe, also ich kann den Zusammenhang mit der Betriebsgröße überhaupt nicht erkennen. In dem Zusammenhang von sozialistischer Planwirtschaft zu sprechen ist einfach schlicht falsch, nehmen Sie das bitte mal zur Kenntnis, danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion der Linkspartei.PDS hat sich der Abgeordnete Gerstenberger zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Gerstenberger, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Minister, Ihre Aussagen zum Mindestlohn kann man so nicht stehen lassen. Wir reden über eine Entlohnung von ausgebildeten Fachkräften, von Facharbeitern, die in unterschiedlichen gesellschaftlichen Tätigkeitsfeldern aktiv sind. Wenn Sie diesen Mindestlohn aberkennen, nehmen Sie zur Kenntnis und billigend in Kauf, dass diese Leute in ausgebildeter qualifizierter Tätigkeit unterhalb des Existenzminimums und unterhalb der Armutsgrenze Arbeitsleistungen in diesem Land erbringen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Das halten wir in einer Marktwirtschaft, die sich soziale Marktwirtschaft nennt, für nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Es kann nicht sein, dass die Gesellschaft anerkennt, dass es Arbeitsleistungen gibt wie die Friseurin, den Wachmann, den Dienstleister im Krankenhausbereich, Pflegebereich, die Verkäuferin, die als notwendige Leistungen anerkannt werden, und gleichzeitig billigend in Kauf nimmt, dass diese Leute unterhalb der gesetzlich festgelegten Armutsgrenze existieren müssen - das ist der Hintergrund des Mindestlohns.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Uns geht es nicht darum, dass ein Unternehmen, und sei es ein Großunternehmen, den ausgebildeten Schweißer oder Fräser für 4,50 €, was eine Riesensauerei ist, in seinem Unternehmen beschäftigt,

(Beifall bei der SPD)

sondern es geht darum, dass alle mit ihrer Hände Arbeit auskömmlich, auskömmlich ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen und können.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Das ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gewährleistet. Wir haben über 360.000 Menschen in Thüringen, die zusätzlich zu ihrem Arbeitslohn Leistungen in Empfang nehmen, weil dieser Lohn zum Lebensunterhalt nicht ausreicht. Das festzuschreiben und sich diesem Problem nicht zuzuwenden mit den Gehältern, die Sie haben, meine Damen und Herren, die wir haben, halte ich für eine Zumutung und gesellschaftlich nicht verantwortbar. Danke schön.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen jetzt keine weiteren Redemeldungen mehr vor. Ich schließe die Aussprache zum Sofortbericht zu Nummer 1 des Antrags der Fraktion der Linkspartei.PDS. Kann ich davon ausgehen, dass das Berichtersuchen erfüllt ist? Es erhebt sich dagegen kein Widerspruch.

So kommen wir zum Zweiten, zur Abstimmung über die Nummer 2 des Antrags. Ausschussüberweisung ist dort nicht beantragt worden.

(Zwischenruf Abg. Leukefeld, Die Linkspartei.PDS: Doch, durch Herrn Pilger.)

Bitte? Herr Abgeordneter Pilger, auf Sie wird jetzt verwiesen. Sie hatten in Ihrem Redebeitrag zur Ausschussberatung des Gesamtpakets gesprochen, das hätte ja dann auch mit dem Antrag auf Fortsetzung der Beratung des Berichts im Ausschuss zu tun oder zur Überweisung der Nummer 2 des Antrags an den Ausschuss. Könnten Sie mich mal aufklären, welchen Antrag ich stellen soll?

(Zuruf Abg. Pilger, SPD: Beide.)

Dann an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit und den Gleichstellungsausschuss nicht?

(Zuruf Abg. Pilger, SPD: Gleichstellung auch.)

Könnte jetzt mal ein bisschen Klarheit geschaffen werden am Mikrofon, damit wir das ordentlich aufnehmen können? Nummer 2 des Antrags soll überwiesen werden an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit und den Gleichstellungsausschuss.

Abgeordneter Pilger, SPD:

Und Gleichstellungsausschuss, und der Gleichstellungsausschuss federführend.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Danke. Dann stimmen wir darüber ab. Wer der Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit zustimmen möchte, denn bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Danke schön. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Es gibt keine Stimmenthaltungen. Damit ist die Zahl der Gegenstimmen in der Mehrheit und die Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit ist abgelehnt.

Wer nun der Überweisung an den Gleichstellungsausschuss zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Danke schön. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Stimmenthaltungen gibt es hier auch nicht. Damit ist die Zahl der Gegenstimmen auch mehr als die Zahl der Zustimmungen und die Überweisung ist abgelehnt.

Wir stimmen nun, weil diese Ausschussüberweisung nicht erfolgte, über diese Nummer 2 des Antrags der Linkspartei.PDS-Fraktion direkt ab. Wer zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Und Stimmenthaltungen? Gibt es auch eine Reihe. Damit ist diese Nummer 2 des Antrags der Fraktion der Linkspartei.PDS in der Drucksache 4/2277 abgelehnt. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 10.

Ich komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 11**

Zukunft der Horte in Thüringen

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
- Drucksache 4/2280 -

Für die Fraktion der Linkspartei.PDS hat Frau Abgeordnete Skibbe die Aufgabe übernommen, den Antrag zu begründen. Bitte, Frau Abgeordnete Skibbe.

Abgeordnete Skibbe, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, bereits im September 2004 kündigte in seiner Regierungserklärung der Thüringer Ministerpräsident die Kommunalisierung der Horte an.

Was bedeutete das? Grundschulen und Horte werden nicht mehr gemeinsam unter einem Dach stattfinden. Sie werden auseinanderdividiert, die Zusammenarbeit wird schwieriger. Es regten sich massenhaft Proteste - wir erinnern uns an diese Zeit Ende 2004/Anfang 2005. Noch heute liegen Hunderte Peti-

tionen auf Eis und harren der abschließenden Beratung.

Im Februar 2005 kündigte die Landesregierung Pilotprojekte an; bis heute konnte ich kein einziges von diesen in meinem Landkreis finden. Die Situation in Thüringen ist längst nicht so positiv, wie es uns die Landesregierung oft weismachen möchte. Selbst der Soziologe Christian Pfeiffer fordert mehr Ganztagschulen, einen Ausbau auch der Angebote an den Schulen als Alternative zu dem Fernseher im Kinderzimmer. Unsere Erwartungen, Herr Minister, waren ein Sofortbericht der Landesregierung, der soll uns wohl nicht gegeben werden. Wir wollen mit unserem Antrag die Hinhaltenaktik der Landesregierung aufbrechen. Wir glauben, die Zukunft der Horte in Thüringen ist ein Thema, das notwendig ist und dieses Thema wird Fragen, die Horterzieherinnen, die Lehrer - Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer - und natürlich auch die Grundschüler mit ihren Eltern haben, beantworten müssen. Danke.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Die Landesregierung hat angekündigt, von ihrer Möglichkeit eines Sofortberichts keinen Gebrauch zu machen. Demzufolge eröffne ich die Aussprache zum Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS und rufe als Ersten auf für die Fraktion der CDU den Abgeordneten Dr. Krause.

Abgeordneter Dr. Krause, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es war eben noch so laut wie im Hort. Aber es hat sich ja jetzt etwas gegeben.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Im Hort ist es leise.)

Na ja, Herr Döring, meine Tochter ist im Hort. Ich weiß, wie es da zugeht.

Mit dem Konzept „Bildung und Betreuung 2 bis 16“ will die Landesregierung Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche stärker im sozialen Nahraum verankern. Das betrifft nicht nur die Horte an Grundschulen, sondern auch den frühkindlichen Bereich und die späteren Schuljahre. Dabei sollen die Kompetenzen derer, die an Erziehung beteiligt sind, stärker vernetzt, die Schule und der Hort als Orte im Sozialraum prägender und umfassender genutzt werden. Damit ist klar, dass es auch in Zukunft Horte für Grundschulkindern geben wird und soll. Die Horte sollen vorzugsweise konzeptionell wie räumlich mit der Grundschule verknüpft sein. Aber wenn von Eltern gewünscht oder von den örtlichen Gegebenheiten

her sinnvoll, wird es Varianten geben dürfen. Es ist jedoch nicht so, dass allein die personelle Bestellung der Erzieherinnen beim Land diese enge Verbindung bewirkt und in jedem Falle zur Zufriedenheit führt. Längst sind die Vorteile, die Möglichkeiten des Betreuungskonzepts erkannt.

Es gibt zahlreiche Beispiele. Meine Kollegen haben mir die Lobdeburgschule Jena, Münchenbernsdorf genannt. In Weimar standen wir davor, vier Pilotprojekte anzumelden: vier Grundschulen, vier Träger von AWO bis Diakonie, intensivste Gespräche mit allen Beteiligten - auch den Eltern - eine hervorragende Moderation des Schulamts und ein gesteigertes Interesse aller - auch des Stadtrats. Ich musste mich von den Bündnisgrünen überholen lassen in der Aktivität. Aber wir waren alle gemeinsam schneller als das Kultusministerium, das nun offenbar eher ganze Landkreise als Pilotprojekte wünscht. Ich kann nur hoffen, dass meine Stadtspitze, wenn die Gespräche mit dem Städte- und Gemeindebund stattfinden, sich fordernd verhält, also Pilotprojekte anmeldet.

Wie auch immer, es ist ganz offensichtlich so, dass durch die Einbindung eines freien Trägers 1. eine höhere und vielfältigere Betreuungsqualität erreicht, 2. die Vernetzung mit anderen Bereichen der Jugendhilfe intensiviert und 3. die Partnerschaft mit den Eltern verbessert werden kann, nicht muss, aber kann.

Es hat also durchaus Sinn, darüber nachzudenken, wie man pädagogisches Personal sinnvoll auf eine kommunale Ebene - so die das will - überträgt. Die Sinnhaftigkeit soll in Pilotprojekten überprüft werden. Eine Prüfung ist offen. Ich gehe aber nach den Gesprächen, die ich darüber geführt habe, davon aus, dass die Chancen sehr gut sind. Bekannterweise ist die Kommunalisierung auch der Grundschulen in den PISA-Muster-Ländern Finnland und Schweden Standard. Man hat damit, wie bekannt, guten Erfolg: Vielfalt, Freiheit, Wettbewerb in der Bildung. Das ist der einzige Weg. Ich bin geneigt hinzuzufügen: Leistung.

Es geht also nicht um die Zerschlagung funktionierender Einheiten, sondern um mögliche Weiterentwicklung, unabhängig davon, dass uns die Seitz-Studie die Kommunalisierung der Horte aus finanzpolitischen Gründen empfiehlt. Dass bei der Finanzierung des pädagogischen Hortpersonals der Freistaat in der Pflicht ist sowie auch die Fachaufsicht weiterhin wahrnehmen muss, ist selbstverständlich. Den jetzt im Landesdienst befindlichen Erzieherinnen soll nicht gekündigt werden, was nicht ausschließt, dass in Zukunft einige auf freiwilliger Basis in Arbeitsverhältnisse bei Kommunen oder freien Trägern wechseln. Aus diesem Grund lehnen wir den Punkt 2

des Antrags der Linkspartei.PDS ab.

Ich bitte die Opposition, ihren Fundamentalwiderstand aufzugeben und - so wie es Bürgermeister, Landräte und Stadträte landesweit bereits tun - über sinnvolle Vorschläge zur Kommunalisierung von Horten und auch Grundschulen mit uns ins Gespräch zu kommen. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Döring zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Döring, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wer an der Bildung spart, spart an der falschen Stelle. Wie Recht hat Bundespräsident Horst Köhler mit diesem Satz aus seiner Berliner Rede

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Der ist aber in Thüringen unpassend.)

und um nichts anderes, Kollege Emde, um nichts anderes als um Sparen an der falschen Stelle geht es bei der von der Landesregierung geplanten Hortkommunalisierung. Die Horterzieher sollen den Kommunen aufgelastet werden, um damit gleichzeitig den Landeshaushalt zu entlasten.

Das ist der einzige Zweck dieses Regierungsvorhabens und, Herr Dr. Krause, eine nachvollziehbare bildungspolitische Begründung gibt es dafür nicht. Die haben Sie heute hier auch nicht geliefert. Die hat der Minister bisher nicht geliefert und die werden wir auch nicht hören.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Deshalb wiederhole ich gebetsmühlenartig, der Grundschulhort hat sich bewährt als integrativer Bestandteil der Grundschule. Er hat sich bewährt in seiner schulunterstützenden und auch familienergänzenden Funktion. Er vermittelt im engen Zusammenwirken zwischen Lehrern und Horterziehern Normen und Werte im kindlichen Zusammenleben, zwischen Kindern und Erwachsenen und fördert die Entwicklung von Selbstsicherheit und Selbstbewusstsein und setzt Normen und Regeln. Durch die hortspezifische Tätigkeitsvielfalt und die individuelle Betätigungsmöglichkeit können Neigungen und Begabungen angebahnt und entwickelt werden. Darüber hinaus befördert dieses enge Zusammenwirken von Schule und Hort eine abgestimmte individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes und das ist der Schwerpunkt für die nächsten Jahre, die individuelle Förderung.

Der Schulhort kann hier Erhebliches leisten und wir sind dabei, dieses abzuwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Genau diese Verzahnung, die wirkt hier wechselseitig positiv. Ich kann Ihnen da unendlich gute Beispiele nennen. Vieles, was im Unterricht erst einbezogen werden muss, gehört ganz wesensmäßig zur ganztägigen Betreuung. Unterricht kann von seinem bindenden Bildungsauftrag eigentlich gar nicht offener, demokratischer, sozialorientierter sein als das Leben in einem gut funktionierenden Schulhort.

Meine Damen und Herren, niemand kann leugnen, dass wir mit unserem Schulhort etwas sehr Gutes einzubringen haben in die europäische Entwicklungstendenz hin zur ganztägigen Bildung und Erziehung jüngerer Schulkinder. Dieses gut Bewährte soll nach dem Willen der Landesregierung zerstört werden. Auch Ihr Konzept, Herr Prof. Dr. Goebel, „Bildung und Betreuung von 2 bis 16“, liefert nicht im Ansatz eine nachvollziehbare Begründung für die beabsichtigte Kommunalisierung der Grundschulhorte.

(Beifall bei der SPD)

Das sehen offensichtlich die Schulen und Schulträger auch so. Oder wie interpretieren Sie, Herr Minister Prof. Dr. Goebel, dass sich bisher noch keiner für Ihr Pilotprojekt gefunden hat? Mir ist nicht bekannt, dass sich ein Schulträger bisher dazu bereit erklärt hat. Ich kann nur immer wieder an Ihre Vernunft appellieren: Verabschieden Sie sich von der Idee der Kommunalisierung der Schulhorte. Einmal zerschlagene Strukturen sind nicht wieder neu zu errichten. Trümmer kann man wegräumen, aus ihnen lässt sich aber nichts mehr bauen. Unternehmen wir, was diesem Land aus Sicht des Bundespräsidenten nottut, nämlich einen gemeinsamen Kraftakt zur Modernisierung der Bildung. Zeigen wir dazu den politischen Willen. Ein erster Schritt wäre, das Vorhaben Hortkommunalisierung zurückzunehmen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion der Linkspartei.PDS hat sich Frau Abgeordnete Reimann zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Reimann, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, liebe Erzieherinnen und Erzieher im Netz. Ja, ich nehme an, dass uns ganz viele zuhören, denn das ist gerade jetzt die Arbeitszeit, wo bei geteilten Arbeitszeiten die Leute, um die es hier geht, Zeit haben, uns zuzuhören. Ich bewundere, Herr Minister

Prof. Dr. Goebel, Ihr Beharrungsvermögen. Die Probleme auszusitzen und nichts zu sagen, also heute keinen Sofortbericht zu geben, also wirklich, Sie überraschen mich jedes Mal wieder.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, Die Linkspartei.PDS: Bei der Masse.)

Sie sind Weltmeister im Problemeaussitzen. Oder, wie so schön Herr Pilger vorhin gesagt hat, Probleme wegzunignorieren. Zwei Jahre ist es her, dass mit einer Regierungserklärung hier der Herr Althaus von dieser Stelle gewissermaßen so viele Probleme ins Land gestreut hat, er selbst seine Minister überrascht hat, unter anderem trifft ja eine ganze Menge davon Sie. Eines davon ist die Baustelle der Horte. Sie haben damit dann Proteststürme entfacht, Petitionen, die nach wie vor auf unseren Tischen liegen, und Sie haben versprochen, dass es mit Modellprojekten erprobt wird und alles ganz toll wird und wir dann 2008 auch als Opposition überzeugt sein werden, wie schön alles sein kann, wenn wir doch nicht immer so - wie haben Sie gesagt - ignorant wären. Sie haben sogar auf dem Thüringer Elterntag am 9. April 2005 beschwichtigend - und ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis - gesagt: „Bei der bewährten Bildungs- und Betreuungsarbeit im Grundschulbereich wird es keine Einschränkungen geben. Bei der offenen Ganztagschule kommt für 35 Stunden in der Woche auch künftig das Land auf. In der Zeit zwischen 8.00 und 15.00 Uhr ist die Hortbetreuung Sache der Grundschule, aber auch Ihre Ideen als Eltern sind gefragt. Für voll gebundene Ganztagschulen planen wir einige Pilotprojekte an ausgewählten Standorten, auch um neue Arbeitszeitmodelle zu testen.“ Ja genau, wo sind diese Modelle? Ja, also, wie gesagt, er hat mir gerade gezeigt, dass es drei seien, vielleicht redet er ja dann doch noch dazu und dann wissen wir, wo sie sind und da können wir vielleicht so ein paar Modellprojekte uns angucken. Mit einer wissenschaftlichen Begleitung allerdings wird es nichts.

Zwei Jahre gab es diese Denk- und Erprobungsprozesse und deswegen unsere Aufforderung, heute hier im Plenum darüber zu reden und den Betroffenen doch mal zu signalisieren, wie es denn nun eigentlich weitergehen soll, denn das sind wir unseren Eltern und Erzieherinnen und Erziehern schuldig. Nach wie vor - wie gesagt - stapeln sich die Petitionen auf meinem Schreibtisch und diesbezüglich fühlte zumindest ich mich bemüßigt, in der Sommerpause diese Kleine Anfrage in Drucksache 4/2205 zu stellen. Ich will Ihnen die noch mal in Erinnerung rufen und darf zitieren: „1. Hält die Landesregierung an der Absicht fest, die Thüringer Horte zu kommunalisieren?“ - „Ja.“; „Welche Pilotprojekte“ - wie gesagt, das ist am 29.08. gewesen - „wurden in diesem Schuljahr begonnen (bitte konkret aufzählen)?“ - „Keine.“; „Wer-

den diese Projekte wissenschaftlich begleitet ...?“ - Dieses „... kann erst mit den Teilnehmern am Projekt geplant werden.“ - gibt es ja nicht; „Welche Zeitschiene ist ... vorgesehen?“ - „Da bisher keine abschließende Entscheidung getroffen wurde, gibt es auch keine Zeitschiene.“ Das ist Ihre Antwort von vor einem Monat.

Nun kam der Landkreistag mit dieser „glänzenden“ Idee, die tatsächlich deutschlandweit einmalig ist, da er eben auch nicht dieses Auseinanderreißen von Grundschule und Hort will und diese Thüringer Spezialität durchaus anerkennt, die Grundschulen in Gänze zu kommunalisieren. Das wäre, wie gesagt, deutschlandweit ein einzigartiges Projekt. Und Ihre Antwort darauf, die ist salomonisch: „Derzeit befindet sich das Thüringer Kultusministerium bezüglich der Kommunalisierung der Grundschulen mit den kommunalen Spitzenverbänden in der Erörterung. Das Ergebnis ist offen.“ Wie gesagt, das ist die Antwort von vor einem Monat.

Ich denke, es ist Zeit, das Versprechen vom Elterntag einzulösen und endlich die Betroffenen in die Überlegungen einzubeziehen. Wie ist denn nun Ihr Verhandlungsstand mit dem Landkreistag? Ich kann mir nicht vorstellen, dass nur wir mit besorgten Mails und Anfragen überschüttet werden und Ihr CDU-Postkasten unter www.kuemmern.de leer bleibt. Oder hat sich Mike Mohring mit „Paul und Paula“ so sehr die Finger verbrannt, dass er sich nicht mehr kümmern darf?

Ich darf Ihrem Erinnerungsvermögen ein bisschen nachhelfen und zitiere aus einem Papier des Landkreistags, das zu einer Präsidiumssitzung erstellt worden ist, da steht drin: „Anfang 2006 erklärte der Kultusminister, dass er für eine Kommunalisierung der Grundschulen offen sei. Anfang des Jahres hat der Kultusminister“ - das mache ich nur, weil Sie den Sofortbericht nicht gegeben haben, sonst hätte ich mir das ja sparen können - „seiner Abteilung einen Arbeitsauftrag erteilt, zusammen mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände ein Papier zu erstellen, das die Problempunkte, hiernach insbesondere die zu bewältigenden Schnittstellen zwischen Land und Kommunen, im Falle der Kommunalisierung der Grundschulen aufzeigen sollte. Ein derartiges Papier kam nicht zustande.“ - Zitat aus diesem Papier Landkreistag und - „Das Kultusministerium plant einen Modellversuch, mit dem die Kombination von kommunalisierter Grundschule sowie Grundschule in Eigenverantwortung erprobt werden soll. Bis zum Sommer soll ein Zielkonzept für einen derartigen Modellversuch auf der Arbeitsebene erarbeitet werden. Nach den Sommerferien soll die politische Entscheidung über die wissenschaftliche Begleitung des Modellversuchs sowie über die Modellträger getroffen werden.“ Nach welchem Sommer eigentlich? Wollen

Sie warten bis 2008?

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Wollen Sie das alles erst flöten gehen lassen, um dann hinterher den Kommunen zu sagen: Ach, wir haben uns das so schön ausgedacht, es hätte ja sein können. Ich weiß nicht, in welcher Zeitschiene Sie Ihre Regierungsverantwortung wahrnehmen!

(Zwischenruf Abg. Lemke, Die Linkspartei.PDS: Längstens bis 2009.)

Ich möchte Ihnen aber natürlich an dieser Stelle noch mal die Position unserer Fraktion zur Kenntnis geben, denn auch wir wollen wissenschaftliche Modellprojekte für gebundene Ganztagschulen, ganz klar, aber ich weiß nicht, was das zwingend mit einer Kommunalisierung zu tun hat - überhaupt gar nichts. Wir wollen weder jetzt die Kommunalisierung der Horte noch die der Grundschulen, zum einen aus pädagogischen Gründen - Herr Döring hat das schon gesagt, die Kommunalisierung des gesamten Personals an den Grundschulen würde die viel zu frühe Trennung der Schüler nach Klasse 4 weiter zementieren und ich bin ganz sicher, dass früher oder später dieser alte Zopf der Bildungspolitik in Deutschland abgeschnitten wird, davon bin nicht nur ich überzeugt, sondern meine Fraktion und mit uns 70 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer -

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

zum anderen natürlich aus finanziellen Erwägungen. Leistungsfähige kommunale Strukturen sind die Voraussetzung, um überhaupt verantwortlich über eine Kommunalisierung welcher Aufgabe auch immer und eben auch die der Lehrer und Erzieher nachzudenken. Aber dazu verweigern Sie zielorientiertes Nachdenken seit vielen Jahren im Gegensatz zu allen Thüringer Nachbarländern. Deshalb fordern wir die Landesregierung mit unserem Antrag auf, die beabsichtigte Überführung des Hortpersonals an den Grundschulen in kommunale bzw. freie Trägerschaft ab 2008 zurückzunehmen und gleichzeitig alle bestehenden Arbeitsverträge zu entfristen. Aus fachlichen Gründen sowie wegen der unklaren finanziellen Auswirkungen können die durch die Landesregierung formulierten Ziele nicht erreicht werden.

Ich möchte jetzt auch noch mal über das Geld reden, Herr Dr. Krause, und zitiere deswegen noch einmal aus diesem Papier des Landkreistags. Sie haben ja sozusagen dem sehr offen gegenüberstanden. Wenn diese Kommunalisierung stattfindet und der Landkreistag jetzt schon einschätzt: „Mit der Entschädigung auf der Grundlage der standardisierten offenen Ganztagschule kann nur ein Teil, vermutlich nur etwa die Hälfte des jetzigen Hortper-

sonals übernommen werden. Der Modellversuch wird hier zu tieferehenden Erkenntnissen führen. Hier wird es darauf ankommen, die Landesvertreter zu überzeugen, dass ein Stellenpool für Hortnerinnen gebildet wird, dessen Leistungen für die weitergehenden Betreuungszeiten eingekauft werden können und der im Laufe der Zeit abgeschmolzen wird.“ Das ist also die Zukunft, die wir unseren Erzieherinnen und Erziehern zumuten. So viel zu dem Thema „Frauenarbeitsplätze in Thüringen“ aus dem letzten Tagesordnungspunkt.

Wenn das nicht etwas mit erzwungener Teilzeit zu tun haben soll - der Wirtschaftsminister ist gerade nicht mehr da -, dann kann ich nur sagen: Im Bildungsbereich haben wir ganz viel erzwungene Teilzeit gehabt gegen den Willen der Betroffenen. Und jetzt haben wir sogar Lehrermangel.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Unsere Argumente sind Ihnen nicht neu, Herr Minister. Ich hoffe, Sie können heute außer ein paar trotzig- Absichtserklärungen, an der Kommunalisierung ab 2008 festhalten zu wollen, etwas Wesentliches hinzufügen und vielleicht auch noch etwas zu diesem Konzept „Bildung und Betreuung von 2 bis 16“ sagen, was ja offensichtlich in der Versenkung verschwunden ist. Danke.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Seitens der Abgeordneten liegen mir keine weiteren Redeanmeldungen vor. Für die Landesregierung Minister Prof. Dr. Goebel.

Prof. Dr. Goebel, Kultusminister:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, „Zukunft der Horte in Thüringen“, so ist der Antrag der Linkspartei.PDS überschrieben. Sie bitten im ersten Punkt unter anderem um Informationen über den Stand der Umsetzung der Pläne der Kommunalisierung des Hortpersonals. Natürlich werden Sie diese Informationen in der Form bekommen, die die Geschäftsordnung dieses Hohen Hauses dafür vorsieht. Wir werden in der zulässigen Frist hierzu einen umfassenden Bericht schriftlich abgeben.

Aber, meine Damen und Herren, die Zukunft der Horte in Thüringen lässt sich nicht allein an Überlegungen zur Kommunalisierung des Personals festmachen. Man muss dies vielmehr in größerem Zusammenhang betrachten. Unser Ziel ist es - daran halten wir fest -, die Betreuung von Kindern und Jugendlichen stärker als bisher in dem jeweiligen Sozialrahmen zu verankern. Über die Gründe ist an

dieser Stelle bereits ausführlich gesprochen worden. Dazu haben wir ein Gesamtpaket unter der Überschrift Konzept „Bildung und Betreuung von 2 bis 16“ geschnürt. Hierzu gehören die Kinderbetreuung im Elementarbereich, die außerschulische und außerunterrichtliche Betreuung von Kindern im Grundschulalter, beides inhaltlich flankiert durch den Bildungsplan für Kinder bis 10 Jahre, der jetzt in die Erprobung geht, ebenso wie die Zusammenführung von Jugendpauschale und Schuljugendarbeit. Das letztere Projekt ist übrigens seit Inkrafttreten der neuen Richtlinie „Örtliche Jugendförderung“ laut einer Umfrage der Schulämter gut angelaufen. Diverse Startprobleme konnten auf regionaler Ebene geklärt werden und so muss das sein. Mit dem Gesetzespaket der Thüringer Familienoffensive stärken wir die Erziehungskraft der Eltern und garantieren zugleich eine familienfreundliche Bildung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen. Ziel ist dabei auch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch darüber ist heute schon ausführlich diskutiert worden. Die Thüringer Landesregierung hält grundsätzlich an ihrer Absicht fest, die Horte, Institutionen zu kommunalisieren. Fest steht allerdings, dass die Erzieherinnen und Erzieher, die sich im Landesdienst befinden, so lange im Landesdienst bleiben, bis sie altersbedingt oder aus anderen Gründen freiwillig aus dem Landesdienst ausscheiden.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Bärwolff.

Prof. Dr. Goebel, Kultusminister:

Ja.

Abgeordneter Bärwolff, Die Linkspartei.PDS:

Herr Minister, ich habe eine Frage, und zwar: Ist Ihnen die Drucksache 4/2289 bekannt? Ich würde daraus gern etwas zitieren zu Ihrer Zusammenarbeit von Schule- und Jugendhilfe. Folgendes: „Im Ergebnis einer aktuellen Umfrage zur Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule bei den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe wird allerdings deutlich, dass es bisher kaum verbindlich fixierte Vereinbarungen zwischen Jugendhilfe und Schule in Thüringen gibt.“ Können Sie mir vielleicht erklären, wie das mit Ihren eben getätigten Äußerungen zum Superanlauf dieser Zusammenarbeit zusammenpasst?

Prof. Dr. Goebel, Kultusminister:

Es ist die Richtlinie für die örtliche Jugendarbeit seit diesem Jahr in Kraft, also seit einigen Monaten, und ich kann das unterstreichen, sie ist nach unseren Be-

obachtungen gut angelaufen.

Wir sind der Überzeugung, dass die Frage des Übergangs der Horte in kommunale Trägerschaft, meine Damen und Herren, aber nicht isoliert von der Frage der Weiterentwicklung der Thüringer Grundschule betrachtet werden kann. Bekanntlich wird sich in den kommenden Jahren der Gleichklang der Ausbildungs- und Erwerbsbiografien von Grundschullehrern und Horterziehern schrittweise verändern. Dies hat auch Auswirkungen auf die Aufgabenteilung zwischen Schule und außerschulischer Betreuung, zwischen unterrichtlicher und außerunterrichtlicher Arbeit an der Schule und außerschulischer Betreuung. Wir halten daran fest, dass zu diesem Zweck Pilotprojekte initiiert werden sollen. Wir führen Gespräche mit dem Thüringischen Landkreistag zu dessen Wunsch, gemeinsam mit der Hortbetreuung auch die Gesamtverantwortung für die Thüringer Grundschulen zu übernehmen. Auch dabei steht die Frage der inhaltlichen Weiterentwicklung der Grundschulen und dafür günstige Rahmenbedingungen im Mittelpunkt und das, bitte schön, meine Damen und Herren, ist eine Frage, die schon auch einen gewissen Tiefgang hat und deshalb auch einige Zeit in Anspruch nimmt. Eine Kommunalisierung um der Kommunalisierung willen kommt für uns nicht in Frage. Klar ist auch, dass dabei unter der Prämisse eines einheitlichen Bildungsziels durchaus unterschiedliche Entwicklungswege möglich sein müssen. Dafür ist eine Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen ebenso unabdingbar wie die weitere Unterstützung der Schulen durch die staatliche Schulaufsicht. Ich bin zuversichtlich, dass die offenen Fragen in den nächsten Monaten einer Klärung zugeführt werden können. Da wird auch der von der Fraktion der Linkspartei.PDS gewünschte Bericht innerhalb der von der Geschäftsordnung vorgesehenen Frist dem Hohen Haus vorgelegt werden können. Lassen Sie mich mit einem arabischen Sprichwort schließen: Geduld ist der Schlüssel zur Freude!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Gibt es jetzt weitere Redewünsche? Das ist nicht der Fall. Eine Ausschussüberweisung ist nicht beantragt worden, so dass wir direkt über den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS in der Drucksache 4/2280 abstimmen. Dazu gibt es einen Geschäftsordnungsantrag. Herr Abgeordneter Schröter bitte.

Abgeordneter Schröter, CDU:

Ich beantrage namens unserer Fraktion die getrennte Abstimmung der Punkte 1 und 2 sowie für beide Punkte namentliche Abstimmung.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Gut. Dann werden wir zuerst abstimmen über den Punkt 1 aus dieser Drucksache 4/2280, und zwar in namentlicher Abstimmung. Ich bitte darum, dass die Stimmkarten eingesammelt werden.

Ich gehe jetzt davon aus, dass jeder die Möglichkeit hatte, seine Stimmkarte abzugeben, und bitte darum, dass ausgezählt wird.

Mir liegt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zur Nummer 1 des Antrags in der Drucksache 4/2280 vor. Es wurden 72 Stimmen abgegeben, 72 haben mit Ja gestimmt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 1). Damit ist die Nummer 1 des Antrags einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zur Abstimmung zu Nummer 2 des Antrags der Fraktion der Linkspartei.PDS, und zwar auch in namentlicher Abstimmung. Auch hier bitte ich um das Einsammeln der Stimmkarten.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Nummer 2 des Antrags „Zukunft der Horte in Thüringen“, Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS in Drucksache 4/2280 bekannt. Es wurden 77 Stimmen abgegeben, mit Ja haben 34 gestimmt, mit Nein 43, es gab keine Stimmenthaltung (namentliche Abstimmung siehe Anlage 2). Damit ist die Nummer 2 dieses Antrags abgelehnt.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 11 und komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 12**

Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung in Thüringen

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 4/2354 -

Die SPD hat nicht das Wort zur Begründung verlangt, aber die Landesregierung erklärt, den Sofortbericht zu erstatten. Ich bitte Herrn Minister Reinholz zu diesem Sofortbericht.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Ende 2006 läuft, wie wir alle wissen, die gegenwärtige EU-Strukturfondsperiode aus. Mit Blick auf die neue EU-Strukturfondsperiode von 2007 bis 2013 ist das vorhandene Instrumentarium der Wirtschaftsförderung überprüft worden. Unsere Förderpolitik war bisher sehr erfolgreich, es besteht deshalb auch kein Anlass für eine völlig andere Ausrichtung. Sinnvoll ist aber die Weiterentwicklung erfolgreicher Förderprogramme. Der Frei-

staat Thüringen fällt im Förderzeitraum 2007 bis 2013 noch mal unter das Konvergenzziel. Damit stehen Thüringen in der neuen Förderperiode insgesamt 2,1 Mrd. € für die Umsetzung des EFRE und des ESF zur Verfügung. In diesem Zusammenhang ist eine Neuausrichtung der beiden Strukturfonds EFRE und ESF in enger Abstimmung mit der EU-Kommission vorgesehen. Angesichts der Haushaltssituation werden europäische Strukturfondsmittel für die Finanzierung von Förderprojekten immer wichtiger, aber auch die Strukturfondsmittel sind im Vergleich zur laufenden Förderperiode weniger geworden. Als Landesregierung müssen wir darauf achten und auch darauf reagieren mit einer noch konsequenteren Ausrichtung des Mitteleinsatzes auf die Förderung von Wachstum und Beschäftigung. So wird der auf den EFRE entfallende Anteil auf mindestens 70 Prozent erhöht. Der eigentliche Mittelrückgang fällt beim EFRE damit zum Glück unterdurchschnittlich aus. Im EFRE werden wir den Schwerpunkt „Bildung, Forschung und Entwicklung, Innovation“ erheblich verstärken. Der Mittelanteil soll dort 31 Prozent anstatt bisher 22 Prozent betragen, denn die Thüringer Wirtschaft muss in Zukunft auf technologie- und human-kapitalintensive Produkte setzen, um auch weiterhin konkurrenzfähig zu bleiben. 38 Prozent der Mittel, das ist weiterhin der größte Anteil, werden auf den Schwerpunkt „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft“, also auf Investitionsförderung, wirtschaftsnahe Infrastruktur etc. entfallen.

Der dritte Schwerpunkt ist die „Entwicklung und der Ausbau der Infrastruktur für nachhaltiges Wachstum“. Hier wird der Mittelanteil von 34 Prozent auf 29 Prozent gesenkt, weil - wie wir alle wissen - erhebliche Fortschritte beim Infrastrukturausbau in Thüringen in den letzten Jahren erreicht wurden. Wir erarbeiten derzeit die Operationelle Programme. An der Entwicklung sind die Wirtschafts- und Sozialpartner sowie verschiedene Experten beteiligt. Ende November, Anfang Dezember soll das Operationelle Programm bei der EU-Kommission eingereicht werden.

Auch in der neuen Förderperiode wird der EFRE die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ - Ihnen allen besser als GA bekannt - finanziell stärken. Schwerpunkt der GA-Förderung ist auch in Zukunft die Förderung einzelbetrieblicher Investitionsvorhaben. Neben der Förderung von neuen Ansiedlungen zielt die GA-Förderung vor allem auf Erweiterungsinvestitionen ansässiger Unternehmen. Die GA-Förderbedingungen werden derzeit weiterentwickelt und an neue beihilferechtliche Vorschriften angepasst. Grundsätzlich konzentriert sich die einzelbetriebliche GA-Förderung auch künftig auf Projekte des verarbeitenden Gewerbes und der produktionsnahen Dienstleister. Die Schaffung zusätzlicher, wettbewerbsfähiger Ar-

beitsplätze bleibt eine ganz elementare Fördervoraussetzung. Neu ist vor allem die Umsetzung der von der EU-Kommission vorgegebenen unterschiedlichen Gesamtsubventionswerte bei kleinen und mittleren und großen Unternehmen - künftig in Höhe von maximal 50 Prozent der Gesamtinvestitionssumme für Kleinunternehmer, 40 Prozent für mittlere Unternehmen und 30 Prozent für große Unternehmen. Beabsichtigt ist darüber hinaus die regionale Differenzierung der Fördergebiete, wie wir sie jetzt haben, in A und B aufzugeben, so dass ab 2007 in Thüringen flächendeckend gleiche Fördersätze gewährt werden können. Unternehmen sollen an dem Standort investieren, der aus ihrer Sicht am besten geeignet ist. Weiterentwickelt wird das System des Strukturbonus für strukturpolitisch bedeutsame Investitionsprojekte. Diese Förderung soll sich künftig aus einer Basisförderung und einem Zuschlag zusammensetzen. Der Zuschlag soll auf der Grundlage eines Kriteriensystems vergeben werden. Das ermöglicht eine Konzentration der Höchstförderung auf Vorhaben, die für die wirtschaftliche Entwicklung Thüringens besonders wichtig sind. Ziel des Zuschlagsystems ist es, international wettbewerbsfähige Fördersätze anbieten zu können. Das Zuschlagsystem beruht auf den vier Hauptkriterien Wachstum, Beschäftigung, Unternehmen und Standort mit jeweils vier Unterkriterien und drei Merkmalsausprägungen. Es wurde in Abstimmung mit den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern und mit dem Verband der Wirtschaft entwickelt. Die Eckpunkte der GA-Richtlinie sind ebenfalls mit den Kammern abgestimmt worden. Um Spielraum für ein flexibles Zuschlagsystem zu schaffen, soll der Basisfördersatz bei 10 Prozent für große und mittlere Unternehmen und bei 12,5 Prozent für kleine Unternehmen liegen. Für alle ab dem 1. Januar 2007 eingehenden Förderanträge gilt dann die künftige Thüringer GA-Richtlinie für die Förderung in der gewerblichen Wirtschaft. Neue EU-beihilferechtliche Bestimmungen und der künftige bundeseinheitliche GA-Rahmenplan werden selbstverständlich in der Richtlinie berücksichtigt. Für Vorhaben, die nicht die Voraussetzungen der GA-Förderung erfüllen, zum Beispiel im Handwerk, weil die Überregionalität nicht erfüllt wird, wird ein umfangreiches Mittelstandsförderinstrumentarium entwickelt. So bauen wir das Landesinvestitionsprogramm, Sie kennen das unter dem Begriff „LIP“, für das Handwerk zum Förderprogramm „Thüringen-Invest“ aus. Der LIP-Zuschuss kann dann um ein Förderdarlehen ergänzt werden. Dieses Förderdarlehen ermöglicht eine zinsgünstige Gesamtfinanzierung für kleine Unternehmen und Existenzgründer, die nicht über die ausreichenden banküblichen Besicherungsmöglichkeiten verfügen. Beabsichtigt ist, dass die Förderdarlehen aus einem EU-kofinanzierten revolving Kreditfonds refinanziert werden. Dieser Fonds soll sich aus EFRE- und Lan-

desmitteln speisen und er steht auch nach Ablauf der EU-Förderperiode für wirtschaftsfördernde Zwecke dann immer noch zur Verfügung. Das Beteiligungskapitalprogramm „Thüringen-Kapital“ wurde in 2005 und 2006 erweitert. Über „Thüringen-Kapital“ können sowohl stille Beteiligungen als inzwischen auch Nachrangdarlehen zugesagt werden. Das Zusagevolumen wurde von 100.000 € auf 200.000 € aufgrund des gestiegenen Bedarfs erhöht. Damit, meine Damen und Herren, soll kleinen, noch nicht voll etablierten Unternehmen und Freiberuflern ein Zugang zur Fremdkapitalfinanzierung von Investitionsvorhaben ermöglicht werden.

Ein weiterer Baustein unserer Förderpolitik ist die FuE-Förderung. Zur Weiterentwicklung der FuE-Förderung beabsichtigen wir verschiedene Maßnahmen:

1. Die verschiedenen Richtlinien zur Förderung der technologischen Infrastruktur, der Forschungseinrichtungen und der Förderung von Netzwerken sowie innovativer Technologien werden in ein umfassendes Förderprogramm zusammengeführt.
2. Mittels der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der einzelnen Titelgruppen sollen bedarfsgerechte finanzielle Schwerpunkte gesetzt werden.
3. Es ist dabei beabsichtigt, die Zuschussbearbeitung in der Thüringer Aufbaubank zu bündeln. Das geschieht mit dem Ziel, den Zuwendungsempfängern einheitliche Bearbeitungssysteme und einheitliche Qualitätsstandards anzubieten.

Meine Damen und Herren, bis zum Ende des Jahres sollen für alle Bausteine der Wirtschaftsförderung, also GA-, Mittelstands- und Technologieförderung, die Richtlinien vorliegen und zum 1. Januar des nächsten Jahres planen wir, auf der Basis der neuen Richtlinien dann zu fördern. Ich bin sicher, die Wirtschaftspolitik der Landesregierung legt damit das Fundament für weitere Fortschritte beim wirtschaftlichen Aufbau.

Zum Ersten streben wir die erwähnte Prioritätensetzung bei der Verwendung der Strukturfondsmittel in der neuen Förderperiode an und zum Zweiten wollen wir die Wirtschafts- und Technologieförderung damit gezielt weiterentwickeln. Ich denke, unsere bisherigen Erfolge geben uns Recht, denn gegenwärtig liegen wir mit einem BIP-Wachstum von 2,5 Prozent auf Platz 3 aller Bundesländer im Wirtschaftswachstum. Des Weiteren ist Thüringen wie kein anderes neues Bundesland ein Standort der Industrie geworden und unsere Unternehmen steigern stetig ihre Exporte. Mittlerweile erzielt die Industrie in Thüringen 30 Prozent ihrer Umsätze im Ausland.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir sind auf einem sehr guten Weg und wir sind in der Lage, trotz knapper werdender Mittel mit der Weiterentwicklung unserer Förderinstrumente eine effektive und effiziente und vor allem ökonomisch sinnvolle Förderpolitik weiterhin im Freistaat Thüringen umzusetzen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Danke schön. Ich frage jetzt, wer die Aussprache zum Sofortbericht wünscht. Die CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und die Linkspartei.PDS-Fraktion. Dann eröffne ich hiermit die Aussprache und das Wort hat Abgeordneter Dr. Schubert, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Schubert, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die GA-Wirtschaftsförderung ist neben der Investitionszulage das vom finanziellen Umfang her wichtigste Förderprogramm für die Wirtschaft der neuen Bundesländer und damit natürlich auch insbesondere für Thüringen. Und trotz dieser Bedeutung der GA-Förderung für den Thüringer Standort klemmt hier in den letzten Jahren mächtig die Säge, nicht nur, dass aufgrund vom Versagen der Landesregierung oder bewusster Inkaufnahme der Wirtschaft seit dem Jahre 2000 nun mittlerweile 285,7 Mio. € GA-Fördermittel vorenthalten wurden. Man muss sich mal diese riesige Summe vorstellen, wie viel Investitionen, Innovationen und vor allen Dingen Arbeitsplätze damit hätten in diesen Jahren gefördert werden können. Es gingen in dieser Zeit auch insgesamt 142,85 Mio. € Bundesmittel in Thüringen verloren. Na gut, ganz verloren gegangen sind sie nicht, denn der jeweils amtierende Bundesfinanzminister hat sich darüber gefreut, weil er Geld einsparen konnte, und die Sachsen, die konnten sich natürlich vor allen Dingen darüber freuen, weil sie einen Teil der in Thüringen nicht verbrauchten Mittel für ihre Investitionsförderung einsetzen konnten.

Aber ist es nun wirklich die Aufgabe des Thüringer Wirtschaftsministers, den Bundesfinanzminister und den Sächsischen Wirtschaftsminister glücklich zu machen? Ich denke nein. Herr Reinholz, Sie werden ja nicht müde, hier und bei anderer Gelegenheit immer die positiven Daten von Thüringen darzustellen und die Spitzenstellungen der Thüringer Wirtschaft gegenüber den anderen neuen Bundesländern zu dokumentieren. Wenn Sie sich mal die Zahlen und Wirtschaftsdaten der neuen Bundesländer anschauen, die jetzt ja Ihr Minister mittlerweile herausgibt - vor der letzten Bundestagswahl war das noch ein SPD-Minister, aber mit der jetzigen Bundesregierung ist das ein CDU-Minister -, dann werden Sie feststellen, dass

sicherlich Thüringen in einigen Bereichen Spitze ist, aber eben auch in vielen anderen Bereichen nicht Spitze ist. Jeder sucht sich natürlich immer die Zahlen heraus, die ihm gerade besonders passen, aber wenn ich mir zum Beispiel mal das wichtige Thema „Erwerbsquote“ ansehe, da ist Thüringen auf dem letzten Platz aller neuen Bundesländer mit 75,7 Prozent. Beim Bruttoinlandsprodukt in den absoluten Zahlen liegt Thüringen ebenfalls unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer. Oder die Industrieumsätze, da ist der Durchschnitt - Veränderung gegenüber 2004 zum Jahr 2005, weil das ja das letzte volle Jahr ist - der neuen Länder 7 Prozent Steigerung; Thüringen liegt bei 5,5 Prozent. Also, es ist bei Weitem nicht so, dass Thüringen nun hier der absolute Spitzenreiter ist. Die gute niedrige Arbeitslosigkeit hat natürlich vor allen Dingen damit zu tun, dass Thüringen die längste Grenze zu den alten Ländern hat und dass damit Thüringen mit Sicherheit die meisten Pendler hat.

Und wenn man sich dann Ihre ganzen Förderprogramme ansieht, ich habe ja vorhin schon zur GA-Förderung gesagt, wie viel dort verlorengegangen ist. Wenn man sich dann die anderen Dinge ansieht wie Thüringen-Kapital, was Sie ja früher vielleicht so über zwei Jahre auch in jeder Rede immer erwähnt haben, heute sind Sie auch kurz darauf eingegangen, wenn man sich die Umfänge dann mal anschaut, die realisiert worden sind, oder auch solche groß angekündigten Programme wie das Thüringen-Stipendium, was zwar nicht Wirtschaftsförderung, aber im weitesten Sinne auch ist, oder Forschungsschecks, die laufen mehr als schlecht. Und eine Gebietsreform ist auch noch eine wichtige Sache, dass man der Wirtschaft ordentliche Verwaltungsstrukturen anbieten kann. Das ist nämlich das Wichtige, was gerade unsere kleinstrukturierte Wirtschaft in Thüringen brauchen würde,

(Beifall bei der SPD)

das kriegen Sie auch nicht zustande. Also man kann wirklich sagen, die Wirtschaft läuft halbwegs gut in Thüringen trotz dieser Landesregierung und nicht wegen dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Aber genauso schlimm wie das Verschenken von Bundesmitteln ist jedoch das Signal, das seit Jahren von Thüringen ausgeht, nämlich das Signal, Thüringen braucht gar nicht alles Geld. Thüringen ist nicht in der Lage, die zur Verfügung gestellten Gelder wachstumsfördernd zu investieren. Dann brauchen wir uns natürlich auch nicht darüber zu wundern, dass in den alten Ländern immer mehr Begehrlichkeiten entstehen, und so war es zwangsläufig, dass von den Geldern, die für die GA und eigentlich für die neuen

Länder vorgesehen gewesen sind, mittlerweile eben ein Siebentel der Mittel in die alten Länder fließt und das besteht natürlich noch bis heute fort. Ich denke, das ist auch ein Verdienst der Politik Ihrer Regierung und auch des Ministerpräsidenten Althaus, aber wer im Bundestagswahlkampf die Investitionszulage erst zur Disposition stellt und dann später noch die Beibehaltung der Investitionszulage als eigenen Erfolg feiert, von dem kann man sicher auch nicht viel mehr anderes erwarten.

(Beifall bei der SPD)

Warum hole ich jetzt so weit aus? Ich will es Ihnen erklären. Die GA-Mittel sind in der Vergangenheit nicht etwa an den Bund zurückgegeben worden, weil in Thüringen kein Bedarf gewesen wäre, es gibt vielmehr hausgemachte Gründe: Zum einen wurden trotz anders lautender Aussagen die GA-Mittel in Größenordnungen mit Haushaltssperren belegt, um in verschiedenen anderen Bereichen ebenfalls einzusparen. Sie hatten Globale Minderausgaben zu erbringen und nachdem zum Anfang immer ... Also, es wurde erst als Globale Minderausgabe in Ihren Haushaltsbereich eingestellt und es war von vornherein sowieso klar, dass Sie die nur bei der GA letztendlich überhaupt kürzen können. Da hätten Sie ehrlich sein können und hätten gleich die GA-Ansätze nach unten fahren können, da wären keine Hoffnungen bei der Wirtschaft geweckt worden. Nein, es wurde die volle Höhe eingestellt und Globale Minderausgaben und es war von Anfang an klar, dass Sie das Geld sowieso nicht zur Verfügung haben. Das Ganze erfolgt dann entweder nach der Methode „Versuchssirrtum“ oder ganz bewusst wurde die Förderrichtlinie im Jahr 2004 so geändert, dass viele Förderanträge von vornherein durch den Rost fallen mussten. Ich bin fest davon überzeugt, dass damit der Eindruck erweckt werden sollte, dass der Bedarf in der Wirtschaft ja gar nicht so groß sei und dass deshalb die Fördermittel teilweise zurückgegeben werden müssen. Aber scheinbar war die Rechnung der Landesregierung ohne den Wirt, die einheimische Wirtschaft, aufgemacht worden, denn gegen die damals 2004 neue Förderrichtlinie regte sich erbitterter Widerstand und deshalb musste wieder mal, wie so oft, nachgebessert werden. Jahrelang mussten wir uns hier in Plenarsitzungen und auch bei anderen Gelegenheiten Ihre ständigen Klagen über handwerkliche Fehler der rotgrünen Bundesregierung anhören. Die GA-Richtlinie liefert wieder einmal ein Beispiel handwerklichen Stückwerks Ihrer Landesregierung, genauso wie kürzlich erst das Thema „Lernmittelpauschale“ oder auch die Behördenstrukturreform. Nun ist der Fehler bereits seit langem erkannt. Ich erinnere an die Beantwortung meiner Mündlichen Anfrage vom 26.01.2006 zur Thematik, also zur GA-Förderung, in der Staatssekretär Dr. Aretz Fehler des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Arbeit bei

der Erstellung der Richtlinie im Jahre 2004 indirekt eingestanden hat. Trotzdem hat sich außer einer kleinen Korrektur an der Förderrichtlinie im Frühjahr dieses Jahres nichts geändert. Wie gesagt, das war am 26.01.06.

Seit dem späten Frühjahr wird nun an einer völlig neuen Förderrichtlinie, Herr Reinholz, das müssen Sie schon einmal zugeben, gearbeitet. Das, was jetzt da folgen soll, ist eigentlich eine ganz neue Förderrichtlinie, die von den Grundsätzen, die Sie jetzt und die Sie auch immer hier verteidigt haben, dass nämlich die schwachen Gebiete besonders gefördert werden sollen, also mit einem höheren Förderzuschlag belegt werden sollen gegenüber den Gebieten, die wirtschaftlich besser dastehen, eine völlige Kehrtwendung. Diese Sache ist damals eigentlich schon angekündigt worden vom Staatssekretär bei meiner Anfrage, dass man in diese Richtung denkt. Irgendwann im Frühjahr ist es auch von Ihnen noch einmal gesagt worden und letztmalig heute bei Ihrem Sofortbericht. Aber am 24.09. gab es dazu eine Regierungspressekonferenz, da haben Sie angekündigt, was Sie ändern wollen, ohne natürlich auf die Einzelheiten einzugehen.

Ich denke, es wäre eigentlich notwendig, dass Sie die ganz konkreten Zahlen nennen. Sie haben zwar 12 Prozent und 12,5 Prozent genannt, aber wie diese 12,5 Prozent nun wirklich im Detail in Anspruch genommen werden können, dazu haben Sie nur vier Punkte genannt und wie Sie die ausgestalten wollen, das weiß bis heute immer noch keiner. Jetzt haben wir immerhin schon fast den 1. November 2006 und am 1. Januar 2007 soll das Ganze in Kraft treten. Da kann ich Ihnen nur sagen, es wäre wichtig, dass Sie so schnell wie möglich die Förderrichtlinie vorlegen, dass sich die Thüringer Wirtschaft daran orientieren kann.

(Zwischenruf Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit: Das ist doch Quatsch. Das ist mit der ganzen Thüringer Wirtschaft diskutiert worden.)

Das ist überhaupt kein Quatsch. Mit jedem einzelnen Betrieb haben Sie gesprochen?

(Zwischenruf Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit: Mit den Kammern und Verbänden.)

Ja, das haben Sie sicher gemacht, aber die Förderrichtlinie kennt trotzdem noch niemand. Sie konnten heute keine Einzelpunkte zu den 12,5 Prozent nennen, nämlich dass etwas zur Basis dazukommt. Wie das ganz genau ausgestaltet werden soll, das haben Sie heute nicht darlegen können, Sie haben nur vier Punkte genannt. Allgemeinplätze haben Sie ge-

nannt und keine konkreten Zahlen bzw. genauen Maßstäbe. Deshalb kann ich Sie nur auffordern, so schnell als möglich die konkrete Richtlinie auf den Tisch zu legen, denn der 1. Januar 2007 ist nicht mehr weit. Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Pelke:

Das Wort hat Abgeordneter Gerstenberger, Die Linkspartei.PDS-Fraktion.

Abgeordneter Gerstenberger, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es ist kein neues Thema, was hier vonseiten der SPD beantragt wird. Seit Monaten sind wir in der Ausschlussdiskussion mit dem Problemkreis beschäftigt. Seit Jahren werden zu diesem Problemkreis vonseiten der Landesregierung Versprechungen gemacht, die dann nicht gehalten werden. Die Ergebnisse sind halt nicht so, Herr Minister Reinholz, dass sich euphorische Freude in Wirtschaftskreisen und in der Bevölkerung breitmacht ob der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Enquetekommission „Wirtschaftsförderung in Thüringen“ gab 2001 48 Empfehlungen an die Politik der Landesregierung. Viele von ihnen wurden gar nicht, einige mehr als zögerlich und völlig unzureichend umgesetzt. Es sei hier nur auf den sogenannten revolvierenden Fonds verwiesen, der von unserer Seite schon fast seit zehn Jahren gefordert wird. Vier Jahre nach Vorlage des Enqueteberichts, der diese Forderung unterstützt, gelang es erst der Landesregierung, mit „Thüringen-Kapital“ einen solchen Fonds zu bilden - Chancen für Thüringen, die über Jahre nicht genutzt wurden, denn Sie geben ja selber zu, dass mit dem Fonds ein vernünftiger Ansatz entstanden ist, der durchaus ausbaubar und weiterentwickelbar ist. Über Jahre wurde das von Ihrer Landesregierung verhindert.

Ein weiterer Punkt: Als Minister Althaus sein neues Amt als Ministerpräsident übernahm, versprach er in seiner ersten Regierungserklärung die Evaluierung der Wirtschaftsförderprogramme und die Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderstrukturen. Diese Forderung wiederholte er, als er zu Beginn dieser Legislaturperiode seine erste und gleichzeitig auch bisher letzte Regierungserklärung zu wirtschaftspolitischen Fragen in Thüringen hielt. Es war, wenn ich mich recht erinnere, sogar seine einzige und letzte Regierungserklärung dieser Legislaturperiode. Getan hat sich bis heute nur in einigen Einzelpunkten etwas. Im Großen und Ganzen fehlen die entsprechenden Erfolge. So ist es nicht verwunderlich, dass

im Bericht des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Arbeit zur Evaluierung der Förderprogramme im Freistaat Thüringen unter anderem festgestellt wird, die Zahl der Förderprogramme ist nach Bereinigung und Zusammenfassung noch immer 267; 267 Förderprogramme für ein so kleines Bundesland wie Thüringen. In Thüringen ist die wirtschaftliche Entwicklung hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die negativen Folgen sind sichtbar: a) unterdurchschnittliche Entwicklung des Einkommens, b) überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit und c) starker Bevölkerungsrückgang. Ein Zitat hierzu: „Hierunter leidet auch die Versorgung mit öffentlichen Gütern, indem zum Beispiel notwendige Infrastrukturinvestitionen sowohl bei der wirtschaftsnahen als auch bei der haushaltsorientierten Infrastruktur unterbleiben müssen. Auch wünschenswerte Investitionen zur Verbesserung und Sicherung der natürlichen Umwelt finden nicht in dem gewünschten Maße statt. Es spricht vieles dafür, in der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Situation und unter Beachtung umweltrelevanter Belange der wirtschaftlichen Entwicklung höhere Prioritäten einzuräumen und Umweltaspekte sowie soziale Belange als Nebenbedingungen einzuführen.“

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Das scheint mir und meiner Fraktion, meine Damen und Herren, der völlig falsche Weg. Aus Geldknappheit auf Umweltschutz und soziale Fragen zu verzichten, das ist das Ergebnis Ihrer Politik und das schreiben Sie auch noch selber in Berichte. Hinterher wird festgestellt, diese Politik war erfolgreich und gut.

Zur Untersetzung allerdings, bevor ich zu Ansatzpunkten komme, noch einige weitere Fakten: Das Pro-Kopf-Einkommen in Thüringen im Jahr 2004 betrug 16.411 €, im EU-25-Durchschnitt waren es 22.471 €. Das heißt, Thüringen hat lediglich einen Anteil von 73 Prozent. Der ausdrückliche Hinweis sei mir hier gestattet, dass in diesem EU-25-Durchschnitt auch die osteuropäischen Länder mit ihren niedrigen Löhnen enthalten sind, und das dürfte immerhin auch Sie nachdenklich stimmen. Thüringen hat, das ist unbestritten, ein starkes Wachstum des produzierenden Gewerbes, aber eine negative Entwicklung im Bausektor und eine unterproportionale Entwicklung im Dienstleistungssektor. Der Beschäftigungsrückgang, Herr Minister, darauf sind Sie kurz im Halbsatz eingegangen, betrug in Thüringen in den Jahren 1999 bis 2004 17 Prozent der Erwerbstätigen. Im EU-25-Raum nahm zwischen 2000 und 2004 die Beschäftigung gleichzeitig um 2,2 Prozent zu. Thüringen ist das Bundesland mit den niedrigsten Löhnen in Deutschland. Niedrige Löhne werden ja vonseiten dieser Landesregierung immer wieder als ein Standortvorteil und als eine Voraussetzung für mehr Ar-

beitsplätze genannt. Die vorher gemachte Aussage zum Beschäftigungsrückgang und diese Feststellung belegen etwas anderes.

Zur Arbeitsproduktivitätsentwicklung: Thüringen hat im Jahr 2004 68,2 Prozent des Westniveaus, Ostdeutschland jedoch 72 Prozent des Westniveaus. Auch hier liegen wir unter dem ostdeutschen Entwicklungsniveau. Wesentlich für das Produktionspotenzial einer Volkswirtschaft als die Möglichkeit, Einkommen und Beschäftigung zu schaffen, ist auch die Ausstattung mit dem produktiven Sachkapital, also dem Kapitalstock. Der Kapitalstock je Einwohner im Jahr 2002 betrug in Thüringen 88.478 €, das sind 66,4 Prozent des Westniveaus, in Ostdeutschland jedoch 94.440 €, also 70,1 Prozent des Westniveaus. Also auch hier ist Thüringen unterdurchschnittlich. Auf den Seiten 76 bis 79 fasst die Studie die Bewertung der Ergebnisse der Förderprogramme zusammen und stellt fest, die Wachstumsdynamik der ersten Jahre konnte nicht aufrechterhalten werden, die Erwerbstätigkeit ist weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben, die Arbeitslosigkeit verharrt auf hohem Niveau, das Wanderungssaldo ist negativ, die steuerliche Einnahmekraft ist begrenzt, die soziale Leistungsfähigkeit ist eingegrenzt, enger gewordene und werdende Finanzspielräume der öffentlichen Hand sind zu verzeichnen, abnehmende Zuweisungen im Rahmen des Solidarpakts II beschäftigen den Landeshaushalt und Rückgang der Fördermittel aus dem Europäischen Strukturfonds in der Förderperiode 2007 bis 2013 sind Realität. Da sei noch darauf verwiesen, dass der Bund jeweils 10 Prozent der Fondsmittel für sich einbehält, ohne bisher ein klares Konzept vorzulegen, was er eigentlich mit diesem Geld vor hat im Interesse des Bundes - ein für mich unverständlicher Vorgang. Eine Neubewertung und Neuausrichtung der Förderpolitik im Freistaat ist notwendig. Von den 270 Förderprogrammen wird eine Optimierung bei 120 Programmen gesehen, was Ausgestaltung und Fortführung dieser Programme betrifft.

Wir, meine Damen und Herren, hatten an die heutige Berichterstattung die Hoffnung geknüpft, einen klaren Zeitplan zu erfahren, bis zu dem uns eine sicher auch notwendige Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zu Schwerpunktsetzungen auf wirtschaftspolitischem und arbeitsmarktpolitischem Gebiet und seine Visionen von den Zukunftsperspektiven Thüringens sowie seine konkreten Handlungsschritte erreichen. Gleichzeitig hatten wir allerdings auch gehofft, zu erfahren, welchen Zeitplan sich die Landesregierung nun vorgenommen hat, um a) die entsprechenden Förderprogramme zu optimieren - 120 von 270, b) die entsprechenden Strukturen zu vereinfachen, anzupassen und zu optimieren, so wie es uns in zwei Regierungserklärungen in 2002 und 2004 versprochen wurde, und c) notwendige Einzelschritte und ihre Zielvorstellungen und Wir-

kungsweisen zur Veränderung und Verbesserung der Situation dargestellt wird.

Nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Minister Reinholz, aber in diese Richtung halte ich Ihre Berichterstattung für eine ziemliche Fehlannonce. Ich hätte schon erwartet, dass Sie feststellen, dass in Zukunft alle Förderprogramme mit klaren Zielkriterien versehen werden, in denen definiert ist, wann und mit welchen Mitteln welche Zielstellungen erreicht werden, denn das scheint das Hauptproblem der Förderprogramme zu sein, um sie in ihrer Wirksamkeit zu begleiten. Es ist nämlich in erster Linie notwendig zu wissen, was man mit diesen Programmen eigentlich als Ziel erreichen wollte und das stellt die Evaluierungsstudie auch fest. Sie als Landesregierung arbeiten allerdings nach dem Prinzip, wir haben gefördert, das war gut und richtig, die Ergebnisse sind positiv oder werden schön geredet und die Landesregierung hat Recht. Vor einem solchen Argumentationshintergrund ist es allerdings tatsächlich, Herr Sklenar, und das ist im Bericht nachzulesen, schwierig, aus der Evaluierung konkrete Ergebnisse förderprogrammbezogen in Aussagen zu fassen. Das bestätigen Sie auch, denn bei dieser Ausgangsbasis kann man so etwas nicht. Es ist also dringend geboten, auch bei knapper werdenden Mitteln klar zu definieren, wohin die Reise geht und was mit den einzusetzenden Mitteln konkret erreicht werden soll. Dort gäbe es mehr als nur einen Ansatzpunkt.

Lassen Sie mich auf einige Problemkreise, für die klare Zielvorgaben und Zielvorstellungen erforderlich sind, eingehen. Das stellt die IHK in ihrer jüngsten Zeitschrift ebenfalls fest, dass Handlungsbedarf besteht. Dort wird die Politik aufgefordert, das kann jeder nachlesen, auf die Alarmsignale zu reagieren und ihren wirtschaftspolitischen Kurs zu überdenken, denn die Hoffnung auf einen dauerhaften Aufschwung hat im Frühjahr des Wahljahres 2006 einen unerwarteten Dämpfer erhalten - so in der IHK-Zeitschrift nachzulesen.

Zu den Zielvorgaben und Problemkreisen von unserer Seite:

1. Die Neuordnung der Landesgesellschaften - ein scheinbar zeitloses Thüringer Thema, was bereits der Vorgänger von Minister Reinholz auf seine Fahnen geschrieben hatte und nicht umsetzen konnte, ein Thema, was laut Regierungserklärung der Ministerpräsident 2004 bereits als geklärt für Ende 2004 zugesagt hatte. Jüngst machten sogar Zeitungsmeldungen die Runde, die GfAW würde in die TAB integriert. Wir erwarten hier, Herr Minister, konkrete Aussagen, sollte es denn irgendwann dazu tatsächlich mal einen Kabinettsbeschluss geben, wann diese Fusion passiert, was tatsächlich angestrebte Synergien sind, was die finanziellen Auswirkungen sind

und was die Konsequenzen des Zusammenschlusses von zwei Gesellschaften auf die dritte bedeutende Gesellschaft, die LEG, sind. Gleichzeitig erwarten wir in dem Zusammenhang natürlich Aussagen dazu, ob nun das von Herrn Ministerpräsident Althaus 2004 angekündigte Controlling für die Wirtschaftsförderung entsprechend umgesetzt wird oder nicht. Die von Herrn Schubert dargestellte Nichtausreichung von 285,7 Mio. € im Rahmen der GA hätte ein solches Controllinginstrument, wäre es denn tatsächlich eingerichtet und würde unabhängig von der Thüringer Finanzpolitik arbeiten, sicher merken und gegensteuern können. Offensichtlich wurde ein solches Instrument bisher nicht geschaffen und nicht eingesetzt.

2. Der Anspruch, die Thüringer Aufbaubank als zentrale Förderbank einzurichten, war durch den Ministerpräsidenten des Freistaats Thüringen leicht hingesagt. Seit mehreren Jahren wird allerdings ohne Erfolg an der Umsetzung gearbeitet. Was haben denn die zuständigen Beamten, Herr Minister, in den letzten Jahren als Begründung aufgeschrieben, dass die Aufbaubank nicht das Instrument und die zentrale Förderbank sein kann? Was geht denn nicht? Was hat der Ministerpräsident dazu gesagt, um die Einwände auszuräumen und entsprechende Lösungsansätze zu suchen? Oder haben diese Einwände nach wie vor Bestand und die Idee des Ministerpräsidenten ist nicht umsetzbar? Nichts Genaues weiß man an dieser Stelle nicht, aber eine Idee steht seit Jahren im Raum. Die Umsetzung der Idee bleibt Fehlanzeige. Ähnlich sieht es mit der Idee aus, Landesbeteiligungen durch den Freistaat Thüringen zu verkaufen, um auf diese Art und Weise Geld zusätzlich in die Kasse zu bekommen - auch hier Fehlanzeige.

3. Die Schaffung eines revolvierenden Fonds „Thüringen-Kapital“ war ein überfälliger Schritt - ich sagte es schon. Ein zweiter revolvierender Fonds sollte hoffentlich in Vorbereitung sein. Ich habe das vorhin so gedeutet, was Sie an Aussagen dazu gebracht haben. Aber damit ein echtes zukunftsfähiges Konzept der Wirtschaftsförderung für die nächsten Jahre über die beiden Fonds gestaltet werden kann, bedürfen beide einer nennenswerten Finanzausstattung. Wir halten dafür sowohl die GA- als auch die EFRE-Mittel für möglich und erwarten dringend Aussagen, in welcher Endausstattungsgröße diese Fonds ausgestaltet werden sollen und wie ihre Zielstellung und die konkreten Arbeitskriterien lauten sollen.

4. Das Ausbildungsproblem schreit zum Himmel. Trotz Ausbildungsakt und Erfüllungsmeldungen von IHK und Handwerkskammer ist die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze dramatisch zurückgegangen. Wir haben es bei ständig knapper werdenden Mitteln im Freistaat mit steigenden Kosten für überbetriebliche Ausbildung zu tun. Die Zahl der in der Warteschleife geparkten Jugendlichen wird

nicht geringer und ein Weiterso im Rahmen des Ausbildungspakts ist unseres Erachtens nicht möglich und der Sache nicht dienlich, ja sogar kontraproduktiv. Den Weg des Weiterso geht allerdings die Landesregierung beharrlich seit über zehn Jahren. Wir erwarten hier konkrete Vorschläge. Wenn es schon von Ihrer Seite nicht die Umlagefinanzierung sein sollte, so wenigstens Alternativen, aber bitte Alternativen, die greifen und nicht das Weiterso, mit dem Sie versuchen, die Situation schönzureden.

5. Es muss endlich möglich werden, ressortübergreifende Programme mit weniger Bürokratie zu entwickeln. Wir könnten uns z.B. vorstellen, dass insbesondere im Bereich des Denkmalschutzes nachhaltig am Substanzerhalt der Kulturlandschaft gearbeitet werden könnte und damit auch verstärkt Mittel der Wirtschaftsförderung eingesetzt werden könnten. Der dringende Investitionsbedarf an dieser Stelle ist ein beredtes Zeugnis und Einzelbeispiele zeigen, dass das Land hier riesige Handlungsreserven hat.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Verwiesen sei nur auf die Eulenspiegelei, wenn man es gesamtwirtschaftlich betrachtet, die in Pößneck stattfand. Dort prüfte das Finanzministerium die Kosten für den Einzug in eine Industriebrache und baute anschließend ein nagelneues Verwaltungsgebäude nur 100 m neben dieser Industriebrache, die seit vielen Jahren mit zusätzlichen Mitteln saniert wird, ohne dass eine konkrete Nutzung für dieses Gebäude besteht. Da sehen wir Handlungsspielräume und Handlungsreserven und gleichzeitig ein Riesenbetätigungsfeld, was angefasst werden sollte, aber interministerielle Arbeit wäre dort zu leisten und das scheint ein Problem zu sein.

6. Wir brauchen eine neue Schwerpunktsetzung bei der Infrastrukturentwicklung, insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des Landesentwicklungsprogramms, der geringer werdenden Mittel und der ständig schlechter werdenden Finanzausstattung der Vermögenshaushalte der Kommunen und der Landkreise. Herr Minister, Sie haben darauf hingewiesen, dass das Geld an dieser Stelle nachhaltig weniger werden soll. Deshalb ist es unserer Meinung nach notwendig, in den nächsten Jahren die Darlehensfonds zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft massiv aufzustocken, um bei geringer werdendem Geld wieder Handlungsspielräume für die Förderung der Infrastrukturentwicklung in den darauffolgenden Jahren zu gewinnen.

7. Wir brauchen die Bildung eines Clusters zur alternativen Energienutzung und zur weiteren Entwicklung der Technologien für nachwachsende Rohstoffe. Dazu gehört endlich auch wieder eine konkrete finanzielle Förderung der Entwicklung und des Ein-

satzes neuer Verfahren und Technologien und nicht die Einstellung von Leertiteln im Haushaltsplan. Hier sind konkrete Vorschläge notwendig und die Bedarfe eindeutig erkennbar. Selbst in einem Land wie Thüringen, das für sich in Anspruch nimmt, Spitzenreiter der Bundesländer bei der Nutzung der Solarenergie zu sein, ist dieses gezielte Fördern ein Gebot der Stunde.

8. Wenn Tourismusförderung ein entscheidender Wirtschaftsfaktor in Thüringen ist, was übrigens keine neue Erkenntnis ist, dann muss dafür auch nach klaren Spielregeln und Verantwortlichkeiten die Aufgabenvielfalt verteilt werden und es müssen die entsprechenden Förderungen klar definiert sein. Es kann nicht sein, dass sich Ministerium und Regionalverband Thüringer Wald über die Bereitstellung oder Nichtbereitstellung von 200.000 € streiten und gleichzeitig die Hotel- und Gaststättenbesitzer sich darüber wundern müssen, dass keine vermarktbar Angebote in lesbarer Form an die zukünftigen Gäste Thüringens ausgereicht werden.

9. Unsere Forderung nach Investorenlotsen ist nach wie vor nicht vom Tisch. Das 10. Baugespräch in dieser Woche hat das neuerlich belegt, dass auch dieser Ansatz zu Ende gedacht werden sollte und dort Nägel mit Köpfen gemacht werden sollten, um das Investorenlotsenproblem aufzugreifen und umzusetzen.

10. Wir brauchen endlich eine Vernetzung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit in Thüringen. Es ist unannehmbar für uns, dass auf einer Seite die Zunahme von Langzeitarbeitslosen auch durch die Landesregierung beklagt wird und auf der anderen Seite jegliche Mitverantwortung für diesen Prozess seit mehreren Jahren zurückgewiesen wird. Ich verweise auf die Diskussion zu den Anträgen zur Arbeitsmarktpolitik und die doch einhellige Ablehnung unseres Entschließungsantrags durch SPD und CDU. Es ist nicht hinnehmbar, dass gute konzeptionelle Überlegungen, wie die zur Gestaltung sogenannter sozialer Wirtschaftsbetriebe aus dem Gedankenpool des Wirtschaftsministeriums gestrichen werden, Richtlinien abgeschafft werden, die nachgewiesenermaßen erfolgreiche Wirtschaftsunternehmen, die am Markt agieren können, hervorgebracht haben. Wir erwarten als Fraktion der Linkspartei.PDS, dass die Landesregierung ihre starre Haltung aufgibt und endlich Verantwortung für arbeitsmarktpolitische Fragen in diesem Freistaat übernimmt. Der offene Fingerzeig auf die Verantwortung der Bundesregierung in den Jahren bis 2004 und das jetzt stillschweigende Dulden der aktuellen Situation sind für uns als Fraktion nicht länger hinnehmbar.

Herr Minister, Sie werden verstehen, dass wir deshalb mit Ihrer Berichterstattung nicht so richtig glücklich

sind. Wir halten es allerdings auch für müßig, diese Berichterstattung weiter im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit zu beraten. Sinnvoller erscheint uns in den nächsten Wochen und Monaten, zu den von uns gemachten konkreten Vorschlägen mit Anträgen klare Positionen der Landesregierung einzufordern, und das werden wir in den nächsten Monaten tun. Dieses Versprechen kann ich Ihnen bereits hier im Namen meiner Fraktion geben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Pelke:

Als nächster Redner folgt Abgeordneter Kretschmer, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Kretschmer, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte zum Antrag der SPD-Fraktion „Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung in Thüringen“ sprechen. Herr Kollege Schubert, als ich Sie hier habe reden hören, war ich etwas unsicher, ob Sie zum selben Antrag sprechen, denn was ich so mitbekommen habe, war mehr oder weniger eine Generalabrechnung der „schlechten“ Wirtschaftspolitik der letzten 15 Jahre. Dann kam noch einmal ein alter Hut, Gebietsreform müsste sein, und das war es schon. Beim Kollegen Gerstenberger ist es auch nicht viel anders. Die Sehnsucht nach der schönen Zeit der Enquetekommission und die Forderung von alten Hüten, die hier aufkommt, um die Wirtschaft voranzubringen. Ich verstehe Sie beide, dass Sie natürlich versuchen, die wirtschaftspolitischen Erfolge in irgendeiner Art und Weise kleinzureden oder abzudelegieren. Ich verstehe Sie auch, dass das wehtut, dass das eben nicht nur eine Feststellung des Ministers oder der CDU-Fraktion ist, sondern dass die gute Wirtschaftssituation von Außenstehenden, von Neutralen festgestellt wird. Ich weise darauf hin, dass die Helaba letztes gerade wiederum zur wirtschaftlichen Situation eine überaus interessante Studie vorgelegt hat, die sie dann mit dem kleinen aber feinen Titel „Thüringen - kleiner Tiger“ adelte, möchte ich einmal sagen. Die Helaba haben wir nicht zu beeinflussen. Das wissen Sie, Herr Kollege Gerstenberger.

(Beifall bei der CDU)

Oder wenn ich daran denke, in dieser Woche hat der Ministerpräsident Dieter Althaus den Mittelstandspreis der Union Mittelständischer Unternehmen bekommen. Er hat ihn bekommen für die gute Wirtschaftspolitik und es zeichnet seine Bescheidenheit aus, dass er in der Ansprache sagt, ich stehe stellvertretend für die zahlreichen Unternehmer in Thü-

ringen, die gute Wirtschaftsarbeit leisten. Reden Sie den Titel auch nicht schlecht, denn Vorgänger dieses Preises waren u.a. Herr Beck und Herr Clement. Also das ist schon eine ordentliche Auszeichnung und die wird nicht vergeben, um jemanden einen Gefallen zu tun, sondern das ist die Feststellung einer guten Entwicklung hier im Freistaat.

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, Die Linkspartei.PDS: Die hat Herr Clement bekommen dafür, dass Sie ihn kritisiert haben.)

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Clement war ein guter Wirtschaftsminister.)

(Heiterkeit bei der SPD)

Naja gut. Dass Herr Gerstenberger jetzt so kommen muss, das finde ich verständlich. Aber, Herr Dr. Schubert, vielleicht sollten wir noch einmal alte Protokolle herausholen, wo Sie ganz anders über Herrn Clement gesprochen haben. Man muss es nicht einmal so, wie es sich ausdeutet, bringen. Also ich sage einmal, es ist ein ordentlicher Preis, der als Anerkennung für die erfolgreiche Wirtschaftspolitik vergeben wurde, insbesondere für entschlossenes Handeln und nicht nur die Worte, die Sie hier ...

Sie können es nachlesen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Schubert, SPD: Ja wo denn?)

Vielleicht legen Sie sich auch eine neue Brille zu, dann können Sie es besser sehen als dass Sie jetzt hier immer noch einmal fragen müssen.

Meine Damen und Herren, der Antrag „Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung in Thüringen“. Ich verstehe auch nicht, Herr Dr. Schubert, Ihre Kritik an dem Zeitfenster. Sie haben sehr deutlich gesagt, als die Wirtschaftsförderung in früheren Jahren umgestellt wurde, sicher in dieser strittigen Frage, wie beleuchte ich die Rolle von neu geschaffenen Arbeitsplätzen, haben Sie darauf hingezielt, die Kammern haben kritisiert, wir sind davon nicht informiert worden. Herr Minister hat Ihnen deutlich gesagt, wir haben jetzt eine andere Verfahrensweise. Wir reden mit allen. Wenn ich mit allen rede, brauche ich eine gewisse Zeit, da kann ich nicht von heute auf morgen den Schatzkasten auf tun und sagen, das sind die neuen Vorstellungen einer Wirtschaftsförderung.

Zweiter Punkt: Er hat deutlich gesagt, es ist nun auch keine Neuausrichtung im Sinne eines Herunterfallens einer Revolution oder so etwas, weil die Grundausrichtung, die Förderung des verarbeitenden Gewerbes beispielsweise bestehen bleibt. Außerdem gibt

es einen Abstimmungsbedarf auch zwischen allen Bundesländern und wenn ich es richtig sehe, sind manche noch nicht so weit wie wir in der Frage der Gemeinschaft. Sie müssen doch die Dinge insgesamt absprechen. Die Gemeinschaftsaufgabe ist doch kein Programm, was sich der Freistaat Thüringen allein ausdenken kann.

(Zwischenruf Abg. Dr. Schubert, SPD: Was denn?)

Ja, Herr Dr. Schubert, ich weiß, dass das in Ihre Diktion jetzt nicht passt. Aber ich habe Ihren Antrag, wie gesagt, zur Grundlage genommen und Ihr Antrag hat ja im Grunde genommen nur zwei Richtungen. Erstens besteht eine Ungeduld. Wir wollen jetzt wissen, was los ist, und zweitens eine Kritik, weil wir es nicht wissen, ist es ganz schlimm. Das, was Sie jetzt eigentlich als Rede gebracht haben, passt nicht zu dem, was hier steht. Ich will das aufnehmen, was Herr Kollege Gerstenberger sagt. Im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit ist im Grunde genommen in jeder Sitzung die Frage der Wirtschaftsförderung ein Thema. Ich darf mich auch nachdrücklich für meine Fraktion dafür bedanken, dass gerade die Frage der Aufstellung des Operationellen Programms im Wirtschaftsausschuss durch die Fachfrauen und Fachmänner des Wirtschaftsministeriums und durch den Minister immer wieder deutlich, auch auf Nachfragen, erklärt und dargestellt worden ist. Das, was bisher bekannt ist, ich will das sagen, nicht alles ist bekannt, wie die Gemeinschaftsaufgabe gestaltet wird, insbesondere die Frage der Differenzierung, die Herr Minister angesprochen hat, die aus EU-Förderungen kommt, dann in Praxis aussehen wird. Aber bis dahin ist es vielfach vorgetragen worden, durch den Minister, durch Mitarbeiter der Thüringer Aufbaubank, insbesondere auch in Veranstaltungen, die nicht nur von Fraktionen oder von Parteien geprägt sind, so dass man die Gelegenheit hatte, sich da auch zumindest bis zu diesem Standpunkt gut zu informieren.

Zum Dritten möchte ich sagen: Ich habe den Antrag der SPD-Fraktion mit der Unterschrift von Herrn Kollegen Höhn, da aber Kollege Schubert gesprochen hat, muss ich ihn fragen. In Ihrer Begründung schreiben Sie nun: „Vielen Thüringer Unternehmen fehlt aufgrund dieser mangelhaften ... die Planungssicherheit für zukünftige Projekte.“ Nun gehe ich mal davon aus, Thüringen hat weit über 100.000 Unternehmen und nehmen wir mal 10 Prozent, dann sind das 10.000 Unternehmen, es wäre doch ganz schön, Sie fingen mal an, uns zu erzählen, welche Unternehmen klagen über die Planungssicherheit. Ich will nicht, dass Sie uns jetzt die 10.000 Unternehmen benennen. Aber wenn Sie so was hinschreiben, viele Unternehmen klagen über mangelnde Planungssicherheit, dann gehört es sich auch so, dass Sie wenigstens

mal sagen, der, der und der. Das ist natürlich schnell hingeschrieben, viele klagen über die Planungssicherheit, aber da müssen Sie schon mal dabei kommen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe Ihnen meinen Beweis oder unseren Beweis angetreten, die Wirtschaftspolitik ist gut, indem ich Ihnen sogar Neutrale benannt habe. Das ist immer einfach zu sagen, sie ist nicht gut, es ist auch einfach zu sagen, viele klagen, nicht. Jetzt werden Sie überrascht sein, meine Damen und Herren, insbesondere, nachdem Herr Gerstenberger förmlich eine Ausladung schon anempfohlen hat. Meine Fraktion beantragt die Fortberatung des Berichts insbesondere unter dem Aspekt, dass die abschließenden Überlegungen zur Gestaltung der Gemeinschaftsaufgabe, also die Differenzierung, schon im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit den ordentlichen Platz finden sollte als dem zuständigen Ausschuss, die CDU-Fraktion beantragt die Überweisung des Berichts an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Danke schön. Weitere Wortmeldungen von Abgeordneten liegen mir nicht vor. Dann hat das Wort Minister Reinholz.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will auf ein paar Ausführungen von Herrn Dr. Schubert und von Herrn Gerstenberger noch einmal etwas näher eingehen.

Dr. Schubert, es ist nun mal in Deutschland so, dass die Unternehmen durch Kammern und Verbände vertreten werden, dafür gibt es Kammern und Verbände in Thüringen. Kein Wirtschaftsminister ist in der Lage, mit 73.000 Unternehmen zu reden, deshalb redet der Wirtschaftsminister mit den Kammern und Verbänden und das regelmäßig jedes Vierteljahr einmal, und in Bezug auf die Weiterentwicklung der Förderrichtlinie sehr intensiv, auf Arbeitsebene fast 14-tägig. Nur in dieser Zusammenarbeit mit den Kammern und Verbänden ist die Neugestaltung der Förderrichtlinie, die Weiterentwicklung der bestehenden GA-Förderrichtlinie überhaupt vorangetrieben worden. Insofern ist das völliger Unsinn, dass Sie sagen, es weiß kein Mensch Bescheid. Natürlich wissen die Kammern und Verbände Bescheid.

Dann habe ich mich ganz bewusst zurückgehalten mit dem Lob der Thüringer Wirtschaftsentwicklung. Ich hätte auch wieder am Anfang sagen können, na klar, ich habe volles Verständnis dafür, dass Sie die erfolgreiche CDU-Wirtschaftspolitik in Thüringen niederreden, weil, wenn Sie dahin schauen, wo Sie in politischer Verantwortung sind, sieht es wirtschaftlich sehr miserabel aus, nämlich in Berlin und Mecklenburg.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben ja gestern auch erst gerade ein Urteil zu Berlin gehabt und da können wir auch über Verschuldung und andere Dinge reden. Wir können auch über die Arbeitslosenquote in Mecklenburg-Vorpommern von 18 Prozent - die haben eine um ca. 4 Prozentpunkte höhere Arbeitslosenquote als wir - reden. Dazu wollte ich mich gar nicht auslassen. Ich wollte mich auch nicht dazu auslassen, dass die Prognosestudie besagt, dass bezüglich der Zukunftschancen in Deutschland eben Dresden auf Platz 110 und Jena auf Platz 24 liegt, oder dass es in Thüringen die größte Dichte an Industriearbeitsplätzen in den neuen Bundesländern gibt, weit vor Sachsen, nämlich mit 62 gegenüber 53 pro 1.000 Einwohnern, und dass Thüringen die zweithöchste Dichte an Handwerkern in ganz Deutschland hat, gleich nach Bayern und noch lange vor Baden-Württemberg. Das habe ich mir alles gespart, weil wir eigentlich über die Neuausrichtung der Wirtschaftsentwicklung in Thüringen reden wollten. Ihre Generalabrechnung, die Sie hier mit der Wirtschaftspolitik meines Vorgängers und mir machen, die hätten Sie sich völlig schenken können. Das war völlig am Thema vorbei.

(Beifall bei der CDU)

Da muss ich dem Kollegen Kretschmer recht geben. Worüber wollten wir eigentlich reden, über die Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung in Thüringen und nicht über Schnee von vorgestern?

Ihre Aussage zur I-Zulage: Entweder haben Sie es damals nicht richtig verstanden oder nie richtig zugehört. Weder der Ministerpräsident noch ich wollten die I-Zulage abschaffen. Wir wollten sie nur an Vergabekriterien koppeln, denn momentan haben Sie einfach den reinen finanzrechtlichen Anspruch, dass Sie zum Finanzamt gehen und die Zulage kriegen. Wir wollten es im Interesse der Wirtschaftsförderung an Kriterien koppeln - nichts anderes. Der Kollege aus Bayern und ich haben in den Koalitionsverhandlungen sehr intensiv dafür gekämpft, dass die I-Zulage wieder hineingekommen ist, und darüber bin ich auch sehr froh, dass wir bis zum Jahre 2009 dort Sicherheit haben. Die Diskussion, ein Siebentel der Mittel an die alten Länder abzugeben, jawohl, das hat die Wirtschaftsministerkonferenz aller Wirtschafts-

nister Deutschlands beschlossen, es war auch ein Kompromiss dahin gehend, dass die I-Zulage weitergeführt wird. Es hatte schon seinen tieferen Sinn. Dann das Thema - ich wäre auch noch einmal darauf eingegangen, aber Thomas Kretschmer hat es ja dankenswerterweise schon gemacht -, viele Unternehmen haben Planungsunsicherheiten. Das ist ja nun der Unsinn in Tüten, es gibt eine bestehende Förderrichtlinie und es gibt ab 01.01. nächsten Jahres eine neue Förderrichtlinie und wenn Sie bis zum 31.12. beantragen, wird nach dem alten Fördersystem bewertet und wenn Sie nach dem 01.01. nächsten Jahres beantragen, wird nach dem neuen Zuschlagssystem bewertet; und bis dahin steht die Richtlinie auch im Internet der TAB. In den nächsten Tagen können Sie sogar die Matrix dort nachlesen.

Jetzt noch ein paar Worte zum Kollegen Gerstenberger. Ich habe ja Verständnis, dass man einfach einmal so - er hat es mir draußen schon gesagt - das Thema viel weiter fasst. Er hat aber eigentlich nichts zur Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung gesagt, sondern eine Generalabrechnung vorgenommen und von einer überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote gesprochen. Das kann ich ja nun nur als Versprecher definieren, denn wir haben eine unterdurchschnittliche Arbeitslosenquote in Thüringen und wir liegen sogar inzwischen vor zwei westlichen Ländern.

Die Thüringer Aufbaubank wird selbstverständlich zum zentralen Förderinstrument Thüringens sukzessive ausgebaut. Das wird dadurch geschehen, dass ich etliche Förderprogramme inzwischen an die Thüringer Aufbaubank abgegeben habe, die nicht mehr in meinem Haus gehandelt werden. Dazu gehört u.a. die Technologieförderung, die abgegeben worden ist, und Sie haben richtig gelesen, die GfAW wird auch an die TAB angegliedert; dazu wird es auch in den nächsten Tagen die entsprechenden Beschlüsse geben.

Dann haben Sie sich revolvingende Fonds gewünscht. Da sind wir uns ja einig, den Weg bin ich dabei zu beschreiten. Da haben wir beim „Thüringen-Kapital“ mit eigenem Geld angefangen, dann sind wir die Einzigen in ganz Deutschland, die einen EFRE-gestützten Private-Equity-Thüringen-Fonds haben, immerhin mit 71 Mio. €, es hat kein anderes Bundesland einen revolvingenden Fonds mit 71 Mio. € zur Unterstützung, zur finanziellen Unterstützung der Eigenkapitalschwäche von jungen, aufstrebenden, innovativen, technologieorientierten Unternehmen. Dort werden wir hineininvestieren als stille oder offene Beteiligung und in dem Moment, wo die sich am Markt etabliert haben, werden wir uns dort wieder zurückziehen und werden die Beteiligung in andere Bereiche stecken. Das ist schon der zweite Fonds, den wir haben. Der dritte, den habe ich Ihnen

gesagt, Thüringen-Invest, ist in Vorbereitung und zum 01.01.2008 wird es auch noch einen vierten geben.

Die Förderung erneuerbarer Energien haben Sie sich gewünscht, Herr Gerstenberger, ich mache nichts anderes. Erneuerbare Energien - Sie haben es ja selber in einem Nachsatz angesprochen, natürlich wird die Solarindustrie in Thüringen gefördert, und zwar in Größenordnungen gefördert. Ob wir das auch bei den Kranichhäckslern machen sollten, das ist eine ganz andere Frage. Aber im Rahmen Biokraftwerke, im Rahmen erneuerbarer Energien über Solarzellen läuft eine sehr konsequente Förderung gerade hier im Raum Erfurt und Arnstadt.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU:
Ansiedlung von Kranichen.)

Und das Thema Investorenlotsen - na ja, sagen wir es doch einmal so, wir haben für die Ansiedlung von Investoren in Thüringen die Landesentwicklungsgesellschaft, die dafür auch über den Akquisitionsfonds gut ausgestattet wird und, Sie haben es ja selber verfolgt, wir sind dabei, in drei Regionen Thüringens, im Norden, im Osten und im Südwesten, LEG, TAB und GfAW zusammenzuführen, nämlich zu einem sogenannten Unternehmerservice, mit dem wir dann letztendlich Bestandspflege aus einer Hand machen wollen, weil oftmals die kreisfreien Städte und die Landkreise eben dazu nicht ausreichend in der Lage sind. Das wird auch zum Anfang nächsten Jahres Wirkung zeigen und wird letztendlich auch dazu beitragen, dass wir weitere Investoren im Bestand in Thüringen auch pflegen. Wenn Sie die Richtlinie dann sehen werden, die GA-Richtlinie, dann werden Sie sehen, dass sie sich auch daran orientiert, den Bestand zu pflegen, also nicht mehr nur noch die reine Neuansiedlung und nicht mehr nur das Kriterium Arbeitsplatzschaffung, sondern letztendlich auch die Entwicklung und Pflege des Bestandes. Deshalb sind dort ja auch solche Kriterien drin wie das Unternehmen selbst, dort z.B. mit einem ganz klaren Kriterium, was die Forschungs- und Entwicklungsintensität betrifft. Das wird mit bewertet werden. Es werden die Standorte mit bewertet werden und es wird natürlich selbstverständlich auch die Schaffung von Arbeitsplätzen weiterhin bewertet werden - nicht dass die Kollegen von der Linkspartei.PDS gleich wieder auf die Bäume gehen, das wird weiterhin auch Kriterium sein. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Es gibt eine weitere Wortmeldung. Dr. Schubert, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Schubert, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, auf ein paar Anmerkungen, die Herr Reinholz zu meinen Ausführungen gesagt hat, möchte ich doch noch einmal rückantworten. Erst einmal mit dem „Schnee von gestern“. Dass die nicht verbrauchten GA-Mittel Schnee von gestern sind, Herr Reinholz, darüber kann ich mich nur wundern - das ist aktuelle Politik Ihrer Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind einmal gespannt, wie das in diesem Jahr ausgeht; wahrscheinlich wird es wieder genauso sein, dass Sie die GA-Mittel nicht in vollem Umfang in die Wirtschaft transferieren können.

Zu den Wirtschaftszahlen noch einmal: Da haben Sie wieder Beispiele von Zahlen genannt, wo Thüringen gut dasteht. Ich habe vorhin schon einmal das Thema Beschäftigungsquote angesprochen, weil Sie immer so auf Mecklenburg rumhacken. Mecklenburg-Vorpommern hat eine Beschäftigungsquote von 77,2 Prozent und Thüringen hat eine von 75,2 Prozent. Das sind Tatsachen, die können Sie nicht aus der Welt schaffen, das sind genauso Zahlen, die man raussuchen kann, die etwas völlig anderes belegen, als Sie das darstellen.

(Zwischenruf Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit: Wir sind trotzdem besser als Mecklenburg-Vorpommern.)

Thüringen hat doch viel bessere Voraussetzungen gehabt nach 1990 und eine ganz andere Kleinstruktur als z.B. Sachsen-Anhalt oder Sachsen mit Großstrukturen, die völlig weggebrochen sind, wie Braunkohle oder andere Dinge. Das ist doch eine völlig andere Ausgangslage gewesen.

(Unruhe bei der CDU)

Und Ihre Wirtschaftspolitik ist die, dass Sie GA-Mittel - das ist die wichtigste Wirtschaftsförderung, die es überhaupt gibt - nicht ausschöpfen und ansonsten Programme auflegen, die nichts bringen. Ich sage Ihnen eins noch, es ist schon wichtig, dass die Firmen ganz genau wissen, wie das in Zukunft aussehen soll. Denn es ist ein Unterschied, ob eine Firma im Altenburger Land z.B. in Zukunft vielleicht nur noch 10 Prozent GA-Mittel bekommen kann oder ob sie wie jetzt 27,5 Prozent höchstens bekommen kann. Das ist ein gigantischer Unterschied. Deshalb sollten Sie nun bald die Richtlinie auf den Tisch legen, und von wegen, Herr Kretschmer, es war nicht genug Zeit. Ist das nicht genug Zeit? Seit Januar wird diese Richtlinie angekündigt und bis heute

liegt sie immer noch nicht auf dem Tisch. Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Pelke:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann schließe ich die Aussprache. Ich gehe davon aus, dass das Berichtersuchen erfüllt ist. Oder erhebt sich dagegen Widerspruch? Es gibt keinen Widerspruch, damit ist das Berichtersuchen erfüllt. Die CDU-Fraktion hat die Weiterberatung des Berichts im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit beantragt. Dem müssen die anderen beiden Fraktionen zustimmen. Die SPD-Fraktion stimmt dem zu. Die Linkspartei.PDS-Fraktion, wird der Fortberatung des Berichts zugestimmt im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit? Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer dem zustimmt, den Bericht im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit weiterzuberaten, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Bei 1 Enthaltung ist das damit beschlossen.

Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt 12 und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13**

a) Einführung der Kulturraumfinanzierung im Freistaat Thüringen

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 4/2355 -

b) Erhalt des Theaters Nordhausen/Sondershausen

Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD
- Drucksache 4/2356 -

c) Erhalt des Theaters Rudolstadt/Saalfeld

Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD
- Drucksache 4/2357 -

d) Erhalt des Landestheaters Eisenach

Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD
- Drucksache 4/2358 -

e) Erhalt der Thüringen Philharmonie Gotha-Suhl

Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD
- Drucksache 4/2359 -

Wünscht jemand der Fraktionen der Linkspartei.PDS oder der SPD das Wort zur Begründung?

Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die gemeinsame Aussprache zu allen aufgelisteten und genannten Anträgen. Als erste Rednerin rufe ich auf Abgeordnete Lieberknecht, CDU-Fraktion.

Abgeordnete Lieberknecht, CDU:

... Es - jetzt geht es -, es lebe der Populismus! Ich wiederhole es noch einmal: Es lebe der Populismus!

(Beifall bei der CDU)

Ich sage es auch für den Punkt 13 d: Es lebe der Populismus! Und schließlich noch einmal für 13 e: Es lebe der Populismus!

(Beifall bei der CDU)

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

„Jeder Parlamentarier, egal welcher Fraktion, sollte die Gelegenheit bekommen, nicht nur zu seinem Theater oder Orchester zu sprechen, sondern sich zu ihm auch zu bekennen“, heißt es in einer Pressemitteilung - Frau Dr. Klaubert nickt schon - der Linkspartei.PDS vom 10. Oktober. Ich sage, liebe Kolleginnen und Kollegen, da kommen einem fast die Tränen vor lauter Fürsorglichkeit.

Liebe Frau Kollegin Dr. Klaubert, ich hatte Sie kulturpolitisch eigentlich auf einem anderen Niveau verortet. Meinen Sie denn, die CDU-Abgeordneten, um jetzt meine Fraktion in den Blick zu nehmen, bekennen sich nicht zu ihren Theatern oder zu ihren Orchestern? An der Spitze der Bewegung stehen sie

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das werden wir ja sehen.)

- jawohl - ja in zahlreichen Stadträten, Kreistagen. Wer hat denn die Beschlüsse gefasst, zumeist einstimmig, vor Ort selbstverständlich? Unsere Leute, die auch die Wahlkreise vor Ort gewonnen haben, natürlich stehen sie dazu.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Die mögen sich durch.)

Natürlich, jeder, der seinen heimatlichen Einsatz betont, tut das auch hier in diesem Hohen Hause.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Lippenbekenntnisse!)

Wir haben ausdrücklich gesagt, gegebenenfalls kann sogar für die heimatliche Presse hier vom Pult der Kreistagsbeschluss hoch gehalten werden und noch

ein kleines Foto dazu und dann in der Heimatpresse auch als Beleg dokumentiert werden, selbstverständlich und ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU)

Aber damit lösen wir doch kein Problem.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Vor allem die nicht, die Sie selber schaffen.)

Vor allen Dingen Sie nicht, die Sie so diese Anträge formuliert haben, denn Sie konterkarieren ja geradezu das, was tatsächlich diskussionswürdig ist. Das finde ich eigentlich ein bisschen - und ich sage ehrlich -, eigentlich nicht nur ein bisschen, sondern sehr schade, dass Sie mit Ihrem reinen Populismus der Anträge b bis e, den durchaus diskussionswürdigen Ansatz von 13 a selbst ad absurdum führen.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Das sehe ich aber nicht so.)

Bis zum - das können Sie auch noch erklären - 31. Dezember 2006 soll der Thüringer Kultusminister den Entwurf eines Thüringer Kulturraumgesetzes vorlegen. Verteilmasse sind mindestens 88 Mio. €. Davon sind aber mal schnell die Beträge für das Theater Nordhausen/Sondershausen, Rudolstadt/Saalfeld, das Landestheater Eisenach und die Thüringen Philharmonie Gotha-Suhl schon vorab festgeschrieben, bevor es überhaupt losgeht. Dann kommen auch Weimar, Erfurt, Meiningen, Gera-Altenburg, die Jenaer Philharmonie, alle die, die Sie jetzt nicht genannt haben, natürlich dazu. Wer die Titel genau kennt, es stehen da auch Musikschulen, alle Museen, die die derzeitigen Beträge im Landeshaushalt wohl auch nicht gekürzt sehen wollen, wenn es ein solches Kulturraumgesetz gibt. Und die Melodie „Hände weg von ...“, die haben wir ja bei der Beratung des letzten Doppelhaushalts nur noch allzu gut in Erinnerung.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sand in die Augen streuen und ansonsten populistisch auf die Pauke hauen, das hilft am allerwenigsten.

(Beifall bei der CDU)

Dass es Ihnen im vorliegenden Fall offensichtlich um alles andere geht, als um ernsthaften Austausch neuer Fakten oder Argumente, zeigt eben schon leider diese Widersprüchlichkeit der Anträge, die Sie vorgelegt haben. Davon halten wir nichts. Deswegen sind wir einen anderen Weg gegangen und haben bereits in der Vorwoche, bevor Sie Ihre Anträge eingereicht haben - und vielleicht gibt es ja auch die eine oder andere Stelle, die Ihnen davon berichtet hat -, ein regierungsunabhängiges Gutachten

zu dem Gedanken, den wir halt schon für durchaus prüfenswert halten, nämlich zu einem Thüringer Kulturraumfinanzierungsgesetz oder Thüringer Kulturraumgesetz, an den Wissenschaftlichen Dienst der Landtagsverwaltung eingereicht, weil bei aller Skepsis, auf die ich noch zu sprechen komme, bei einer unabhängigen wissenschaftlichen Betrachtungsweise durchaus der eine oder andere interessante Gesichtspunkt aufgezeigt werden kann. Wie ein systematisch sauberes Kulturraumkonzept für Thüringen aussehen könnte, darüber sollten wir uns in der Tat intensiv Gedanken machen. Aber ob Sie das eben wirklich wollen, da bin ich mir sehr im Zweifel, wie gesagt, die Widersprüchlichkeit, einmal 13 a zu fordern, auch sehr definitiv, letztlich ohne Prüfung apodiktisch zu sagen, jawohl, bis zum 31. Dezember soll vorgelegt werden und dann eben die Anträge, mit denen Sie diese Vorwegbeträge schon einmal wieder rausziehen. Wir hingegen werden Wert darauf legen, dass die bisherige Verteilung der Lasten und der Finanzierung so wahrgenommen wird, wie die Realität in Thüringen ist.

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Das ist aber jetzt sehr weit hergeholt.)

Mit Verlaub, lieber Herr Döring, was Sie in Ihrer Pressemeldung vom 11. Oktober 2006 verbreitet haben und vielleicht auch heute wieder vortragen werden - ich weiß es noch nicht -, kann um der schlichten Wahrheit willen eben auch nicht unwidersprochen bleiben. Ich will es noch einmal zitieren, Sie sagen: „Mit dem Übergang zur Kulturraumfinanzierung erreichen wir endlich eine faire Verteilung der finanziellen Lasten, die die kommunalen Kulturträger zu stemmen haben“. Ich denke, es ist eine etwas kurzsichtige Darstellung, die zum Teil auch die Tatsachen ignoriert, die wir bereits heute in der Landesförderung auch von Theatern und Orchestern haben, nämlich schon heute sind sie nicht im Einzelplan des Kultusministers, sondern im Einzelplan 17 und dort im Kommunalen Finanzausgleich enthalten.

Das führt doch nun wirklich, denke ich, für alle sichtbar dazu, dass die Verteilung der Lasten auf alle Kommunen eben auch jetzt schon gegeben ist. Das gilt auch für die Landkreise, die sich abseits der kulturellen Zentren befinden. Wobei ich fragen muss: Wo gibt es die überhaupt in Thüringen? Das ist ja gerade ein Thema auch für uns, dass wir letztlich kaum einen Raum haben, der nun noch mehr für andere Räume mit herangezogen werden kann, weil in jedem Raum sich natürlich auch entsprechende Einrichtungen befinden, dass also die schon jetzt einbezogen sind auch ohne Kulturraumkonzept. Da denke ich, kann man nicht so tun, als ginge das alles nach bislang gültigen Regelungen an diesen Kommunen vorbei. Es ist auch schon heute so, dass

das Eichsfeld bei dieser Haushaltsverankerung der Theaterförderung genauso betroffen ist wie die Kulturstadt Weimar. Der Kyffhäuserkreis genauso wie die Landeshauptstadt und Hildburghausen genauso wie die Nachbarstadt Meiningen. Noch eine ganze Reihe anderer Dinge sollten wir debattieren, bevor wir uns auf einen Paradigmenwechsel einlassen, wie Sie ihn - ich sage es noch einmal - ungeprüft vorschlagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Sächsischen Kulturraumgesetz gibt es drei urbane und acht ländliche Kulturräume. Die drei urbanen Räume sind die im Gesetz so definierten Kulturstädte Chemnitz, Dresden und Leipzig. Chemnitz mit rund einer viertel Million Einwohner, Dresden und Leipzig mit rund jeweils einer halben Million Einwohner. Das macht schon mehr als die Hälfte der Einwohner des Freistaates Thüringen aus. Da frage ich: Wo sind in Thüringen die Kulturstädte von dieser Größe und Leistungskraft, die eben in diesem Sinne wie Leipzig oder Dresden als urbane Kulturräume gelten können? Wenn sich Sachsen mit seiner doppelten Größe des Landes nun acht ländliche Kulturräume gegeben hat, ist es ja wahrscheinlich nicht ganz weltfremd, wenn ich einmal annehme, dass Sie vielleicht dann entsprechend für Thüringen eine Zahl von drei oder vier Kulturräumen für angemessen halten würden. Da kann ich wieder sagen, sind Sie gemeinsam mit der Linkspartei.PDS möglicherweise bei den alten Bezirksstrukturen, über die Sie ja auch in anderen Zusammenhängen immer wieder hier die Debatte zu führen suchen? Oder nach welchen Kriterien wollen Sie die Grenzen zwischen den Kulturräumen in Thüringen eigentlich ziehen?

In Sachsen hat man sich vor allem an gewachsenen Sprach- und Traditionsräumen orientiert und dabei auch strukturelle Überlegungen und finanzielle Gesichtspunkte berücksichtigt. Wo ziehen Sie in Thüringen die Grenze zwischen gewachsenen Kulturräumen? Wollen wir uns im Freistaat noch einmal auf die alten Fürstentümer besinnen und uns von dorthin helfen lassen? Was halten Sie von einem Kulturraum Thüringisch-Preußen? Oder da kommen die Reußen in den verschiedenen Linien, die Henneberger. Wie wollen wir das machen? Aber überlegenswert ist es schon. Das Experiment sollten wir durchaus auch einmal gedanklich mit allem Sachverstand - auch mit historischem Sachverstand - durchspielen.

Egal, letztlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie den Zuschnitt vornehmen wollen. Sofern die Zahl der von Ihnen angestrebten Kulturräume kleiner als 23 ist, heißt das, dass Sie per Landesgesetz die betroffenen Landkreise oder kreisfreien Städte in einen kommunalen Pflichtzweckverband - das klingt dann alles andere als kulturpolitisch, aber es

ist rechtliche Konstruktion - hineinzwingen, von dem keineswegs sicher ist, ob wirklich alle der betroffenen Kommunen damit einverstanden sein werden. Ich sage im Voraus, auch das gibt ein Hauen und Stechen. Ich könnte sofort eine Reihe nennen, die damit nicht einverstanden sein würden.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir die kommunale Selbstverwaltung also ernst nehmen und wenn wir die Kulturpflege als kommunale Aufgabe ernst nehmen, dann liegen verfassungsrechtlich die Probleme auf der Hand. Verfassungsrechtliche Probleme, die in Sachsen mit einer wiederholt beschlossenen Befristung zunächst beruhigt werden konnten und die durch den inzwischen über zwölfjährigen Umgang vielleicht auch dauerhaft miteinander überwunden werden können, aber eben nicht aus dem Stand und nicht gegen den Willen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften. Wer gibt uns die Gewissheit, dass zwischen dem Eichsfeld und Sonneberg auch bei uns bei völlig anderen gewachsenen Strukturen die Gebietskörperschaften sich einer Kulturumlage unterwerfen wollen, deren Verwendung sich letztlich ihrer Entscheidung entzieht.

In Sachsen konnte die Finanzierung der besonders kostenintensiven Einrichtungen, ohne einzelne Räume über ein vertragliches Maß hinaus zu belasten, nicht zuletzt dadurch gewährleistet werden, dass dort in vielen Bereichen, in denen wir in Thüringen bislang gemeinsam und sehr bewusst auf Landesträgerschaft verzichtet haben, dass dort das Land, also sprich der Freistaat Sachsen, die Trägerschaft übernommen hat. Sachsen hat staatliche Museen, staatliche Bühnen und Orchester. Dass das dann wirklich zu einer Vermehrung des zur Verfügung stehenden Geldes führen würde, kann ich zumindest im Moment auch nicht erkennen.

Anlass, meine sehr verehrten Damen und Herren der Opposition, Ihres Antrags ist ja erklärtermaßen die Fortführung der Landesförderung für Theater und Orchester in unveränderter Höhe - so ist es den Anträgen zu entnehmen. Wie erklären Sie aber dann, dass in Sachsen zwar eine Kulturquote im Landshaushalt von 2,1 Prozent erreicht wird, deutlich höher als in Thüringen, Thüringen mit 1,3 in deutlichem Abstand, aber immer noch mit Bayern auf Platz 2 und trotz dieser hohen Kulturquote sind die Landeszuschüsse pro Theater, pro Einwohner in Sachsen aber dann doch wieder nur halb so hoch wie bei uns. In Sachsen 15,47 € gegenüber fast dem Doppelten 28,77 € in Thüringen. Als Einstieg in die Kürzung wollen Sie ja das Kulturraumkonzept wohl nicht verstanden wissen, aber genau diese Gefahr ist eben nicht ausgeschlossen, wenn man ungeprüft überträgt, und deswegen meine ich, sind wir einfach

zu einer Überprüfung verpflichtet.

Der Vergleich der genannten Zahlen zeigt jedoch mehr als alles andere, woran die Kulturpolitik in diesem Land, in unserem Freistaat Thüringen zu tragen hat. Weit mehr als jeden zweiten Euro aus dem Kulturhaushalt geben wir für Theater und Orchester aus. Das ist sattsam bekannt; wir haben oft genug darüber gesprochen. Eine solche Situation können sich ja Theaterliebhaber in ihrem kulturvollen Privathaushalt gern leisten, aber ein Freistaat mit einer Gesamtverantwortung, in einer Breite des kulturellen Erbes, wie wir es haben, einschließlich neuer Impulse, die wir ja auch ständig wieder aufnehmen, kann das nicht, und Kulturräume helfen jedenfalls zur Behebung dieses Problems wohl kaum.

Das alles muss also bei einer gewissenhaften Debatte Berücksichtigung finden. Eine solche Debatte ist notwendig und wir wollen sie führen, aber auf guter auch wissenschaftlich fundiert begründeter Basis. Wir haben dabei in keiner Weise die Absicht, als Fraktion ungeprüft und widerspruchlos auch mit dem umzugehen, was uns dann zu gegebener Zeit auch vonseiten der Landesregierung vorgelegt wird. Das sage ich ganz ausdrücklich. Aber, dass Sie nun von der Opposition, sowohl SPD wie Linkspartei.PDS, ein um das andere Mal lange vor Abschluss dieser Gespräche die Ergebnisse derselben vorwegnehmen, um sie hier praktisch so zum Abschluss freizugeben, das ist schlicht unredlich und das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Und letztlich ist es gerade bei diesem Thema ein intellektuelles Armutszeugnis. Wir werden diese Debatte um das künftige Finanzierungskonzept also führen, aber um der Sache willen und nicht um vordergründiger Spielchen willen. Die Bühnen des Landes haben im Parlament als Bühne des Souveräns eine andere und ernsthaftere Behandlung verdient und Ihr Spiel ist einfach zu billig und Sie haben doch nicht ernsthaft geglaubt, dass wir das mitmachen. Ich habe das ja auch gemerkt im Gespräch mit Journalisten, mit Medien. Die haben wirklich geglaubt, wir würden heute abstimmen und es käme zu einer Vorführung von CDU-Landtagsabgeordneten. Also, wer das glaubt, kann ich wirklich nur sagen, das ist mehr als naiv.

(Beifall bei der CDU)

Gemeinsam haben die Oppositionsfraktionen also gleich vierfach den überaus phantasievollen Antrag gestellt, die Landesförderung für die einzelnen Theater und Orchester in Nordhausen, Sondershausen, Rudolstadt, Saalfeld, Eisenach und Thüringen Philharmonie Gotha-Suhl - so wörtlich - ab 2009 etwa

in der derzeitigen Höhe fortzuführen. Allein wenn ich Nordthüringen sehe, in Nordhausen/Sondershausen haben wir zwei Minister, vier Landtagsabgeordnete, was meinen Sie, was das für eine Lobby ist.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Schön wäre es!)

Aber die alle wissen auch, durch den blanken Status quo ist ja nichts zu retten und genauso klar ist - Evi Groß in Gotha, selbstverständlich,

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Schön wäre es, wenn es so wäre.)

Wolfgang Wehner, in Suhl, ich könnte die Orte alle einzeln aufzählen, da können auch die Abgeordneten einzeln vorkommen, je nachdem, aber das wird dann auch langweilig mit der Zeit.

(Unruhe bei der SPD)

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Die Stunde der Wahrheit kommt, Frau Lieberknecht, Sie können sich nicht dran vorbeimogeln.)

Wir wissen auch, und das ist alte Regel hier, wir werden den Haushalt dann beschließen, wenn er dran ist. Das geht auch, denn ein bisschen Ordnung muss schließlich auch sein. Im Übrigen gab es mal eine Zeit und etliche waren damals ja schon dabei, da wurde hier - noch im alten Plenarsaal war das - von einer „finanzierten Bedenkzeit“ gesprochen. Darüber gab es Einigkeit. Aber genauso klar war, diese finanzierte Bedenkzeit ist eben kein Dauerzustand. Kein Mensch hat damals überhaupt an einen Zeithorizont bis 2008 gedacht oder damit gerechnet. Es ist schon interessant, wie damals die Debatten liefen, auch in der Großen Koalition, Kulturminister Gerd Schuchardt in voller Rückendeckung, auch durch Bernhard Vogel, ich nehme uns da beide rein, ich will überhaupt keine einseitigen Verschiebungen - am 23. Februar 1996 wurde zu den Theaterfinanzen, wie gesagt, im festen Schulterschluss gesagt: „Das Land kann und wird seinen Finanzierungsanteil nicht erhöhen. Der begrenzte Handlungsspielraum künftiger Landeshaushalte ist bekannt und macht auch um die Theaterfinanzierung keinen Bogen.“ Und der damalige Kulturminister beklagte, dass das Land „mit ca. 50 DM pro Einwohner mehr als das Doppelte zur Theaterfinanzierung“ beiträgt „als die Länder im Bundesdurchschnitt“. Und interessant ist, an dieser Stelle vermerkt das Protokoll: Beifall von CDU und SPD. Davon sind Sie heute allerdings weit entfernt; Sie waren damals der Realität schon einmal wesentlich näher.

(Beifall bei der CDU)

Ich stelle fest, dass dieser Beitrag seither ja gestiegen ist,

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Damals ging es darum, die Gelder stabil zu halten, und genauso ist es heute.)

nicht nur konstant geblieben, sondern gestiegen ist. Am 22. Mai 1997 hieß es dann: „Die Landesregierung kann und will dieses enorm hohe Fördervolumen, insbesondere auch mit Blick auf diese vielen anderen Politikfelder und auch zur Wahrung einer ausgewogenen Struktur innerhalb der Kulturförderung, nicht erhöhen.“ So weit das Zitat von damals. Vielleicht ist es erlaubt, daran zu erinnern, wie groß zum Zeitpunkt dieser Aussage der Anteil der Theaterfinanzierung am Kulturhaushalt war. Er lag bei 46 Prozent. Jeder weiß, er beträgt heute 53 Prozent. Das ist die Entwicklung und eine Entwicklung, die zum Handeln zwingt. Woher soll man das nehmen? Wie soll man das auf Dauer hinnehmen? In der gleichen Rede war dann noch die Rede von bevorstehenden Tarifangleichungen, von denen wir wissen, dass sie bis heute bekanntlich nicht abgeschlossen sind. Der damalige Kulturminister führte völlig richtig weiter aus: „Dies, meine Damen und Herren, ist ein zentrales Problem der Theater- und Orchesterfinanzierung und dieses lässt sich nicht durch lineare Kürzungen kompensieren, sondern erfordert sachgerechte strukturelle Einschnitte.“ Auch wenn wir wissen, was aus dieser Aussage geworden ist - auch die SPD hat damals immerhin die Fähigkeit zur Einsicht in Notwendigkeiten gehabt, heute sieht das offenbar anders aus. Wer glaubt, heute Theater in voller Breite des Landes in gleichbleibender Qualität des Angebots aufrechterhalten zu können, ohne sich auf die von Schuchardt vor zehn Jahren geforderten sachgerechten strukturellen Einschnitte einzulassen und dann zu handeln, der täuscht sich selbst und täuscht auch die Menschen im Land. Das führt nicht weiter und deswegen hat es auch keinen Zweck, sich an diesem Spiel aus lauter Populismusgründen zu beteiligen. Daran würde es im Übrigen auch nichts ändern und diese Einsicht setzt sich ja auch durch, wenn wir gleichbleibende Landesförderung bei 60 Mio. € hätten. Das würde keinen Deut ändern, denn auch da kämen wir in der Struktur, in der wir sind, auf Dauer nicht weiter.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Deshalb wollen wir das Kulturraumkonzept.)

Ich habe Ihnen ja schon erklärt, wo die Schwierigkeiten und die Risiken liegen, die am Ende vielleicht sogar bei einer Minderförderung rauskommen. Wahrscheinlich wollen Sie deswegen mal vorab festschreiben.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Sie sollen nicht sagen, was nicht geht; Sie sollen sagen, was geht.)

Das ist der Grund, warum ich wenig Verständnis habe, wie die Debatte hier im Raum geführt wird.

Aber die Notwendigkeit des Handelns, die Notwendigkeit des Verhandeln mit den Trägern der Bühnen im Lande steht für mich völlig außer Frage, ganz genauso, wie das bei der letzten Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Land und den Trägern vereinbart worden ist, und abgesehen vielleicht von Ihnen, Herr Döring, oder Ihrer Fraktion wussten das damals an sich alle: Die Regelung bis 2008 wird nicht die Regelung ab 2009 sein können. Diese Illusion hatte jedenfalls damals bei Abschluss der Verträge niemand gehabt. Schon bei den letzten Unterschriften stand vertraglich fest, dass zwischen der Landesregierung und den Kommunen vor Ende des Jahres 2006 über eine Nachfolgevereinbarung verhandelt werden müsse. Deswegen, sage ich, lassen Sie uns die nötigen Debatten angemessen führen, lassen Sie uns die Verhandlungen der Landesregierung mit den Trägern beobachten, begleiten, wo auch immer das möglich und angemessen ist, aber die vor Jahren für dieses Jahr 2006 vereinbarten Verhandlungen müssen eben jetzt von der Landesregierung geführt werden. Das können wir der Landesregierung nicht ersparen und das geschieht auch. Deswegen gilt es für uns in Respekt vor der Verantwortung, die die Landesregierung hat, und auch bei allem eigenen Selbstbewusstsein, das auch nun mal als Haushaltsgesetzgeber auszuhalten. Wir kommen dann schon noch dran, aber alles zu seiner Zeit.

In diesem Zusammenhang verdienen dann auch die vorgelegten Anträge eine angemessene Behandlung in den zuständigen Ausschüssen des Landtags. Ich hoffe sehr, dass bis zu einer Befassung auch das entsprechende Gutachten der Landtagsverwaltung vorliegt und es eine noch verbreiterte Diskussionsbasis schafft. Deswegen beantrage ich für meine Fraktion die Überweisung sämtlicher vorliegender Anträge federführend an den Ausschuss für Wissenschaft, Kunst und Medien, begleitend an den Haushalts- und Finanzausschuss. Den Antrag zur Kulturraumfinanzierung in Drucksache 4/2355 bitten wir zusätzlich wegen seiner weitreichenden kommunalpolitischen und verfassungs- und kommunalrechtlichen Implikation an den Innenausschuss zu überweisen.

Seien Sie gewiss, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Kulturland Thüringen wird nicht untergehen, da bin ich mir ganz sicher. Es war nie so bunt, so vielfältig, so schön, so reich, wie das heute ist. Wir wissen auch, wer in diesem Land über 16 Jahre die Verantwortung hatte; ich garantiere, das wird auch so bleiben. Verlassen Sie sich darauf, unser Thü-

ringen wird das Kulturland in der Mitte Deutschlands sein.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Als nächster Redner folgt Abgeordneter Döring, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Döring, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, „der Kopf des Menschen ist rund, damit das Denken bei Bedarf die Richtung ändern kann“. Dieser schöne Satz passt gut zur Situation, in der wir uns mit der Kulturförderung in Thüringen derzeit befinden. Auf der einen Seite sind die kommunalen Kulturträger materiell immer weniger in der Lage, ihren Anteil an der Finanzierung der Kulturpflege aus eigener Kraft zu stemmen, andererseits ist auch klar, dass die Landesmittel im Kulturbereich angesichts der Haushaltslage nicht beliebig zu erhöhen sind. Damit will ich selbstverständlich keiner weiteren Reduzierung der Landesförderung das Wort reden, aber wir müssen uns nun einmal der Tatsache stellen, dass das Land die Schwierigkeiten bei der kommunalen Kulturförderung auf absehbare Zeit nicht völlig kompensieren kann. Die Haushaltsschieflage der kommunalen und der Landesebene hat zusammen mit dem fehlenden Willen der Landesregierung, die eigenen Kulturausgaben dennoch stabil zu halten, in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass sich die Finanzierungslücke bei der kommunalen Kulturpflege zusehends vergrößert hat. Sträflich unterfinanziert sind inzwischen insbesondere Thüringer Museen, die Bibliotheken, die Musik- und Jugendkunstschulen sowie der Denkmalschutz. Wir haben das in den Haushaltsberatungen immer wieder thematisiert. Wenn die Einsparpläne der Landesregierung Realität werden, können wir uns demnächst von unserer traditionsreichen Theater- und Orchesterlandschaft verabschieden, denn die kommunalen Träger sind nicht in der Lage, die angedrohten Mittelkürzungen bei der Landesförderung aus eigener Kraft materiell abzufangen, und das wissen Sie genau.

Meine Damen und Herren, was können wir in dieser vertrackten Situation tun? Folgt man der Logik des Kultusministeriums, dann befinden wir uns insbesondere bei der Theater- und Orchesterfinanzierung zwar in einer Sackgasse und rasen mit Tempo 130 auf eine Wand zu, aber eine Alternative dazu gibt es nun einmal nicht, weshalb wir vor dem nahenden Ende nur die Augen verschließen und unser Seelenheil dem lieben Gott anvertrauen können. Wir halten einen derartigen Fatalismus hingegen nicht für eine zielführende Kulturpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Unter der kulturpolitischen Steuerfunktion des Landes stellen wir uns wahrlich etwas anderes vor. Unsere Antwort lautet daher: Es gibt sehr wohl eine Alternative zum bisherigen ungenügenden System der Kulturförderung und die heißt Kulturräumfinanzierung. Deshalb lassen Sie uns in der Sackgasse anhalten, wenden und uns diesen Ausweg wirklich genauer anschauen. Lassen Sie uns die bisherige Richtung unseres Denkens ändern. Das ist, denke ich, allemal besser, als die Thüringer Kultur wider besseres Wissen, Herr Minister, an die Wand zu fahren. Wie man einen gangbaren Weg aus der Sackgasse finden kann, das hat uns das Nachbarland Sachsen wirklich vorgemacht. Der Freistaat war bereits Anfang der 90er-Jahre in einer ganz ähnlichen Situation wie wir heute. Schon damals zeichnete sich in Sachsen ab, dass die kommunalen Kulturträger immer größere Probleme bei der Finanzierung der Kulturpflege bekommen würden und dass die Kompensationsfunktion des Landes an dieser Stelle angesichts absehbarer eigener Haushaltsschwierigkeiten auf Dauer nicht greifen würde. Konkreter Auslöser eines Umsterns in der Kulturfinanzierung war dann 1992 - man höre und staune - die Frage der künftigen Theater- und Orchesterförderung. Sachsen berief damals die sogenannte Naumann-Kommission, die dann in den folgenden Monaten die Grundzüge der Kulturräumfinanzierung in enger Abstimmung mit den Kommunen erarbeitete. In Gesetzesform gebracht wurde dieses Konzept im Dezember 1993 vom Sächsischen Landtag ohne Gegenstimmen verabschiedet. Seitdem ist das Sächsische Kulturräumgesetz in Kraft. Seine ursprüngliche Geltungsdauer ist vom Landtag nach positiver Evaluierung bis 2007 verlängert worden. Es gibt ferner eine Reihe wissenschaftlicher Studien, die dieses Gesetz als kulturpolitisch vorbildlich bewerten. Wie es im Moment aussieht, wird es aufgrund der umfassend positiven Erfahrungen mit der Kulturräumfinanzierung eine erneute Verlängerung bis 2011 oder gar eine Verstetigung des Gesetzeswerks geben. Kurz und gut, wir haben es bei der Kulturräumfinanzierung mit einem in Sachsen seit mehr als einem Jahrzehnt erfolgreich erprobten und allseits geschätzten Konzept zu tun. Wir haben es also zu tun mit einer Tatsache, die nachweislich funktioniert und was insbesondere zur Zufriedenheit sowohl der Kommunen als auch des Landes funktioniert.

Worum geht es bei der Kulturräumfinanzierung konkret? Zum einen wird in diesem Konzept die Kulturpflege zur Pflichtaufgabe, zur Pflichtaufgabe der Gemeinden und Landkreise erhoben und damit genießt die Erfüllung kultureller Aufgaben haushaltsrechtlich den gleichen Rang wie andere Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge.

Zweitens werden regionale Kulturlasten-Zweckverbände, die so genannten Kulturräume, gebildet, deren jeweilige Geltungsbereiche über Gemeinden und Kreisgrenzen hinaus reichen und sich an den traditionell gewachsenen Kulturlandschaften orientieren. In Sachsen, Frau Lieberknecht hat es gesagt, existieren derzeit 11 Kulturräume, acht von ihnen sind im ländlichen Raum angesiedelt. Sie umfassen jeweils mehrere Landkreise und teilweise auch kreisfreie Städte. Die drei anderen urbanen Kulturräume werden von Leipzig, Dresden und Chemnitz als den drei größten kreisfreien Städten gebildet.

Natürlich besteht bei den Kulturräumen eine Pflichtmitgliedschaft, denn nur so ist gewährleistet, dass tatsächlich jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt solidarisch an diesen Zweckverbänden mitwirkt.

Aufgabe der Kulturräume ist es, die örtlichen Kulturträger zu unterstützen, wenn es um kulturelle Belange von regionaler Bedeutung geht. Dabei meint Unterstützung insbesondere Finanzierungshilfe und Koordinierungsleistungen. Ziel einer derartigen regionalen Solidaritäts- und Kooperationsverpflichtung ist es, die materiellen Belastungen, die auf den kommunalen Trägern der Kulturpflege ruhen, auf weitere Schultern zu verteilen, indem auch das nutznießende Umland von Kultureinrichtungen und Kulturprojekten in deren Realisierung bzw. deren Unterhaltung finanziell angemessen mit einbezogen wird. Ähnlich wie bei anderen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge, ich denke hier nur an die Komplexe Wasser/Abwasser oder Müll, gelingt es auf diese Weise am besten, das ständige Missverhältnis zwischen einem großen Kreis von Nutzern und einem kleinen Kreis von Trägern kommunaler Kultur auszugleichen. Dementsprechend sind die Kulturräume dann auch zur Erhebung einer Kulturumlage bei ihren Mitgliedern berechtigt.

Meine Damen und Herren, bisher war in meinen Ausführungen viel von kommunalen Pflichten die Rede, von der Definition der Kulturpflege als künftiger Pflichtaufgabe, von der Schaffung von Kulturräumen als Pflichtzweckverbänden und von einer regionalen Mitfinanzierungspflicht in Form einer Kulturumlage. Manch einer, der das hört, fragt sich sicherlich, was denn die Kommunen auf der anderen Seite als Gewinn der Kulturräumfinanzierung für sich verbuchen können. Dabei ist zweierlei zu benennen: Zum einen steht den kommunalen Verpflichtungen bei diesem Konzept die gesetzliche Festschreibung einer Mindestförderung des Landes für die Kulturpflege korrespondierend gegenüber. Das heißt, dass die kommunale Seite hier langfristige Planungssicherheit gewinnt, dass sie weiß, mit welchen konkreten Summen sie bei Landesmitteln in absehbarer Zeit rechnen kann, natürlich auch, dass sich das Land nicht länger aus seiner finanziellen Verantwor-

tung für die Kultur vor Ort stehlen kann. Das ist für die Kommunen ein sicherlich wichtiger Pluspunkt der Kulturraumfinanzierung. Das andere nicht zu unterschätzende Positivum besteht darin, dass der Kulturraum seine Angelegenheiten in eigener Verantwortung wahrnimmt. Die konkrete Förderentscheidung wird damit nicht länger in den Büros des zuständigen Fachministeriums getroffen, sondern in und von den betroffenen Regionen selbst. Diesen positiven Aspekt hat vor Kurzem ein Vertreter eines sächsischen Kulturraums sehr treffend wie folgt umschrieben. Ich zitiere: „Das ist ja das Schöne, dass die Kulturräume ihre eigenen regionalen Förderungsschwerpunkte festlegen und nicht das Land.“ Nicht das Land legt fest, was die Region macht, sondern die Region legt fest, was sie selber macht. Diese beiden Pluspunkte, die verbindliche Festschreibung der Landeskulturförderung und die Kompetenzverlagerung in die Regionen, waren auch die Hauptursache, warum die sächsischen Kommunen sich 1992/1993 zur Umstellung auf eine Kulturraumfinanzierung bereitgefunden haben. Bis heute sind es diese beiden positiven Aspekte, die von der kommunalen Seite in Sachsen immer wieder als Grund dafür angeführt werden, warum es dort auch künftig bei der Kulturraumfinanzierung bleiben soll.

Meine Damen und Herren, was Sachsen kann, können wir auch. Auch Thüringen kann den Weg zur Kulturraumfinanzierung einschlagen. Wir haben eine ähnliche Ausgangslage wie die Sachsen vor der Verabschiedung des Kulturraumgesetzes: eine traditionsreiche, vielfältige und gerade dadurch unbedingt erhaltenswerte Kulturlandschaft, zunehmende Schwierigkeiten der kommunalen Kulturträger bei der Bewältigung der ihnen gestellten Aufgaben und nur begrenzte finanzielle Möglichkeiten des Landes, hier langfristig kompensierend zu wirken. Sogar der konkrete Anlass, der uns dieses Dilemma mehr als deutlich vor Augen führt, ist identisch: der drohende Kahl Schlag bei den Theater- und Orchesterstandorten. Was hält uns also davon ab, ein Konzept zu realisieren, das in einem Nachbarland bereits seit über einem Jahrzehnt erfolgreich in der Praxis wirklich funktioniert?

Meine Damen und Herren, mit unserem Antrag fordern wir deshalb die Landesregierung auf, auch im Freistaat die Weichen für eine Kulturraumfinanzierung zu stellen und diesem Hause bis Ende des Jahres den Entwurf eines Thüringer Kulturraumgesetzes vorzulegen. Im Antrag haben wir zudem konkrete Eckpunkte eines solchen Gesetzentwurfs benannt, die sich allesamt an den in Sachsen erprobten Regelungen orientieren. Zudem haben wir als Mindestförderung des Landes für die kommunale Kulturpflege eine ganz konkrete Summe, nämlich 88 Mio. € jährlich, benannt. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus den bisherigen Aufwendungen des

Freistaats für Kulturaktivitäten von kommunaler und regionaler Bedeutung, wobei institutionelle Förderung und Projektförderung gleichermaßen berücksichtigt sind sowie einen zusätzlichen Ausgleich besonderer kommunaler Belastungen im kulturellen Bereich, den Sie ja schon vor einiger Zeit im Haushalt gestrichen haben. Wenn man diese Teilbeträge im Landeshaushalt aufaddiert, kommt man auf die genannten 88 Mio. €. Das ist eine ganz solide errechnete Zahl und keine Oppositionsphantasie.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einem anderen möglichen Einwand begegnen. In den Medien ist seit einigen Wochen behauptet worden, der Übergang zur Kulturraumfinanzierung würde in Thüringen nur mit einer unnötigen Aufblähung der Kommunalbürokratie einhergehen. Der Blick auf Sachsen zeigt, dass dies mitnichten der Fall sein wird. Dr. Matthias Rößler, bis 2004 Sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, ist in diesem Zusammenhang schon vor Jahren zu folgender Einschätzung gekommen. Ich zitiere: „Für die Geschäftsführung hat jeder Kulturraum ein Kultursekretariat eingerichtet, meist innerhalb bestehender Kulturverwaltungen. Sofern organisatorisch selbständige Sekretariate gebildet wurden, geschah dies ohne zusätzliche Personalstellen. Ein zusätzlicher Personalaufwand entsteht durch die Kulturraumfinanzierung im kommunalen Bereich also nicht.“ Und das ist auch in jüngeren wissenschaftlichen Studien zur Situation der Kulturräume in Sachsen mehrfach belegt worden.

Meine Damen und Herren, zu guter Letzt möchte ich noch ein weiteres Gegenargument entkräften, und zwar warum denn die SPD-Fraktion nicht gleich einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht hat. Wer die Situation kennt, weiß genau, dass wir uns sehr wohl immer wieder ganz schnell ausgeprägten Abwehrreflexen der Mehrheitsfraktion gegenübergestellt sehen, wenn wir eigene Anträge und Gesetze einbringen. Wir wollen diesem wichtigen kulturpolitischen Thema wirklich ein vernünftiges Konzept in der parlamentarischen Diskussion folgen lassen und wir wollen deshalb auch ganz konkret die Ausgestaltung mit dem zuständigen Fachministerium beraten und hoffen auch, dass das Fachministerium hier eine konkrete Ausgestaltung auch vornimmt. Meine Fraktion ist sich sicher, dass die Einführung der Kulturraumfinanzierung nicht allein den Thüringer Theatern und Orchestern langfristig Zukunftschancen eröffnet, ich denke, das betrifft auch die in ihrer Existenz bedrohten Standorte Nordhausen, Rudolstadt und Gotha, die sind ja hier benannt worden. Es geht aber auch, denke ich, um die Museen, um die Bibliotheken, um die Musik- und Jugendkunstschulen, die auch davon erheblich profitieren würden.

Kollegin Lieberknecht, sozusagen uns die Kulturräume mit Bezirksstrukturen zu unterstellen, das halte ich für hanebüchend. Natürlich muss man, wenn man sich die Kulturräume anschaut, genau überlegen, wie sind die Traditionsräume, wie sind die Kulturwege, und da muss man dann ganz konkret sich auf Kulturräume mit den Regionen verständigen. Das, denke ich, ist lösbar im Dialog mit den Kommunen und wir sollten nicht von vornherein das Ganze kleinreden.

Insofern sage ich eindeutig: Beides kann für das Kulturland Thüringen nur ein Gewinn sein und ich bitte um Unterstützung. Wenn Sie sagen, Kollegin Lieberknecht, dass unsere Anträge zu 13 b bis d ein Armutszeugnis sind, dann sage ich: Ein Armutszeugnis ist die 10-Mio.-€-Kürzung, die Sie sozusagen festschreiben.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Ein Armutszeugnis ist, dass Sie 10 Mio. € an Kultur wegschneiden und damit billigend in Kauf nehmen, dass drei Theaterstandorte und ein Orchesterstandort definitiv den Bach runtergehen. Das ist für mich ein Armutszeugnis und insofern erwarte ich schon von den regionalen Abgeordneten, dass sie nicht bloß Lippenbekenntnisse beschreiben, sondern, dass sie sich ganz konkret einsetzen für ihre Theater und Orchester. Wenn es bei diesen Kürzungen bleibt, dann bedeutet das das Ende dieser Theater und Orchester und das wissen Sie ganz genau. Insofern erwarte ich, dass Sie sich definitiv auch für die Finanzierung einsetzen. Insofern, denke ich, sind unsere Anträge ein deutliches Signal, Ihnen die Chance zu geben, sich hier wirklich einzubringen.

Ich bin überzeugt, dass die Landesregierung über die Dinge intensiv nachdenken wird. Sie wird es müssen. Die Bürger im Land erwarten das von Ihnen, die Bürger im Land haben auch gesagt, dass sie damit nicht einverstanden sind, mehr als deutlich. Sie werden sich diesen Diskussionen, Herr Minister und auch Herr Ministerpräsident Althaus, nicht entziehen können und wir werden die Bürger dabei unterstützen, dass Thüringen wirklich das Land der Kultur bleibt. Danke.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Vizepräsidentin Pelke:

Als nächste Rednerin folgt Abgeordnete Dr. Klauert, Die Linkspartei.PDS-Fraktion.

Abgeordnete Dr. Klauert, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kollegin Lieberknecht, die leider jetzt nicht hier ist. Ich musste schon tief durchatmen, als

bei der Bewertung der Anträge die Parole herausgegeben wurde: „Es lebe der Populismus.“ Populismus ist also, wenn zwei Oppositionsfraktionen fordern, dass die Theater, die derzeit zur Disposition stehen, erhalten werden. Das nennt man hier Populismus. Das heißt, man will sich nicht bekennen und beschönigt diejenigen, die die Anträge dazu verfasst haben - jetzt muss ich nachlesen -, ein „intellektuelles Armutszeugnis“. Ich finde das ein ziemlich starkes Stück und wollte eigentlich gelassener und in sauberer Argumentation auf die Anträge eingehen, weil sich der Antrag 13 a von den folgenden zwar unterscheidet, aber doch mit diesen zusammenhängt. Ich frage mich inzwischen schon, welches eigenartige Bild nicht nur die Landesregierung, sondern offensichtlich auch die regierungstragende Fraktion von der öffentlichen Verantwortung für Kultur im Freistaat hat.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Sie dürften, wie alle an dem Thema Interessierten, wissen, dass in den letzten zehn Jahren im Bereich der Kulturfinanzierung aus der Landeshand 25 Prozent gestrichen worden sind, und Sie wissen auch, wie es um die Finanzkraft der Kommunen steht. Kollege Döring verwies eben darauf, dass wir natürlich ein Problem bei den Museen, bei den Bibliotheken, bei den Musikschulen, bei den Jugend- und soziokulturellen Zentren und eben auch bei den Theatern und Orchestern haben. Ich frage mich auch - übrigens auch vor dem Hintergrund der Gesamtpolitik, die dieses Land leitet -, was Kultur für die Zukunft überhaupt bedeutet. Es wird immer wieder gepriesen, welche reiche Kulturlandschaft wir haben, aber ich vermute, längst ist dem einen oder anderen Entscheidungsträger das nicht zur Lust, sondern zur Last geworden und so verhalten sie sich auch.

Aber lassen Sie mich zunächst zum Antrag Teil 13 a kommen, zum Antrag der SPD-Fraktion zur Einführung der Kulturraumfinanzierung im Freistaat Thüringen. Ich möchte für meine Fraktion feststellen, dass das nicht das Dilemma der nur zur Disposition stehenden Thüringer Theater und Orchester auflösen kann. Die Debatte über ein solches Kulturraumgesetz bedarf tatsächlich auch des Nachschauens und des Nachrechnens verschiedener Positionen sowohl des Landeshaushalts als auch der Kommunalhaushalte. Ich gehe mit der Fraktionsvorsitzenden der CDU sogar einher, diesen Antrag im Ausschuss zu behandeln, denn die Schwierigkeiten, die sich hinter der Umstellung der Kulturfinanzierung im Freistaat Thüringen auf die sächsische Kulturraumfinanzierung ergeben, müssen sehr gründlich bereдет werden. Es ist ja bereits gesagt worden, dass zu Zeiten der Großen Koalition diese derzeitige Art der Kulturfinanzierung eingeführt worden ist. Ich weiß nicht, Frau Lieberknecht, ob Sie in dem Protokoll,

welches Sie vorhin zitierten, auch nachgelesen haben, was wir damals gesagt haben. Wir haben nämlich zum damaligen Zeitpunkt als PDS-Fraktion, wir waren etwas kleiner noch, aber wir haben auf ein Kulturraumgesetz für Thüringen gedrungen. Das ist natürlich erst einmal grundhaft abgelehnt worden. Wir waren damals die kleine Oppositionsfraktion, die einer Großen Koalition gegenüberstand, die zwei Drittel der Stimmen hatte. Das heißt, wir waren eigentlich von Anfang an auf verlorenem Posten mit jedem unserer Vorschläge. Aber wir haben uns natürlich mit unseren sächsischen Kollegen beraten und diese sind damals den Weg der Kulturraumfinanzierung gegangen, den wir heute positiv bewerten in wenigstens zwei Dingen; zum einen in der Festschreibung der Kultur als Pflichtaufgabe. Die verfassungsmäßigen Bedenken sind uns bekannt und wir wissen auch, dass mit diesen verfassungsmäßigen Bedenken immer wieder umgegangen werden muss und dass man die Möglichkeit der Befristung des Gesetzes in Sachsen wählte. Aber wir wissen auch, dass unsere Fraktion im Sächsischen Landtag der Fortführung dieses Gesetzes nicht nur zugestimmt hat, sondern auch für die Unbefristung dieses Gesetzes geworben hat, weil es offensichtlich vor den Hintergründen der sächsisch gewachsenen Kulturlandschaft und der Kulturfinanzierung Sinn macht, so zu verfahren. Und darüber nachzudenken, halte ich für richtig und wir sollten es im Ausschuss tun und gegebenenfalls eine Möglichkeit überlegen, wie wir in einem gemeinsamen Anhörungsverfahren mit den sächsischen Kollegen sowohl die Vorteile als auch die Nachteile dieser „Pflichtigkeit“ von Kulturaufgaben beraten können.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Zum Zweiten möchte ich aber feststellen, dass auch in Sachsen der „Topf gedeckelt“ ist. Das heißt, auch in Sachsen finden in den Kulturräumen die Auseinandersetzungskämpfe zwischen den Stärkeren und den Schwächeren statt. Auch in Sachsen ist es natürlich so, dass das Land eine ganze Reihe von Aufgaben ohne die Zuweisung von Finanzen auf die Kommunen zuordnet. Und auch in Sachsen ist es natürlich so, dass man sich um das immer weniger werdende Geld in den öffentlichen Kassen trefflich streiten kann.

Dieses Problem müssen wir natürlich in Thüringen beraten. Die SPD-Fraktion hat nun vorgeschlagen, all die Kulturtöpfe des Landeshaushalts zu bündeln und das als den adäquaten Landesanteil für die Finanzierung eines solchen Kulturraumgesetzes zur Verfügung zu stellen. Darüber kann man durchaus nachdenken, aber ich kann mir vorstellen, dass man da noch weitere Beratungen braucht.

Nun komme ich wieder auf das uns vorhin vorgelegte „intellektuelle Armutszeugnis“ zurück. In dem Zusammenhang erklärt also Frau Lieberknecht, bevor die SPD-Fraktion - denn den ersten Antrag hat ausschließlich die SPD-Fraktion verfasst - bevor dieser Antrag eingereicht worden ist, hätte sie schon ein Gutachten an die Landtagsverwaltung in Auftrag gegeben, wie ein solches Kulturraumgesetz für Thüringen zu schaffen ist. Nun frage ich: Ist das nun richtig, sich auf diesen Weg zu begeben oder ist es falsch? Ich kann für meine Fraktion sagen, wir würden uns mit auf diesen Weg begeben. Wir erinnern noch einmal daran, dass wir auf diesem Weg schon einmal waren und damals hätte dieser Weg auch zielvoll zu Ende gegangen werden können. Herr Minister Schuchardt wollte das nicht. Ich bekenne auch, dass wir eine längere Zeit brauchen als bis zum Jahresende des Jahres 2006. Dazu müssen wir uns schon Zeit nehmen.

Die Finanzierungssituation der Thüringer Kulturlandschaft ist ja auch dadurch besonders schlecht geworden - ich glaube, es ist in einem der beiden Vordreden auch genannt worden -, dass wir dieses Budget aus dem Kommunalen Finanzausgleich, welches Kommunen mit besonderer kultureller Belastung noch einmal Unterstützung gab - ich glaube, zuletzt waren 3,5 Mio. € in diesem Topf - mit dem Haushalt 2005 ersatzlos gestrichen haben. Ersatzlos wurden diese 3,5 Mio. € gestrichen, obwohl wir damals in den Haushaltsverhandlungen nachfragten, inwiefern sie ausgeschöpft wurden. Und sie sind immer ausgeschöpft worden, und zwar nicht nach Gutdünken oder nach den schönen blauen, grünen oder braunen Augen des einen oder anderen Bürgermeisters, sondern nach einer errechneten Kulturquote, die in den Kommunen aufgebracht werden musste. Ich erinnere auch daran, dass in der Situation der Museen gerade in den Haushaltsverhandlungen auch die CDU-Fraktion nachbessern musste und ich erinnere auch daran, dass wir das Projektmanagerprogramm inzwischen auf einem Niveau haben, wo man von Projekt- und Managertum eigentlich überhaupt nicht mehr sprechen kann. Das heißt, wir haben mehrere Probleme in der Kulturfinanzierung und nun bekommen wir es massiv damit zu tun, dass an vier oder eigentlich fünf Standorten die Theater und Orchester vor dem Kahlschlag stehen. Ich betrachte es als recht ungehörig, hier zu formulieren, dass das lauter Populismus sei, wenn sich landauf, landab der Widerstand regt, wenn Unterschriften gesammelt werden und wenn gesagt wird, die sollen lieber alle 100 € in die Hand nehmen und die Kultur mitfinanzieren. Vielleicht kann man am Ende auch noch darüber reden, wenn angezweifelt wird, ob denn alle die Protestierer tatsächlich auch ins Theater gehen. Ich halte es auch für Populismus, ein Bild zu zeichnen: Wir lassen uns alle mit unserem Stadtratsbeschluss hierherstellen

und sagen, ich bin für das Theater. Das wäre der blanke Populismus, wenn man sich nicht danach für den Antrag „Erhaltet das Eisenacher, erhaltet das Nordhäuser/Sondershäuser, erhaltet das Saalfeld/Rudolstädter Theater oder erhaltet die Philharmonie Gotha-Suhl“ entscheidet.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Also man möchte schon ein bisschen unterscheiden zwischen dem, was man öffentlich aussagt, vielleicht in seiner Regionalpresse und hier am Pult und wie man tatsächlich dann seine eigene Stimme abgibt. Vor dem Hintergrund muss ich natürlich sagen - und da gestehe ich auch, das haben wir miteinander besprochen -, dienen diese Anträge dazu, jedem, der hier sprechen möchte, die Bühne zu geben und zu seinem Theater und zu seinem Orchester zu sprechen. Ja, das soll er tun, aber er soll auch abstimmen darüber, ob sein Theater oder sein Orchester zur Disposition steht. Ich hoffe, Sie wissen alle, ähnlich wie wir, dass wir erst mal ein Orchester haben, nämlich Gotha-Suhl, welches komplett zur Disposition steht. Sie erinnern sich vielleicht daran, dass die Sühler Philharmoniker schon einmal in den Hungerstreik getreten waren, und ich möchte auch, dass genau zu diesem Thema die Abgeordneten dieser Region ihr eigenes Wort ergreifen. Ich glaube, meine Kollegin wird es tun. Ich verweise auch darauf, dass in der Region Nordthüringen mit der schon vor langer Zeit vorgenommenen Fusion des Loh-Orchesters mit dem Theater Nordhausen durch den Kürzungsvorschlag, den die Landesregierung macht, kein Mehrspartentheater zu machen ist. Und wenn Sie im Land sich ein bisschen bewegt haben - und ich unterstelle Ihnen immer noch, dass Sie sich anschauen, worüber Sie entscheiden -, dann werden Sie wissen, dass alle Kooperationen wie die weit auseinanderliegenden Theater Rudolstadt/Saalfeld und Nordhausen/Sondershausen mit Ihrem finanziellen Federstrich völlig zu Ende sind. Die brauchen sich gar nicht mehr bemühen. Und dann frage ich auch: Ist das Populismus, dass aus der Fachhochschule Nordhausen eine Studie kommt, in der die Attraktivität dieser Nordhäuser/Sondershäuser Region auch mit der Strahlkraft eines Theaters in Verbindung gebracht wird? Das ist alles offensichtlich reiner Populismus oder ein intellektuelles Armutszeugnis.

Mir tut das schon sehr weh, wenn mit diesem Thema derartig platt umgegangen wird und wenn ich dann noch höre, dass die 10 Mio. € Kürzungen ... Oder ich sage es einmal anders: Wir wissen eigentlich, dass die 10 Mio. € Kürzungen den Landeshaushalt nicht retten. Aber wenn dann gesagt wird, mit 60 Mio. € wäre die Situation auch nicht anders, dann frage ich mich: Welcher Argumentationskette folgt denn diese Aussage? Natürlich wäre die Situation mit 60 Mio. € anders und natürlich wissen alle, die sich ein

bisschen mit diesem Thema befassen, dass diese 60 Mio. € seit Jahren auch der Deckel auf dem Finanztopf sind und dass seit Jahren die Thüringer Theater und Orchester unter diesem die Einsparpotenziale dafür bringen müssen, dass es natürlich dort erhöhte Betriebskosten und Tarifsteigerungen und im nächsten Jahr 19 Prozent Mehrwertsteuer gibt. Die müssen aus der Kraft der Häuser auch erarbeitet werden und die 60 Mio. € sind letzten Endes auch akzeptiert worden. Jedenfalls ist das mein Kenntnisstand, weil ich mich gewagt habe, mit den Intendanten der Häuser auch im Vorfeld der gesamten Diskussion einmal ein Gespräch zu führen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Man kann natürlich Folgendes machen: Man holt die Träger einzeln an den Tisch, dann macht man die Tür zu und dann sagt man: Du bekommst so viel, du bekommst so viel und wenn du schön artig bist, gibt es noch einen Schnaps obendrauf und dann kommt vielleicht eine Summe raus, mit der du dich in der Zukunft ab 2009 bewegen kannst. Warum - und jetzt sage ich auch, das ist auch glatter Populismus - war dieses Haus in seiner Mehrheit niemals bereit, öffentlich über das Landeskulturkonzept zu diskutieren? In dem Landeskulturkonzept ist eine Passage marginaler Art zur Zukunft der Theater und Orchester. Übrigens im Landeskulturkonzept findet sich auch die Ablehnung der Kulturraumfinanzierung. Das muss man auch dazu sagen. Wir haben mehrfach die Anträge gestellt: Lasst uns diese Diskussion vor dem Leitbild einer Thüringer Kulturidee gemeinsam führen. Es ist immer abgelehnt worden. Niemals gab es dafür die Zustimmung der Mehrheitsfraktion, mit uns diese Diskussion zu führen oder gar eine Anhörung der Kulturschaffenden sowie Liebhaber und Förderer aus den verschiedenen Bereichen miteinander zu beschließen. Das ist übrigens im politischen Sinn kulturlos.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Einen nächsten Gedanken möchte ich noch nennen, der nur indirekt mit den „totgestrichenen“ Theatern zu tun hat. Wir erleben derzeit eine Debatte, die ich so für mich - obwohl das Wort ein schlimmes Wort ist - als „Prekariatsdebatte“ empfinde. Nicht na, na, na. Der Begriff stammt nicht von mir. Der Begriff entstammt einer Studie der Frichrich-Ebert-Stiftung, die in den letzten Tagen durchaus sehr viele Gemüter bewegt hat. 8 Prozent der Deutschen und 20 Prozent der Ostdeutschen leben also in permanenter Armut. Nicht „nur“ in sozialer Armut, sondern in Bildungsarmut, in Kulturarmut, in dem Verlust ihrer Zukunftschancen und Visionen. In dieser Debatte hat sich interessanterweise und übrigens auch nicht unerwarteterweise Heiner Geißler zu Wort gemeldet.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Ich dachte, ...)

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Ich versuche immer gegen den Strom des „intellektuellen Armutszeugnisses“ zu schwimmen, aber es gelingt mir nicht. Es wird mir immer wieder mit platten Argumentationen irgendetwas Unsinniges entgegengeworfen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Heiner Geißler formuliert in einem Interview vom „schleichenden Verfall unserer Gesellschaft und der neuen Armut als Folge der Politik“. Als Folge der Politik! Das heißt, Politik kann sich also jetzt nicht einfach zurücknehmen und sagen, die Verhältnisse sind halt so und wir folgen dem Sachzwang und können nicht anders entscheiden, sondern Politik in Deutschland hat ein „Prekariat“ hervorgebracht. Heiner Geißler spricht von der „Durchökonomisierung aller Verhältnisse“. Nun frage ich mich, stimmt dann Politik noch mit dem Artikel 1 des Grundgesetzes überein, wonach die Würde des Menschen unantastbar ist? Oder ist spätestens jetzt, wenn man das erkennt, der Punkt gekommen, wo man an jeder Stelle nachsehen muss, welche Folgen das eigene politische Entscheiden hat?

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Müssten wir dann nicht darüber nachdenken, ob jede kulturelle Einrichtung in Thüringen wenigstens für Kinder und Jugendliche kostenlos zugänglich ist?

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Würde sich dann die Frage, was man an Geld in das Theater steckt, nicht ganz anders stellen, weil man den Bildungsauftrag für alle unabhängig davon, was ihre Eltern im Geldbeutel haben oder nicht, akzeptiert? Müssten wir vor diesem Hintergrund, Herr Abgeordneter Dr. Krause, von einer Legitimationskrise der Theater oder vielleicht besser von einer Legitimationskrise der Kulturpolitik oder der gesamten Politik sprechen?

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Oder wenn man nicht über diesen Bildungsauftrag sprechen möchte, weil der eher auf die linke Seite verortet würde - es würde uns übrigens sehr froh machen, wenn er bei uns so deutlich verortet ist -, müsste man nicht über die Theater und Orchester Thüringens aus der Sicht des im Moment nicht vorhandenen Wirtschaftsministeriums sprechen? Wie soll denn Kulturtourismus in Thüringen, der unterrepräsentiert ist, künftig noch in Nordhausen oder

Sondershausen stattfinden? Was soll denn die Landesmusikakademie in Sondershausen tun, wenn es kein Loh-Orchester mehr gibt? Wie sollen denn die Tourismusexperten in dieser Nordthüringer Region mit der sachsen-anhaltinischen und der niedersächsischen Region vielleicht einmal in Verhandlung kommen, wie man in diese Region auch Leute hineinholt? Oder was sollen die in Saalfeld/Rudolstadt tun oder eben in Eisenach? Nun, Herr Köckert, Sie deuten sicher an, dass Sie ja den Vorschlag gemacht haben im Zusammengehen mit der Meininger Kulturstiftung. Jedenfalls hatten Sie sich in der letzten Plenarsitzung dazu ausgesprochen. Aber haben nicht wir die Verantwortung, die wichtigen Standorte der Theater und Orchester, die wir über Jahrhunderte hinweg und über alle Zeiten gebracht haben, mit unserem Handeln, also auch mit der Ausfinanzierung in der bisher genannten Höhe fortbestehen zu lassen? Da gehe ich jetzt noch einmal auf die Anträge ein. Da nützt es nichts, die weiteren vier Anträge im Ausschuss zu versenken. Da kann man hinter den verschlossenen Türen noch ein bisschen darüber sprechen. Wir haben Ihnen nicht zugemutet, eine genaue Summe abstimmen zu müssen, das haben wir auch sehr genau überlegt. Wir haben Ihnen gesagt, in etwa der gleichen Höhe sollen die Theater, die jetzt zur Disposition stehen, ab 2009 wieder gefördert werden. Wir haben der Landesregierung den Auftrag zugeordnet, den sie auch hat, nämlich dann die Finanzierungsverträge abzuschließen. Das ist keine Überforderung Ihres Mandats in diesem Hause. Das hat noch nicht einmal etwas mit Ihrer Aufgabe als Haushaltsgesetzgeber zu tun. Aber wenn Sie diese Chance nicht nutzen, dann brauchen Sie auch nicht mit Krokodilstränen dem Haushalt, dem dann die Finanzierungsbedingungen ab 2009 folgen, weinend hinterherzuwinken und zu sagen, es ist halt alles zu spät und wenn wir eher gekonnt hätten, dann hätten wir es schon getan.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Wir eröffnen Ihnen eine Chance und Sie sollten froh sein, dass die beiden Oppositionsfraktionen an diese Chance für Sie gedacht haben. Sie hätten auch selber darauf kommen können.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Krause, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Krause, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zum Kulturraumkonzept ist alles gesagt. Wir werden es im Ausschuss unverkrampft diskutieren. Aber, Kol-

lege Döring, es wäre schön, wenn Sie uns über die konkrete Ausgestaltung nicht ganz im Unklaren lassen würden. Das würde der Diskussion mehr Fundament geben.

Nun zu den Anträgen der Linkspartei.PDS und der allgemeinen Diskussion über die geplante Landeskürzung. Frau Kollegin Klaubert, ich werde das auch ganz unpolemisch machen, aber eine Bemerkung kann ich mir nicht -

(Zwischenruf Abg. Buse, Die Linkspartei.PDS: Es gibt keine Anträge nur der PDS.)

eine Anmerkung kann ich mir nicht ersparen. So, wie Sie sich für die spätbürgerliche Repräsentationskultur raushängen, der Brecht würde sich nach fünfzig Jahren im Grabe umdrehen. Da ist kulturkritisch offenbar bei Ihnen überhaupt nichts mehr da.

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, Die Linkspartei.PDS: Das müssen wir einmal an anderer Stelle klären.)

Das werden wir auch machen, das werden wir auch hier nicht können. Dass die Diskussion über die geplanten Landeskürzungen wenig sachlich und wenig grundsätzlich geführt wird, ist leider unverkennbar. Was ich mit fehlender Sachlichkeit meine, ist etwa dies: Nehmen wir an, das Land würde ab 2009 den Status quo der Theaterfinanzierung sichern, also nicht um 10 Mio. € kürzen, dann fehlen etwa - ich wähle ein mir naheliegendes Beispiel - im Deutschen Nationaltheater Weimar trotzdem allein wegen der Tarifanpassung und Tarifsteigerung 2,5 Mio. €. An anderer Stelle sieht es im Prinzip nicht anders aus. Selbst bei ausbleibenden Landeskürzungen, worauf wir als Kulturpolitiker und viele Wahlkreisabgeordnete hoffen und für die wir uns - natürlich immer mit Blick auf den Landeshaushalt, von dem hier bisher kaum die Rede war - einsetzen wollen, kommen wir um Strukturveränderungen, um Einschnitte nicht herum. Alles andere wäre Augenwischerei. Nun stört mich an dem vorgelegten Finanzplan des Kultusministeriums auch manches, nicht nur die Kürzungen, sondern auch, dass der Finanzplan eine inhaltliche Struktur impliziert, ohne sie explizit zu Ende zu führen. Ich verstehe nicht jede dieser mit Rücksicht auf die Trägerschaft eher angedeuteten inhaltlichen Vorgaben. Aber dass das Kultusministerium den Ansatz wählt, auf Strukturveränderungen abzuheben und nicht den Rasenmäher wählt, das ist aus meiner Sicht lobenswert und überfällig, und zwar seit 16 Jahren, sonst hätten wir jetzt nicht auf 45 Kilometer ein A- und zwei B-Orchester und nicht zwei Opernhäuser in 22 Kilometern Entfernung. Wobei wir ja wenigstens noch mit der Staatskapelle überregional punkten. Sonst spielt die hochsubventionierte Thüringer Kultur

jenseits der Landesgrenzen eine höchstens unauffällige Rolle. Und dieses beinahe selbstverständliche Absehen von Qualität ist das, was mich eigentlich pessimistisch stimmt. Wir werden, so fürchte ich, nach dem Streit 2009 wahrscheinlich irgendwie so weitermachen, uns provinziell hochreden und -schreiben und akzeptieren, dass wir uns selbst genug sind. So werden wir nach und nach die Kriterien einbüßen, es sei denn wir besuchen das Burgtheater oder die Semperoper, und werden uns politisch gut dabei fühlen, im eigenen Theater, das man in Hausschuhen erreicht, etwas Nettes, Gutgemeintes zu sehen oder zu hören als besser ein paar Kilometer weiterzufahren, um große Kunst zu erleben oder was davon übrig ist - dann eben kein Bruckner, Mahler oder Wagner mehr oder in kleiner thüringischer Besetzung. Rechtfertigt das Theater als traditioneller Geselligkeitssort des Bürgertums, als kommunaler Ort diese Entwicklung? Ein Kulturraumkonzept würde aus meiner Sicht die Entwicklung der Nivellierung sogar verstärken, aber das hängt vielleicht von der Ausgestaltung ab. Jeder weiß, ob er es zugibt oder nicht, dass wir angesichts der Kosten, die Theaterqualität nun einmal fordert und die weder Kommunen noch Land aufzubringen in der Lage sein werden, um Strukturveränderungen nicht herumkommen - ob mit 50 oder 60 oder 70 Mio. € Landeszuschuss. Einige Thüringer Theater haben in den letzten Jahren Einsparungen über Haustarifverträge realisiert. Probleme wurden damit verschoben. Die Moratorien enden 2009. Bei einem Anteil der Personalkosten an den Theaterausgaben von 83 Prozent sowie durchschnittlichen jährlichen Personalkosten von 45.000 € pro Hochkulturbeschäftigten mit tariflich steigender Tendenz sind Veränderungen unumgänglich. Oder wir frieren wieder alles ein in Hausverträgen? Wir werden dann bald keine teuren Spitzenkünstler als Ensemblemitglieder mehr bekommen, nirgends in Thüringen. Einkommensrückstände werden perspektivisch notwendigerweise zu Qualitätsabstrichen führen. Aber vielleicht fällt das auch bald keinem mehr auf. Die Fläche und die dreigeteilte Mitte jedenfalls wären vorerst gesichert. Und das wäre auch eine Option. Sicher überstehen wir damit alle noch eine Legislatur. Wir führen hier und jetzt, ich bin mir da nicht sicher, eine kulturpolitische und keine arbeitsmarktpolitische oder tourismusstrategische Diskussion. Die Argumentation war da bisher nicht sehr eindeutig. Auch Kulturwirtschaftspolitik ist nicht identisch mit Kulturpolitik. Also dürfte man hier über ästhetische und gesellschaftliche Relevanz des Theaters, über den Sinn spätbürgerlicher Repräsentationskultur reden, aber das hieße, über die Sache reden. Und wer wagt eine solche Diskussion? Das Feuilleton bisher nicht, der Ausschuss vielleicht, vielleicht auch ein paar arme Sport- und Sozialvereine oder die freie Kulturszene. Also akzeptieren wir halbleere Theater wegen der Jobs und der Sekundäreffekte, schnell abgesetzte Inszenie-

rungen, inhaltliche und formale Krisenerscheinungen, Stückezerstörungsregie, ignorieren tapfer den gewachsenen Altersdurchschnitt der Orchesterbesucher, die mangelhaften Auslastungen, die geringen Einspielquoten. Wir verteidigen die Subventionen und tun so, als entspräche die Macht der medialen Spiegelungen der wirklichen Bedeutung des Theaters. Ich habe in Berlin die Schließung des Schillertheaters erlebt. Es hat wirklich überhaupt niemanden interessiert.

Meine Damen und Herren, nehmen wir mein Theater und ich sage bewusst „mein Theater“, denn ich gehe in das Deutsche Nationaltheater seit 35 Jahren. Da sieht man die Intendanten in den Jahren kommen und gehen, da kommen und gehen die Chefdirigenten, da kommen und gehen die Oberbürgermeister, da kommen vor allem viele derjenigen, die sich über die Marke „Weimar“ profilieren wollen. Aber die gehen auch wieder und meistens sehr schnell. Es ist schon erstaunlich, wer sich nach drei Premierenesuchen in der Theaterdiskussion profund zu Wort meldet oder wer in gereizter Unkenntnis vom Erhalt der DDR-Substanz spricht. Manche Debatte ist eben so blind wie leer und gespenstisch. Wenn sich Herr Grass meldet, dann ist die Verlogenheit fast auf dem Gipfel.

(Beifall bei der CDU)

Hans Magnus Enzensberger hielt kürzlich eine Tischrede beim Treffen des Ordens Pour le Mérite. Er sagte - ich darf zitieren: „Und so leistet sich jedes Residenzstädtchen bis heute sein Theater, sein Orchester, sein Museum, das eine oder andere Festival und manche andere Annehmlichkeiten. Wenn der Bund es nicht richtet, wird es schon das Land oder die Gemeinde tun.“ Enzensberger fährt fort zu Oper, Theater, Orchester: „Auch in diesem Fall wird man jedoch daran erinnern dürfen, dass die Förderung von Künstlern nicht zu den Geboten unserer Verfassung gehört. Wer Theater spielen, Installationen hervorbringen oder Gedichtbände schreiben will, sollte sich darüber im Klaren sein, dass er sich auf höchst riskante Tätigkeiten einlässt. Für den Fall, dass er mit seiner Arbeit kein Auskommen findet, sollte er darauf verzichten, sich beim Staat zu beklagen. Jammernde Künstler sind kein schöner Anblick.“

Meine Damen und Herren, die Thüringer Landesregierung beabsichtigt, ab 2009 die Förderung - so sagt man - der Kultur einzuschränken. Eigentlich geht es um die Finanzierung der Theater und Orchester. Kein Land auf der Welt hat so viele Opernhäuser, Theater, Orchester auf engstem Raum versammelt wie Deutschland und Thüringen steht an der Spitze. Es gibt das Gerücht,

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Darauf sollten wir stolz sein.)

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

wir hätten so viele staatliche Orchester wie Italien. Ist Italien kein Kulturland? Der Thüringer Finanzierungsstandard in der Breite ist außerordentlich. 90 Prozent der Kulturausgaben werden in Deutschland vom Staat aufgebracht. In den USA kommen nur 10 Prozent der Kulturförderung vom Staat.

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Das ist nicht erstrebenswert.)

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD)

Vielleicht doch, Herr Döring. In Großbritannien gibt es jährlich 1,5 Mrd. öffentliche Mittel, in Deutschland 9 Mrd. Das Ausmaß der staatlich garantierten Kultur in Deutschland sucht seinesgleichen. Die Rede vom Kahlschlag ist wirklich blanker Populismus.

(Unruhe bei der SPD)

Unsere Kulturquote in Thüringen ist mit 1,3 Prozent besser

(Beifall bei der CDU)

als diejenige der meisten west- und süddeutschen Länder. Sie liegt in Nordrhein-Westfalen bei 0,6 Prozent. Nur das reiche Geberland Bayern leistet sich im Haushaltsverhältnis so viel wie wir, allein die Sachsen mehr, dafür bekommen die Kommunen im KFA weniger. Thüringen gibt, gemessen am Gesamthaushalt, mehr für Kultur aus als Baden-Württemberg und viel mehr als Hessen oder Niedersachsen und sehr viel mehr als Berlin. Berlin ist für die hohen Kulturausgaben noch gerügt worden. Woher nimmt das arme Thüringen weiterhin die unsolidarische Kraft, pro Einwohner aus dem Landeshaushalt doppelt so viel für Kultur auszugeben wie Baden-Württemberg? Ähnlich sieht es bei den Theaterzuschüssen pro Kopf der Bevölkerung aus. Im Bundesdurchschnitt werden 12 € ausgegeben. Bei uns liegt der jährliche Theaterzuschuss pro Einwohner bei 29 €. Sachsen gibt die Hälfte aus, aber in Sachsen stehen Semperoper und Gewandhaus, Bayern 13 €, Berlin 9 €, NRW sogar nur wenig über 2 €. Unsere kulturellen Finanzstandards sind deutlich besser als die derjenigen Länder, die uns aushalten. Unsere Qualität auch? Oder treibt uns die Finanzierung der Breite mit Gehältern selbst im A-Bereich unter West- oder MDR-Orchesterniveau in das vollendete Mittelmaß? Wie viel Geld brauchen wir, um mit der Spitze wenigstens mit einem Haus mithalten zu können? Wollen wir überhaupt mithalten? Was wollen wir überhaupt? Offensichtlich das Theater um die Ecke. Ich

meine das nicht polemisch.

Der Freistaat gibt jährlich die Hälfte des Kulturretats für die kommunalen Theater und Orchester aus. Eine Theaterkarte wird in Deutschland im Schnitt mit 90 € Steuergeldern gefördert, in Thüringen sind es 125 €, in Erfurts Oper sogar mehr als 170 €. Nur das Kunstfest Weimar ist teurer. Auslastung und Einspielergebnisse mit weniger als 10 Prozent liegen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. In Thüringen kostet eine Theaterkarte im Durchschnitt nicht mehr als 30 €, der Staat subventioniert. Woher dieser Anspruch der Hochkultur an die Allgemeinheit? Thüringen hat im Bundesländervergleich die meisten Theaterplätze - 25 Plätze auf 1.000 Einwohner, zweieinhalbmal so viel wie im Bundesdurchschnitt bei geringer Auslastung.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Dr. Klaubert?

Abgeordneter Dr. Krause, CDU:

Ja.

Abgeordnete Dr. Klaubert, Die Linkspartei.PDS:

Herr Abgeordneter Dr. Krause, Sie stellen ja jetzt sehr viele Fragen. Das heißt, ich entnehme Ihrem Wortfluss, dass das immer Fragen sind. Wie sieht denn Ihr Bild von der öffentlichen Verantwortung für Kultur aus? Sie sind ja auch im zuständigen Ausschuss. Wem würden Sie denn welche Art von Kultur in Thüringen angedeihen lassen?

Abgeordneter Dr. Krause, CDU:

Erstens sind die Fragen, glaube ich, als Fragen erkennbar und die Aussagen als Aussagen.

Zweitens müssen wir uns darüber verständigen, über welche Kultur reden wir. Wir reden jetzt über eine Kultur, die mit 60 Mio. € gefördert wird und im Moment noch nicht über etwas anderes. Aber dazu wäre ich jetzt gekommen, zu diesem Anspruch. Aber wir werden darüber diskutieren und da gibt es verschiedene Diskursebenen, sicherlich

(Beifall bei der CDU)

das Feuilleton, die öffentliche Meinung, aber natürlich auch der Ausschuss.

Noch einmal: In Thüringen kostet eine Theaterkarte im Durchschnitt nicht mehr als 30,00 €. Der Staat subventioniert hoch. Woher kommt dieser Anspruch der Hochkultur an die Allgemeinheit? Mit dem Haus-

halt 2005 flossen 53 Prozent der Kulturausgaben des Landes Thüringen in die Theater- und Orchesterfinanzierung, 1995 betrug der Anteil noch 38 Prozent. Bei sinkenden Kulturausgaben wurden in den letzten Jahren nur die Landesmittel für Theater und Orchester nicht gekürzt. Wieso jedoch wird eine bestimmte Kultur finanziert? Längst macht bei denen, die nicht am Hochkulturbetrieb partizipieren, genervt das Wort von der Subventionskultur die Runde. Es geht nicht um bloße Breitenkultur, nicht um freie Theater, Tage neuer Musik-/Lesenächte, Kleinkunstabühnen. Maler, Bildhauer, Schriftsteller, Übersetzer, sie alle müssen sich auf dem Markt verkaufen, leben bestenfalls von Stipendien, bewerben sich um subventionierte Ateliers. Ich habe zu viele Freunde in diese Szene, um nicht zu wissen, wovon ich hier Rede. Ein Bekenntnis zur Theaterkultur, ich bekenne mich trotz aller Bedenken dazu, setzt eine ästhetische und kultargesellschaftliche Entscheidung voraus, ein Willen zur Ungerechtigkeit. Es geht also nicht um die Kultur, es geht um ein bestimmtes staatliche Alimentierung gewöhntes Segment. Es geht, die „Thüringer Allgemeine“ hat das noch vor der Theaterdiskussion gelassen zugestanden, um Kultur für Eliten, für Minderheiten. Aus meiner Sicht ist das in Ordnung, aber man sollte es auch sagen.

Meine Damen und Herren, der Thüringer Landeshaushalt befindet sich -

(Zwischenruf aus dem Hause)

wir könnten auch über das Theater als Bildungsinstitution reden, wer das unreflektiert macht, war offensichtlich lange nicht mehr dort - in einer schwierigen Lage, ich spreche jetzt nicht von der demographischen Entwicklung. Allein für Sonder- und Zusatzrenten aus DDR-Systemen gehen dreistellige Millionenbeträge weg, sehr viel mehr als der Kultur oder der Kindergarten selbst als der Hochschuletat. Wir geben, so wirft uns die Seitz-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, nicht der von Hayek-Stiftung, sondern der Ebert-Stiftung, dem Freistaat vor, zu viel Geld für Kultur und Bildung aus. Das Land sei zu drastischen Sparmaßnahmen gezwungen. Helmut Seitz verlangt nicht zuletzt den Abbau - ich zitiere: „der flächendeckenden Topstandards in Kultur und Bildung“. Was nun? Das Verhältnis Staat und Kultur wird ohnehin neu überdacht werden müssen, nicht nur wegen der existenziellen Finanznöte der öffentlichen Haushalte, sondern auch wegen der rasanten gesellschaftlichen Entwicklung, die das Theater natürlich in Rechtfertigungsnot bringt. Entzelsberger rät, sich von der Verbeamtung der Kultur zu verabschieden. Zitat: „Die Tätigkeiten, um die es sich hier handelt, stehen dem Dienstrecht fern. Sie kennen keine Pensionsansprüche, keine Bundesangestellentarife und keine Garantien. Lassen Sie deshalb in Ihrer ministeriellen Güte Zeitverträge walten, ver-

treiben Sie die Gewerkschaften aus dem Musentempel, geben Sie den Leuten Autonomie und verabschieden Sie sich von dem hässlichen Laster des Kameralismus.“ Ich habe dem allenfalls arbeitsmarktpolitische Argumente, Gewohnheit und vielleicht Melancholie entgegensetzen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat der Abgeordnete Gentzel, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Abgeordneter Krause, Sie haben formuliert, man braucht die Fähigkeit zur Ungerechtigkeit. Ich will Ihnen diese Fähigkeit ausdrücklich attestieren. Das machen Sie mit Ihren Leuten hervorragend.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Ich habe mein ursprüngliches Redekonzept oben liegen lassen, weil ich Ihnen ehrlich sagen will - schade, dass Frau Lieberknecht nicht da ist, vielleicht hört sie mich draußen -, dass mich ihr erster Beitrag schon ein Stückchen umgehauen hat. Ich will dazu klar und deutlich sagen: Frau Lieberknecht und ich, wir kennen uns jetzt 16 Jahre, ich hatte nicht das Glück, sie vorher kennenzulernen. Ich habe vor ihr als Demokrat eine hohe Achtung. Wir haben hier in dem Haus gestritten, wir sind gemeinsam marschiert, damit muss man leben können in der Politik, aber ihre Einlassung zu den Hintergründen dieses Antrags halte ich persönlich für eine Unverschämtheit. Das habe ich dieser Frau nicht zugetraut. Ein Antrag, der Abgeordneten die Möglichkeit gibt, gegen die Pläne einer Landesregierung öffentlich zu sprechen und Position zu beziehen, das ist kein Populismus, das ist kein Drücken auf die Tränendrüsen, ich hoffe, wir sind hier alle einer Meinung, das ist eine Errungenschaft, die wir nie wieder hergeben wollen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Abstimmung mit Vorführung gleichzusetzen - wir haben hier alle in dem Haus schon gelitten bei Abstimmungen, weil das nicht immer unsere Meinung war, die da getroffen wurde, man war auch enttäuscht, weil man für eine bestimmte Sache gekämpft hat, aber Abstimmungen so pauschal mit Vorführungen gleichzusetzen, das geht nicht, meine Damen und Herren, und Sie tun das ja immer ganz gern. Sie diskutieren ja gern, wo Parlaments- und Politikverdrossenheit herkommt. Vielleicht lesen Sie sich den ersten Teil - und ich meine nur den Teil, der die

se Fragen betrifft - Ihrer Fraktionsvorsitzenden noch einmal durch und kommen vielleicht dazu, dass auch das wieder ein Baustein war.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Meine Damen und Herren, das kann ich nicht unter den gleichen Punkt stellen, aber ich hätte mich schon gefreut und, ich glaube, auch dazu muss man hier zwei Sätze verlieren, weil ich glaube, ich bin mit dieser Meinung hier auch nicht ganz allein. Man muss hier auch einmal thematisieren - und das will ich gern tun -, in welchem Stil die Debatte hier in Thüringen eingebracht worden ist. Von Stil und von Form kann man nun wirklich nicht reden. Ich weiß, dass viele in der CDU-Fraktion genauso denken, dass das in Ordnung war, wie hier mit Orchestern und Theatern und mit Oberbürgermeistern in Thüringen umgegangen worden war. Ich weiß nicht, was der Kultusminister damit bezwecken will. Vielleicht will er auch gar nichts bezwecken. Vielleicht hat er einfach nur nicht nachgedacht. Aber diese ganze Diskussion und auch das, was teilweise von Herrn Dr. Krause gekommen ist, die ganzen Fragen, die ganzen Anstöße zur Diskussion, die hier geliefert werden, ja mein Gott, hätte das nicht vorher kommen müssen? Ist das wirklich noch eine Diskussion, wenn es ein Diktat an die Theater und Orchester gibt und nach dem Diktat wird hier fröhlich zur Diskussion aufgerufen? Das kann doch nicht die Reihenfolge sein, wie man wirklich sachlich und vernünftig an so eine Debatte herangeht.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben es in tausend anderen Politikfeldern und auch Sie schon andersherum getan und dann haben wir gestritten um die Inhalte. Das ist auch in Ordnung so gewesen, dass wir da gestritten haben. Aber unter diesem Diktat zu verhandeln, Sie alle, wie Sie hier in der Mitte sitzen, würden so nicht mit sich umgehen lassen. Ich fände es nur fair, wenn Sie an dieser Stelle Ihrem Kultusminister auch einmal sagen würden, so geht es hier nicht weiter.

(Beifall bei der SPD)

Ich will, wohl werbend, für das Eisenacher Theater sprechen. Ich sage aber gleich dazu, in großer Solidarität mit all den anderen und ich würde mich für alle anderen freuen, ich freue mich auch für Erfurt für das neue Opernhaus. Mich würde freuen, wenn es gelingen würde, möglichst viel Kultur zu erhalten. Was mir wirklich nicht in den Kopf will, warum dies alles für nur 10 Mio. €? Mir will es nicht in den Kopf. Ich glaube, es geht mittlerweile hier gar nicht mehr um die Kultur, es geht um so eine Art Kraftprobe - auf der einen Seite die Landesregierung und auf der anderen Seite die Theater. Ich halte so etwas für Unfug, dass man das nicht auflösen kann, auch nicht

gedanklich auflösen kann, sondern dass es jetzt immer stur hier in diesen Gängen weitergeht - die einen auf der anderen Seite und die einen auf der Seite. Auch deshalb kann ich das nicht nachvollziehen, wie die Fraktionsvorsitzende Lieberknecht von vornherein diese Debatte diffamiert hat. Ich wäre froh, wenn die Debatte dazu führen könnte, da ein Stückchen aufzulösen.

Ich will für mein Eisenacher Theater werben, indem ich widersprechen will. Frau Lieberknecht, das war ganz konkret, was Sie z.B. zur finanziellen Bedenkzeit gesagt haben. Auch am Eisenacher Theater ist in der Zeit eben doch etwas passiert und nicht, wie das immer dargestellt worden ist. Der Chor ist abgeschafft worden, das Ensemble und das Orchester ist dezimiert worden, es ist verkleinert worden und die, die in dem Theater arbeiten, haben mit den Politikern in jedem Jahr um jeden Euro gerungen und als es noch die DM war, haben sie auch um diese DM gerungen. Ich will vor allen Dingen nicht eines tun, was Frau Lieberknecht getan hat, ich will meinem Kollegen aus Eisenach nicht unterstellen, dass er gegen dieses Theater ist. Nein, er hat, und das sage ich hier ganz offen und frei, im Stadtrat als Fraktionsvorsitzender sehr in den eigenen Reihen geworben und hat dafür gesorgt, dass sich die CDU-Stadtratsfraktion - Frau Lieberknecht würde das jetzt Populismus nennen - geschlossen hinter das Theater und hinter den SPD-Oberbürgermeister gestellt hat.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Deshalb wäre es eine Unverschämtheit, ihm zu unterstellen, er wäre gegen das Eisenacher Theater. Natürlich möchte ich sehen, wie er sich hier verhält. Das ist doch vollkommen klar. Ich glaube, das ist auch legitim. Wer kennt nicht den Ausspruch von ihm: Lieber einen schlechten Haushalt als keinen. Deshalb möchten wir hier schon die Probe aufs Exempel machen. Aber das ist doch ganz einfach legitim. Ich weiß gar nicht, wo das Problem ist. Ich will Christian Köckert nichts unterstellen. Es gibt ja Leute - und so wird teilweise mittlerweile die kommunale Debatte geführt -, die sagen, es hätte in den letzten Wochen in der Zeitung gestanden, der Gentzel wäre nicht für das Theater, weil er in der Debatte draußen gewesen ist, eine geraucht und einen Kaffee getrunken hat. Und es gibt ganz böse Leute, die unterstellen, dass das Christian Köckert installiert hätte. Das will ich auch deutlich sagen, wir zwei haben uns in Eisenach schon viel gestritten, aber, Herr Köckert, noch nie auf so niedrigem Niveau. Das muss man doch auch an dieser Stelle sagen.

Also, ich will mit Herrn Köckert hier zusammen, mit Ihnen zusammen, auch für das Eisenacher Theater kämpfen. Christian Köckert selbst ist schlau genug,

dass er weiß, dass bei ihm auch ein Stückchen Verantwortung liegt, die Kollegen aus der Region, Herrn Bergemann und Herrn Grob, mit ins Boot zu bekommen - die sind ja bemerkenswert ruhig zu diesem Thema, aber das weiß er schon.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU:
Kümmern Sie sich um sich.)

Da sind wir wieder bei den intellektuellen Fähigkeiten, die hier angesprochen worden sind. Es ist wirklich interessant, zu was für niveaivollem Widerspruch die eine oder andere Bemerkung von hier vorn führt.

Schade, dass das Abwinken, wenn man das Eisenacher Theater erwähnt, dann auch nicht im Protokoll vorkommt, aber ich kann damit umgehen. Irgendwann werden wir darüber abstimmen und wir Eisenacher - sage ich an der Stelle, da sind Christian Köckert und ich ganz optimistisch - werden uns hinter das eigene Theater stellen, und ich wünsche mir auch, dass wir uns hinter alle anderen Theater stellen, denn es muss uns einfach fremd sein, schlicht und einfach zu sagen: Ich bin hier im Thüringer Land nur für meine Region, bin ich natürlich, aber wenn wir über Kultur reden, ist hier jeder verantwortlich für die Kultur in ganz Thüringen.

(Beifall bei der SPD)

Eine Bemerkung will ich noch machen. Herr Krause, ich bin bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren, aber die Frage - wir führen ja keine arbeitsmarktpolitische Diskussion - möchte ich schon um eine kleine Facette erweitern, um schlicht und einfach mal zu fragen: Haben Sie an so was schon mal gedacht oder was passiert hier eigentlich? Wenn ich mir die geplanten Kürzungen für das Eisenacher Theater anschau und das umlege auf die Arbeitsplätze, die wir dort verlieren werden, kommen wir auf so eine Förderung von ca. 20.000 € pro Arbeitsplatz.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Peanuts.)

Wissen wir nicht alle, dass über die Förderung im Wirtschaftsministerium für andere Arbeitsplätze ganz andere Summen ausgegeben werden?

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Sind wir uns aber nicht alle einig, dass die Kultur auch ihre Bedeutung hat, darüber reden ja alle hier, egal in welche Richtung sie denken? Also muss doch dieser Ansatz auch mal erlaubt sein. Was soll denn das? Ist das überhaupt noch nachvollziehbar, „wegen 20.000 €“ einen Arbeitsplatz zu streichen und das Zehnfache dann über das Wirtschaftsministerium in andere Arbeitsplätze reinzustecken, wenn

das Zehnfache reicht? Ich wollte es an dieser Stelle einfach noch mal ein Stückchen bildlich machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich - das sage ich jetzt ganz bewusst als Eisenacher - über die Solidarität der Kollegen aus Meiningen, aus Suhl, aus Erfurt, aus Weimar, aus Nordhausen, überall da, wo es brennt. Sie können genauso gut mit meiner Solidarität werben und rechnen und damit rechnen, dass ich meinen Teil dazu tun werde, dass es zu diesem Kahlschlag in Thüringen nicht kommt. Ich hoffe, wir finden genügend Verbündete, um dies thüringenweit zu verhindern. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen ... Doch, eine Wortmeldung von Herrn Kubitzki, Linkspartei.PDS, und dann der Abgeordnete Schwäblein.

Abgeordneter Kubitzki, Die Linkspartei.PDS:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, vielleicht mögen sich einige wundern, warum ich aus einem Kreis, wo es kein großes Haus gibt, kein großes Theater, mich trotzdem in diese Diskussion einmische. Aber zuvor eine Bemerkung an Herrn Dr. Krause. Wissen Sie, Herr Dr. Krause, wer sich hier bei dieser Debatte und zu diesem Thema im Grab umdrehen würde, das wären Goethe und Schiller. Die würden sich im Grab herumdrehen, wenn die das hören würden, was vonseiten Ihrer Fraktion hier passiert.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

(Heiterkeit bei der CDU)

Herr Minister, wir hatten ja erst am Sonntag in Mühlhausen ein wunderbares Erlebnis. Herr Minister, Sie haben teilgenommen an der feierlichen Einweihung der neuen Spielstätte unseres Jugendtheaters, was wir in Mühlhausen haben, 3K. Es ist kein großes Haus, es ist ein, ich sage das jetzt bewusst, „Amateurtheater“, ein Theater, in dem Kinder an das Theaterspielen herangeführt werden und Jugendliche spielen, ein Theater, das Vorführungen für die Bevölkerung macht, für Schulklassen, für Kindergärten, ein gutes Ensemble. Dieses Theater, da sind wir dankbar als Mühlhäuser, Herr Minister, wurde auch vom Freistaat gefördert. Dieses Theater hat eine neue Spielstätte bekommen, auch mit Förderung des Freistaats, die Kilianikirche, diese wurde am Sonntag ...

(Unruhe bei der CDU)

Ja, Herr Kretschmer, Sie auch, vielleicht kommen Sie heute auch noch hier vor.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU:
Ach, ja!)

Die Zeitung zitiert Sie auch, Herr Minister, die Tagespresse: Die Festredner des Abends, der prominenteste unter Ihnen war Thüringens Kultusminister Jens Goebel, er lobte insbesondere die Kraft und die Mitwirkung von so vielen, die diesen Mühlhäuser Spielraum haben wahr werden lassen, und nannte die Kilianikirche ein Beispiel guten Willens. Wissen Sie, dass dieses Theater noch lebt, ist einerseits der Förderung des Landes zu verdanken, ist aber andererseits auch der Förderung durch die Kommune zu verdanken, die nämlich dieses Theater leben lassen will, und ist der Kilianistiftung zu verdanken und die Kilianistiftung sind arrangierte Bürger, sind Wirtschaftsunternehmen, die wollen, dass in ihrer Stadt Kultur ist. Und da stellt sich die Fraktionsvorsitzende der CDU hin, Frau Lieberknecht, und geht davon aus, dass Kommunen oder Kreise eventuell kein Theater haben und sich an den Theatern im Nachbarkreis beteiligen sollen und dort Sperenzchen machen sollen, kann vielleicht möglich sein, aber Mühlhausen ist auch ein Beweis dafür, wie Menschen sich in einer Region, in einer Stadt für eine Kulturstätte einsetzen können. Da sollten wir wenigstens den Versuch unternehmen, dass wir neue Finanzierungsformen finden. Das Neueste allerdings, Herr Minister, war, das hat mir sehr gut gefallen,

(Unruhe bei der CDU)

Ihre Rede, die Sie wirklich in Reimen vorgetragen haben. Das war echt stark, Herr Minister, das war cool, das war richtig niedlich. Ich würde Ihnen aber empfehlen, Herr Minister, wenn Sie Ihre Grausamkeiten hier im Landtag verkünden, dass Sie das vielleicht in Reimen machen, das ist für uns dann nämlich erträglicher.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kretschmer?

Abgeordneter Kubitzki, Die Linkspartei.PDS:

Nein, am Schluss.

Herr Minister, ich will Ihnen auch ein paar Beispiele vielleicht für einen Reim geben, wenn Sie hier bestimmte Grausamkeiten verkünden wollen. Ein Beispiel wäre: „Die Hochschulen und Unis will ich als Unternehmen führen, deshalb erhebe ich Verwaltungsgebühren.“ Oder zum Thema heute: „Theater brauchen wir nicht, deshalb mache ich sie dicht.“ Und

ich komme jetzt wieder auf unsere Jugendtheater zu sprechen. Mir ist das aufgefallen, als die Kinder dort ihre Aufführungen gemacht haben, mit sehr viel Liebe, mit sehr viel Begeisterung, und dann überkam mich ein Gefühl, wo ich mir sagte, das ist eigentlich die Theatergeneration der Zukunft, die in 20 Jahren ein großes Theater besucht, die Kunst erleben will, weil sie jetzt schon als Kinder an diese Kunst herangeführt werden. Dann fiel mir eigentlich ein: Ja, wo sollen sie denn in 20 Jahren eventuell hinfahren? Mühlhausen hat die Möglichkeiten, nämlich ungefähr 35 Kilometer nach Norden können wir das Theater in Nordhausen besuchen und genau 35 Kilometer nach Südwesten können wir das Theater in Eisenach besuchen und das wird auch von Mühlhäuser Bürgern wahrgenommen. Schulklassen fahren dorthin, Privatpersonen, ganze Familien fahren dorthin. Zum Beispiel, Herr Minister, gibt es in unserer Stadt eine ältere Dame, über 80 Jahre ist sie, sie wird für ihre ehrenamtliche Tätigkeit demnächst auch auf der Wartburg ausgezeichnet mit der Thüringer Rose, die ist sehr couragiert, unter anderem seit 40 Jahren schafft es diese ältere Dame, einmal im Monat mit ihrem Theaterring, über 40 Personen, nach Nordhausen in das Theater zu fahren. Die kriegt jedes Mal den Bus voll, wenn die da hinfahren. Damit wird jetzt vielleicht ab 2009 nach Ihrem Willen, wenn es danach geht, Schluss sein. Das wäre auch für diese Menschen schlimm.

Dann noch ein Zitat, wie Sie die Presse wiedergibt, als Sie bei uns in der Stadt waren. Jens Goebel, Thüringer Kultusminister, sagt also - das muss nicht aus der Rede gewesen sein, weil Sie die ja in Reimen vorgetragen haben, vielleicht hat das unser Redakteur nicht so rüberbringen können: „Wir brauchen die Breitenkultur in unserem Land. Sie ist ein wichtiger Bestandteil in unserer Kulturlandschaft. Ich bin mir sicher, dass es vom Freistaat Thüringen auch in den nächsten Jahren die finanzielle Unterstützung für Spielstätten wie die in Mühlhausen geben wird.“ Das ist gut, das finde ich gut. Aber wissen Sie, was trotzdem dahintersteckt? Sie machen das nach dem Prinzip „teile und herrsche“, ich spiele die mal alle so ein bisschen gegeneinander aus, also ich spiele erst mal die Breitenkultur gegen die professionelle Kultur aus. Wenn ich bei Theatern sparen muss, dann habe ich mehr Geld für die Breitenkultur und, liebe Künstler im Amateurbereich, ich kann euch nicht so viel Geld geben, denn die Theater brauchen so viel Geld. Es wird auch eine Ausspielung gemacht, z.B. kam das heute in mehreren Reden zum Ausdruck, wir spielen die Theater und die Museen aus. Deshalb brauchen wir ein gesamtes Kulturkonzept für dieses Land.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Stirbt Eisenach und Nordhausen, dann stirbt auch ein Stück Kultur in diesen - wie Sie sagten, Frau

Lieberknecht - Gebieten, wo es nichts gibt, die es ganz wenige in Thüringen gibt. Aber wir sind so ein Gebiet, auch dort stirbt dann Kultur. Deshalb bin ich auch gespannt, wie meine beiden Kollegen von der CDU, Frau Lehmann und Herr Kretschmer, sich verhalten werden.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Ich wollte Sie ja fragen.)

Es wird weitere Wege auch für diese Menschen geben, die in diesen Regionen wohnen.

Noch eine Bemerkung zu Herrn Dr. Krause. Das Theater um die Ecke - da habe ich meine Probleme, wie ich diesen Begriff verstehen soll, das Theater um die Ecke ist, dann empfehle ich Ihnen, Herr Dr. Krause, dann schauen Sie sich mal eine Inszenierung in Nordhausen an, das ist große Kunst, was dort geliefert wird.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Dann sagten Sie in Ihren Ausführungen, na ja, da müssen wir ein bisschen weitere Wege in Kauf nehmen; wer Kunst sehen will, der nimmt auch die weiteren Wege in Kauf. Da muss ich Ihnen sagen, Herr Dr. Krause, der Wille ist ja da, es muss aber auch was dahinterstecken. Wer Kunst sehen will und sich leisten kann, der kann dann auch die weiten Wege in Kauf nehmen. Es ist nämlich ein Unterschied, ob ich z.B. von Mühlhausen bis nach Weimar fahren muss oder ob ich bloß 35 km bis nach Eisenach oder ob ich nach Nordhausen fahre. Das ist ein himmelweiter Unterschied, und auch das kostet Geld. Wir haben in diesem Haus heute schon genug über Armut gesprochen. Ihre Aussage bedeutet, es wird auch wieder eine Zwei-Klassen-Kultur in diesem Land geben,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

nämlich die, die es sich leisten können, diese Kultur zu genießen, und die, die dann bei RTL sonntags und wochentags nachmittags versauern werden. Das ist die Kulturpolitik, die Sie hier machen wollen in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Dann hatten Sie das letzte Mal - daran kann ich mich erinnern, Herr Minister - im Landtag auch geäußert: Ist ja alles nicht so schlimm, die Häuser werden ja eventuell bestehen bleiben. Nur wir wollen dann auch, dass das Ensemble von Weimar z.B. nach Nordhausen oder nach Eisenach fährt, und dann kann auch dort Theater gespielt werden. Das hatten wir schon mal in Deutschland gehabt, das war aber ganz

lange her. Also Mühlhausen hat da auch eine Tradition, nämlich aus dem Mittelalter. Sie degradieren wieder die Schauspielensemble, die es an unseren Häusern gibt oder die vielleicht dann übrig bleiben, zu fahrenden Komödianten, es werden wieder Gaukler und wir kehren wieder in das Mittelalter zurück.

(Unruhe bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Grüner, CDU: Sie haben ja keine Ahnung.)

Vielleicht wird dann Thüringer wieder ein Land der Mittelalterfeste, das kann schon möglich sein. Es wurde heute schon von meiner Kollegin, Frau Dr. Klaubert, auf den Zusammenhang zwischen Kultur und Wirtschaft hingewiesen, indem nämlich viele Wirtschaftsvertreter, die sich auch an Sie und an die Landesregierung gewandt haben, auch gesagt haben, die Theater in diesem Land sind ein Standortfaktor für unsere Wirtschaft. Gestern auf der Heimfahrt vom Plenum hörte ich MDR-Radio, das Kulturmagazin, und da wurde Herr von Witzleben genannt, Chef von Jenoptik, der sich zur Kulturpolitik geäußert hat, die Sie machen, und der sich vehement gegen Kürzungen im Kulturbereich ausgesprochen hat, der deutlich gemacht hat, dass Kultur für Thüringen ein Standortfaktor ist. Das sollten Sie begreifen. Und dann hat er noch eines gesagt: Die Wirtschaft ist bereit, auch für Kultur zu investieren und Sponsoring zu machen. Er machte deutlich, wenn z.B. dem Theater Weimar etwas passiert, dann wird sich Jenoptik aus dem Sponsoring von Kultur zurückziehen. Auch darüber sollten Sie mal nachdenken. Es würden dann nicht nur 10 Mio. € vielleicht für die Theater fehlen, es würde auch weiteres Geld fehlen für die Theater.

Und zum Abschluss, Herr Minister - er ist jetzt nicht da: Könnten Sie sich mal mit Ihrem Amtskollegen Minister Schliemann ins Einvernehmen bringen und sich mal berichten lassen, wie es ist - und das sind wieder meine Mühlhäuser Erfahrungen -, wenn die Bevölkerung einer Region auf die Straße geht und einer Landesregierung Druck macht, wenn Landeseinrichtungen in ihrer Region geschlossen werden sollen. Die Mühlhäuser haben gesiegt und ich hoffe, dass genug Menschen in Nordhausen, in Eisenach, in Rudolstadt, in Sondershausen auf die Straße gehen und gegen Ihre Politik Protest machen. Wir werden sie dabei unterstützen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Aber das brauchen wir wahrscheinlich nicht, denn an der Spitze der Bewegung wird ja die CDU stehen, wie uns heute gesagt wurde.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie jetzt die Nachfrage von Herrn Kretschmer?

Abgeordneter Kretschmer, CDU:

Herr Kubitzki, da ich die Frage erst am Ende Ihrer Ausführungen stellen darf, will ich noch mal rekapitulieren: Sie haben die Kilianstiftung in Mühlhausen gelobt und Frau Fraktionsvorsitzende angegriffen.

Drei Fragen, wenn ich das darf: 1. Wann waren Sie das letzte Mal im Theater? 2. Wann waren Sie das letzte Mal in Nordhausen und Eisenach im Theater? 3. Würden Sie sich im Stadtrat von Mühlhausen dafür einsetzen - Kulturraumgesetz -, dass der Stadtrat in Mühlhausen beschließt, das Theater in Eisenach und Nordhausen auch finanziell zu unterstützen?

(Beifall bei der CDU)

Abgeordneter Kubitzki, Die Linkspartei.PDS:

Ich fange mal mit der letzten Frage an, Herr Kretschmer. Das würde ich sehr wohl machen. Aber Sie wissen genau, Herr Kretschmer,

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Ich wollte Sie ja fragen.)

ich würde das machen, aber Sie wissen genau, wer im Stadtrat Mühlhausen dies nicht tun würde. Da gibt es nämlich so einen kleinen Abgeordneten von der CDU, sehr zänkisch, der selbst 3K nicht fördern wollte. Da zucken Sie die Schultern, weil Ihr den in eurem Kreisverband auch nicht in den Griff bekommt.

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS)

Wann ich das letzte Mal im Nordhäuser Theater war? Das war im Frühjahr dieses Jahres, dann war ich im Winter im Nordhäuser Theater bei der Inszenierung „Orpheus in der Unterwelt“ zum Beispiel und im Eisenacher Theater war ich mit meiner Familie.

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Die Fraktionssitzung der Linksfraktion zählt nicht.)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Du musst Dich nicht rechtfertigen wegen so einer Frage.)

Ja, aber Kultur, weiß ich, was das ist.

(Heiterkeit bei der SPD)

Vielleicht sehen wir uns mal demnächst auch, Herr Kretschmer, im 3K wieder.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Es gibt noch eine Nachfrage, Herr Abgeordneter. Bitte, Herr Abgeordneter Krauße.

Abgeordneter Krauße, CDU:

(Unruhe bei der CDU)

Vielen Dank. Ich habe nur eine ganz einfache Nachfrage: Wie schätzen Sie denn die Situation der Theater und Orchester in Thüringen ein, wenn all diejenigen, die jetzt protestieren, unterschreiben und womöglich auf die Straße gehen, einmal im Monat eine solche kulturelle Einrichtung besuchen würden?

Abgeordneter Kubitzki, Die Linkspartei.PDS:

Wissen Sie, dieses Argument habe ich schon ein paar Mal gehört, aber die Nordhäuser, die von dort kommen, daran kann ich das nämlich einschätzen, das Theater in Nordhausen ist immer voll.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat der Abgeordnete Schwäblein, CDU-Fraktion.

(Unruhe im Hause)

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Debatte über Kultur lässt erkennen, dass ihr nicht alle gewachsen sind, denn was

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Aber Theater spielen können fast alle.)

da jetzt so an Bemerkungen - Sie sind da schon ganz schön fortgeschritten, Herr Matschie, das will ich Ihnen gern zugestehen. Und ich bin auch erstaunt, dass das Thema „Kultur“, zumindest einen Teil der Rede von Herrn Gentzel doch auf einem von ihm nicht gewohnten Niveau möglich gemacht hat. Gegen Ende wurde es dann wieder etwas typisch Gentzel, denn seine Vergleiche zur Wirtschaftsförderung hinkten fürchterlich. Ich versuche, das vielleicht aufzuklären.

(Heiterkeit bei der SPD)

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Er kann sich immer geistig bücken, damit Sie ihn verstehen.)

(Heiterkeit im Hause)

Jetzt lassen wir mal lieber die Vergleiche, welche Körperteile dann plötzlich als Vollmond erscheinen, das müssen wir nicht unbedingt aufklären.

Herr Gentzel hat unterstellt, das seien 20.000 € Förderung pro Theater und im Wirtschaftsbereich ist die Förderung viel, viel höher. Herr Gentzel, vergleichen Sie bitte - wenn Sie etwas vergleichen - die Investitionsförderung in den Theatern pro Beschäftigten an diesen Häusern und die Investitionsförderungen in neu zu schaffenden Betrieben pro Beschäftigte, dann werden Sie erkennen, dass bei den vielen Millionen, die in die Rekonstruktion aller Theater Thüringens geflossen sind und glücklicherweise auch in den einzigen Neubau, den wir hinbekommen haben in Erfurt, durchaus vergleichbar ist mit dem, was in der Industrie gefördert wird. Und das anders als bei der Industrie, wo es regelmäßig keine Dauersubventionen für den Erhalt des Arbeitsplatzes gibt. Dann die von Ihnen genannten 20.000 € pro Jahr und Angestellten jedes Jahr fließen. Insoweit hinkt dieser Vergleich so fürchterlich, dass man das hier richtigstellen muss.

Wir subventionieren auf Dauer und auch gewollt die Kultur in Thüringen anders als gewerbliche Arbeitsplätze ansonsten. So weit ist das schier nicht vergleichbar. Man sollte das auch nicht vergleichen. Denn es ist eine andere Art von Wertschöpfung, die dort geschieht; einmal materiell und einmal geistig-kulturell. Ich will das bewusst auch nicht vergleichen, weil wir ansonsten diese Subvention gegenüber dem größten Teil der Bevölkerung, der sie nämlich gar nicht nutzt, nicht rechtfertigen könnten. Es gibt dort einen qualitativen Unterschied. Es muss immer wieder erstritten werden, dass wir für einen relativ kleinen Teil der Bevölkerung - da bin ich bei meinem Kollegen Dr. Krause - Herr Gentzel, dessen Namenszusatz Sie durchaus erwähnen sollten, weil wir noch einen Kollegen Krauße ohne den Dokortitel haben und vielleicht sollte ich noch einmal erwähnen, dass dieser Dokortitel zum Namen dazugehört, insoweit ist das nicht Eitelkeit, sondern Korrektheit im Umgang mit Kollegen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Danke für die Belehrung.)

(Beifall bei der CDU)

Es sollte an dieser Stelle deutlich werden, dass wir zu rechtfertigen haben, dass wir viel Geld für einen kleinen Teil der Bevölkerung ausgeben, für deren zugegebenermaßen berechtigten kulturellen Bedürfnisse. Dass das keine Massenerscheinung ist, der Besuch in Theatern und Orchestern, haben wir schon mehrfach gesagt. Wenn alle, die demonst-

rieren - und vielleicht ist Herr Kubitzki dann auch dabei - bereit wären, nicht nur gelegentlich ein Theater aufzusuchen, sondern seinen Protest dadurch auszudrücken, ein Abonnement zu nehmen, Herr Kubitzki, dann würden wir bei Theatern und Orchestern bei den Besucherquoten und bei der Eigenfinanzierungsquote weitaus besser dastehen. Wenn Sie zum Protest aufrufen, bitte verteilen Sie auch gleich die Abo-Anträge. Dann nehme ich auch Ihren Protest ein Stück ernster. So wie Sie aber hier vorgetragen haben, hat mich das wohl sehr an Ihre Armeezeit erinnert. Ich bin ganz sicher, bei dem Tonfall, den Sie angeschlagen haben, dass Sie dort Politoffizier waren. Vielleicht können Sie mich eines Besseren belehren. Das ist jetzt eine Unterstellung von mir. Aber es liegt nahe. Dieses Niveau muss doch wirklich nicht sein.

Selbst wenn es zu strukturellen Veränderungen in der Theater- und Orchesterlandschaft kommt und kommen muss, ich kann gern noch mal darauf eingehen - ich habe es ja vor ein paar Wochen schon mal getan - ist damit nicht die Schließung der Häuser verbunden. Dies auch nur unterschwellig zu unterstellen, ist - ich sage es nur mal höflich vorsichtig - einfach nicht redlich.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Von wegen. 70 Prozent, Herr Schwäblein, wenn 70 Prozent geschlossen werden.)

Mir würden im Allgemeinen und bei Ihnen im Besonderen da noch ganz andere Adjektive einfallen. Es ist auch nicht redlich, die Häuser und die Ensembles, die unterwegs sind zu Gastspielen so herabzuwürdigen, wie Sie das mit den Gauklertruppen des Mittelalters verglichen haben.

(Unruhe bei der SPD)

(Beifall bei der CDU)

Das haben diese Damen und Herren, die sich viel Mühe geben, mit ihren Orchestern, mit ihren Inszenierungen über den Dunstkreis des Stammortes hinaus aufzutreten, schier nicht verdient. Dass Reisetheater nicht gleichzusetzen ist mit geringer Qualität, das sollten Sie sich mal von den Kulturschaffenden selber sagen lassen.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Erzählen Sie das mal in den Theatern.)

Oder Sie wiederholen dort Ihren Vorwurf.

(Beifall bei der CDU)

Oder ist es Ihnen vielleicht entgangen, es gibt hervorragende Gastspiele auch Thüringer Ensembles

im Ausland. Gehen Sie nach Weimar und beleidigen Sie das Haus in Weimar wegen des Gastspiels in der Schweiz. Sie haben hervorragende Visitenkarten dort hinterlassen ob der Qualität, die damit geboten war. Erzählen Sie

(Unruhe bei der SPD)

das bitte den Erfurtern, die gerade in Amsterdam hervorragend aufgetreten sind, und nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die Amsterdamer Oper ein abschließliches Beispielhaus ist.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das hat der vorhin aber anders erzählt.)

Das ist doch nicht negativ, wenn man sich die besten Ensembles der Welt zu Gast holt, und das ist übrigens regelmäßig preiswerter - diese Erkenntnis sollten Sie einmal schlicht an sich heran lassen -, als wenn man jegliche Produktion selber stemmen will. Dann kommt unsere Thüringer Realität dazu. Wir haben punktuell wirklich hervorragende Inszenierungen, müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass die häufig nur ein einziges Mal zur Aufführung gelangen, wenn es gut geht, ein zweites und ein drittes Mal. Da muss gefragt werden dürfen, ob wir uns das auf Dauer so leisten können. Da kommt eben die Antwort angesichts der allgemeinen Finanznot: Nein. Da muss jetzt die Frage beantwortet werden, insbesondere von den kommunalen Trägern: Stemmen wir das, was an finanziellen Mehrforderungen auf uns zukommt in Zukunft oder stemmen wir es nicht?

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Das ist doch lächerlich!)

Herr Döring, das ist nicht lächerlich. Das wird immer dramatischer. Herr Gentzel hat es durchaus zu Recht ausgeführt, es ist in den letzten Jahren schon zu wesentlichen Einschnitten gekommen und auch ohne die nötige Kürzung des Landes, und das hängt damit zusammen, dass wir finanziell einfach nicht mehr können, und das Berliner Urteil gestern sollte doch noch in einigen Ohren klingen und ich hoffe, in allen. Wir werden sonst irgendwann von einem Verfassungsgericht genötigt, Ausgaben einzuschränken. Also diese finanziellen Einschnitte sind doch schon überall mit Qualitätsverlust einhergegangen. Überall gehen diese finanziellen Einschnitte mit Qualitätsverlust einher, sei es nur deshalb, weil dann Orchester nicht mehr so viele Stellen haben können. Dann ist ein Qualitätsverlust damit verbunden, dass dann dieses Ensemble nicht mehr die ganze Musikkultur spielen kann. Dies ist eine Einschränkung der künstlerischen Bandbreite und damit an sich schon ein Qualitätsverlust. Warum will man diese Wahrheit nicht an sich heranlassen? Man könnte das weitere Schrumpfen so laufen lassen. Aber irgend-

wann wird es auch inhaltlich durchschlagen. Es wird am Ende schwierig werden, diese kleinen Orchester noch zu rechtfertigen.

Es sind einige schmerzhaft Wahrheiten, mit denen wir uns befassen müssen. Wir merken es jetzt auch schon im Bereich der Kindertagesstätten; wir merken es im Bereich der Schulen. Wir haben da Strukturen, bei denen wir uns fragen müssen: Stehen wir das so auf Dauer durch? Die kleinsten Schulen, die geringsten Klassenfrequenzen, das macht es regelmäßig teuer. Ist das angesichts einer schrumpfenden Bevölkerung in manchen Landesteilen tatsächlich durchstehbar, dass wir dann Kindergärten noch mit einer Gruppe, die noch halb besetzt ist, erhalten?

(Zwischenruf Abg. Reimann, Die Linkspartei.PDS: Schaffen Sie doch das ...System ab.)

Das ist doch ein Quatsch hoch drei. Dann führen wir eine Gesamtschule ein, die Fünfzügigkeit verlangt, und dann ist die Flächendeckung gleich weg. Diskutieren Sie bitte da nicht mit mir, sonst werde ich gleich etwas heftig.

Deshalb müssen wir uns auch fragen, ob wir tatsächlich an allen Stellen, wo bis jetzt noch Produktion, eigene Produktion geschieht, dies auf Dauer so durchstehen oder ob wir nicht die Empfehlung geben, mehr können wir nicht tun, wir sind nicht in der Trägerschaft, ob nicht das eine oder andere Haus sich auf den Weg zum Beispieltheater begibt und damit Qualität auch auf Jahre und lange Zeit und hoffentlich auf Dauer sichern kann. Im Moment versuchen Sie, Herr Gentzel, andere Abgeordnete durch den Lokalbezug in Stellung zu bringen: Ihr müsst, ihr müsst, ihr müsst! Am Ende muss es aber eine Gruppierung geben, die das aufaddieren muss, ob es dann noch aufgeht. Dann sind Sie regelmäßig nicht dabei, wenn es darum geht, Zustimmung zum Landeshaushalt hier zu gewährleisten. Da sind Sie nicht zu finden.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Das stimmt doch gar nicht.)

Da sind Sie regelmäßig unterm Tisch oder Sie heben die Hand nicht an der richtigen Stelle, dann lehnen Sie den Landeshaushalt ab, zumindest die letzten Jahre. In der Großen Koalition haben Sie es noch getan, da haben Sie sich noch in Verantwortung gefühlt.

(Unruhe bei der SPD)

Damals haben Sie auch noch für die Streichung des Suhlers Orchesters gestimmt, Herr Gentzel. Das ist

aber weithin vergessen. Das hat Herr Schuchardt, das hat Ihr Minister damals versucht und hat es nicht durchgestanden.

(Beifall bei der CDU)

Da war er in der Erkenntnis ein Stück weiter als Sie. Da tun Sie mal nicht so, als seien Sie nicht dabei gewesen.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Na klar bin ich dabei gewesen.)

Nein, das ist alles belegt. Jetzt ist man in der Opposition, man kann locker sagen: Ihr müsst unbedingt alles finanzieren! Jetzt wird es spannend. Wenn wir das Kulturraumgesetz umsetzen wollten, ich sage voraus, das wird angesichts der Gutachten, die vorliegen, als man versuchte, Zwangsstrukturen im Abwasserbereich zu wählen, bis jetzt rechtlich von Verfassungsrechtlern nicht als möglicher Weg geöffnet. Ich bekenne angesichts des Wildwuchses, den wir in diesem Bereich hatten und auch heute noch zu beklagen haben: Ich war bereits 1993, 1994 für kommunale Zwangsverbände.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Aber es hat keiner gemerkt!)

Nein, ich habe es hier laut gesagt zusammen mit meinem Kollegen Kniepert - im Protokoll nachzulesen. Sie sind ja wohl des Lesens kundig, das unterstelle ich jetzt mal, da können Sie dann bitte nachschauen.

(Unruhe bei der SPD)

Wir haben von kommunalen Zwangsverbänden gesprochen und damals hat uns Herr Gnauck - Herr Matschie, Sie sind doch da in Berlin rumgeschwommen, erkundigen Sie sich doch mal, was hier los gewesen ist.

(Unruhe bei der SPD)

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Keine Unterstellung!)

Sie können sich doch durchaus mal sachkundig machen. Sie sollten in Ihrer Funktion in der Lage sein, sich sachkundig zu machen, bevor Sie hier den Mund so weit aufsperrn und krähen. Mehr ist das jetzt bitte nicht.

(Beifall bei der CDU)

Damals in dieser Debatte ist Herr Gnauck als Geschäftsführer des Gemeinde- und Städtebundes aufgetreten.

(Unruhe bei der SPD)

Sie können doch einfach mal zuhören oder sind Sie dazu nicht in der Lage? Nein, gut, dann gehen Sie besser raus.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich reden, Sie können mir gern entgegenkommen. Ich bestehe drauf, dass ich jetzt das Wort hier vorne habe und nicht Sie. Soweit sollte die Kultur noch reichen, wenn wir über Kultur debattieren.

Herr Gnauck hat zum damaligen Zeitpunkt auf kommunaler Eigenständigkeit beharrt und da ist es zu den Fehlentwicklungen gekommen. Jüngste Überlegungen, vielleicht doch noch die Strukturen zu bereinigen, auch mit einem Landesgesetz, sind uns bisher als nicht erfolgreich signalisiert worden. Und ich habe in gleichem Maße Zweifel, ob wir kulturelle Zwangsstrukturen, eine solche Aktion würde damit einhergehen, wenn wir Kulturräume definieren und Kommunen zwangsweise in einen Verband zwingen wollen, ob uns das verfassungsrechtlich gelingen würde. Ich habe da berechtigte Zweifel. Nach dem Urteil zu den Finanzen, das Sie, Herr Matschie, und andere erstritten haben, ist es hochwahrscheinlich, dass bei finanziellen Mehrausgaben von Kommunen, und, Herr Kubitzki, da ist dann vermutlich auch Mühlhausen mit dabei, ob dann nicht in der Folge das Land verpflichtet wäre, diese Mehrausgaben, die durch das Landesgesetz kämen, dann zu erstatten. Spätestens dann wäre der Landeshaushalt erneut überfordert. Also es gibt zwei jetzt schon erkennbare rechtliche Probleme. Das eine, ob wir Zwangsstrukturen überhaupt einführen dürfen im kommunalen Bereich, und zweitens, ob wir dann nicht mit den dann verordneten Mehrausgaben in einzelnen Kommunen auf einmal zu Ersatzleistungen verpflichtet wären. Und das Beides lässt es uns geraten erscheinen, diesen Antrag unbedingt an die Ausschüsse zu überweisen, um darüber so gründlich und vorab zu diskutieren, bevor Sie jetzt, Herr Döring, heute geschehen, Hoffnungen wecken, die aller Voraussicht nach nicht zu erfüllen sein werden. Deshalb muss man auch Opposition ermahnen, eine ehrliche, eine nüchterne, eine realistische Debatte in diesem Bereich zu führen, denn Hoffnungen sind schnell geweckt und die Enttäuschungen sind Sie dann nicht bereit mitzutragen, sondern dann sind Sie in der Schuldzuweisung ganz fix wieder dabei, das hat ja dann die große Mitte in diesem Hause nicht vermocht und wir hätten ja so gerne ... und die Krokodilstränen sind kaum noch zu trocken. Deshalb setzt erst das Nachdenken ein und dann sollte man sich darüber öffentlich äußern. Bei der Frage sollten wir auch Ihre restlichen Anträge überweisen, da kann ich meiner Fraktionsvorsitzenden nur recht geben, so wie Sie sich in der Presse vorab geäußert haben, ha, jetzt

können wir die endlich mal vorführen, deshalb ist es mehr als gerechtfertigt, genau das zu machen, was vorgeschlagen ist, nämlich auch diese Anträge zu überweisen,

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: ... Zeit zu sprechen.)

um die Sachlichkeit hinter verschlossenen Türen, und das unterstelle ich allen Ausschüssen, dort ist sie regelmäßig möglich, auch in dieser Materie zu ermöglichen.

(Beifall bei der CDU)

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Abgeordneter Schwäblein, wegen der Sachlichkeit erteile ich im Nachhinein einen Ordnungsruf für „Quatsch hoch drei“. Das Wort hat die Abgeordnete Leukefeld.

(Heiterkeit bei der SPD)

Abgeordnete Leukefeld, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, vorab gebe ich gleich eine Stellungnahme ab, ich war am 11. Oktober das letzte Mal im Konzert und am 01.11. werde ich mit meiner Fraktion und hoffentlich mit vielen anderen Stadträten das nächste Mal gehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU, SPD)

Es scheint außerordentlich lustig zu sein.

(Zwischenruf Abg. Fiedler: Hoffentlich bezahlen Sie auch.)

Seit vielen Jahren und das war nicht das erste Mal, dass ich in einem Konzert war. Ich bin groß geworden mit Konzerten.

(Zwischenruf Prof. Dr. Goebel, Kultusminister: Seit vielen Jahren?)

Ich frage mich, über was für eine Kultur wir hier reden, hat Herr Dr. Krause vorhin gesagt. Das frage ich mich auch. Vielleicht sollte man erst einmal ein bisschen über politische Kultur reden.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Aber ich wollte gern, und zwar ganz unpopulistisch, Frau Lieberknecht, die Frage stellen: Was ist der Anspruch an Thüringer Kultur? Ich meine es auch so, also unpopulistisch. Ich würde in die Debatte gern

meine Meinung einbringen und sagen, Kultur ist nicht nur ein Bereich gesellschaftlichen Lebens, wie fälschlicherweise oft gesagt wird, sondern Kultur offenbart das Wesen eines Volkes. Sie macht sichtbar, auf welche Weise Menschen leben, was ihnen wichtig ist und was sie vernachlässigen. Dazu gehört, was Identität und Lebensweise prägt. Kultur deckt auf, welchen Wert den Dingen, den Eigenschaften und den Kulturgütern beigemessen wird. Kultur weist auch aus, von welcher Qualität das Gefüge einer Gesellschaft ist. Ich glaube auch, Kultur ist nicht aufteilbar in Hochkultur, in Breitenkultur oder in Freizeitkultur.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Sie prägt in ihrer Gesamtheit -

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU: Spitzenkultur.)

ja, Hochkultur kann man auch Spitzenkultur nennen, das ist mir egal. Kultur ist erst einmal eine Gesamtheit und die hat viele Facetten. Sie wird von Spitze, von Breite und von Vielfalt geprägt. Das auseinanderzuidividieren und das eine gegen das andere aufzurechnen, halte ich für verfehlt.

Meine Damen und Herren, mit dem Kürzungsprogramm, das die Landesregierung hier angehen will, gehen Sie schon, wenn man diesen Aspekt der Kulturbetrachtung zugrunde legt, an die grundlegenden Pfeiler, so wie sich Kultur hier traditionell in Thüringen entwickelt hat und weiterentwickeln soll. Wenn immer wieder nur die Frage nach den Finanzen gestellt wird - die ist ja relevant und die ist wichtig, die will ich auch nicht unterschätzen -, dann muss hier vielleicht - ich weiß nicht, zum wievielten Mal - gesagt werden, dass wir in Thüringen über eine Kulturquote von 1,3 Prozent sprechen und dass 0,6 Prozent noch von den Kommunen draufgelegt werden. Wir reden über einen Anteil von weniger als 2 Prozent. Ich denke, deshalb ist es falsch, diesen Prozess so fortzusetzen, der zu weiterem Kulturabbau, zur Entsolidarisierung und auch zur kulturellen Verarmung führt. Der geplante Wegfall des Landeszuschusses für die Thüringen Philharmonie Gotha-Suhl in Höhe von 1,8 Mio. € - und das wissen Sie auch - ist durch nichts zu kompensieren und bedeutet das Aus für dieses Orchester.

Herr Minister Goebel, ich gehe davon aus, dass Ihnen der Begriff „Minister“, abgeleitet aus dem Lateinischen, durchaus geläufig ist. Minister heißt Diener.

(Unruhe im Hause)

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Das müssen Sie uns nicht erklären.)

Ja, das wissen Sie? Dann frage ich mich, ob ihm immer bewusst ist, dass er der oberste Diener von Kultur und Bildung in diesem Land ist.

(Zwischenruf Prof. Dr. Goebel, Kultusminister: Das weiß ich ja.)

Das frage ich mich schon.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Lassen Sie mich etwas zur Geschichte der Thüringen Philharmonie sagen, die 1953 in Hildburghausen gegründet wurde als ein Orchester, was sich in diesen mehr als 50 Jahren bedeutend entwickelt hat. 1953 gegründet - da muss ich Ihnen sagen, da gab es vielleicht auch andere Themen und anderen Probleme, wo man sich hätte anders entscheiden können als genau für die Gründung eines solchen Orchesters, was ich schnell entwickelt und ausgedehnt hat auf die Stadt Suhl, auf Anrechtskonzerte in vielen Spielorten in Südthüringen. Es gab ländliche Musiktage, Schüler- und Jugendkonzerte, Festtage zeitgenössischer Musik und es gehörte eben zum festen Programm mit öffentlicher Resonanz über viele Jahre mit wachsender Qualität.

Meine Damen und Herren, wer heute noch die Konzertbusse über Land aus Sonneberg und Hildburghausen in Suhl oder Gotha sieht, der weiß, was auch damit an kultureller Identität gestiftet wurde. Nicht nur die Beziehungen von vielen Anrechtsbesuchern oder Gästen, Besuchern von Konzerten ist dafür ein Ausdruck, sondern es wäre auch zu sagen, was sich im Umfeld dieses Orchesters in vielen Jahren entwickelt hat; 1972 entstand der Suhler Knabenchor, 1976 formierte sich die Singakademie, 1977 ein Männerchor, 1978 wurde ein Jugendchor angeschlossen. Ich will das deshalb hier ansprechen, weil ich deutlich machen will, welche Wirkung und Ausstrahlung und auch praktische Einflussnahme auf die breite Entwicklung von Kultur von diesem Orchester ausgingen. Nach der Wende erfolgten die bekannten Kürzungen und 1997 der Beschluss der Landesregierung, das Orchester aufzulösen. Dieser Beschluss wurde von Musikern, von Künstlern und von Personen des öffentlichen Lebens, Frau Klaubert hat es schon angesprochen, mit einem großen Hungerstreik beantwortet. Das war auch kein Populismus. Dieser Hungerstreik hat international großes Aufsehen erregt und auch zu großer Solidarität geführt. Eines muss man auch sagen, bekanntermaßen war das Orchester aber immer bereit, Kompromisse und Lösungen zu suchen; letztlich führte das ja auch zur Neugründung der Thüringen Philharmonie Gotha-

Suhl, die im Grunde genommen eine Fusion mit dem Orchester war, bei dem die Anzahl der Musiker deutlich reduziert wurde. Es gab Gehaltsverzichte und andere Sparmaßnahmen, auf die sie auch eingegangen sind. Fakt für Thüringen ist jedenfalls: Durch Auflösung und Fusion hat Thüringen inzwischen 7 ½ Orchester verloren und die Zahl der Orchestermusiker in Thüringen hat sich um 424, das sind 40 Prozent, verringert.

Meine Damen und Herren, Herr Minister, was Sie 1997 mit der Auflösung nicht schafften, soll jetzt erreicht werden. Sie nutzen dabei gnadenlos aus, dass es natürlich Probleme des Zusammenwachsens zwischen beiden Orchestern gibt, und dass der ausgehandelte Sozialplan zumindest für die ehemals Sühler Kollegen wirklich nicht optimal ist. Ich verrate hier auch kein Geheimnis, dass es heute ganz aktuell immer noch bei einer Reihe von Musikern die Hoffnung gibt, die Landesregierung könne im nächsten Jahr durch eine milde Gabe noch einmal ein Stück des Orchesters retten. Ich will Ihnen deutlich sagen: Diese Politik von „teile und herrsche“ vertritt ich nicht. Die Zuschüsse von kommunaler Ebene, da haben sich die Zuwendungsgeber bekannt, sollen auch im künftigen Vertrag stabil bleiben. Die Kommunen sind auch nicht auf Rosen gebettet. Ich will es noch einmal sagen: Suhl hat sich klar bekannt zu 500.000 €, Gotha fördert mit 383.980 € und der Landkreis Gotha mit 767.960 €. Das sind in der Summe 1,6 Mio. € und fast 50 Prozent gemessen an dem Anteil von 1,8 Mio. € Landesförderung. Ich fordere Sie hiermit auf, wenigstens den gleichen Anteil, den Suhl, Landkreis Gotha und Gotha aufbringen, in der Landesförderung zu behalten.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich möchte Sie auch darüber in Kenntnis setzen, dass der Stadtrat Suhl am 27.09. einen Beschluss gefasst hat - übrigens mit 21 Jastimmen, 5 Neinstimmen und 4 Stimmenthaltungen -, dass es erstens eine Aufforderung an die Landesregierung geben soll, die geplante Kürzung bei der Thüringen Philharmonie zurückzunehmen, und zweitens die Abgeordneten des Thüringer Landtags aufgefordert werden, sich für den Erhalt der Theater- und Orchesterlandschaft in Thüringen einzusetzen. Insbesondere der Kollege Wehner von der CDU und die Frau Leukefeld wurden aufgefordert, sich aktuell hier im Landtag und gegenüber der Landesregierung dafür einzusetzen. Ich gehe ja davon aus, dass Herr Wehner dann auch noch das Wort ergreift.

Ausdrücklich unterstützen will ich die Initiative des Abgeordneten Baumann - ich habe das heute in der Presse gelesen - mit der Aufforderung an die CDU-Kollegen aus Südthüringen, das hier gleichzutun und für den Erhalt der Thüringen Philhar-

nie einzutreten. Ich will Ihnen auch sagen, dass wir gleichzeitig im Stadtrat beschlossen haben, in der Region gemeinsam mit der Wirtschaft und den Akteuren des Tourismus auch nach weiteren Wegen zu suchen, um Einnahmemöglichkeiten und eine höhere Effektivität und finanzielle Unterstützung für die Thüringen Philharmonie Gotha-Suhl zu finden. Ich jedenfalls will diesen Auftrag ernst nehmen. Deswegen trete ich nachdrücklich dafür ein und deswegen spreche ich auch hier. Deshalb fordere ich Sie auf, streichen Sie die 1,8 Mio. € nicht! Erhalten Sie die Qualität dieses Orchesters und seine kulturelle Ausstrahlungskraft, und zwar in Thüringen und auch außerhalb von Thüringen!

Abschließen möchte ich gern mit einem kurzen Zitat, wenn ich darf, von Bundestagspräsident Norbert Lammert, nicht Linkspartei.PDS, sondern CDU, der sagt: „Zur Konsolidierung öffentlicher Haushalte sind Kulturetats völlig ungeeignet. Dafür ist ihr Anteil an den Gesamtausgaben zu gering und ihre Bedeutung zu hoch.“ Recht hat er!

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hahnemann, Die Linkspartei.PDS.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich sage es wie meine Kollegin Leukefeld auch vorab, nur ein bisschen anders als sie: Ich werde Fragen danach, wann ich das letzte Mal im Theater war, nicht beantworten. Das, Herr Schwäblein - wo ist er? - hat für mich auch etwas mit „Spitzelkultur“ zu tun.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Hochverehrte Frau Kollegin Lieberknecht - sie ist auch nicht mehr da, schade, ach so -, ich bin so wie Herr Gentzel nicht enttäuscht, aber - ich würde eher sagen - erzürnt gewesen über den Vorwurf, die Fraktionen hätten sich mit den Anträgen ein intellektuelles Armutszeugnis ausgestellt. Ich antworte frank und frei: Diese Einlassungen der Fraktionsvorsitzenden der CDU waren ein politisches Armutszeugnis. Genau über diese Probleme im Zusammenhang mit Kulturförderung in Thüringen möchte ich reden, nämlich über den Zusammenhang von politischer Kultur und Kulturpolitik. Ich habe mit dieser ganzen Art und Weise, wie die Diskussionen momentan geführt werden, ein Problem. Da will ich den CDU-Kollegen aus Rudolstadt und Saalfeld gar nichts unterstellen, ich setze einfach voraus, dass sie sich für das Haus, das von den Angelegenheiten betroffen ist, auch ein-

setzen. Ich finde die Politikmethode falsch, weil sie komplett falsch durchschlägt. Wir haben es sowohl in der Landesregierung, im Handeln der Landesregierung, als auch mit dieser demütigen Unterordnung des Landtags unter diese Art von Politik mit einer Finanzdominanz zu tun. Das ist zunächst schon einmal etwas, das Kultur absolut nicht verträgt. Das weiß im Grunde genommen jeder, der sich in diesem Bereich ein bisschen auskennt. Herr Minister, verzeihen Sie mir den etwas drastischen Ausdruck: In den letzten Monaten machen Sie mir den Eindruck, wie ein von der Finanzministerin gerittener Elefant, der die Kulturlandschaft niedertrampelt. Das verträgt Kultur auch nicht. Ich erinnere Sie an Ihre Veranstaltung in Rudolstadt, wo Sie im Grunde genommen zugegeben haben, indirekt zugegeben haben, ein wirkliches Konzept gibt es nicht. Das hat Ihnen Herr Dr. Krause auch bestätigt. Sie bringen den finanziellen Rahmen, und nun muss man sehen, wie man mit diesem finanziellen Rahmen umgeht, wie man ihn ausfüllt oder nicht ausfüllt, wie man damit zurande kommt. Das ist doch keine Politik, das ist doch aber schon gar keine Kulturpolitik. Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wundern Sie sich doch bitte nicht, wenn die Alternative diese vier Anträge sind. Die werden doch durch diese Art und Weise des Herangehens regelrecht erzwungen. Man kann doch nicht zuerst sagen: Jetzt nehmen wir euch erst einmal einen ganz großen Teil dessen, was ihr braucht, weg, und dann reden wir mit euch eventuell sogar noch über Qualitätssteigerung. Das begreift kaum jemand. Ich bin gern bereit, über Qualitätssteigerung zu reden.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Das Zweite, und da wird es wirklich zur Torheit, Herr Minister, ist ein sozialpolitisches Problem. Bei der Arbeitslosigkeit, die wir haben, bei den Problemen mit Hartz IV, die wir haben, halte ich es für einen Grundfehler von Kulturpolitik, so zu agieren, wie es die Landesregierung vorhat. Diese ganze Unterschichtendebatte war noch nicht da, als Sie Ihre Pläne vorgestellt haben, aber die Armut, die war da.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Die haben Sie gekannt, die haben wir gekannt, die haben alle hier im Haus gekannt. Ich muss ganz ehrlich sagen, in Zeiten, wo der gesellschaftliche soziale Friede von einer solchen Armut bedroht wird, da darf man alles tun, aber nicht noch die Bildungsidentität, die Kulturidentität dieser Leute riskieren. Das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich halte es für zynisch, meine Damen und Herren, wenn sich dann jemand hier hinstellt und sagt, dann

sollen doch bitte schön möglichst diese Leute auch noch ins Theater gehen oder gar ein Abo kaufen. Wo leben Sie denn, meine Damen und Herren?

Die nächste Torheit, Herr Minister, ist wirtschaftspolitischer Art. Das Städtedreieck im Saalebogen, dessen Bestandteil Rudolstadt ganz wesentlich von Heidecksburg und Theater lebt, das unterminieren Sie mit derartigen Risiken, die Sie dieser Theaterkooperation mit dem ...

(Zwischenruf Prof. Dr. Goebel, Kultusminister: Quatsch!)

Nein, das ist kein Quatsch, Herr Minister. Ich will jetzt gar nicht über diese ganze Standortphilosophie reden. Es ist doch nicht zufällig, dass es eine Unternehmerinitiative gibt, die sich jetzt für die Theater- und Orchesterlandschaft insbesondere in dieser Region, aber auch darüber hinaus, stark macht.

Und eine dritte Torheit, das ist die rein kulturpolitische oder die kulturpolitische im engeren Sinne: Da war mal von finanzierter Bedenkzeit die Rede. Die Einrichtungen haben diese Bedenkzeit nicht nur durch Bedenken genutzt, sondern durch Gestaltung und jetzt kriegen die das gedankt. Die haben gestaltet, die haben Kooperationen aufgebaut, die haben breitenkulturelle Initiative entfaltet. Wir können uns gern irgendwann darüber unterhalten, was im Einzelnen dahintersteht. Aber jetzt bekommen sie es dahin gehend gedankt, dass das Land den Finanzrahmen um mehr als ein Fünftel, fast um ein Viertel kürzt, insgesamt gesehen 3,1 Mio. € plus 3,2 Mio. €, 1,5 Mio. € weg davon, also mindestens ein Fünftel. Und das - und da stimmt dann das, was Herr Dr. Krause gesagt hat nicht - nicht etwa vor dem Hintergrund halbleerer Theater - Rudolstadt kann auf 85 Prozent Auslastung verweisen und Rudolstadt kann auf unwahrscheinlich viele Initiativen verweisen. Wo ist denn die Legitimation für dieses Vorgehen? Die Argumentation von Herrn Dr. Krause war auf jeden Fall diese Legitimation nicht. Wie soll denn diese Lücke geschlossen werden? Gehen Sie denn wirklich davon aus, dass die Häuser - so wie Herr Schwäblein meint - offen bleiben können? Ganz offensichtlich hat ja Herr Schwäblein gemeint, man muss die Häuser nicht schließen, man kann ja die leeren Gebäude dann offen lassen. Glauben Sie denn ernsthaft, es wird irgendwie ein Geldgeber kommen, wie weiland Pallas Athene aus dem Haupte des Zeus? Das kann ich nicht nachvollziehen. Ich glaube, dass die Debatte auch insofern unter einem ungenuten Stern steht, als die ganzen Diskussionen über Qualität von Theatern, das vernichtende Urteil über Hochkultur - ich stehe der Hochkultur auch nicht unkritisch gegenüber - aber das vernichtende Urteil über Hochkultur, ohne zu sagen, wo denn tatsächliche Alternativen liegen, das halte ich für verantwortungslos. Da ist mir völlig

gleichgültig, wer sich im Grab umdreht, weil diese Rotationsbewegungen von Leuten, die seit mehreren Jahrhunderten oder zumindest seit mehr als einem halben Jahrtausend sind, die berühren mich dabei relativ wenig. Wir müssen die Leute im Auge haben, die heute Kultur genießen oder denen heute Kulturgenuss vorenthalten bleibt. Und da, glaube ich, macht Thüringen momentan alles andere als Kulturpolitik, sondern Thüringen macht eine Politik der Unkultur und das hat verheerende Folgen für die Gesellschaft. Man sollte, glaube ich, auch eines nicht vergessen, der Gegensatz von Kultur ist nicht unbedingt Unkultur. In politischen Entwicklungen führt es meistens zu einem ganz anderen Gegensatz, nämlich zur Barbarei.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Abgeordneter Hahnemann, ich gebe Ihnen einen Ordnungsruf für Ihren Ausdruck „... ein von der Finanzministerin gerittener Elefant“.

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Ich erteile das Wort der Abgeordneten Becker.

Abgeordnete Becker, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, in Nordhausen gibt es eine Arbeitsaufteilung, die wollte ich Ihnen auch einmal kundtun. Erstens, die beiden Minister, die seit kurzer Zeit in Nordhausen wohnen.

(Zwischenruf Dr. Zeh, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Schon länger.)

Herr Zeh schon länger, Herr Reinholz wohnt erst seit einem Jahr ungefähr mit offizieller Wohnanschrift in Nordhausen. Ist doch egal, darüber wollen wir ja nicht diskutieren, es ist auch nicht entscheidend, Herr Dr. Zeh. Ich wollte ja nur anfangen, um über die Arbeitsteilung in Nordhausen zu reden. Das sind die beiden, die in die Premierenveranstaltungen gehen, wie das letzte Mal den Freischütz, nach dem Plenum, weil sie ja in dem Vorteil sind, ein Ministerauto fahren zu können und deshalb schnell genug von dem Plenum nach Nordhausen zu kommen. Diese Leistung können wir, Herr Primas und ich, nicht in Anspruch nehmen.

(Zwischenruf Dr. Zeh, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Ich muss auch nur die Verkehrsregeln einhalten, Frau Becker, das hat nichts mit dem Auto zu tun.)

Es ist doch nur als Beispiel genannt. Zweitens, Herr Primas lässt sich dann, muss man ja sagen, in einer Podiumsdiskussion für die Kürzungsvorschläge ein bisschen verprügeln, das darf ich so sagen, er hatte an dem Abend keinen leichten Stand in Nordhausen. Herr Buse war nicht eingeladen, gut, das ist noch ein anderes Problem in Nordhausen, er hat ja keine Wurzeln in Nordhausen und ich gehe dann auf die Demos und stelle mich den Bürgerinnen und Bürgern in der Diskussion. Das ist ja eine Arbeitsteilung, mit der kann man umgehen in Nordhausen, das ist ja okay. Das Nordhäuser Theater wurde 1917 gegründet. Ich weise nur darauf hin, dass das während eines Weltkriegs war. Meiner Meinung nach ist das das einzige Theater in Deutschland, das während eines Krieges fertiggestellt und auch in Betrieb genommen wurde. Das hat vielleicht als Ursache, dass die Nordhäuser auch ein bisschen Verbundenheit mit diesem Theater zeigen und nicht verstehen können, warum der Minister kurz vor dem 90. Geburtstag dann vorsieht, die derzeitigen Fördermittel von 4,9 Mio. € des Landes ab 2009 auf 1,5 Mio. € zu senken.

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Und das in Friedenszeiten.)

Das ist ein Eingriff in die Struktur, ohne Frage. Und, Herr Minister - das sind Friedenszeiten, ja, Gott sei Dank -, erklären konnten Sie mir das ja das letzte Mal auch schon nicht. Ich habe gefragt, warum gerade das Nordhäuser Theater? Warum 70 Prozent Kürzungen in Nordhausen? Wir sind neben der A4, ich brauche das nicht alles zu wiederholen, die einzige bespielte Kulturstätte, die es oben in dem Sinne gibt. Wir haben einen Einzugsbereich, wenn ich das als Abgeordnete aufzählen soll, da gibt es einen Ministerpräsidenten in Heiligenstadt, zwei Abgeordnete der Linkspartei aus Heiligenstadt, Frau Tasch aus Küllstedt, Herr Günter Grüner und Frau Holbe aus Sonderhausen, das Loh-Orchester, das auch in dem Sinne zum Theater Nordhausen gehört, weil das Loh-Orchester ja gemeinsam mit dem Nordhäuser Theater eine GmbH darstellt, also, von dem Aufzählen der Landtagsabgeordneten, die diese Region betreffen und davon ausgehend, dass auch die CDU-Fraktion einige in ihren Reihen sitzen hat, gehe ich mal davon aus, dass der Haushalt, wenn wir ihn denn dann beschließen dürfen, 2009 diese Kürzungen nicht mehr vorsehen wird. Bei Ihnen ist doch auch vollkommen klar, Herr Minister Goebel, dass die kommunalen Träger - das sind die Stadt Nordhausen, die Stadt Sonderhausen, der Kyffhäuserkreis und der Landkreis Nordhausen, der ja dank der Mitwirkung von Herrn Primas in diesem Jahr auch keinen Haushalt hat - überhaupt nicht in der Lage sind, diese Finanzmittel aufzubringen oder zu ersetzen. Ich glaube, das ist Ihnen schon bewusst. Wir fragen uns immer auf diesen Veranstaltungen, wo ich ja jetzt

auch öfter bin, warum diese Kürzungen in Nordhausen; auf welche Strukturmaßnahmen oder auf welche Konzepte führen Sie denn das zurück, dass gerade in Bezug auf das Theater Nordhausen, das einzige, das im Norden vorhanden ist, so gekürzt werden muss. Sie können es uns doch sagen. Ist das die schlechte Qualität, die ja aber Herr Dr. Krause allen Theatern heute in Thüringen ausgestellt hat? Oder ich habe ihn irgendwie falsch verstanden. Ich würde mich nicht trauen, alle Theater in Thüringen so zu begutachten. Er scheint die Spielstätten öfter zu besuchen als andere Kollegen. Also ich kann mir kein Urteil über das Staatstheater erlauben oder auch Meinungen, die ja da schon Wege gegangen sind, oder Eisenach habe ich auch noch nicht besucht, muss ich ehrlich zugeben.

(Zwischenruf Abg. Wolf, Die Linkspartei.PDS: Zeit wird's.)

Ja, gut, wenn ich eine Einladung bekomme, werde ich auch mal das Eisenacher Theater besuchen. Aber in Nordhausen, glaube ich, da wird auch nicht so viel jugendliches Zeug gespielt. Wir hatten mal eine Reihe mit Klaus Lage und der Band Emma, aber die waren immer ausgebucht im Theater. Also auch da war eine Auslastungsquote von fast 100 Prozent, als wir mal was Neues versucht haben. Auch die Auslastung an sich ist sehr gut, bei 72 Prozent, Günter, liegen wir in der Auslastung des Nordhäuser Theaters. Vom Loh-Orchester in Sondershausen habe ich die Zahlen jetzt nicht, wie hoch die Auslastung der Konzerte in Sondershausen ist, habe ich mir jetzt nicht aufgeschrieben. Aber trotzdem verstehen die Menschen in Nordhausen nicht, warum nun gerade so viel gekürzt werden soll bei dem Theater in Nordhausen. Wir haben auch einen Haustarifvertrag, das wissen Sie auch. Den haben wir 2003 als Gesellschafter abgeschlossen. Wir sind eigentlich davon ausgegangen, dass wir schon in Vorleistung gegangen sind, auch mit der GmbH und mit dem Zusammenschluss des Loh-Orchesters und dem Theater. Aber nichtsdestotrotz stellen Sie uns in Frage. Ich habe schon gesagt, dass die kommunalen Träger die Summe nicht aufbringen können, und wir hoffen, dass es ein Umdenken bei Ihnen und bei der CDU-Fraktion gibt zugunsten des Nordhäuser Theaters und des Loh-Orchesters Sondershausen.

Ich wollte auch mal eine Zeitungsschau machen und wollte fragen, warum Herr Primas einen Antrag der Linkspartei.PDS und der SPD als „Klamauk“ bezeichnet, das brauche ich jetzt nicht mehr zu machen. Nach den Einführungen der Fraktionsvorsitzenden weiß ich, das ist rausgegebene CDU-Meinung, die muss überall verkauft werden. Da brauche ich nicht danach zu fragen, warum Herr Primas sich hinstellt und zwei Fraktionen, die in einem demo-

kratischen Haus gewählt wurden und Anträge stellen, als Klamauk bezeichnet, das haben wir heute von der Fraktionsvorsitzenden gehört.

Ich bitte Sie alle, meine Damen und Herren des Mittelblocks, Herr Grüner, Frau Holbe, Herr Primas, Herr Reinholz und Herr Zeh, doch für das Nordhäuser Theater zu kämpfen, nicht nur zu Premierefeier zu gehen, sondern auch die Hand an der richtigen Stelle zu heben. Dann ist mir nicht bange bei so viel Präsenz Nordhausens in der CDU, dass wir das schaffen werden und dass wir bei der Summe 4,9 Mio. € bleiben werden. Diese Beerdigung der Anträge im Ausschuss, das finde ich einfach nur noch lächerlich.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Beim Landgericht in Mühlhausen hat es Ihnen ja auch nichts genutzt. Da haben Sie es auch gemacht und haben versucht, auf Zeit zu spielen und die Anträge in den Ausschüssen zu versenken. Genützt hat es Ihnen nichts, die Bevölkerung hat sich dagegen verwahrt und gewehrt und die Mühlhäuser und die umliegenden Orte haben Sie zum Umdenken bringen können. Ich nehme an, dass die Kraft in Nordhausen auch ausreicht, um die Ausschussüberweisungen zu überleben. Ich finde nur das ein bisschen lächerlich.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat der Abgeordnete Blechschmidt, Die Linkspartei.PDS.

Abgeordneter Blechschmidt, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen, ich stehe hier als Abgeordneter, der ein entsprechendes Büro im Landkreis Gotha hat. Ich glaube schon, es ist es wert, zumal schon die Kollegin Leukefeld deutlich gemacht hat, dass es die Thüringen Philharmonie sein wird, die mit - ich sage es mal eingeschränkt - 99,9-prozentiger Wahrscheinlichkeit die Kultureinrichtung in Thüringen sein wird, die unter diesen Beschlüssen des Kulturministers existenziell leiden wird. Deshalb stehe ich hier und möchte weniger allgemein über die Kulturpolitik und die damit verbundene Bedeutung für das Land Thüringen philosophieren, sondern ich will - und das hat, glaube ich, die Thüringen Philharmonie verdient - hier einige Zahlen bringen, die deutlich machen sollen, was gegebenenfalls in der Kulturlandschaft Thüringens gestrichen wird.

Da ist vorweg, wenn man heute die Internetseite aufmacht der Thüringen Philharmonie, der Blick auf den Slogan „Junges Orchester mit 350-jähriger Tra-

dition“. Jung deshalb, weil 1998 - wir haben es gehört - der Zusammenschluss zwischen Suhl und Gotha erfolgte, und Tradition, weil 2001 350 Jahre mit Rückblick auf die Gothaer Hofkapelle August des Frommen zu feiern gewesen ist. Wie gesagt, über die große Bedeutung will ich hier nicht reden, sondern eher darüber, dass natürlich auch diese kulturelle Einrichtung ein entsprechender „Leuchtturm“ ist, der in die Region hinaus, in die Stadt, aber auch den Landkreis, in die Stadt Suhl und in die entsprechenden Territorien hineinragt.

Jetzt zu den entsprechenden Leistungen - ich will sie stichwortartig aufführen -, es geht um das Jahr 2005:

50 Schulkonzerte in Gotha und Suhl wurden dank der Thüringen Philharmonie mitorganisiert;

41 Familien- und Jugendkonzerte;

13 Gemeinschaftskonzerte mit den Musikschulen;

15 Konzerte mit Chören - Gothaer Konzertchor, Suhler Kantorei, Suhler Knabenchor, Bachchor Gotha, Gothaer Kinderchor, Hildburghäuser Kantorei, Schmalkalden, Bachchor Würzburg, Oppenheimer Kantorei usw. usf.

30 Events - wie man das so heute nennt -, Open Air- und Benefizkonzerte wurden dank der Zusammenarbeit mit der Thüringen Philharmonie organisiert: Rock-, Eckhof-Festival, Pfingstfestival, Barockfest, Gothardosfest, Dankeschönkonzert für Wahlhelfer - das hätten wir eigentlich vielleicht organisieren müssen -, Benefizkonzert im Hopfgarten, Suhler Open Air, Kulturnacht in Gotha, Weihnachtsmarkt, Weihnachts- und Neujahrskonzerte in Bad Langensalza - zusammen, wie gesagt, 30 Veranstaltungen.

Aus kommunalen Anlässen ist immer wieder auch die Thüringen Philharmonie gefragt. Hier will ich nur nennen beispielhaft die 14. Ostdeutschen Kulturtage des BDV, 200-jähriges Bestehen der Gothaer Fachschule oder das Kreissparkassenjubiläum, was wir im vergangenen Jahr gefeiert haben, nicht zu sprechen von solchen Sachen wie Firmenveranstaltungen oder von politisch-gesellschaftlichen Organisationen.

All das spielt eine entscheidende Rolle in der Kulturlandschaft der Stadt und des Landkreises und es geht auch darüber hinaus. Die Philharmonie war im Jahr 2000 in Thailand, im Jahr 2001 und 2002 in Spanien und es ist geplant, 2008 nach Holland und 2009 nach Griechenland zu fahren. Also, auch hier: Thüringer Kultur als Botschafter in die Welt. Aber es soll nicht mehr sein.

Und ganz zum Schluss, ganz wichtig, glaube ich, auch zu nennen, ist die Frage, dass verschiedene, nennen wir es Patenschaften mit Laienensembles, immer wieder auch zu den Aufgaben der Thüringen Philharmonie gehören: Blaskapellen, Posaunenchöre, Hausmusikensemble, Uniorchester Ilmenau oder - ich hatte es schon mal genannt - die Amateurkammermusik und die Unterstützung des Gothaer Kinderchors. Die Frage ist natürlich berechtigt vor Ort von den Bürgerinnen und Bürgern - und, Herr Kultusminister, Sie haben es ja live erlebt in der Podiumsdiskussion in Gotha -, warum wird dies alles gestrichen, warum darf dies nicht mehr sein? Bürgerinnen und Bürger sind in doppelter Weise erstaunt und verwundert. Sie sind verwundert, dass es eine kulturpolitische Dimension hat und andererseits sind sie verwundert und finden es relativ sehr verwerflich, warum die Politik auf diese Proteste nicht reagiert. Hier kann ich eigentlich nur mit den Worten des Chefdirigenten der Philharmonie sprechen, Alun Francis, der gesagt hat, mit Erfahrungen aus seinem eigenen Land heraus, auch dort gibt es Probleme mit der Kulturlandschaft, auch dort muss gespart werden. Aber er hat einen Minister kennengelernt in seinem Land, der kämpft um seine Kultur.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Das stellen Bürgerinnen und Bürger gegenwärtig nicht fest. Es sei mir an dieser Stelle gestattet als Stadtrat von Erfurt nur einen Gedanken hier noch zu benennen. Ich kann es nicht nachvollziehen - und das erleben wir ja jetzt zum gegenwärtigen Zeitpunkt -, wie man diese beiden Einrichtungen aufeinandergehetzt hat und dann nicht mal über die Gespräche hinaus in irgendeiner Form gestalterisch darauf einwirkt, sondern von den Intendanten erwartet - das ist ja gar nicht deren Aufgabe - politisch oder strukturell hier Entscheidungen zu treffen. Ich kann Sie nur auffordern, trennen Sie diese beiden Einrichtungen wieder voneinander!

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Herr Minister, Sie haben - ich habe es auch schon mal gesagt - fast bis zur Unerträglichkeit hin in den letzten Wochen und Monaten in öffentlichen Diskussionen - das finde ich aber gut so - die Forderungen von Bürgerinnen und Bürgern landauf und landab ertragen müssen. Das ist natürlich Ihre Aufgabe. Aber, ich sage deutlich, nehmen Sie endlich Ihre Aufgabe wahr und gestalten Sie oder nehmen Sie den berühmt berüchtigten Hut.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Sie haben vorhin, Herr Minister - und da habe ich mich extra noch hingesetzt - Ihre Rede zu den Horden mit einem arabischen Sprichwort: „den Schlüssel des

Glücks, die Geduld“ beendet. Ich habe ein anderes arabisches Sprichwort gefunden. Vielleicht ist das an dieser Stelle angebracht: „Geduld und Fleiß sind Quellen einer Oase. Geduld und Faulheit sind Sandkörner einer Wüste.“

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat die Abgeordnete Wolf, Linkspartei.PDS.

Abgeordnete Wolf, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich gebe zu, dass mich die Worte von Herrn Krause und Herrn Schwäblein doch noch hier vor getrieben haben.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD:
Dr. Krause!)

Dr. Krause, Entschuldigung. Für mich ist Kultur ein Bedürfnis. Ich glaube, da sind wir uns alle hier in diesem Saal einig, und es ist ein Menschenrecht, Kultur erleben zu dürfen.

Herr Dr. Krause machte sehr deutlich, dass er Kultur nur dann als wichtig und als elementar begreift, wenn es sich um Hochkultur, mit der wir uns hier in Thüringen nicht messen können, handelt und hat die regionale Kultur sozusagen dementsprechend in ihrer Bedeutung herabgewürdigt.

(Zwischenruf Abg. Carius, CDU: Das haben Sie gründlich missverstanden.)

Natürlich können wir uns nicht mit Mailand und der Wiener Staatsoper messen. Das wollen wir auch gar nicht in Eisenach. Trotz allem ist es natürlich anmaßend, nur Erfurt oder nur Weimar eine überregionale Bedeutung zuzumessen. Ich will daran erinnern, wer auf der Wartburg schon mal den Tannhäuser gesehen und mitbekommen hat, wie das deutschlandweit eine Auswirkung oder eine Ausstrahlung hat und sogar europaweit, der kann, glaube ich, an dieser Stelle nicht von regionaler Bedeutung reden. Ich halte diese Sichtweise für einen ausgesprochen elitären Blick.

Meine Damen und Herren, was ist es uns wert, dass Kindergärten die Möglichkeit haben, aufgrund dessen, dass ein Theater relativ nah erreichbar ist, ins Theater gehen zu können. Alle, die es in Eisenach gesehen haben - und das waren aus der Bevölkerung wahnsinnig viele und eben nicht nur die Schichten, die man so landläufig und per Vorurteil im Theater findet - „der Möhrenhäuser“ als Kindertheaterstück im Jahr des Sängerkrieges in Eisenach war immer supervoll und es war einfach phantas-

tisch. „Peter und der Wolf“ in Erfurt als Aufführung war seit Wochen und Monaten ausverkauft. Es ist für Kinder eine ganz, ganz großartige Geschichte gewesen, wie Musik entsteht, wie Theater entsteht, und es ist einfach insoweit für eine kulturelle Bildung ganz elementar, dass die Bedeutung an dieser Stelle gar nicht hoch genug gemessen werden kann. Da brauchen wir nicht den Vergleich mit der Scala oder mit der Wiener Staatsoper, weil das an dieser Stelle völlig albern ist. Ich würde mit meinen Kindern nicht nach Mailand ins Theater fliegen.

Eisenach ist die Stadt von Bach, Telemann hat lange in Eisenach gelebt und das Theater wurde schon lange und in den letzten Jahren recht heftig gebeutelt. Aus der Bevölkerung schlägt einem immer wieder die Meinung entgegen, dass es unglaublich ist, dass wir in einer so reichen Zeit, in der wir ohne Zweifel leben, uns ein Theater nicht mehr leisten könnten, was ausgesprochen schwierige Zeiten überstanden hat. Ich gebe zu, an dieser Stelle gehen auch mir die Argumente aus. Ich persönlich sehe es auch so.

Ich möchte Ihnen, um die Diskussion noch einmal ein Stückchen auch in eine andere Richtung zu lenken, einfach Zahlen präsentieren, die Herrn Schwäblein zu verdanken sind und einer Kleinen Anfrage. Nach dieser Kleinen Anfrage gehen in Erfurt 10 Prozent aller Kinder in die Musikschule, in Gera sind es 7, damit ungefähr der Landesdurchschnitt, in Eisenach sind es 18,2 Prozent. Ich finde, das ist eine Zahl, auf die Eisenach wahnsinnig stolz sein kann, weil das heißt, dass jedes fünfte Kind aktiv - derzeit sozusagen und nicht irgendwann mal - derzeit in der Musikschule angemeldet ist. Das ist auch dem Theater in Eisenach zu verdanken, weil man die Synergien natürlich nicht unterschätzen darf. Von daher ist es für mich einfach ganz klar, dass mit dem Theatersterben, und da meine ich nicht nur Eisenach, aber im Besonderen natürlich, es nicht nur ein paar Arbeitslose mehr in der Stadt gibt, sondern ein ganz großes Stück Seele einer Stadt stirbt. Das dürfen wir meiner Meinung nach nicht zulassen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Pidde, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, von den besagten 10 Mio. € ist die Thüringen Philharmonie Gotha-Suhl mit 2,1 Mio. € betroffen. Sie soll nämlich überhaupt nicht mehr gefördert werden. Dabei spielt es gar keine Rolle, was für eine Tradition dieses Orchester hat; es ist vorhin schon darauf hin-

gewiesen worden, vor über 350 Jahren von Herzog Ernst dem Frommen wurde die Gothaer Hofkapelle gegründet. Dabei spielt es gar keine Rolle, dass die Thüringen Philharmonie mehrfach ausgezeichnet wurde; durch Qualität bei vielfältigen Verpflichtungen durch Rundfunk- und Fernsehstationen sowie zahlreichen CD-Produktionen auch im Ausland ein Werbeträger für Thüringen ist. Dabei spielt es auch keine Rolle, dass die Thüringen Philharmonie, wie wir vorhin schon gehört haben, in der Region stark verankert ist. Immerhin ist die vielfältige Kulturlandschaft die wesentliche Quelle für den Tourismus und damit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Der Schaden für die musikalische Ausbildung von Kindern und Jugendlichen in Suhl und Gotha und deren Umgebung ist überhaupt noch nicht abzusehen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, hinweisen möchte ich auch darauf, dass dieses Orchester in der Vergangenheit zahlreiche Einsparungen vollzogen hat. Durch die Fusionierung der damaligen Thüringen Philharmonie Suhl mit dem Landessinfonieorchester Thüringen wurde ein entscheidender Einsparbetrag geleistet. Die Zahl der Musiker wurde drastisch reduziert, Haustarifverträge mit Stundenreduzierungen und Gehaltsverzicht wurden vereinbart. Dafür wurde den verbleibenden Musikern eine langfristige Sicherung ihres Orchesters suggeriert. Deshalb bitte ich den Kultusminister und die Mitglieder der CDU-Fraktion, ihre Position noch einmal zu überdenken. Immerhin hat auch die Stadt Gotha signalisiert, unter gewissen Bedingungen ihren nicht geringen Eigenanteil zu erhöhen.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einige Sätze als Haushaltspolitiker. Ich weiß, dass die Finanzlage des Freistaats äußerst kritisch ist, dass das Land dringend Ausgabenkürzungen vornehmen muss. Wir reden dabei über hohe dreistellige Millionenbeträge. Aber, auch wenn das hier so nicht gesagt wird, jeder in dem Hohen Hause weiß, dass in den jetzigen Gebiets- und Verwaltungsstrukturen diese Einsparungen nicht realisiert werden können. Mit einer Streichung von 12 Mio. € da und 8 Mio. € da oder 10 Mio. € bei der Kultur können Sie den Haushalt nicht sanieren. Da müssen Sie schon anders herangehen. Finanzpolitisch und auch kulturpolitisch ist es nicht zu begründen, wegen eines vergleichsweise geringen Einsparbetrags einen solchen Einschnitt im Kulturbereich vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Der finanzielle Nutzen ist gering, aber der Schaden im Freistaat hoch. Aber auch taktisch ist Ihr Handeln nicht nachzuvollziehen. Wie kann man nur wegen 10 Mio. € Kürzung eine solche Widerstandsbewe-

gung im Land zusammenführen und organisieren? Dieses lautstarke Protestpotenzial werden Sie noch lange hören und es wird Langzeitwirkung haben und bis 2009 hinein in Ihren Ohren schallen. Danke schön.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat der Abgeordnete Kummer, Die Linkspartei.PDS:

Abgeordneter Kummer, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, in Hildburghausen kann ich zurzeit nicht ins Theater gehen. Das liegt nicht daran, dass wir keines hätten, wir haben sogar das älteste durchgehend bespielte Theater Deutschlands mit 251 Jahren Tradition, aber es ist zurzeit in der Sanierung. Wir haben vor, es für rund 10 Mio. € wieder in einen vernünftigen Zustand zu versetzen. Dazu gab es vor wenigen Tagen den Spatenstich zum zweiten Bauabschnitt und da schrieb die Presse in Hildburghausen, dass sich die Stadt im Moment wie das kleine gallische Dorf präsentiert, das großen Übermächtigen sich kraftvoll entgegenstellt, um seine eigenen Interessen zu vertreten. Damit war gemeint, dass Hildburghausen eben in der Zeit der Kürzung im Kulturbereich hier einen anderen Weg geht, und das ganz bewusst, weil die Tradition, die wir hier haben, nicht nur 251 Jahre Theater, sondern auch die erste deutsche Schauspielschule, die Gründung der Philharmonie, was Frau Leukefeld ja vorhin schon gesagt hat, oder auch dass Leute wie Carl Maria von Weber bei uns gelernt haben, entscheidend Musik zu machen, uns ganz wichtig ist. Uns ist aber auch wichtig, ein Angebot für die Bevölkerung zu schaffen und auch ein Angebot für Touristen zu schaffen. Das sind die Gründe, warum man sich wie die Gallier in diesem kleinen gallischen Dorf aufrafft und hier Gelder für Kultur ausgibt, unter anderem auch aus der Stadtkasse, die nicht allzu voll ist.

Meine Damen und Herren, mit dem gallischen Dorf war es auch so: Wenn sie gehört haben, dass in anderen Regionen Menschen bedroht waren in ihrer Existenz, dann sind die auch ausgerückt mit ihrem Zaubertrank und haben dort geholfen. Ich denke, genauso muss man auch in Thüringen zusammenstehen zur Rettung der Kulturlandschaft,

(Beifall bei der SPD)

zusammenstehen, um hier zu zeigen, wir wollen diesen Kulturabbau in Thüringen nicht.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Da sage ich eben auch für Hildburghausen, wir haben kein klassisches Ensemble, wir sind ein klassisches Beispieltheater. Ich brauche die Ensembles in Thüringen, damit bei uns Kultur auf die Bühne kommt. Ich möchte zur Eröffnung des Stadttheaters Hildburghausen, wenn es denn dann nach der Sanierung so weit ist, dass die Philharmonie Gotha-Suhl, die bei uns ihre Wurzeln hat, auch zur Eröffnung spielt.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Dafür werde ich mich einsetzen.

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, ich habe als Umweltpolitiker ein Problem mit dem von Ihnen allseits gepriesenen Wirtschaftswachstum, weil es meistens auf der Verschwendung von Ressourcen basiert. Wachstum im Bereich der Kultur ist auch Wirtschaftswachstum und da verschwende ich keine Ressourcen und so etwas wünschte ich mir. Da sollte man überlegen, wie man das hinkommt, dass man hier noch viel mehr Arbeitsplätze schafft. Vielleicht fällt uns da ja was Cleveres ein und wir sollten die Diskussion in dieser Richtung nutzen. Das wäre mir sehr wichtig und ich bitte Sie in der Richtung, überdenken Sie noch mal Ihre Haltung, überdenken Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, Ihre Beschlüsse, denn ich möchte nicht, dass es Ihnen ergeht wie Cäsar mit den Galliern aus dem gallischen Dorf, das war immer sehr unangenehm. Danke schön.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Die hatten aber den Zaubertrank.)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordneter Wehner, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Wehner, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Gäste, der Beitrag von Frau Kollegin Leukefeld hat so, wie sie es schon selbst vermutet hatte, mich noch mal nach vorn getrieben, um etwas dazu zu sagen. Sie sprachen richtigerweise von einem Stadtratsbeschluss des Stadtrates Suhl, gefasst in der letzten Sitzung. Aber so, wie Sie das immer machen, Sie lügen nicht direkt, Sie lassen aber einen entscheidenden Teil der Informationen weg. Es war ein Antrag der CDU-Fraktion, das möchte ich an dieser Stelle nur noch mal richtigstellen. Dieser Antrag der CDU-Fraktion hatte eigentlich nichts weiter als Intention, was Sie mit dem Kulturraumgesetz auch implizieren. Wir wollten den Oberbürgermeister beauftragen, umliegende Städte, Herr

Kummer hat gerade davon gesprochen, dass die große Kreisstadt Hildburghausen - ist ja kein kleines gallisches Dorf, sondern eine ganz bedeutende Stadt in Südthüringen, die gegenwärtig ein neues Theater baut - auch großen Wert darauf legt, dass die Thüringen Philharmonie Gotha-Suhl erhalten bleibt. Da haben wir uns gedacht, warum kann sich denn diese Stadt Hildburghausen nicht auch an der Finanzierung beteiligen,

(Zwischenruf Abg. Kummer, Die Linkspartei.PDS: Es ist nicht neu.)

und das nicht nur mit einem einmaligen Zuschuss, sondern mit einem festen Beitrag über Jahre. Das Gleiche trifft auf die Stadt Ilmenau zu. Sie haben gesagt, dort gibt es sehr viele Anknüpfungspunkte zur Thüringen Philharmonie Gotha-Suhl. Auch die Stadt Ilmenau könnte sich an der Finanzierung beteiligen. Natürlich haben Sie diesen Antrag der CDU-Fraktion umgedeutet, dass ich sogar Bedenken hatte, ob ich nicht zum Landesverwaltungsamt gehen muss, um mal prüfen zu lassen, ob Ihr Verfahren, Frau Leukefeld, das Sie in der Stadtratssitzung angewandt haben, überhaupt rechtskonform ist. Ich habe dann darauf verzichtet, aber vom Inhalt her war zunächst nichts anderes gewollt, als dass wir mit den Umlandkommunen Kontakt aufnehmen, um die Thüringen Philharmonie Suhl in der Finanzierung auf breitere Beine zu stellen.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abgeordneter Wehner, CDU:

Am Ende gerne.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Frau Leukefeld, am Ende.

Abgeordneter Wehner, CDU:

Dann möchte ich noch einen weiteren Aspekt nennen, Frau Leukefeld - und das stellt auch immer eine gewisse Aussage klar, wie Sie Politik betreiben. Natürlich, diese 10 Mio. €, die sind es an sich nicht, aber wenn wir natürlich allein auf die Tagesordnung der Plenarsitzung an diesen beiden Tagen schauen, da wird einerseits über die Kürzung der Wirtschaftsförderung, dass wir nicht alle GA-Mittel abrufen können, gejamert, andererseits gibt es eine Aktuelle Stunde zur Familienoffensive, wo letztendlich auch natürlich von Ihrer Seite mit wesentlich mehr Geld geplant und auch den Leuten alles mögliche versprochen wird.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das sind doch Steuereinnahmen.)

Ich könnte mit wahnsinnig vielen anderen Themen weitermachen, Büchergeld usw. Ich will das hier gar nicht ausdehnen. Sie finden als Opposition immer wahnsinnig viele Möglichkeiten, Geld auszugeben. Ich habe nur noch nie einen konstruktiven Einsparvorschlag von Ihnen gehört.

(Unruhe bei der SPD)

Deswegen schließe ich mich an dieser Stelle ganz klar meiner Fraktionsvorsitzenden an, die gesagt hat, dieses Thema wird zu diskutieren sein - und das habe ich Ihnen auch im Stadtrat gesagt, Frau Leukefeld -, wenn wir über den Thüringer Landeshaushalt reden, denn dort gehören Finanzierungssachen hin. Da können Sie sich gern einbringen, können Deckungsvorschläge bringen und können auch darüber diskutieren, wie wir an anderen Stellen das nicht vorhandene Geld einsparen.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Um vielleicht auch zum Schluss noch mal einen anderen Gedanken hier zu bringen: 10 Mio. € als Betrag ist sicherlich im Rahmen des Landeshaushalts nicht viel. Wenn Sie aber der Meinung sind, dass diese Dichte an Theatern und Orchestern in Thüringen im Interesse des Bürgers aufrechtzuerhalten ist, dann irren Sie. Und wenn Sie sich mit Kulturschaffenden, nicht in der Öffentlichkeit, aber unter vier Augen hinter verschlossenen Türen unterhalten, dann räumen die das sogar ein, dass das nämlich nichts mehr mit Qualität zu tun hat, was wir hier machen, sondern dass wir nur noch in die Fläche Geld geben. Ich bin eigentlich mehr dafür, dass wir Qualität in Thüringen haben und nicht die Quantität allein. Wenn es uns gelingt, mit einem solchen Gesetz - deswegen wird das auch an den Ausschuss verwiesen -, ein Kulturraumgesetz, oder wie Sie es auch immer nennen wollen, alle Kommunen in Thüringen daran zu beteiligen, dann haben wir zum Schluss vielleicht auch viel mehr Geld zur Verfügung und können dann vielleicht auch das in Qualität stecken, aber nicht in Quantität.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Bitte, Frau Abgeordnete Leukefeld, Ihre Nachfragen.

Abgeordnete Leukefeld, Die Linkspartei.PDS:

Herr Wehner, ich hätte drei Fragen:

Erstens: Teilen Sie die Auffassung Ihres Stadtratskollegen, der gesagt hat und immer wiederholt hat, wenn man ein Glas Milch trinken will, kauft man sich

ja auch keine Kuh und das in Bezug auf ein Orchester.

Zweitens: Können Sie sich erinnern, dass dem CDU-Antrag ein Alternativantrag von mir entgegengesetzt wurde, es war zuerst der Versuch eines Änderungsantrags.

(Zwischenruf Abg. Wehner, CDU: Änderungsantrag haben Sie gesagt.)

Das ging nicht und da haben wir einen Alternativantrag in gemeinschaftlicher Arbeit im Stadtrat draus gemacht, wo ein Punkt von Ihnen aber auch übernommen wurde, es ist nämlich der, den ich auch genannt hatte, was Wirtschaft und Unterstützung angeht.

Abgeordneter Wehner, CDU:

Ich habe ja gesagt, ich will das kommunalrechtlich gar nicht werten lassen. Was das nun mit Änderungsantrag und Alternativauftrag an sich hat an dieser Stelle, das ist Geschichte, darüber brauchen wir uns gar nicht mehr zu streiten.

Aber zu dieser Meinung dieses Stadtrats der CDU-Fraktion mit dem Glas Milch will ich Ihnen gern meine Meinung noch sagen. Es war ein Bestandteil des CDU-Beitrags oder des Antrags, auch zu prüfen, ob es nicht auch eine Variante geben könnte, durch Bespielung mit fremden Orchestern ein Kulturangebot für die Bevölkerung auch aufrechtzuerhalten. Ihr Kollege Kummer hat vor nicht mal zehn Minuten hier am Pult verkündet, dass in Hildburghausen ein neues Theater gebaut wird in der Hoffnung, dass man sich fremde Orchester, fremde Theater zur Bespielung reinholt. Was in Hildburghausen hier als positiv dargestellt wird, kann doch nicht in der Stadt Suhl vom Grundsatz her völlig schlecht sein.

(Beifall bei der CDU)

Ich teile Ihnen aber hier auch noch einmal deutlich mit, dass ich diese Meinung in Gänze nicht teile, aber aus anderen Gründen, weil, wie Sie es doch gesagt haben, Singakademie, Knabenchor und ich will das jetzt gar nicht alles noch einmal aufzählen, natürlich auch noch andere Wirkungen damit verbunden sind durch dieses Orchester. Aber von vornherein einen Weg auszuschließen, halte ich, wenn man prüfen will, wie man ein Kulturangebot für die Bevölkerung sichert, auch generell für falsch.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordneter Wehner, die Abgeordnete Wolf hat noch eine Nachfrage. Gestatten Sie die? Frau Abgeordnete Wolf.

Abgeordnete Wolf, Die Linkspartei.PDS:

Herr Wehner, gestatten Sie mir eine Frage zu den Ausführungen, die Sie eben gemacht haben. Sie haben davon gesprochen, dass es nicht nur die Quantität ist, sondern auch die Qualität. Verraten Sie mir, welche Aufführungen und welche Inszenierungen in Thüringen in letzter Zeit nicht ihren qualitativen Ansprüchen gerecht geworden sind?

Abgeordneter Wehner, CDU:

Wissen Sie, Frau Wolf, das sage ich Ihnen auch ehrlich, damit habe ich überhaupt kein Problem, ich bin kein großer Theater- und Orchestergänger. Ich besuche aber regelmäßig Konzerte. Völlig anders geartete Konzerte, wie Sie sie vielleicht gar nicht besuchen. Da zahle ich in der Regel 80,00 €, 90,00 € Eintritt für eine Karte. Ich zahle sie gern, weil ich für diese Kultur, die ich für mich ausgewählt habe, gern bereit bin, Entsprechendes zu zahlen.

(Beifall bei der CDU)

Ich überlasse diese Diskussion gern Kulturpolitikern. Ich denke, jetzt reicht's.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Er gestattet keine weitere Nachfrage, Frau Dr. Klaubert. Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen von Abgeordneten vor. Ich erteile das Wort Herrn Minister Goebel.

Prof. Dr. Goebel, Kultusminister:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zu Beginn auch ein paar Worte zu den vier beinahe wortgleichen Anträgen der Fraktion der Linkspartei.PDS und der SPD-Fraktion sagen. Ich teile in diesem Zusammenhang die Einschätzung der Vorsitzenden der CDU-Fraktion. Die Anträge zeugen in der Tat von einem hohen Maß an Populismus. Es geht nicht, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der CDU)

um die Frage Existenz oder Nichtexistenz der Thüringer Theater. Sie stehen nicht zur Disposition, es gibt keinen Kahlschlag unter den Theatern.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Das ist doch weltfremder Quatsch!)

Es geht um mehr Effektivität, um leistungsfähigere Strukturen bei dem gemeinsamen Bemühen der Theaterschaffenden und Musikschaffenden in Thüringen, bei dem gemeinsamen Bemühen an allen Standorten und mit noch größerer Vielfalt, wenn möglich, als heute, Theateraufführungen und Konzerte zu ermöglichen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Sie sollten sich schämen über solche Aussagen über Kultur.)

Genau darum geht es und es geht um Nachhaltigkeit in dieser Entwicklung. Ich habe in der letzten Plenarsitzung - und ich will das heute nicht noch einmal wiederholen, das ist für alle nachlesbar - ausführlich erläutert, wie die Gesamtkulturpolitik, die Kulturförderung in den letzten Jahren sich entwickelt hat. Ich empfehle Ihnen auch noch einmal nachdrücklich, ich habe auch das ausführlich ausgeführt, sich mit der Studie von Herrn Prof. Seitz in diesem Zusammenhang auseinanderzusetzen. Aber, meine Damen und Herren, wir haben grundsätzliche Vorstellungen zur künftigen Finanzierung auf den Tisch gelegt. Wir wollen ein Gesamtkonzept mit allen Verantwortungsträgern, kommunalen Verantwortungsträgern in Städten und Landkreisen. Und wir führen dazu Gespräche mit den Trägern der Theater und Orchester. Wir sprechen mit allen an allen Standorten und dabei steht für uns das Interesse des Publikums an allererster Stelle.

Aber auch die Träger der in den Anträgen genannten Theater und Orchester haben die Pflicht, über zukunftsfähige Strukturen nachzudenken. Und sie tun das auch, leider viel zu häufig nur fokussiert auf den eigenen Standort und zu selten aus der Sicht der Angebote an Theater- und Orchesterveranstaltungen und an deren Nachfrage. Aber, meine Damen und Herren, wir werden diese Gespräche konsequent weiterführen und ich bin optimistisch, dass wir zu Lösungen kommen. Ein einfaches Weiterso, wie es die Anträge suggerieren, verschiebt und verschärft die Probleme, löst sie aber überhaupt nicht.

Meine Damen und Herren, ein weiteres kurzes Wort zum Antrag der SPD-Fraktion auf Vorlage eines Kulturraumgesetzes durch die Landesregierung. Zunächst müssen Sie sich, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion natürlich fragen lassen, warum Sie dem Hohen Haus nicht einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen und die Erklärung, Herr Döring, dass der hier keine Akzeptanz finden würde, die ist sehr dünn. Ich bin eher davon überzeugt, dass Sie selbst Zweifel haben und außerdem natürlich genau eines wissen, auf diesem Wege vermehrt sich das

Geld auch nicht auf wundersame Weise. Die Mittel des Landes können auch mit so einer Struktur nicht vermehrt werden. Die Landesregierung jedenfalls teilt Ihre Auffassung, die Sie in der Begründung des Antrags gegeben haben. Dass Thüringen ein Kulturland ist mit reicher und vielfältiger Tradition und kaum eine andere Region der Bundesrepublik mehr diesen Namen „Kulturland“ für sich in Anspruch nehmen kann, das hat sich historisch entwickelt. Kristallisationspunkte waren die vielfältigen Residenzen. Alle Kulturträger im Land wollen diese Kulturlandschaft, aber auch in ihrer Vielfalt, und das hat der Abgeordnete Dr. Krause hier sehr überzeugend dargelegt, erhalten und die daraus hervorgehenden innovativen Impulse auch in ihrer Breite bewahren und fördern. Deshalb hat die Landesregierung im Übrigen im vergangenen Sommer ein Kulturkonzept vorgestellt, das in Gegenwart und Zukunft der Struktur und Bedeutung unserer Kulturlandschaft gerecht wird. Meine Damen und Herren, Land, Kommunen, Kulturverbände und Kulturschaffende haben bei der Erarbeitung dieses Konzepts eng miteinander zusammengearbeitet. Auch bei den Kulturausgaben haben wir eine durchaus starke kommunale Beteiligung. Von den Kulturausgaben in Thüringen werden 56 Prozent aus dem Landeshaushalt und 44 Prozent aus den kommunalen Haushalten aufgebracht. Der hohe Landesanteil dokumentiert den Beitrag zur Absicherung unserer vorhandenen kulturellen Infrastruktur, auch angesichts der geringen Größe der sie tragenden Gebietskörperschaften. Thüringen ist ein ländlich strukturiertes Land. Andererseits ist der 44-prozentige Finanzierungsanteil Ausdruck auch des hohen kommunalen Engagements für Kultur.

(Beifall bei der CDU)

Das ist aber nur möglich, weil bereits jetzt auch die Landkreise, nicht nur die Städte und Gemeinden, ganz wesentlich an der Kulturfinanzierung beteiligt sind. Die finanziellen Handlungsspielräume des Landeshaushalts und genauso vieler kommunaler Haushalte haben sich in den letzten Jahren deutlich verringert. Deshalb wird in so mancher kultur- und finanzpolitischen Diskussion vorgeschlagen, jetzt Kultur als Pflichtaufgabe auf allen staatlichen Ebenen zu verankern. Gleichzeitig verweisen Sie auf das Sächsische Kulturraumgesetz.

Meine Damen und Herren, als wir das Kulturkonzept entwickelt haben, haben wir uns mit diesen Fragen befasst und sind zu folgendem Ergebnis gelangt. Ich möchte einmal zitieren aus dem Kulturkonzept, das Ihnen ja hier im Hause vorliegt: „Nach Artikel 30 der Verfassung des Freistaats Thüringen genießen Kultur, Kunst und Brauchtum Schutz und Förderung durch das Land und seine Gebietskörperschaften. Daraus wird deutlich, dass sich Thüringen verfassungsrechtlich zu der Verpflichtung der Förderung

seiner Kulturgüter bekennt. So wünschenswert eine weitergehende Verpflichtung wäre, so wenig erfolgversprechend wäre eine allgemeine gesetzliche Vorgabe zur Statuierung der Kultur als Pflichtaufgabe, denn die bloße Verankerung von Kultur als Pflichtaufgabe sagt nichts über Inhalt und Umfang dieser Pflicht. Wie viel Kultur ist dann Pflicht, reicht ein Theater oder ein Museum oder eine Bibliothek oder die Projektförderung eines Vereins? Aus diesem Grunde hätte eine allgemeine Statuierung von Kultur als Pflichtaufgabe keine über den Artikel 30 der Verfassung des Freistaats Thüringen hinausgehende rechtliche oder gar finanzielle Auswirkung.“ So weit ein Zitat aus dem Kulturkonzept. Darüber hinaus hat die Analyse gezeigt, dass Thüringen und Sachsen bei der Kulturfinanzierung auf unterschiedlichen Wegen zu ähnlichen Ergebnissen gelangen. Sowohl in Sachsen als auch in Thüringen tragen das Land 56 Prozent und die Gemeinden und Landkreise 44 Prozent der öffentlichen Kulturausgaben. Also auch die sächsischen Kulturräume haben eine entsprechende Aufwendungsmasse, wie wir sie in Thüringen bei den Gemeinden und Landkreisen haben.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Unterschiedlich.)

Das ist durchaus unterschiedlich. Auch in Thüringen ist dies durchaus unterschiedlich, Herr Abgeordneter Döring, das ist wohl wahr. Gegenwärtig erhalten im Übrigen in Sachsen die acht ländlichen und drei städtischen Kulturräume insgesamt 76,6 Mio. €. Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wünschen für Thüringen 88 Mio. €, „nobel“ kann man da nur sagen. Es ist deshalb festzustellen, was ich bereits gesagt habe: Mit einem Kulturraumgesetz vermehrt sich das Geld noch nicht und auch die Verteilung des Geldes wird nicht einfacher.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Es hat eine Steigerung gegeben.)

Sicherlich wird der Beitrag des Landes im Sächsischen Kulturraumgesetz für einen jeweilig bestimmten Zeitraum festgelegt, aber auch wir haben in der Vergangenheit in vielfachen Bereichen Festlegungen über die Finanzierung gemacht. In Sachsen wie in Thüringen hängen Art und Umfang der Kulturförderung, wie überall, letztlich davon ab, wie viel Geld in den Töpfen ist.

Ein Weiteres: Wenn in dem Antrag im zweiten Anstrich steht, dass Kulturräume gebildet werden, dann frage ich Sie - auch das hat Sie die Vorsitzende der CDU-Fraktion schon gefragt -, wie Sie solche Kulturräume in Thüringen abgrenzen wollen. Wo wollen Sie Grenzen ziehen? Ist zum Beispiel die Stadt Weimar ein eigener Kulturraum? Wenn ja, dann haben wir dabei wenig gewonnen. Oder wollen Sie histori-

sche Gesichtspunkte heranziehen? Wir wissen doch, dass sich im Laufe der Zeit alles auch wieder geändert hat.

Ein weiterer Punkt: So wie ich in Ihrem Antrag lese, wollen Sie die Landkreise und kreisfreien Städte quasi zwingen, Mitglieder von Kulturräumen zu werden. Hier ist natürlich zu fragen, inwieweit das Recht auf kommunale Selbstverwaltung in verfassungskonformer Weise beschränkt oder in verfassungswidriger Weise beeinträchtigt wird. Hier sind die Verfassungsgrundlagen in Thüringen und Sachsen zu prüfen, ob sie gleich oder unterschiedlich sind.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Ein Kulturraumgesetz mit einer Pflichtaufgabe Kultur ist mit Sicherheit nicht der Stein der Weisen in der Debatte. Gleichwohl, ein solches Modell, wie alle anderen derzeit in Prüfung befindlichen Modelle, muss man genauer untersuchen, deshalb begrüße ich die Initiative der CDU-Fraktion, hier ein Gutachten in Auftrag gegeben zu haben. Die zukünftige Theater- und Orchesterfinanzierung muss, meine Damen und Herren, drei Anforderungen erfüllen. Sie muss der gewachsenen und kulturell wertvollen Thüringer Kulturlandschaft soweit wie möglich Rechnung tragen. Die Theater- und Orchesterfinanzierung muss finanzpolitisch vertretbar sein. Das heißt, sie darf die Finanzkraft des Landes, aber auch der Trägerkommunen jetzt und in der Zukunft nicht überfordern. Und sie muss schließlich den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung tragen, die die Thüringer Verfassung hinsichtlich der Finanzausstattung der Kommunen durch das Land setzt und die vom Thüringer Verfassungsgerichtshof im vergangenen Jahr durch sein Urteil zum Thüringer Finanzausgleichsgesetz konkretisiert worden sind. Meine Damen und Herren, all diese Fragen bedürfen sorgfältiger Prüfung. Schnellschüsse nützen hier niemandem, schon gar nicht den Theatern und Orchestern, für die eine dauerhafte Grundlage geschaffen werden muss. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Es gibt eine weitere Wortmeldung. Abgeordnete Dr. Klaubert, Linkspartei.PDS-Fraktion.

Abgeordnete Dr. Klaubert, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, ich bediene jetzt nicht noch einmal das Bild meines Kollegen Dr. Hahnemann von dem Tier und der darauf sitzenden Reiterin. Allerdings hat sich der Eindruck bei mir nach dieser Rede weiter vertieft, dass das Bild richtig ist.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich will ein anderes Bild noch einmal benennen. Ich weiß nicht, zu welchem Zeitpunkt ich zum ersten Mal

(Zwischenruf Abg. Jaschke, CDU: Das ist doch ein Unding, was Sie sich so erlauben.)

eine Phrasendreschmaschine als Gag in die Hand bekam, da konnte man Reden zusammenstellen, von wachsender Bedeutung und Rolle usw. So etwas muss es in Ihrem Ministerium geben.

(Heiterkeit und Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Da kommen dann immer Effektivität, Leistungsfähigkeit, Nachhaltigkeit, Interesse der Nutzer. Zum Schluss, Herr Schwäblein, bitte. Das heißt, wir könnten verschiedene Reden zur Hochschule, zur Bildung, nebeneinanderstellen und Bausteine herausnehmen und dann kommt immer das gleiche Redemuster heraus. Wobei natürlich eines zutrifft: Sie fordern Effektivität und Leistungsfähigkeit. Dann streichen Sie den Hochschulen, den Forschungseinrichtungen, den Schulen, der Schuljugendarbeit, den Theatern und Orchestern Geld weg und dann sagen Sie: „Und jetzt kümmert euch aber um eure Nachhaltigkeit und werdet zu bedeutsamen Leuchttürmen.“

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Diese Logik erschließt sich mir nicht, vielleicht könnten Sie mir die noch einmal erläutern. Dann noch ein zweiter Punkt. Zwei Studien haben in der letzten Debatte immer wieder Raum ergriffen, einmal die Seitz-Studie und einmal die Studie zur neuen Armut. Da sage ich Ihnen jetzt, Studien geben immer bestimmte Einblicke in Zustände, die man eben untersuchen lässt. Sie sollen sicher als Beratungsmittel der Politik dienen und dann muss man sich entscheiden. Und - das habe ich vorhin in meiner Rede schon gesagt - wenn ich eine Studie zur Kenntnis nehme von der Dramatik, dass wir in einem der reichsten Industrieländer dieser Welt eine Armutsschicht herausgebildet haben, die letzten Endes infrage stellt, ob diese Politik so weitergehen darf, dann weiß ich, wie ich mich entscheide. Da entscheide ich mich nicht fiskalisch, sondern politisch im Sinne von Humanisierung der Gesellschaft

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

und nicht Ökonomisierung und Kapitalisierung der Gesellschaft.

(Unruhe bei der CDU)

Dazu muss man übrigens nicht in der PDS sein, da muss man nicht auf der Linken verortet sein, da genügt ein gerüttelt Maß an ethischer Grunderfahrung in seinem Leben und aus Erfahrung gelernt zu haben, um sich so zu verorten, dass Politik die Aufgabe hat, Chancengerechtigkeit, Chancengleichheit, Solidarität, friedliches Zusammenleben und Kommunikationsbereitschaft zu erzielen. Dazu brauchen wir Bildung und Kultur und da dürfen wir an dieser nicht streichen, da müssen wir akzeptieren, dass dort auch Geld investiert werden muss.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

(Zwischenruf Prof. Dr. Goebel, Kultusminister: Auch das muss Grenzen haben.)

Jetzt sagt er, auch das muss Grenzen haben. Die Grenzen, die setzen Sie während Ihrer gesamten Amtszeit und Sie zeigen ständig mit dem Finger auf die anderen und sagen, ihr müsst endlich mal mit eurem Anforderungsgefüge zurückfahren. Ich habe es vorhin schon einmal gesagt, das ist der eine Auftrag und der andere wäre eigentlich ein wirtschaftlicher Auftrag. Da wünschte ich mir von dieser Fraktion in der Mitte ein bisschen mehr Ideenreichtum, was Wirtschaft und Kultur in diesem Land eigentlich gemeinsam erreichen können. Da gehört Kulturtourismus dazu und dazu gehört auch die Nachhaltigkeit und Leuchtkraft von Leuchttürmen. Aber man muss eben beide Seiten dieser Medaille erkennen und beide Seiten dieser Medaille verdienen Beachtung in der Politik und wenn Sie so weitermachen und ständig nur diesen unendlichen und unsäglichen „Ökonomismus“ darlegen, dann schaffen Sie sich letzten Endes als politisch agierende Wesen ab. Sie brauchen sich nicht mehr. Warum sitzen Sie dann hier in den Ministerien? Warum verbrauchen Sie dort das Geld der Steuerzahler oder warum verbrauchen wir das Geld der Steuerzahler? Dann sage ich, haben wir uns selber ad absurdum geführt. Und wenn wir nicht endlich im Denken begreifen, was hier losgeht, dann werden wir letzten Endes eine Gesellschaft erleben, in der die Frage steht, ob demokratische Mechanismen überhaupt noch greifen. Zu denen gehört nämlich Bildung, aufgeklärt sein. Und da, Herr Dr. Krause, möchte ich mit Ihnen, aber nicht jetzt, schon mal die Debatte führen, was Sie damit meinen - Legitimationskrise der Theater und damit der bürgerlichen Gesellschaft. Die bürgerliche Gesellschaft hat auch eine bestimmte demokratische Kultur hervorgebracht. Die plebiszitären Elemente, die wollen Sie auch nicht und diese stellen Sie in Frage. Welches ist denn eigentlich Ihr Gesellschaftsbild? Ich habe den Eindruck, es ist von einer Eiseskälte, die mir wirklich Angst macht.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Es mag das Thema der 10-Mio.-€-Kürzung einer Theater- und Orchesterlandschaft vielleicht nicht der gesamte Grund für die Bewertung des Bildungs- und Kulturanspruchs einer Gesellschaft sein, aber wir sind inzwischen an einem Punkt, wo ich empfinde, dass es inzwischen schon einen Paradigmenwechsel bei den Regierenden gegeben hat und dass irgendwann das Aufwachen vor den geschaffenen Tatsachen zu spät ist. Ich glaube, auch Sie, sehr verehrte Damen und Herren von der regierungstragenden Fraktion, und Sie in den Ministerien, Sie können nicht so weiterwursteln wie bisher.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Pelke:

Sie hatten eine Nachfrage an Frau Abgeordnete Dr. Klaubert. Jetzt kommt die Nachfrage des Abgeordneten Schwäblein. Bitte.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Frau Abgeordnete Klaubert,

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Herr Schwäblein, Doktor!)

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS, SPD)

- Entschuldigung - Frau Dr. Klaubert. Ich kann meine Fehler korrigieren, was Sie offensichtlich nicht schaffen. Ich darf jetzt trotzdem meine Frage stellen. Als Sie die Rede des Ministers Prof. Dr. Goebel kritisiert haben, ist Ihnen da eigentlich bewusst gewesen, dass die Rede Ihres Kollegen Kubitzki klang, als würde er das Protokoll der Bitterfelder Konferenz hier verlesen?

(Beifall bei der CDU)

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS)

Abgeordnete Dr. Klaubert, Die Linkspartei.PDS:

Sehr geehrter Herr Schwäblein, ich habe im Moment das Protokoll der Bitterfelder Konferenz nicht bei mir. Ich müsste noch einmal nachlesen und die beiden Redebeiträge vergleichen.

Vizepräsidentin Pelke:

Weitere Wortmeldungen liegen jetzt nicht mehr vor. Damit schließe ich die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir ab über den Antrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/2355. Für diesen Antrag wurde Ausschussüberweisung an folgende Ausschüsse beantragt: Ausschuss für Wissenschaft,

Kunst und Medien, Haushalts- und Finanzausschuss und Innenausschuss. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer dafür ist, dass der Antrag der SPD-Fraktion in Drucksache 4/2355 an den Ausschuss für Wissenschaft, Kunst und Medien verwiesen wird, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? 1 Gegenstimme. Stimmenthaltungen? Keine Stimmenthaltungen. Bei 1 Gegenstimme so beschlossen.

Wer dafür ist, dass der Antrag der SPD-Fraktion in Drucksache 4/2355 an den Haushalts- und Finanzausschuss verwiesen wird, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? 1 Gegenstimme. Stimmenthaltungen? 9 Enthaltungen? Ebenfalls so beschlossen.

Wer dafür ist, dass der Antrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/2355 an den Innenausschuss überwiesen wird, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? 1 Gegenstimme. Stimmenthaltungen? 3 Stimmenthaltungen. Damit auch an diesen Ausschuss überwiesen.

Wir müssten jetzt noch über die Federführung abstimmen. Es ist als federführender Ausschuss der Ausschuss für Wissenschaft, Kunst und Medien vorgeschlagen worden. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön, Gegenstimmen? 1 Gegenstimme. Stimmenthaltungen? 1 Enthaltung. Damit ist das auch beschlossen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD in Drucksache 4/2356. Hier wurde Ausschussüberweisung beantragt an den Ausschuss für Wissenschaft, Kunst und Medien. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Danke schön. Stimmenthaltungen? 1 Stimmenthaltung. Damit ist die Ausschussüberweisung mit Mehrheit beschlossen worden.

Dann soll der Antrag weiterhin an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen werden. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Dann ist er ebenfalls mit Mehrheit an den Ausschuss überwiesen worden.

Auch hier muss natürlich noch über die Federführung abgestimmt werden, auch hier sicher der Ausschuss für Wissenschaft, Kunst und Medien. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Damit mit Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD in Drucksache 4/2357. Auch hier wurde Aus-

schussüberweisung beantragt, zunächst an den Ausschuss für Wissenschaft, Kunst und Medien. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Danke. Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Ebenfalls Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Danke. Stimmenthaltungen? Ebenfalls mit Mehrheit so beschlossen.

Auch hier lasse ich über die Federführung abstimmen. Ausschuss für Wissenschaft, Kunst und Medien, wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Ebenfalls mit Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD in Drucksache 4/2358. Hier ist ebenfalls Ausschussüberweisung beantragt worden an den Ausschuss für Wissenschaft, Kunst und Medien. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Danke schön. Stimmenthaltungen? Mit Mehrheit so beschlossen.

Ich lasse jetzt abstimmen über die Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Ebenfalls mit Mehrheit so beschlossen.

Ich lasse über die Federführung des Ausschusses für Wissenschaft, Kunst und Medien abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Ebenfalls mit Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD in Drucksache 4/2359. Ich lasse hier ebenfalls über die Ausschussüberweisung abstimmen, zunächst an den Ausschuss für Wissenschaft, Kunst und Medien. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Mit Mehrheit so beschlossen.

Ich lasse abstimmen über die Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Ebenfalls mit Mehrheit so beschlossen.

Und ich lasse abstimmen über die Federführung des Ausschusses für Wissenschaft, Kunst und Medien. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Dann ist dies ebenfalls mit Mehrheit so beschlossen.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14**

Aufenthaltsrecht für langjährig geduldete Flüchtlinge - Konferenz der Innenminister der Länder im November 2006

Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD
- Drucksache 4/2367 -

Wünscht jemand das Wort zur Begründung? Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und als erste Rednerin hat das Wort Abgeordnete Stauche, CDU-Fraktion.

Abgeordnete Stauche, CDU:

Sehr geehrte Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Antrag der Linkspartei.PDS liegt uns vor. Im Punkt 1 wird die Landesregierung aufgefordert, zur Situation langjährig in Thüringen geduldeter Flüchtlinge zu berichten sowie darzulegen, nach welchen Kriterien ein Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge aus Sicht der Landesregierung von der Konferenz der Innenminister der Bundesländer zu verabschieden ist. Diesen ersten Punkt werden wir annehmen, da wir auch Interesse an einer Berichterstattung haben.

Dann kommen wir zu den Punkten 2 und 3. Dazu ist zu sagen, in Deutschland werden Kriegsflüchtlinge grundsätzlich nur für die Dauer der Krisensituation in ihrem Herkunftsland aufgenommen. Nach dieser Beendigung ist das Aufenthaltsrecht auch im Interesse der Heimatländer wieder aufzugeben. Ein Verzicht auf die Durchsetzung des damit verbundenen Rückführungsanspruchs kann sich aus humanitären Gründen durchaus ergeben. Das Engagement der Gesellschaft für bedrohte Völker verdient Anerkennung. Auch wir in der Fraktion kennen genügend tragische Einzelfälle, bei denen die Rückführung in das Heimatland, insbesondere für Kinder und Jugendliche, zu großen, unvermeidbaren Härten führen würde. Der Grundsatz der Rückführung darf damit jedoch nicht in Frage gestellt werden.

Wir haben in Deutschland seit 01.01.2005 das neue Zuwanderungsgesetz und dieses sieht für humanitär besonders problematische Einzelfälle eine Härtefallregelung vor. Auch wir in Thüringen haben ja die Härtefallkommission unlängst eingerichtet. Allerdings, dass Familien belohnt werden sollen, die ihre Ausweisung selbst jahrelang hinausgezögert haben und in denen die Eltern in den Familien ihre Pflicht vernachlässigt haben, ihre Kinder sprachlich und kulturell auf die Heimkehr in ihre Heimatländer vorzubereiten, ist nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der CDU)

Wer diese Pflicht in der Hoffnung vernachlässigt, dadurch ein Bleiberecht im Gastgeberland zu erstreiten, missbraucht von vornherein seinen geduldeten Aufenthalt. Im Übrigen wäre ein Eingehen auf diese Forderung gegenüber den Familien, die in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind und sich dort am Wiederaufbau ihrer Länder beteiligen, ungerecht und nicht vertretbar. Deshalb, meine Damen und Herren, die Forderungen, die Sie in den Punkten 2 und 3 Ihres Antrags aufgeführt haben, wären im Moment ein falsches politisches Signal und infolge ein Vorgriff auf die Innenministerkonferenz. Unser Parlament sollte dieser Innenministerkonferenz und den Regelungen, die dort getroffen werden, nicht vorgreifen, weil das eine Verhandlung ist und diese Verhandlungen einstimmig beschlossen werden müssen.

Deshalb können wir als Parlament der Innenministerkonferenz dort auf keinen Fall vorgreifen und deshalb bittet unsere Fraktion um Ablehnung der Punkte 2 und 3. Danke.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, Die Linkspartei.PDS: Genauso haben wir uns das vorgestellt.)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion der Linkspartei.PDS hat sich Frau Abgeordnete Berninger zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Berninger, Die Linkspartei.PDS:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich bin ein wenig sprachlos, nicht über die nonverbalen Zeichen, die mir Herr Schwäblein zuwinkt, womit er mich kopiert. Das ist nämlich ein Zeichen, das ich vorhin gemacht habe, als er sehr unqualifiziert in seiner zweiten Reihe da gemosert hat. Ich bin auch sprachlos über das, was uns Frau Stauche eben zu Gehör gebracht hat. Ich werde darauf auch nicht eingehen, weil es mir zu unqualifiziert ist.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Integration von Migranten hat in der Regel dann größere Chancen, wenn eine Gesellschaft insgesamt oder zumindest deutungsmächtige Gruppen sich für Einwanderung einsetzen.

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU: Es ist geltendes Recht, was sie einfordert.)

Dies kann u.a. dadurch geschehen, dass man Zugewanderten signalisiert, dass sie erwünscht sind und als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft akzeptiert werden. Das hat Wilhelm Heitmeier geschrieben im dritten Band des Buches „Deutsche Zustände“. Die Personengruppe, über die wir heute zum wiederholten Male reden, ist längst selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Um welche Personen es sich handelt, das muss ich Ihnen nicht noch einmal wiederholen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Meine Argumente kennen Sie. Es sind Menschen, die lange hier leben, Menschen, deren Kinder zum Teil hier geboren und aufgewachsen sind, Menschen, die hier integriert sind, Menschen, denen Thüringen zu einer Heimat geworden ist. Es ist sehr nett von Ihnen, werte CDU-Fraktion, dass Sie unserem ersten Punkt zustimmen:

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung soll berichten. Ich hoffe, die Landesregierung wird noch berichten im Laufe dieses Tagesordnungspunkts.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Zu Punkt 2: Was mit unserem Punkt 2 verbunden ist, ist der Auftrag an den Innenminister des Landes Thüringen, sich in der Innenministerkonferenz, die im November bevorsteht, einzusetzen für Kriterien, für Personengruppen, welche von einer Bleiberechtsregelung profitieren sollen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Es möchte ja wohl sein, dass der Thüringer Innenminister in der Innenministerkonferenz nicht nur still in seiner Ecke sitzt und zuhört, was die anderen Innenminister sagen, sondern dass er selbst auch mit einer Meinung und mit ...

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Sind Sie dabei, dass Sie das so einfach behaupten können?)

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Ich will Ihnen einmal sagen, was der Innenminister für eine Meinung hat, dass hat er mir nämlich aufgeschrieben in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage von mir, und zwar ist die mit einer Drucksache am 6. Oktober ausgefertigt worden. Ich habe einmal gerechnet, das sind sechs Wochen vor der

Innenministerkonferenz und es war drei Tage vor dem Zusammentreffen der Länderinnenminister, da sah sich unsere Landesregierung noch nicht in der Lage, eine abschließende Positionierung zu äußern und zu äußern, welche Kriterien sie in der Innenministerkonferenz vertreten wird. Auf die Frage: „Werden der Innenminister und das zuständige Referat Asyl eine Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete auf der nächsten Innenministerkonferenz zustimmen?“, nachzulesen in der Drucksache 4/2374, hier antwortet der Innenminister am 6 Oktober, ich zitiere: „Im Vorfeld einer erneuten Befassung der Innenministerkonferenz im November dieses Jahres findet derzeit auf verschiedenen Ebenen eine Meinungsbildung statt, so dass eine abschließende Positionierung zum jetzigen Zeitpunkt nicht opportun ist.“ Nun haben sich am 9. Oktober die Länderinnenminister getroffen und ich hoffe, dass auch der Thüringer Innenminister inzwischen dazu gekommen ist, sich eine eigene Meinung zu bilden. Es wäre zu hoffen, dass er sich eine Meinung im Sinne der betroffenen Flüchtlingsgruppen, der betroffenen Personengruppen gebildet hat, im Sinne einer liberalen und auch auf Humanität abzielenden Regelung für die Flüchtlinge. Falls das aber nicht so ist, dass sich der Innenminister eine Meinung gebildet hat, so wollen wir, die Oppositionsfraktion, ihm mit dem vorliegenden Antrag helfen und ihm diesen Auftrag mitgeben.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, Die Linkspartei.PDS: Vor allem eine opportune.)

Ich kann an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, nur appellieren. Sie wissen selbst, wie viele Flüchtlinge derzeit akut von Abschiebung bedroht sind, Flüchtlinge, die jahrelang - ich habe es schon gesagt - hier mit Duldung gelebt haben. Die Mitglieder des Petitionsausschusses in Ihrer Fraktion wissen selbst, wie viele Petitionen derzeit zu beraten sind im Petitionsausschuss. Der Innenminister ist leider nicht da, schade, aber vielleicht wissen Sie das, Herr Staatssekretär Baldus, wie viele Briefe dem Innenminister persönlich vorliegen, in denen Menschen sich an ihn wenden, um für Flüchtlingsfamilien zu bitten, die nach jahrelangem Aufenthalt hier in Thüringen plötzlich abgeschoben werden sollen. In nahezu allen Regionen Thüringens regt sich Widerstand gegen solche bevorstehenden Abschiebungen. In nahezu allen Regionen Thüringens engagieren sich Menschen in Unterstützergruppen für das Hierbleiben solcher Flüchtlingsfamilien, für das Hierbleiben der Kinder, die nicht aus ihren Schulklassen, nicht aus ihren Freundeskreisen herausgerissen werden sollen.

Meine Damen und Herren, vor Ort sind immer auch Vertreterinnen der örtlichen Kirchgemeinden in diesen engagierten Gruppen dabei und vor Ort dabei

sind fast immer auch Christdemokraten. Sie sind dabei und sind aktive Partner, wenn es um die Interessenvertretung der Flüchtlinge geht. Ich möchte diesen Tagesordnungspunkt nutzen, um mich bei diesen Engagierten zu bedanken.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei den Christdemokraten, die sich hier engagieren. Ich möchte mich insbesondere bedanken bei den beiden CDU-Stadträten der Landeshauptstadt, die am 20. September einer Resolution im Stadtrat der Stadt Erfurt zugestimmt haben.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Wer sind die?)

Ich möchte bei allen anderen Erfurter CDU-Stadträten danke sagen, dass sie diese Abstimmung nicht blockiert,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

sondern den Inhalt befürwortet haben. Und ich möchte denjenigen - ich glaube, es waren acht oder neun - CDU-Stadträten aus Erfurt danken, die die Resolution im Anschluss an die Abstimmung unterschrieben haben. Bei ihnen möchte ich mich bedanken, nicht nur im Namen meiner Person und meiner Fraktion, sondern auch im Namen von Flüchtlingsorganisationen und sicherlich auch im Namen der betroffenen Flüchtlinge. Und ich möchte, sehr geehrte Damen und Herren von der CDU, diesen Dank mit der Hoffnung verbinden, dass dieses oft aus dem christlichen Gedanken und aus humanitären Beweggründen motivierte Handeln auch bei Ihnen, bei den Mitgliedern der regierungstragenden Fraktion und auch bei den Mitgliedern der Landesregierung und des Innenministeriums Eindruck macht und Sie dazu bewegt, unseren Antrag nicht abzulehnen, wie es leider Frau Stauche aber angekündigt hat. Ich fordere Sie nicht auf, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, ich bitte Sie inständig, unserem Antrag zuzustimmen und damit dem Innenminister einen Auftrag für sein Handeln zur Innenministerkonferenz zu geben. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Pelke zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich kann mich relativ kurz fassen, weil Kollegin Berninger zu

unserem gemeinsamen Antrag eigentlich die wesentlichen Punkte schon vorgetragen hat; ich möchte nur noch auf einige wenige Aspekte eingehen. Worum geht es uns? Um das Aufenthaltsrecht für langjährig geduldete Flüchtlinge. Es geht uns darum aus menschlichen Gründen und es geht, so denke ich, das wissen Sie alle, um einen begrenzten Personenkreis. Ich glaube, dass jeder, der sich für Humanität in dieser Welt stark macht, einem solchen Antrag eigentlich zustimmen muss.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Es tut mir leid, dass der Innenminister zum ersten Punkt nicht berichtet hat, aber ich hoffe, dass das entweder heute in der Sitzung oder zu einem anderen Zeitpunkt passieren wird. Der Punkt zwei, wo sehr deutlich gemacht ist, worum wir den Innenminister bitten, damit er sich zu diesen Punkten verwendet in der Innenministerkonferenz im Sinne unseres Antrags und im Sinne der Menschen. Ich denke, sie sind ganz deutlich formuliert und es ist auch nicht neu, weil auch die Kirchen und andere Bereiche sich genau für diese Aspekte einsetzen. Und der Punkt 3 ist das, was wir für uns selber regeln können. Wir können bis zur Entscheidung auf Bundesebene, bis die Innenminister sich geeinigt haben, selber etwas tun. Wir können einen einstweiligen Abschiebestopp für den betroffenen Personenkreis hier erlassen. Ich glaube, im Sinne der Menschlichkeit sollten wir das machen. Auch alle Mitglieder im Petitionsausschuss, die ja oft mit solchen Anliegen konfrontiert werden, unabhängig davon, dass Sie alle auch in Ihren Büros sicherlich mit solchen Problemen zu tun haben, wir haben die Petitionen vertagt und hoffen und wünschen uns eine positive Entscheidung im Rahmen der Innenministerkonferenz und auf Bundesebene. Ich glaube, das ist keine überzogene Forderung. Wir alle sollten uns, ob aus christlichem oder humanitärem Gedankengut, in diesem Sinne einigen können.

Lassen Sie mich noch einen Satz zu der gemeinsamen Erklärung des Erfurter Stadtrats sagen. Es gab ja dazu auch Pressemitteilungen im Vorfeld, und auch das nicht das erste Mal, PDS, SPD und Grüne haben gemeinsame Erklärungen verfasst zu dem Thema des Aufenthaltsrechts für langjährig geduldete Flüchtlinge. Ich bin schon den Kollegen der CDU im Erfurter Stadtrat dankbar, dass sie sehr deutlich gemacht haben, sie stimmen der Erklärung aus formalen Gründen nicht zu, weil sie der Meinung sind, dass dieses nicht in den Stadtrat gehört, aber dass sie sich voll und ganz hinter den Inhalt dieser gemeinsamen Erklärung stellen. Man hat es auch nicht abgelehnt, man hat sich nicht enthalten, man hat an der Abstimmung nicht teilgenommen bis auf zwei, die hier schon genannt worden sind. Aber, ich glaube, das macht sehr deutlich und es ist im Übr-

gen auch von den Kollegen der CDU gesagt worden, dass sie auch bereit sind, dieses Papier zu unterschreiben. In dem Falle kann man sagen, der Stadtrat hat sich einstimmig aus humanitären Gründen für ein solches Aufenthaltsrecht entschieden. Ich glaube, das könnte auch die Vorstufe sein, weil Sie ja gesagt haben, formal gehört es nicht auf die kommunale Ebene, es gehört auf Landes- bzw. Bundesebene, so dass Sie eigentlich gar kein Problem haben sollten, hier Ihre Zustimmung zu geben und das auch noch mal deutlich zu machen.

Auch ich schließe mich Frau Berninger an und bitte Sie ganz herzlich darum. Hier geht es nicht um politische Ideologien oder sonst irgendwas, hier geht es um menschliches Handeln, was viele aus Ihren Reihen auch vor Ort tun; ich bitte Sie als CDU-Fraktion darum. Wenn Sie hier nicht zustimmen können, dann bitte ich noch einmal ganz explizit den von mir sehr geschätzten Innenminister, egal wie Sie sich jetzt entscheiden, in dieser Innenministerkonferenz sich entsprechend unseres Antrags zu verhalten. Vielleicht kann der geschätzte Staatssekretär diesen Wunsch auch weitertragen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Seitens der Abgeordneten liegen keine weiteren Redemeldungen mehr vor. Für das Innenministerium hat Staatssekretär Baldus das Wort.

Baldus, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, mit dem von der Fraktion der Linkspartei.PDS und der SPD-Fraktion eingebrachten Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, zur Situation langjährig geduldeter Flüchtlinge zu berichten sowie darzulegen, nach welchen Kriterien eine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge aus Sicht der Landesregierung von der Konferenz der Innenminister der Bundesländer verabschiedet werden soll.

Erlauben Sie mir einleitend den Hinweis darauf, dass die Landesregierung zuletzt am 6. Oktober dieses Jahres zur Situation der langjährig geduldeten Flüchtlinge in Thüringen berichtet hat. Die Landesregierung wird selbstverständlich innerhalb der von der Geschäftsordnung vorgesehenen Frist erneut über die Situation langjährig geduldeter Flüchtlinge in Thüringen berichten. Des Weiteren wird beantragt, die Landesregierung zu beauftragen, sich für eine zügige Verabschiedung einer bundeseinheitlichen Altfallregelung für im Antrag näher bezeichnete Personengruppen einzusetzen.

Verehrte Damen und Herren Abgeordnete, bereits mehrfach wurde im Plenum die Thematik der langjährig geduldeten Flüchtlinge ohne Aufenthaltsstatus erörtert. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand dabei jeweils die Frage, in welcher Weise die rechtliche Situation von langjährig geduldeten Flüchtlingen verbessert werden kann. Mit dem zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetz hat der Gesetzgeber bis dahin nicht bestehende Wege eröffnet, um geduldeten Flüchtlingen unter bestimmten Voraussetzungen einen sicheren Aufenthaltsstatus aus humanitären Gründen gewähren zu können. So kann insbesondere auf der Grundlage des § 25 Abs. 5 des Aufenthaltsgesetzes denjenigen Ausländern, die unverschuldet nicht ausreisen können, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Diese Möglichkeit der Aufenthaltsgewährung aus humanitären Gründen haben die Ausländerbehörden des Landes hinreichend genutzt. So erhielten im Zeitraum vom 1. Januar 2005 bis 31. Juli 2006 bereits 575 geduldete Flüchtlinge eine Aufenthaltserlaubnis auf der Grundlage des § 25 Abs. 5 des Aufenthaltsgesetzes. Auch hat die Landesregierung unverzüglich nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes die im Aufenthaltsgesetz vorgesehene Möglichkeit der Einrichtung einer Härtefallkommission genutzt, um in Einzelfällen dringenden humanitären oder persönlichen Gründen Rechnung tragen zu können. So erhielten auf Anordnung des Landes bis zum 31. Juli dieses Jahres nicht weniger als 170 Personen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 a des Aufenthaltsgesetzes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Zahlen belegen, dass die Landesregierung und die Ausländerbehörden des Landes die im Zuwanderungsgesetz enthaltenen Möglichkeiten einer Aufenthaltsgewährung aus humanitären Gründen sehr wohl nutzt. Wengleich sich die Situation für langjährig geduldete Flüchtlinge mit dem Zuwanderungsgesetz bereits entscheidend verbessert hat, bin ich doch der Ansicht, dass insbesondere im Hinblick auf wirtschaftlich und sozial integrierte Flüchtlinge noch zusätzlicher Handlungsbedarf besteht. Diese Meinung vertrat auch die Innenministerkonferenz auf ihrer Frühjahrssitzung in Garmisch-Partenkirchen und beschloss die Einrichtung einer länderoffenen Arbeitsgruppe zu dieser Thematik. In den Beratungen dieser Arbeitsgruppe, an denen sich der Innenminister des Freistaats Thüringen intensiv beteiligt hat, bestand über viele Punkte einer möglichen Bleiberechtsregelung parteiübergreifend Einvernehmen. So besteht Einvernehmen darüber, dass eine Bleiberechtsregelung sich nicht allein auf bestimmte Stichtage beschränken kann, sondern weitere Voraussetzungen enthalten muss. Weiter herrscht Einvernehmen darüber, dass ein Bleiberecht nicht für Ausländer in Betracht kommen kann, bei denen Ausweisungsgründe vorliegen oder die in nicht uner-

heblichem Umfang straffällig wurden. Konsens besteht zudem insoweit, dass grundsätzlich die Sicherung des Lebensunterhalts ohne Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen gesichert sein muss. Dabei soll aber dem Umstand, dass Geduldete häufig nur unter erschwerten Bedingungen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten, dadurch Rechnung getragen werden, dass die Möglichkeit eingeräumt wird, innerhalb eines Jahres ein Beschäftigungsverhältnis nachzuweisen.

Meine sehr geehrten Abgeordneten von der Fraktion der SPD, aber auch von der Fraktion der Linkspartei.PDS, es ist allerdings nicht zu vertreten, in diesem Stadium der Verhandlungen der Innenminister, die kurz vor ihrem Abschluss stehen, durch Festlegungen in verschiedenen Punkten, die ihr Antrag enthält, Erwartungen zu wecken, die von den Eckpunkten, die die Innenminister bisher vereinbart haben, nicht gedeckt sind. Dieses wäre aus unserer Sicht nicht zu verantworten und es würde zu großen Enttäuschungen bei den Betroffenen führen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, wenngleich im Hinblick auf eine Bleiberechtsregelung noch Erörterungsbedarf besteht, bin ich jedoch zuversichtlich - und der Innenminister des Freistaats Thüringen wird sich mit Nachdruck, das kann ich Ihnen versichern, dafür einsetzen -, dass sich die Innenministerkonferenz auf ihrer Herbstsitzung Mitte November in Nürnberg auf eine ausgewogene Regelung verständigen wird. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen und schließe die Aussprache. Ausschussüberweisung des Antrags der Fraktionen der Linkspartei.PDS und SPD ist nicht beantragt worden, wir stimmen also direkt über diesen Antrag ab. Herr Abgeordneter Schröter.

Abgeordneter Schröter, CDU:

Namens der CDU-Fraktion beantrage ich die Abstimmung der einzelnen Punkte.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Schröter, Punkte 1, 2 und 3 alle einzeln?

Abgeordneter Schröter, CDU:

Punkt 1 einzeln und die Punkte 2 und 3 gemeinsam.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Das habe ich mir fast gedacht. Danke schön. Herr Abgeordneter Höhn.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Für die Punkte 2 und 3 beantrage ich namentliche Abstimmung.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

In Ordnung.

So rufe ich als Erstes auf aus dem Antrag in Drucksache 4/2367 den Punkt 1. Wer diesem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Gibt es hier Gegenstimmen? 1 Gegenstimme. Gibt es Stimmenthaltungen? Es gibt 1 Stimmenthaltung. Damit ist dieser Punkt 1 angenommen.

Die Punkte 2 und 3 zusammen stimmen wir nun namentlich ab und ich bitte, die Stimmkarten einzusammeln.

Moment mal bitte, bevor ausgezählt werden kann, würde ich gern meine Stimmkarte noch abgeben.

(Unruhe im Hause)

Aber ich bin noch nicht in der Lage gewesen, weil ich den Platz nicht verlassen darf. Jetzt kann die Auszählung vorgenommen werden.

Mir liegt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Fraktionen von Linkspartei.PDS und SPD in der Drucksache 4/2367, und zwar hier zu den Nummern 2 und 3 des Antrags vor. Es wurden 76 Stimmen abgegeben, mit Ja haben 35 gestimmt, mit Nein 41 (namentliche Abstimmung siehe Anlage 3). Damit sind die Nummern 2 und 3 dieses Antrags abgelehnt. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 14.

Bevor ich zum Abschluss des heutigen Plenarsitzungstages komme, möchte ich Sie noch einmal darauf hinweisen, dass Sie alle eine Einladung bekommen haben für den 25.10.2006, um 14.00 Uhr, für den Tag der Verfassung. Wir möchten darum bitten, dass Sie sich zurückmelden, weil es ja dann auch um die Platzierung hier im Saal mit unseren ungarischen Gästen geht. Vielleicht hat der eine oder andere das bisher noch nicht getan und die Karte liegt auf seinem Schreibtisch, dann könnte er es heute Abend sogar noch tun.

Außerdem verweise ich darauf, dass die nächsten Plenarsitzungstage am 23. und 24. November 2006 stattfinden. Ich bitte, das ausdrücklich zu berücksichtigen.

sichtigen, denn der 24. November 2006 war bisher ein Reservetermin und wir haben dazu beraten, dass vor dem Hintergrund der Anträge, die wir als Bugwelle vor uns herschieben, dieser 24. November 2006 als ordentlicher Plenarsitzungstag aktiviert wird.

Im Übrigen wünsche ich Ihnen einen guten Heimweg. Gehen Sie einmal wieder ins Theater.

E n d e d e r S i t z u n g : 17.55 Uhr

Anlage 1**Namentliche Abstimmung in der 48. Sitzung am 20.10.2006 zum Tagesordnungspunkt 11****Zukunft der Horte in Thüringen**

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS

- Drucksache 4/2280 -

hier: Nummer 1

1.	Althaus, Dieter (CDU)		46.	Krone, Klaus, von der (CDU)	ja
2.	Bärwolff, Matthias (Die Linkspartei.PDS)	ja	47.	Kubitzki, Jörg (Die Linkspartei.PDS)	
3.	Baumann, Rolf (SPD)	ja	48.	Künast, Dagmar (SPD)	
4.	Becker, Dagmar (SPD)	ja	49.	Kummer, Tilo (Die Linkspartei.PDS)	
5.	Bergemann, Gustav (CDU)	ja	50.	Kuschel, Frank (Die Linkspartei.PDS)	ja
6.	Berninger, Sabine (Die Linkspartei.PDS)	ja	51.	Lehmann, Annette (CDU)	ja
7.	Blehschmidt, André (Die Linkspartei.PDS)	ja	52.	Lemke, Benno (Die Linkspartei.PDS)	ja
8.	Buse, Werner (Die Linkspartei.PDS)	ja	53.	Leukefeld, Ina (Die Linkspartei.PDS)	ja
9.	Carius, Christian (CDU)	ja	54.	Lieberknecht, Christine (CDU)	ja
10.	Diezel, Birgit (CDU)		55.	Matschie, Christoph (SPD)	ja
11.	Doht, Sabine (SPD)	ja	56.	Meißner, Beate (CDU)	ja
12.	Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	57.	Mohring, Mike (CDU)	ja
13.	Eckardt, David-Christian (SPD)		58.	Nothnagel, Maik (Die Linkspartei.PDS)	ja
14.	Ehrlich-Strathausen, Antje (SPD)		59.	Panse, Michael (CDU)	ja
15.	Emde, Volker (CDU)	ja	60.	Pelke, Birgit (SPD)	ja
16.	Enders, Petra (Die Linkspartei.PDS)		61.	Pidde, Dr. Werner (SPD)	
17.	Fiedler, Wolfgang (CDU)	ja	62.	Pilger, Walter (SPD)	
18.	Fuchs, Dr. Ruth (Die Linkspartei.PDS)	ja	63.	Primas, Egon (CDU)	ja
19.	Gentzel, Heiko (SPD)		64.	Reimann, Michaelae (Die Linkspartei.PDS)	ja
20.	Gerstenberger, Michael (Die Linkspartei.PDS)	ja	65.	Reinholz, Jürgen (CDU)	ja
21.	Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	ja	66.	Rose, Wieland (CDU)	ja
22.	Grob, Manfred (CDU)	ja	67.	Scheringer-Wright, Dr. Johanna (Die Linkspartei.PDS)	ja
23.	Groß, Evelin (CDU)	ja	68.	Schipanski, Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar (CDU)	ja
24.	Grüner, Günter (CDU)	ja	69.	Schröter, Fritz (CDU)	ja
25.	Gumprecht, Christian (CDU)	ja	70.	Schubert, Dr. Hartmut (SPD)	ja
26.	Günther, Gerhard (CDU)	ja	71.	Schugens, Gottfried (CDU)	ja
27.	Hahnemann, Dr. Roland (Die Linkspartei.PDS)	ja	72.	Schwäblein, Jörg (CDU)	ja
28.	Hauboldt, Ralf (Die Linkspartei.PDS)		73.	Sedlacik, Heidrun (Die Linkspartei.PDS)	
29.	Hausold, Dieter (Die Linkspartei.PDS)	ja	74.	Seela, Reyk (CDU)	ja
30.	Hennig, Susanne (Die Linkspartei.PDS)	ja	75.	Skibbe, Diana (Die Linkspartei.PDS)	ja
31.	Heym, Michael (CDU)	ja	76.	Sklenar, Dr. Volker (CDU)	ja
32.	Höhn, Uwe (SPD)		77.	Stauche, Carola (CDU)	ja
33.	Holbe, Gudrun (CDU)	ja	78.	Tasch, Christina (CDU)	ja
34.	Huster, Mike (Die Linkspartei.PDS)	ja	79.	Taubert, Heike (SPD)	ja
35.	Jaschke, Siegfried (CDU)	ja	80.	Thierbach, Tamara (Die Linkspartei.PDS)	ja
36.	Jung, Margit (Die Linkspartei.PDS)	ja	81.	Trautvetter, Andreas (CDU)	ja
37.	Kalich, Ralf (Die Linkspartei.PDS)	ja	82.	Wackernagel, Elisabeth	ja
38.	Kaschuba, Dr. Karin (Die Linkspartei.PDS)		83.	Walsmann, Marion (CDU)	ja
39.	Klaubert, Dr. Birgit (Die Linkspartei.PDS)	ja	84.	Wehner, Wolfgang (CDU)	ja
40.	Köckert, Christian (CDU)	ja	85.	Wetzlar, Siegfried (CDU)	ja
41.	Kölbel, Eckehard (CDU)	ja	86.	Wolf, Katja (Die Linkspartei.PDS)	
42.	Krapp, Dr. Michael (CDU)	ja	87.	Worm, Henry (CDU)	ja
43.	Krause, Dr. Peter (CDU)	ja	88.	Zeh, Dr. Klaus (CDU)	ja
44.	Krauße, Horst (CDU)	ja			
45.	Kretschmer, Thomas (CDU)	ja			

Anlage 2**Namentliche Abstimmung in der 48. Sitzung am 20.10.2006 zum Tagesordnungspunkt 11****Zukunft der Horte in Thüringen**

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS

- Drucksache 4/2280 -

hier: Nummer 2

1.	Althaus, Dieter (CDU)		42.	Krapp, Dr. Michael (CDU)	nein
2.	Bärwolff, Matthias (Die Linkspartei.PDS)	ja	43.	Krause, Dr. Peter (CDU)	nein
3.	Baumann, Rolf (SPD)	ja	44.	Krauße, Horst (CDU)	nein
4.	Becker, Dagmar (SPD)	ja	45.	Kretschmer, Thomas (CDU)	nein
5.	Bergemann, Gustav (CDU)	nein	46.	Krone, Klaus, von der (CDU)	nein
6.	Berninger, Sabine (Die Linkspartei.PDS)	ja	47.	Kubitzki, Jörg (Die Linkspartei.PDS)	ja
7.	Blechtschmidt, André (Die Linkspartei.PDS)	ja	48.	Künast, Dagmar (SPD)	
8.	Buse, Werner (Die Linkspartei.PDS)	ja	49.	Kummer, Tilo (Die Linkspartei.PDS)	ja
9.	Carius, Christian (CDU)	nein	50.	Kuschel, Frank (Die Linkspartei.PDS)	ja
10.	Diezel, Birgit (CDU)		51.	Lehmann, Annette (CDU)	nein
11.	Doht, Sabine (SPD)	ja	52.	Lemke, Benno (Die Linkspartei.PDS)	ja
12.	Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	53.	Leukefeld, Ina (Die Linkspartei.PDS)	ja
13.	Eckardt, David-Christian (SPD)	ja	54.	Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
14.	Ehrlich-Strathausen, Antje (SPD)		55.	Matschie, Christoph (SPD)	ja
15.	Emde, Volker (CDU)	nein	56.	Meißner, Beate (CDU)	nein
16.	Enders, Petra (Die Linkspartei.PDS)		57.	Mohring, Mike (CDU)	nein
17.	Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	58.	Nothnagel, Maik (Die Linkspartei.PDS)	ja
18.	Fuchs, Dr. Ruth (Die Linkspartei.PDS)	ja	59.	Panse, Michael (CDU)	nein
19.	Gentzel, Heiko (SPD)		60.	Pelke, Birgit (SPD)	ja
20.	Gerstenberger, Michael (Die Linkspartei.PDS)	ja	61.	Pidde, Dr. Werner (SPD)	
21.	Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	62.	Pilger, Walter (SPD)	
22.	Grob, Manfred (CDU)	nein	63.	Primas, Egon (CDU)	nein
23.	Groß, Evelin (CDU)	nein	64.	Reimann, Michael (Die Linkspartei.PDS)	ja
24.	Grüner, Günter (CDU)	nein	65.	Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
25.	Gumprecht, Christian (CDU)	nein	66.	Rose, Wieland (CDU)	nein
26.	Günther, Gerhard (CDU)	nein	67.	Scheringer-Wright, Dr. Johanna (Die Linkspartei.PDS)	ja
27.	Hahnemann, Dr. Roland (Die Linkspartei.PDS)	ja	68.	Schipanski, Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar (CDU)	nein
28.	Hauboldt, Ralf (Die Linkspartei.PDS)		69.	Schröter, Fritz (CDU)	nein
29.	Hausold, Dieter (Die Linkspartei.PDS)	ja	70.	Schubert, Dr. Hartmut (SPD)	ja
30.	Hennig, Susanne (Die Linkspartei.PDS)	ja	71.	Schugens, Gottfried (CDU)	nein
31.	Heym, Michael (CDU)	nein	72.	Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
32.	Höhn, Uwe (SPD)		73.	Sedlacik, Heidrun (Die Linkspartei.PDS)	ja
33.	Holbe, Gudrun (CDU)	nein	74.	Seela, Reyk (CDU)	nein
34.	Huster, Mike (Die Linkspartei.PDS)	ja	75.	Skibbe, Diana (Die Linkspartei.PDS)	ja
35.	Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	76.	Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
36.	Jung, Margit (Die Linkspartei.PDS)	ja	77.	Stauche, Carola (CDU)	nein
37.	Kalich, Ralf (Die Linkspartei.PDS)	ja	78.	Tasch, Christina (CDU)	nein
38.	Kaschuba, Dr. Karin (Die Linkspartei.PDS)		79.	Taubert, Heike (SPD)	ja
39.	Klaubert, Dr. Birgit (Die Linkspartei.PDS)	ja	80.	Thierbach, Tamara (Die Linkspartei.PDS)	ja
40.	Köckert, Christian (CDU)	nein	81.	Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
41.	Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	82.	Wackernagel, Elisabeth	nein
			83.	Walsmann, Marion (CDU)	nein
			84.	Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
			85.	Wetzel, Siegfried (CDU)	nein

86.	Wolf, Katja (Die Linkspartei.PDS)	ja
87.	Worm, Henry (CDU)	nein
88.	Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein

Anlage 3

Namentliche Abstimmung in der 48. Sitzung am 20.10.2006 zum Tagesordnungspunkt 14**Aufenthaltsrecht für langjährig geduldete Flüchtlinge - Konferenz der Innenminister der Länder im November 2006**

Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD

- Drucksache 4/2367 -

hier: Nummer 2 und 3

1.	Althaus, Dieter (CDU)		39.	Klaubert, Dr. Birgit (Die Linkspartei.PDS)	ja
2.	Bärwolff, Matthias (Die Linkspartei.PDS)		40.	Köckert, Christian (CDU)	
3.	Baumann, Rolf (SPD)	ja	41.	Kölbel, Eckehard (CDU)	nein
4.	Becker, Dagmar (SPD)	ja	42.	Krapp, Dr. Michael (CDU)	nein
5.	Bergemann, Gustav (CDU)	nein	43.	Krause, Dr. Peter (CDU)	nein
6.	Berninger, Sabine (Die Linkspartei.PDS)	ja	44.	Krauße, Horst (CDU)	nein
7.	Blehschmidt, André (Die Linkspartei.PDS)	ja	45.	Kretschmer, Thomas (CDU)	nein
8.	Buse, Werner (Die Linkspartei.PDS)	ja	46.	Krone, Klaus, von der (CDU)	nein
9.	Carius, Christian (CDU)	nein	47.	Kubitzki, Jörg (Die Linkspartei.PDS)	ja
10.	Diezel, Birgit (CDU)		48.	Künast, Dagmar (SPD)	
11.	Doht, Sabine (SPD)	ja	49.	Kummer, Tilo (Die Linkspartei.PDS)	ja
12.	Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	50.	Kuschel, Frank (Die Linkspartei.PDS)	ja
13.	Eckardt, David-Christian (SPD)	ja	51.	Lehmann, Annette (CDU)	nein
14.	Ehrlich-Strathausen, Antje (SPD)		52.	Lemke, Benno (Die Linkspartei.PDS)	ja
15.	Emde, Volker (CDU)		53.	Leukefeld, Ina (Die Linkspartei.PDS)	ja
16.	Enders, Petra (Die Linkspartei.PDS)		54.	Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
17.	Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	55.	Matschie, Christoph (SPD)	ja
18.	Fuchs, Dr. Ruth (Die Linkspartei.PDS)	ja	56.	Meißner, Beate (CDU)	nein
19.	Gentzel, Heiko (SPD)		57.	Mohring, Mike (CDU)	nein
20.	Gerstenberger, Michael (Die Linkspartei.PDS)	ja	58.	Nothnagel, Maik (Die Linkspartei.PDS)	ja
21.	Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	59.	Panse, Michael (CDU)	nein
22.	Grob, Manfred (CDU)	nein	60.	Pelke, Birgit (SPD)	ja
23.	Groß, Evelin (CDU)	nein	61.	Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
24.	Grüner, Günter (CDU)	nein	62.	Pilger, Walter (SPD)	
25.	Gumprecht, Christian (CDU)	nein	63.	Primas, Egon (CDU)	nein
26.	Günther, Gerhard (CDU)	nein	64.	Reimann, Michael (Die Linkspartei.PDS)	ja
27.	Hahnemann, Dr. Roland (Die Linkspartei.PDS)		65.	Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
28.	Hauboldt, Ralf (Die Linkspartei.PDS)		66.	Rose, Wieland (CDU)	nein
29.	Hausold, Dieter (Die Linkspartei.PDS)	ja	67.	Scheringer-Wright, Dr. Johanna (Die Linkspartei.PDS)	ja
30.	Hennig, Susanne (Die Linkspartei.PDS)	ja	68.	Schipanski, Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar (CDU)	nein
31.	Heym, Michael (CDU)	nein	69.	Schröter, Fritz (CDU)	nein
32.	Höhn, Uwe (SPD)	ja	70.	Schubert, Dr. Hartmut (SPD)	ja
33.	Holbe, Gudrun (CDU)	nein	71.	Schugens, Gottfried (CDU)	nein
34.	Huster, Mike (Die Linkspartei.PDS)	ja	72.	Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
35.	Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	73.	Sedlacik, Heidrun (Die Linkspartei.PDS)	ja
36.	Jung, Margit (Die Linkspartei.PDS)	ja	74.	Seela, Reyk (CDU)	nein
37.	Kalich, Ralf (Die Linkspartei.PDS)	ja	75.	Skibbe, Diana (Die Linkspartei.PDS)	ja
38.	Kaschuba, Dr. Karin (Die Linkspartei.PDS)	ja	76.	Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
			77.	Stauch, Carola (CDU)	nein
			78.	Tasch, Christina (CDU)	nein
			79.	Taubert, Heike (SPD)	ja

80.	Thierbach, Tamara (Die Linkspartei.PDS)	ja
81.	Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
82.	Wackernagel, Elisabeth	nein
83.	Walsmann, Marion (CDU)	nein
84.	Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
85.	Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
86.	Wolf, Katja (Die Linkspartei.PDS)	ja
87.	Worm, Henry (CDU)	nein
88.	Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein